KVV Geschäftsbericht 2014

Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH

Städtische Werke Aktiengesellschaft

Städtische Werke Netz + Service GmbH

Städtische Werke Energie + Wärme GmbH

Müllheizkraftwerk Kassel GmbH

Netcom Kassel Gesellschaft für Telekommunikation mbH

Kasseler Verkehrs-Gesellschaft Aktiengesellschaft

KVV Verkehrsgesellschaft Nordhessen GmbH

kvv Zahlen 2014

Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH

	Mio. EUR
Konzernumsatz	568,4
Investitionen im Konzern	62,8
Konzernbilanzsumme	862,9

Städtische Werke Aktiengesellschaft

Umsatzerlöse	419,8
Investitionen	8,5
Bilanzsumme	361,7

Städtische Werke Netz + Service GmbH

Umsatzerlöse	122,4
Investitionen	25,9
Bilanzsumme	312,9

Städtische Werke Energie + Wärme GmbH

Umsatzerlöse	51,4
Investitionen	8,9
Bilanzsumme	97,7

Müllheizkraftwerk Kassel GmbH

	Mio. EUR
Umsatzerlöse	34,3
Investitionen	1,0
Bilanzsumme	69,9

Netcom Kassel Gesellschaft für Telekommunikation mbH

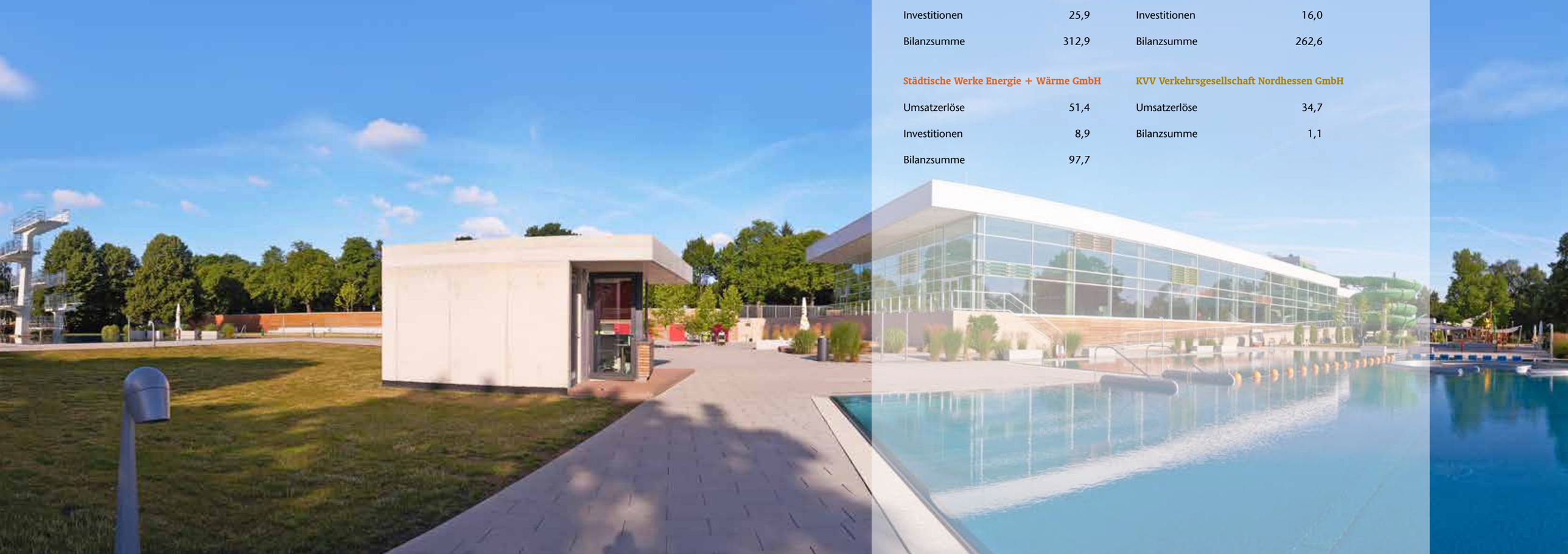
Umsatzerlöse	9,8
Bilanzsumme	11,1

Kasseler Verkehrs-Gesellschaft Aktiengesellschaft

Umsatzerlöse	98,7
Investitionen	16,0
Bilanzsumme	262,6

KVV Verkehrsgesellschaft Nordhessen GmbH

Umsatzerlöse	34,7
Bilanzsumme	1,1



Inhaltsverzeichnis

Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH Konzern

8 Konzernlagebericht
22 Konzernbilanz
24 Konzerngewinn- und Verlustrechnung
25 Konzernanhang
40 Anlage 1 zum Anhang: Entwicklung des Konzernanlagevermögens 2014
42 Entwicklung des Konzern-Eigenkapitals 2014
44 Kapitalflussrechnung
46 Anlage 2 zum Anhang: Organe der Gesellschaft
47 Bestätigungsvermerk
48 Bericht des Aufsichtsrats

Städtische Werke Aktiengesellschaft

84 Lagebericht
94 Bilanz
96 Gewinn- und Verlustrechnung
97 Anhang
106 Anlage 1 zum Anhang: Entwicklung des Anlagevermögens 2014
108 Anlage 2 zum Anhang: Organe der Gesellschaft
109 Bestätigungsvermerk
110 Bericht des Aufsichtsrats

Städtische Werke Energie + Wärme GmbH

136 Lagebericht
144 Bilanz
146 Gewinn- und Verlustrechnung
147 Anhang
152 Anlage 1 zum Anhang: Entwicklung des Anlagevermögens 2014
154 Anlage 2 zum Anhang: Organe der Gesellschaft
155 Bestätigungsvermerk
156 Bericht des Aufsichtsrats

Netcom Kassel Gesellschaft für Telekommunikation mbH

174 Lagebericht
178 Bilanz
180 Gewinn- und Verlustrechnung
181 Anhang
186 Anlage 1 zum Anhang: Entwicklung des Anlagevermögens 2014
188 Anlage 2 zum Anhang: Organe der Gesellschaft
189 Bestätigungsvermerk
190 Bericht des Aufsichtsrats

Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH

50 Lagebericht
66 Bilanz
68 Gewinn- und Verlustrechnung
69 Anhang
78 Anlage 1 zum Anhang: Entwicklung des Anlagevermögens 2014
80 Anlage 2 zum Anhang: Organe der Gesellschaft
81 Bestätigungsvermerk
82 Bericht des Aufsichtsrats

Städtische Werke Netz + Service GmbH

112 Lagebericht
120 Bilanz
122 Gewinn- und Verlustrechnung
123 Anhang
130 Anlage 1 zum Anhang: Entwicklung des Anlagevermögens 2014
132 Anlage 2 zum Anhang: Organe der Gesellschaft
133 Bestätigungsvermerk
134 Bericht des Aufsichtsrats

Müllheizkraftwerk Kassel GmbH

158 Lagebericht
162 Bilanz
163 Gewinn- und Verlustrechnung
164 Anhang
168 Anlage 1 zum Anhang: Entwicklung des Anlagevermögens 2014
170 Anlage 2: Organe der Gesellschaft
171 Bestätigungsvermerk
172 Bericht des Aufsichtsrats

Kasseler Verkehrs-Gesellschaft AG

192 Lagebericht
202 Bilanz
204 Gewinn- und Verlustrechnung
205 Anhang
212 Anlage 1 zum Anhang: Entwicklung des Anlagevermögens 2014
214 Anlage 2 zum Anhang: Organe der Gesellschaft
215 Bestätigungsvermerk
216 Bericht des Aufsichtsrats

Inhaltsverzeichnis

KVN

KVV Verkehrsgesellschaft Nordhessen GmbH

218 Lagebericht
222 Bilanz
223 Gewinn- und Verlustrechnung
224 Anhang
227 Bestätigungsvermerk

Die Unternehmen

Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH

Vorsitzender des Aufsichtsrates
Oberbürgermeister Bertram Hilgen
Geschäftsführung
Dipl.-Kfm. Andreas Helbig (Vorsitzender)
Dipl.-Ing. Norbert Witte

Städtische Werke Aktiengesellschaft

Vorsitzender des Aufsichtsrates
Oberbürgermeister Bertram Hilgen
Vorstand
Dipl.-Kfm. Andreas Helbig (Vorsitzender)
Dr. Thorsten Ebert
Dipl.-oec. Stefan Welsch

Städtische Werke Netz + Service GmbH

Vorsitzender des Aufsichtsrates
Oberbürgermeister Bertram Hilgen
Geschäftsführung
Dipl.-Ing. Eike Weldner
Dipl.-Ing. Andreas Kreher

Städtische Werke Energie + Wärme GmbH

Vorsitzender des Aufsichtsrates
Oberbürgermeister Bertram Hilgen
Geschäftsführung
Dipl.-Kfm. Andreas Helbig (Vorsitzender)
Dipl.-Ing. Karl-Heinz Schreyer

Müllheizkraftwerk Kassel GmbH

Vorsitzender des Aufsichtsrates
Bürgermeister Jürgen Kaiser
Geschäftsführung
Dipl.-Ing. Karl-Heinz Schreyer

Netcom Kassel Gesellschaft für Telekommunikation mbH

Vorsitzender des Aufsichtsrates
Oberbürgermeister Bertram Hilgen
Geschäftsführung
Frank Richter

Kasseler Verkehrs-Gesellschaft Aktiengesellschaft

Vorsitzender des Aufsichtsrates
Oberbürgermeister Bertram Hilgen
Vorstand
Dipl.-Kfm. Andreas Helbig (Vorsitzender)
Dr. Thorsten Ebert
Dipl.-Ing. Norbert Witte

KVV Verkehrsgesellschaft Nordhessen GmbH

Geschäftsführung
Dipl.-Ing. Dipl.-Wirtsch.-Ing. Sven Möller

kvv

Jahresabschluss 2014
Kasseler Verkehrs-
und Versorgungs-GmbH

Energie und Mobilität für Nordhessen

Ohne die KVV bewegt sich in Kassel und Nordhessen wenig: Wenn es um Strom, Gas oder Fernwärme, Kälte, Wasser, Busse und Trams, RegioTrams und Netzinfrastruktur, Biogas- und Biomasse, Windenergie, Photovoltaik, Wasserkraft und Schwimmbäder, Straßenbeleuchtung oder Telekommunikation, Highspeed-Internet, Elektromobilität und Müllverbrennung geht – die KVV ist mit dabei.

Investitionen im Konzern	Konzernbilanzsumme	Mitarbeiter und Auszubildende
Mio. €	Mio. €	
62,8	862,9	1.934

Konzernjahresabschluss

8 Konzernlagebericht

22 Konzernbilanz

24 Konzerngewinn- und Verlustrechnung

25 Konzernanhang

40 Anlage 1 zum Anhang: Entwicklung des Konzernanlagevermögens 2014

42 Entwicklung des Konzern-Eigenkapitals 2014 und des Vorjahres

44 Kapitalflussrechnung

46 Anlage 2 zum Anhang: Organe der Gesellschaft

47 Bestätigungsvermerk

48 Bericht des Aufsichtsrats

Konzernlagebericht

Im Konzernabschluss des Geschäftsjahres 2014 sind neben der Holding Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH (KVV) die Jahresabschlüsse der Städtische Werke AG (STW), der Städtische Werke Netz + Service GmbH (NSG), der Städtische Werke Energie + Wärme GmbH (EWG), der Kasseler Verkehrs-Gesellschaft AG (KVG), der Müllheizkraftwerk Kassel GmbH (MHKW), der KVV Bau- und Verkehrs-Consulting Kassel GmbH (KVC), der KVV Verkehrsgesellschaft Nordhessen GmbH (KVN) und der Netcom Kassel Gesellschaft für Telekommunikation mbH (NCK) als verbundene Unternehmen konsolidiert.
Daneben erfolgte zum 31. Dezember 2014 erstmals die Konsolidierung der verbundenen Unternehmen Biogas Müritz GmbH & Co. KG (BGM), die Niestetal Netz GmbH (NNG), der Windpark Rohrberg GmbH & Co. KG (WPR), der Windpark Stiftswald GmbH & Co. KG (WPS) und die Windenergie Kassel Verwaltungs-GmbH (WKV). Als assoziiertes Unternehmen sind die Regionalbahn Kassel GmbH (RBK) und zusätzlich zum 31. Dezember 2014 die Windpark Söhrewald/Niestetal GmbH & Co. KG (WSN), die Biogas Homberg GmbH & Co. KG (BGH), die Biogas Homberg Verwaltungs-GmbH (BGHV), die Schwälmer Biogas Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH (SBV), die Biogas Müritz Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH (BGMV) und die EAM Energie GmbH (EAME) in den Konzernabschluss einbezogen.

1. Grundlagen des Konzerns

1.1 Geschäftsmodell

Die KVV bildet den Rahmen, in dem sowohl die zentralen Dienstleistungen und eine einheitliche Managementstrategie koordiniert als auch unternehmensübergreifende Entwicklungsstrategien aufeinander abgestimmt werden.
Dabei werden die Aufgaben der KVV in den für die Holding und die Tochtergesellschaften zuständigen Zentralbereichen wahrgenommen.
Die KVG setzt das von der Hessischen Landesregierung verfolgte Besteller-Ersteller-Prinzip weiterhin konsequent um. Dabei besteht die Verkehrslandschaft im Konzern aus den Unternehmen KVG, KVN sowie der Beteiligung der KVG an der RBK. Die Verkehrsverbund und Fördergesellschaft Nordhessen mbH (NVV) als regionale Aufgabenträger-Gesellschaft ist Besteller des regionalen Bus- und Schienenverkehrs. Die KVG ist die lokale Aufgabenträger-Gesellschaft in Kassel und nimmt dort die Besteller-Funktion wahr. Daneben stellt die KVG den „Ersteller-Unternehmen“ NB Nordhessenbus GmbH (NB) und KVN die bei ihr angestellten Fahrer, Fahrzeuge, Trassen sowie diverse Dienstleistungen zu marktfähigen Preisen zur Verfügung. Die KVG beauftragt die KVN mit der Erbringung der Tramverkehrserstellung. Die NB hat die Betriebsführung für ihre Konzessionen auf die KVG übertragen, sodass die KVG gegenüber ihren Kunden für den Betrieb umfassend verantwortlich ist.
Nach der gesellschaftsrechtlichen Trennung von Energievertrieb und Netzbetrieb sind in der STW neben dem klassischen Energievertrieb die regenerative Energieerzeugung (z. B. Wind und Biogas), der Aufbau kommunaler Kooperationen im Umland und der Betrieb der Kasseler Schwimmbäder angesiedelt. Die 100%ige Tochter NSG betreibt das Strom- und Gasnetz der Stadt und angrenzender Umlandgemeinden sowie im Auftrag des städtischen Eigenbetriebs KASSELWASSER das Wasserleitungsnetz in Kassel und der Nachbarstadt Vellmar.
Das Tochterunternehmen EWG, an der die KVV zu 5,1 % und die STW zu 94,9 % beteiligt sind, ist für die Erzeugung von Strom und Fernwärme sowie das Fernwärmenetz verantwortlich. Die EWG erzeugt an mehreren Standorten im Kasseler Stadtgebiet Strom und Fernwärme und ist Eigentümerin des rund 166 Kilometer langen Fernwärmenetzes. Am Standort Dennhäuser Straße betreibt die EWG das Fernwärmekraftwerk Kassel mit einer thermischen Leistung von 80 MWth sowie das Kombi-Heizkraftwerk.
Im Industriepark Mittelfeld speist das Heizkraftwerk Mittelfeld als Biomasseheizkraftwerk Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)-Strom in das Netz der Städtische Werke Netz + Service GmbH ein.
Die MHKW verwertet seit 1968 Abfälle auf thermischem Weg und erzeugt dabei Strom und Fernwärme. Vor allem kommunale Kunden nutzen das Angebot der MHKW. Der Großteil der angelieferten Abfallmengen stammt von den Stadtreinigern Kassel und aus den Landkreisen Schwalm-Eder und Marburg-Biedenkopf.
Die NCK ist seit dem 01.04.2013 zu 100 % ein Tochterunternehmen der KVV. Sie erbringt mittels eigener und fremder Netze Dienstleistungen in der Telekommunikation. Das Geschäftsmodell beinhaltet sowohl die Erbringung von Telekommunikationsdienstleistungen an Endkunden als auch des reinen Aufbau und Betrieb von Netzen. Zusammen mit der EAM Beteiligungen GmbH hat die NCK die OR Network GmbH (OR Network) erworben und hält 50 Prozent der Anteile. Die OR Network bietet alternative Breitbandversorgungen in Regionen an, die keine oder eine schlechte Versorgung mit Breitbanddiensten besitzen.
Das gezeichnete Kapital der KVV ist zu 100 % im Besitz der Stadt Kassel.

1.2 Organisatorische und rechtliche Struktur

Bereich Verkehr

Am 09.11.2009 beschloss die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel die Betrauung der KVG mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen zur Durchführung des auf Genehmigung nach dem Personenbeförderungsgesetz (PBefG) beruhenden öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Kassel. Auf Grundlage dieser Betrauung konnte die KVG die Übergangsfristen der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und Rats nutzen. Durch diese Verordnung sind sowohl Ausschreibungen als auch Direktvergaben möglich. Zusätzlich sieht die Verordnung Übergangsfristen vor, in denen Vergaben nach alter Rechtslage, dem sogenannten „Altmark-Trans-Urteil“ des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), aufrechterhalten werden können. Die Direktvergabe der Straßenbahnverkehrsleistung an die KVN und Busverkehrsleistungen an die NB oder alternativ an die KVG blieben somit nach alter Rechtslage möglich. Grundlage sind die Regelungen in § 4 Abs. 8-12 des derzeit gültigen Konsolidierungsvertrags zwischen der Stadt Kassel und der KVV vom 21.07.2008. Daneben war es auch möglich, die Vergabe nach der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 durchzuführen.

Auf Basis des bestehenden Beschlusses aus dem Jahr 2009 wurde eine neue Liniengenehmigung für die Tramlinien im Stadtverkehr Kassel, Baunatal und Vellmar durch die KVG beantragt und am 03.12.2012 durch das Regierungspräsidium (RP) Kassel genehmigt. Die Neukonzession läuft bis zum 14.12.2024.
Für den Tramverkehr im Lossetal existiert eine Bestandsbetrauung der RBK auf Basis der Finanzierungsverträge mit den betroffenen Gemeinden und Landkreisen. Diese fällt ebenfalls unter die Übergangsregelungen der EU-Verordnung, sodass auch hier lediglich eine neue PBefG-Liniengenehmigung beantragt werden musste. Die Genehmigung wurde der RBK am 07.02.2013 mit einer Laufzeit bis 01.10.2028 erteilt. Mit Bescheid vom 26.02.2013 wurde der RBK zudem die Genehmigung gemäß § 6 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) bis zum 29.02.2028 durch das RP Kassel erteilt. Auf derselben Rechtsgrundlage wie die Tramkonzession für Kassel, Baunatal und Vellmar wurde am 08.04.2014 die Konzession für die Busverkehre in Kassel durch die KVG beantragt. Diese hatte ursprünglich eine Laufzeit bis zum 13.12.2014. Das RP Kassel erteilte der KVG mit Genehmigungsurkunde vom 04.07.2014 die Genehmigung für die maximal mögliche Laufzeit bis zum 09.11.2019. Damit konnten inzwischen alle für die KVG und RBK relevanten Konzessionen für den Tram- und Busverkehr gesichert und deutlich verlängert werden.

Bereich Energie
Um im wettbewerbsintensiven Markt erfolgreich zu agieren, erweiterte die STW 2014 ihre Vertriebsstrategie.
Die STW ist mit Wirkung ab dem 01.01.2014 lt. Konsortialvertrag vom 09.07.2014 mit 49,99 % als Partner an der EAME, der Vertriebstochtergesellschaft der EAM GmbH & Co. KG (EAM), beteiligt. Die EAME bietet Ökostrom- und Erdgasprodukte sowie Heizstrom an. Das Vertriebsgebiet des Unternehmens erstreckt sich auf die Region von Dassel in Südniedersachsen bis nach Hanau in Südhessen sowie Teile von Nordrhein-Westfalen, Thüringen und Rheinland-Pfalz.
Die von der NSG gehaltenen Netzkonzessionen (Wegenutzungsverträge) für Strom, Gas und Wasser in der Stadt Kassel liefen zum Ende des Jahres 2014 aus. Für Strom und Gas wurde von der Stadt Kassel ein nach dem § 46 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) vorgeschriebenes Ausschreibungsverfahren durchgeführt.
Bei beiden Konzessionsverfahren war die NSG Bestbietende und erhielt von der Stadt Kassel den Zuschlag. Die Wegenutzungsverträge traten zum 01.01.2015 in Kraft.
Ebenfalls wurde mit der Stadt Kassel der Wasserwegenutzungsvertrag neu ausgehandelt.
Mittlerweile (Stand 31.03.2015) liegen alle Gremienbeschlüsse der Stadt Kassel und der NSG zum Abschluss des Vertrags vor, sodass der Abschluss unmittelbar bevorsteht.
Der Wettbewerb um Konzessionen in der Region ist aufgrund der weitgehend abgeschlossenen und entschiedenen Ausschreibungsverfahren in die Phase der Netzübernahmeverhandlungen getreten.
Die STW ist als Partner an dem neu gegründeten kommunalen Unternehmen Fulda-Eder Energie GmbH & Co. KG (FEE) beteiligt. Weitere Beteiligungen der STW sind die Gemeindewerk Kaufungen GmbH & Co. KG und die Stadtwerke Großalmerode GmbH & Co. KG, an denen auch die jeweilige Gemeinde beteiligt ist.
Die NSG selbst war an der 2014 gegründeten NNG mit vorläufig 100 % beteiligt. Im Zuge der Einbringung des zunächst im Eigentum der NSG befindlichen Gasversorgungsnetzes von Niestetal Ortsteils Sandershausen von der NSG in die NNG als Sacheinlage wurde das Stammkapital der NNG von 25 Tsd. EUR um 965 Tsd. EUR auf 990 Tsd. EUR erhöht. Die Netzübernahmeverhandlungen werden mit der EnergieNetz Mitte GmbH (ENM, Tochterunternehmen der EAM) geführt. Ziel der Verhandlungen ist der Netzkauf durch die Beteiligungsgesellschaften der STW.
Die Netze der Gemeinden Großalmerode, Kaufungen und Niestetal sollen dann von der NSG gepachtet werden.
Die Landeskartellbehörde Hessen (LKB) überprüft in Hessen intensiv die Wasserpreise. In neun Fällen leitete die LKB wegen Missbrauchsverdacht Kartellverfahren gegen Wasserversorgungsunternehmen ein. Gegen die STW erließ die LKB am 11.04.2008 eine Preissenkungsverfügung in Höhe von 37 % wegen angeblich missbräuchlich überhöhter Wasserpreise. Die Preissenkungsverfügung war vom Zeitpunkt der Zustellung bis zum 31.12.2009 befristet.
Gegen die Verfügung hatte die STW fristgerecht Beschwerde beim Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt am Main eingelegt. Das Verfahren vor dem OLG wurde 2009 ausgesetzt und ruht seitdem. Derzeit laufen erneut Vergleichsverhandlungen mit der LKB, die gegebenenfalls kurzfristig zur Einigung kommen könnten.

1.3 Ziele und Strategien
Durch die Umsetzung der Energiewende verändert sich der Erzeugungsmarkt derzeit grundlegend. Der politisch geförderte Ausbau der erneuerbaren Energien hat große Auswirkungen auf die konventionelle Erzeugung.
Zeitweise verdrängt der Strom aus erneuerbaren Energien die Stromerzeugung konventioneller Kraftwerke bereits vollständig aus dem Netz. Als Folge sinkt der Strompreis an den Strombörsen kontinuierlich und deckt immer weniger die Kosten für Brennstoffe und Emissionszertifikate.
Der wirtschaftliche Betrieb von Kraftwerken wird somit wegen der derzeitigen Rahmenbedingungen zunehmend schwieriger bis unmöglich.
Aus diesen Gründen wurde 2013 ein konzernweites Erzeugungsprojekt „Neue Erzeugungsstrategien (NES)“ initiiert, das im Laufe des Jahres 2014 abgeschlossen werden konnte. Ziel der EWG ist, die Erzeugungsstrategie an den neuen Rahmenbedingungen auszurichten und damit auch zukünftig stabile Ergebnisse sicherzustellen. Im Rahmen des Projekts wurden Erzeugungs- und Vertriebsprozesse konzernweit überprüft und an die zukünftigen Rahmenbedingungen angepasst.
Die in den letzten drei Jahren durchgeführte Neuanschaffung von Straßenbahnen und die anstehende Modernisierung des derzeitigen Fahrzeugparks müssen durch den Wegfall der Fahrzeugförderung zu 100 % von der KVG finanziert werden. Um die daraus resultierende Ergebnisbelastung zu kompensieren, wurde ein neues Optimierungsprojekt gestartet: „mobil4kassel – KVG 2020“ ist seit Mitte 2012 das zentrale, die komplette Verkehrssparte umfassende Projekt, das alle Ergebnisverbesserungsmaßnahmen der KVG bündelt.
Wesentlicher Bestandteil des Projekts ist eine bedarfsorientierte Netzoptimierung, die das Verkehrsangebot an die steigende Nachfrage anpassen und dabei die Betriebskosten auf einem vertretbaren Niveau halten soll. Darüber hinaus ist eine Tarifstrukturreform geplant, wobei u. a. durch die Entwicklung neuer Angebote Ertragspotenziale erschlossen und eine gleichmäßigere Auslastung der Fahrzeuge erreicht werden sollen. Zusätzlich werden durch Optimierungen der Werkstatt und der Organisation Personalressourcen frei, die vorrangig zur o. g. Modernisierung der Trams in Eigenleistung genutzt werden.

1.4 Steuerungssystem und Leistungsindikatoren
Die Basis für die Unternehmenssteuerung auf der KVV-Konzernebene stellt die Steuerungsgröße „Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit“ dar. Mittels eines zuverlässigen und konsistenten Steuerungssystems, welches sich aus strategischer Planung, Mittelfristplanung, regelmäßigen Jahreshochrechnungen und dem permanenten Controlling der Zielerreichung zusammensetzt, werden frühzeitig Hinweise auf die künftige Geschäftsentwicklung ermittelt und analysiert. Aus den vielfältigen Änderungen im Verkehrs- und Energiesektor erhöhen sich die Anforderungen an die Controllingsysteme. Die bereits in den vergangenen Jahren eingeleiteten Anpassungen innerhalb der Controllingsysteme werden kontinuierlich verfeinert und aufeinander abgestimmt.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen
Bereich Verkehr
Die Stadt Kassel entwickelt sich erfreulich dynamisch. Aufgrund dieser Entwicklung sind die Anforderungen an den Verkehr ständigen Veränderungen unterworfen und erfordern die kontinuierliche Weiterentwicklung der Planungsinstrumente. Hierzu leistet die Fortschreibung des Nahverkehrsplans (NVP) – ein strategisch-planerisches Konzept zur weiteren Entwicklung des ÖPNV – einen wichtigen Beitrag.
Die KVG als das von der Stadt Kassel mit der Wahrnehmung der hoheitlichen Aufgabe der Nahverkehrsorganisation betraute Unternehmen (Aufgabenträgerorganisation) hat die Fortschreibung des NVP gemäß § 8 Abs. 3 PBefG in Verbindung mit § 14 des Hessischen ÖPNV-Gesetzes übernommen. In diesem Rahmen hat die Stadtverordnetenversammlung 2014 den NVP verabschiedet, welcher die strategischen Ziele des ÖPNV bis zum Jahr 2019 definiert. Er ist sowohl Grundlage der Linienkonzessionierung als auch Voraussetzung für die Gewährung von Zuschüssen des Landes Hessen für Infrastrukturmaßnahmen. Wesentliche Akzente der Fortschreibung des NVP sind eine klarere Strukturierung des Netzes, die Etablierung einheitlicher Wegeketten, kürzere Fahrzeiten und sicherere Anschlüsse. Einerseits sollen an Orten hoher Nachfragepotenziale neue Angebote entstehen, andererseits soll der Aufwand dort reduziert werden, wo geringe Nachfragepotenziale den aktuellen Ressourceneinsatz nicht rechtfertigen.

Bereich Energie

Zum Anfang des Jahres 2014 war im Strommarkt eine ähnliche Entwicklung wie im Vorjahr zu beobachten. Der Preis für die Grundlast-Lieferung erreichte mit 36,90 EUR/MWh schon zu Jahresbeginn den Höchstwert im Jahr 2014. Der weitere Verlauf des Jahres war durch schwankende Preise geprägt. In den Monaten Januar, August und November sorgten u. a. die Entwicklungen in der Ukraine-Krise sowie eine gegenüber den Erwartungen reduzierte Verfügbarkeit von erneuerbaren Energien für einen Anstieg des Strompreises auf bis zu 36,00 EUR/MWh. Sinkende Preise waren insbesondere in den Zeiträumen April bis Juli und September bis Oktober zu verzeichnen. Der niedrigste Preis im Jahresverlauf von 33,77 EUR/MWh wurde erst am letzten Handelstag des Jahres 2014 mit 33,44 EUR/MWh unterboten.
Im Gasbereich startete der Terminmarkt zu Beginn des Jahres 2014 an der European Energy Exchange (EEX) auf hohem Niveau von 26,45 EUR/MWh. Aufgrund der Auslastung der Gasspeicher und des milden Winters waren im März schon Preise von 23,50 EUR/MWh zu verzeichnen. Nach einigen Bewegungen des Kurses nach oben und unten mit einer Schwankungsbreite von fast 2,00 EUR/MWh waren ab November sinkende Preise zu beobachten.
Am Jahresende lag der Terminmarktkurs bei ca. 22,20 EUR/MWh. Auch der Spotmarkt erreichte im Jahr 2014 neue Tiefstände. Während im Vorjahr die Day-Ahead-Preise die Marke von 25,00 EUR/MWh nicht unterschritten, waren im Juli 2014 die Preise bei 15,20 EUR/MWh angelangt.
Im Laufe der zweiten Jahreshälfte erholte sich der Day-Ahead-Preis jedoch wieder und erreichte 21,50 EUR/MWh bis zum letzten Handelstag des Jahres 2014. Der Preisverfall im Gas begründete sich unter anderem durch die sinkenden Rohöl- und Kohlepreise. Ein Überangebot durch Flüssigerdgas und Fracking stand einer schrumpfenden Nachfrage gegenüber. Die japanische Wirtschaft schwächelte ab dem zweiten Halbjahr 2014 und somit wurden mehr LNG-Mengen nach Europa verkauft. Weiterhin waren die Gasspeicher im Dezember 2014, mit über 80 % auf Rekordniveau gefüllt. Da die Temperaturen sehr mild waren, wurde zu erheblich teureren Preisen eingespeichert.
Die Ukraine-Krise hatte nur moderaten Einfluss auf die Gaspreise, obwohl eine Risikoprämie für die mögliche Versorgungsunterbrechung eingepreist war.
Zum 01.08.2014 trat das reformierte EEG 2.0 in Kraft.
Die Schwerpunkte der EEG-Novelle 2014 bilden reduzierte Vergütungssätze und die Einführung von Zubaukorridoren in den Bereichen Windenergie, Photovoltaik und Biogas.

2.2 Unternehmensentwicklung

Mit der KVG, MHKW, KVC und KVN bestehen Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträge.
Mit der STW besteht ein Ergebnisabführungsvertrag, der eine Ausgleichszahlung an den Mitgesellschafter Thüga AG vor der Ergebnisabführung enthält. Seit dem Jahr 2000 sind wiederum zwischen STW und EWG Beherrschung und Ergebnisabführung vertraglich geregelt. Mit der Gründung der NSG wurde im Jahr 2010 ein Gewinnabführungsvertrag zwischen STW und NSG geschlossen. Mit der NCK besteht kein Ergebnisabführungsvertrag.
Seit dem Fahrplanwechsel 2013/2014 wird die gestiegene Nachfrage auf der Tramlinie 1 aufgrund der Streckenverlängerung nach Vellmar, des weiteren Ausbaus des Universitätsstandortes sowie der wachsenden Besucherzahlen des Weltkulturerbes im Bergpark Wilhelmshöhe mit zwei gekoppelten Bahnen (Doppeltraktion) bedient.
Fast alle Bahnsteige der Linie 1 wurden auf ca. 60 m Länge ausgebaut, lediglich die Haltestelle „Murhardstraße“ wurde provisorisch verlängert. Die Planungen zur Haltestellenverlängerung „Murhardstraße“ wurden im Jahr 2014 nochmals unter dem Gesichtspunkt der Weltkulturerbe-Verträglichkeit diskutiert. Dabei wurde vereinbart, die Planung zu überarbeiten und die Bahnsteige in der heutigen Lage zu belassen. Durch eine Kanalsanierung im selben Abschnitt verschiebt sich der Bau voraussichtlich auf das Jahr 2016.
Die KVC erbringt vorwiegend Planungs-, Projektsteuerungs- und Beratungsleistungen in den Bereichen ÖPNV, Eisenbahnwesen, Verkehrs- und Stadtplanung sowie Architektur, Ingenieurbau und Facility/Bauunterhaltung.
Der Bereich „Hochbau“ der KVC leistete im Berichtsjahr Abschlussarbeiten für das Projekt Neubau des Kombibads am Auedamm und bearbeitete verschiedene interne Projekte wie die Sanierung der Wohnhäuser der NSG in der Wilhelmshöher Allee, die Beseitigung des Wasserschadens in der Kantine des Betriebshofs Ost und die Renovierung des Kundenzentrums in der Kurfürsten Galerie. Die Arbeiten am Wasserbehälter „Kratzenberg“ konnten im Jahr 2014 abgeschlossen werden. Die Schwerpunkte des Bereichs „Verkehrsplanung“ lagen in den Leistungen zum barrierefreien Umbau der Bushaltestellen in der Stadt Vellmar und der Ausführungsplanung für den Ausbau der Friedrich-Ebert-Straße.
Ziel der rechtlichen Eigenständigkeit der KVC war neben der Sicherstellung einer effizienten Erbringung von Ingenieur- und Planungsleistungen für die konzerninternen Gesellschaften die Erschließung von Marktpotenzialen auf dem Drittmarkt. Dieses Ziel konnte u. a. durch rückläufige Bauvolumina, sinkende Fördermittel sowie erhebliche Wettbewerbsbarrieren auf dem Drittmarkt nicht mehr erreicht werden und ist auch perspektivisch nicht absehbar. Vor dem Hintergrund dieser wirtschaftlichen Situation wurden im Projekt „P166 – Zukunft KVC“ Restrukturierungsmöglichkeiten untersucht. Dabei sollten die Ingenieur- und Planungsleistungen vornehmlich für den Eigenbedarf des KVV-Konzerns durch eine Reintegration der KVC in den Konzern sichergestellt werden. Hierzu wird die KVC zum 01.01.2015 rückwirkend mit der KVV verschmolzen. Dazu liegen entsprechende Beschlüsse der Aufsichtsräte der KVC und der KVV vom 19.11.2014 sowie der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel vom 15.12.2014 vor.
Die STW setzte im Strom- und Gasbereich ihre gute Entwicklung fort und konnte ihre Position im zunehmenden Wettbewerb erfolgreich behaupten.
Auf Basis einer erfolgreichen Kundenbindungsstrategie konnten die Lieferverträge mit großen Kasseler Bestandskunden verlängert werden. Außerhalb von Kassel konnte die STW weitere Sondervertragskunden gewinnen.
Die STW akquirierte bundesweit mehrere große Industriekunden und eine Vielzahl von Einzelhandelsunternehmen im Großkundensegment. Im Privatkundenbereich war wie in den Vorjahren ein intensiver Wettbewerb zu verzeichnen. Kunden wurden vermehrt über den direkten Vertrieb mittels Vermittlern akquiriert. Energieversorger konkurrierten vermehrt um attraktive Vertriebskanäle. Trotz des zunehmenden Wettbewerbs konnte die STW ihren Marktanteil im Kasseler Marktgebiet erfolgreich behaupten. Zentrale Faktoren hierfür waren hohe Kundenzufriedenheit und Imagewerte.
Der zunehmende Wettbewerb auf den Energiemärkten erfordert es, dass eine intelligente Energiebeschaffung eine zentrale Rolle einnimmt. Die STW verfolgt daher eine kontinuierliche Optimierung der Beschaffungsprozesse. Mittels einer risikooptimalen Beschaffungsstrategie kann die STW Wettbewerbsvorteile realisieren und attraktive Preise anbieten, um sich im dynamischen Marktumfeld erfolgreich zu positionieren.
Als einer der ersten bundesweiten Energieversorger ließ sich die STW das Qualitätsmanagement für ihren gesamten Vertriebsbereich nach ISO 9001 zertifizieren.
Diese Zertifizierung spiegelt die Qualität der betrachteten Kernprozesse der Energiewirtschaft – Kundenservice, Beschwerdemanagement, Marktkommunikation, Akquisition etc. – im gesamten Vertriebsbereich der STW wider.
Zusätzlich fallen seit 2014 auch die Energiedienstleistungen unter die Zertifizierung. Das Zertifikat ist bis März 2018 gültig und unterliegt einer jährlichen Gültigkeitsüberprüfung.
Seit dem Jahr 2013 produzieren fünf Biogaserzeugungsanlagen in Homberg, Willingshausen, Karben, Leizen und Kerstenhausen umweltfreundliche Energie.
Die STW war in allen Projekten Projektentwicklungspartner, hält in verschiedener Höhe Anteile an den Erzeugergesellschaften und stellt zudem jeweils einen Geschäftsführer. Gemeinsam mit der lokalen Landwirtschaft hat die STW zum Betrieb der Biogaserzeugungsanlagen Kommanditgesellschaften gegründet und berücksichtigt damit die Interessen aller Beteiligten. Zusammen erzeugen die Anlagen eine Biogasmenge von jährlich 180 GWh (8 MWel).
Der überwiegende Teil der Biogasmenge (130 GWh) wird auf Erdgasqualität (Biomethan) aufbereitet und ins öffentliche Erdgasnetz eingespeist. Die STW nimmt das Biomethan ab und verwertet es an Blockheizkraftwerk (BHKW)-Standorten, wo Wärme ganzjährig genutzt werden kann, beispielsweise in Schwimmbädern, Kliniken und Industrieunternehmen. Teilmengen werden an externe Kunden verkauft.
Mit der Inbetriebnahme des Windparks Söhrewald/Niestetal gelang es der STW, ihre Position als treibende Kraft der Energiewende in Nordhessen weiter zu stärken. Während die Windkraftanlagen am Standort Söhrewald seit Dezember 2013 in Betrieb sind, speisen die Windräder am Standort Niestetal seit Februar 2014 sauberen Strom ein. In Summe versorgen die sieben Anlagen mit einer Gesamtleistung von 21 MW rechnerisch 17.000 Haushalte mit Strom. Zum 28.02.2014 übertrug die STW das Windparkprojekt auf die WSN. Neue Gesellschafter sind die drei Bürgerenergiegenossenschaften Kassel & Söhre, Niestetal und Kaufunger Wald, die Stadtwerke Eschwege, Witzenhausen und Bad Sooden-Allendorf sowie die Gemeinde Lohfelden. Die STW hielt zum Bilanzstichtag 47,73 % der Anteile an der WSN. Die Veräußerung weiterer Anteile ist im Jahr 2015 geplant.
Im Jahr 2014 setzte die STW die Entwicklung von Windkraftprojekten in Nordhessen fort. Dabei konzentrierte sich die STW auf die Weiterentwicklung der im Jahr 2013 vorbereiteten Windparkprojekte „Rohrberg“ und „Stiftswald“. Die einzelnen Projektstandorte befinden sich in unterschiedlichen Entwicklungsstadien. Weit fortgeschritten ist das Projekt „Rohrberg“.
Für die Errichtung und den Betrieb der insgesamt fünf Windkraftanlagen wurde die Genehmigung laut

Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) erreicht.
Mit Vorliegen dieser Genehmigung wurde der Liefervertrag der Windkraftanlagen wirksam und vorbereitende Baumaßnahmen konnten bereits getroffen werden.
Die Inbetriebnahme ist für Ende des Jahres 2015 anvisiert.
Im Rahmen des Windparkprojekts im „Stiftswald" ist die Errichtung von bis zu neun Windkraftanlagen geplant.
Der entsprechende Genehmigungsantrag wurde Ende 2014 beim Regierungspräsidium Kassel für 8 Anlagen eingereicht. Derzeit wird geprüft, ob für eine weitere Anlage ein zusätzlicher Genehmigungsantrag eingereicht werden kann. Die Fertigstellung ist spätestens im 3. Quartal 2016 geplant.
Im nördlichen Schwalm-Eder-Kreis ist die STW mit einem Geschäftsanteil von 40 % an der FEE beteiligt.
Die FEE agiert als operativ tätiges Regionalwerk einschließlich eigenen Vertriebs. Das Ziel der Gesellschaft ist, zunächst die Energienetze im FEE-Gebiet zurückzukaufen und die Energieversorgung der 60.000 Bürger der neun Partnergemeinden selbst zu gestalten.
In der Gemeinde Kaufungen wurde Anfang des Jahres 2014 mit der Gemeindewerk Kaufungen GmbH & Co. KG ein weiteres Kommunalwerk gegründet. Auch hier soll die Gesellschaft im nächsten Schritt das Stromnetz vom bisherigen Konzessionär zurückkaufen, um danach die 13.500 Bürger mit Energie zu versorgen. Das Kommunalwerk wird zunächst mit einer Beteiligung von 99 % von der STW geführt. Die Gemeinde und gegebenenfalls auch eine lokale Energiegenossenschaft können später Anteile von der STW übernehmen.
Das neue Kombibad am Auedamm wurde ebenso wie das Hallenbad Süd von den Badegästen im Jahr 2014 gut angenommen. Im Berichtsjahr besuchten 366.255 Bade- und Saunagäste das Frei- und Hallenbad an der Fulda.
In das Hallenbad Süd kamen 90.265, in das Freibad Bad Wilhelmshöhe 44.217 und das Freibad Harleshausen besuchten 37.463 Badegäste. Mitte 2014 begann die STW mit der Planung für den Umbau des Freibads Harleshausen. Im ersten Quartal 2015 erfolgte die schlüsselbaufertige Vergabe, und im zweiten Quartal 2015 wird mit den Modernisierungsarbeiten begonnen. Die Eröffnung des neuen Freibads soll zu Beginn der Freibadsaison 2016 erfolgen.
Im Jahr 2014 führte die EWG verschiedene Maßnahmen zur weiteren Optimierung des Kraftwerkparks durch.
Das Heizkraftwerk Mittelfeld (HKW-M) konnte im Jahr 2014 einen größeren Anteil Fernwärme aus Biomasse im Vergleich zum Vorjahr in das Fernwärmenetz einspeisen.
Die neue Anlagentechnik konnte weiter optimiert werden, was zu einer verbesserten Fahrweise der Holzaufbereitungsanlage führte. Die Verfügbarkeit der Gesamtanlage konnte insgesamt stark verbessert werden.
Pünktlich zum Beginn der Heizperiode 2014/2015 konnte die EWG das zum Standort gehörende Heizwerk (HW) in Betrieb nehmen. Um zukünftig eine bivalente Brennstoffversorgung zu ermöglichen, soll im Laufe des Jahres 2015 noch eine Heizölversorgungsanlage errichtet werden.
Damit steht der EWG nun zur Spitzenlastabdeckung und als Reserve am Standort HKW-M am nördlichen Ende des Fernwärmenetzes eine Heißwasserkesselanlage auf Erdgasbasis zur Verfügung.
In der Sparte Abfallentsorgung besteht eine Abhängigkeit zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Während des Berichtszeitraums konnte aufgrund der guten konjunkturellen Entwicklung die Anlage komplett ausgelastet werden. Der milde Winter zu Beginn des Jahres führte dazu, dass insbesondere aus dem Bereich Bau und Produktion eine positive Mengenentwicklung zu verzeichnen war.
Die geplante Anliefermenge zum Jahresende konnte aufgrund der positiven Auslastung übertroffen werden. Die vorhandenen Kapazitäten der Müllverbrennungsanlagen konnten im gesamten Bundesgebiet entgegen der allgemeinen Darstellung von Überkapazitäten voll ausgenutzt werden. Das MHKW arbeitete an der Optimierung seiner Vertriebsstrategie. Im Mittelpunkt stand dabei eine serviceorientierte Bedienung der öffentlich-rechtlichen Entsorger.
Neben der Akquise neuer Kunden setzt die MHKW verstärkt auf die Verwertung von Spezialabfällen, die von Drittkunden bezogen werden.

2.3 Ertragslage

Die Vergleichbarkeit mit den Vorjahreszahlen ist aufgrund der Änderung des Konsolidierungskreises zum 31. Dezember 2014 nur eingeschränkt möglich.
Die Umsatzerlöse betrugen im Berichtsjahr 568,4 Mio. EUR (Vorjahr 574,0 Mio. EUR). Der Rückgang der Umsatzerlöse resultiert insbesondere aus Gas- und Wärmelieferungen und war witterungsbedingt.
Die Bestandsveränderungen der unfertigen Leistungen lagen mit -21,6 Mio. EUR deutlich unter dem Vorjahreswert von 12,3 Mio. EUR. Ursache hierfür war im Wesentlichen die Projektierung und Übertragung des Windparks Söhrewald/Niestetal. Dieser wurde im Vorjahr mit 22,8 Mio. EUR in die unfertigen Leistungen aufgenommen, die im Berichtsjahr mit der Übertragung des Projekts auf die WSN wieder aufgelöst wurden. Diesem Effekt standen entsprechende Kosten im Vorjahr bzw. Erlöse im Berichtsjahr gegenüber.
Die aktivierten Eigenleistungen betrugen 9,2 Mio. EUR und lagen damit über dem Vorjahreswert von 7,7 Mio. EUR.
Der Materialaufwand sank gegenüber dem Vorjahreswert von 387,5 Mio. EUR auf 330,7 Mio. EUR. Dieser Rückgang resultierte einerseits aus insgesamt rückläufigen Aufwendungen für Gas- und Wärmelieferungen sowie andererseits daraus, dass im Vorjahr erhöhte Aufwendungen für die Errichtung des Windparks Söhrewald/Niestetal angefallen waren.
Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen gegenüber dem Vorjahr auf 77,1 Mio. EUR (Vorjahr 70,7 Mio. EUR).
In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen waren 12,2 Mio. EUR Konzessionsabgaben enthalten (Vorjahr 13,0 Mio. EUR). Darüber hinaus beinhaltete der sonstige betriebliche Aufwand u. a. Beratungs- und ähnliche Kosten aus konzernübergreifenden Aufgabenstellungen.
Die Abschreibungen stiegen auf 58,3 Mio. EUR (Vorjahr 54,4 Mio. EUR). Diese Entwicklung war insbesondere durch die Fahrzeugneubeschaffung im Trambereich in den Jahren 2011 bis 2013, die die KVG ohne Zuschüsse zu 100 % selbst finanzieren musste, bedingt.
Der Personalaufwand stieg u. a. aufgrund von Tarifsteigerungen auf 109,1 Mio. EUR (Vorjahr 106,3 Mio. EUR).
Im Konzern waren im Jahr 2014 durchschnittlich 1.875 Mitarbeiter beschäftigt (Vorjahr 1.869).

2.4 Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme betrug im Berichtsjahr 862,9 Mio. EUR (Vorjahr 906,7 Mio. EUR). Diese Entwicklung basierte insbesondere auf dem oben genannten Rückgang der unfertigen Leistungen sowie auf geringeren Forderungen.
Die Höhe des Eigenkapitals von 222,7 Mio. EUR (Vorjahr 221,5 Mio. EUR) wurde maßgeblich durch die Entwicklung der Kapitalrücklage und des Konzernbilanzverlusts beeinflusst.
Rückstellungen wurden im Konzern in ausreichendem Maße in Höhe von 190,9 Mio. EUR (Vorjahr 172,5 Mio. EUR) gebildet. Der Anstieg der Rückstellung resultierte dabei u. a. aus der Anpassung der Rückstellungen der KVG für den Kassenausgleich 2014 und zukünftige Instandhaltungsverpflichtungen. Die Konzernverbindlichkeiten sanken im Berichtsjahr von 462,2 Mio. EUR auf 409,7 Mio. EUR. Ursächlich für diesen Rückgang war die Tilgung von Darlehen bei der STW, NSG und KVV.
Die Eigenkapitalquote stieg zum 31.12.2014 auf 25,8 % (Vorjahr 24,4 %), was durch den Rückgang der Verbindlichkeiten bei einem gleichzeitigen Anstieg des Eigenkapitals begründet war. Die Fremdkapitalquote sank hierdurch bedingt auf 74,2 % (Vorjahr 75,6 %). Die Konzernbilanz war, wie in den Vorjahren, von der hohen Anlagenintensität der Verkehrs- und Versorgungsunternehmen geprägt.
Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen in Höhe von 83,1 % (Vorjahr 79,6 %) spiegelt dieses wider.
Der Wert des Anlagevermögens betrug 717,1 Mio. EUR (Vorjahr 721,4 Mio. EUR). Die Bruttoinvestitionen des Konzerns betrugen 62,7 Mio. EUR (Vorjahr 103,8 Mio. EUR).
Die Investitionen und der Kapitaldienst wurden überwiegend durch Investitions- und Baukostenzuschüsse sowie mit Mitteln der Eigen- und Fremdfinanzierung aufgebracht.
Im Verkehrsbereich wurden konzernweit Bruttoinvestitionen in Höhe von insgesamt 16,0 Mio. EUR (Vorjahr 19,7 Mio. EUR) vorgenommen. Dabei stellte die Modernisierung von Straßenbahnen mit 2,6 Mio. EUR die größte Position dar. Weitere 1,5 Mio. EUR investierte die KVG in neue Gleichrichterunterwerke und 1,3 Mio. EUR in die Ausweitung des Fahrgast-Informationssystems.
Im Vordergrund der Investitionstätigkeiten der STW von insgesamt 8,5 Mio. EUR standen Kapitaleinlagen von 1,4 Mio. EUR in die EAME und von je 1,0 Mio. EUR in die Windpark-Gesellschaften WPR und WPS. 1,0 Mio. EUR investierte die STW in das neue Kombibad am Auedamm.
Im Berichtsjahr führte die NSG Investitionen in Höhe von 25,9 Mio. EUR durch. Die NSG investierte schwerpunktmäßig in Optimierungs- und Erneuerungsmaßnahmen im Strom-, Gas-, und Wassernetz. Daneben investierte die NSG 2,6 Mio. EUR in die NNG. Hierbei übertrug sie das Anlagevermögen des Gasnetzes im Niestetaler Ortsteil Sandershausen auf die NNG, das als Sacheinlage im Rahmen der beschlossenen Kapitalerhöhung in der Bilanz der NNG berücksichtigt wurde. Im Berichtsjahr bildete die Erneuerung der Umspannwerke (UW) Süd und Ost einen Investitionsschwerpunkt.
Beide UW wurden mit 110 kV-Schaltanlagen ausgerüstet. Die NSG investierte 1,5 Mio. EUR in das UW Süd und 1,1 Mio. EUR in das UW Ost. Im Zuge der Erneuerung der UW Süd und Ost wurde auch das Hochspannungskabel zwischen den UW ersetzt. Nachdem die NSG bereits im Vorjahr die Kabelschutzrohrtrasse errichtete, wurde im Sommer 2014 der Einzug des Hochspannungskabels vorgenommen. Hiermit war 2014 ein Investitionsvolumen von 0,8 Mio. EUR verbunden. Darüber hinaus investierte die NSG 1,4 Mio. EUR in die Erneuerung des Hochbehälters Kratzenberg. Die Erneuerung des Hochbehälters ist Teil des langfristigen Konzepts zur kontinuierlichen Effizienzsteigerung der Wasserversorgung.

Im Geschäftsjahr 2014 tätigte die EWG Bruttoinvestitionen in Höhe von 8,9 Mio. EUR (Vorjahr 14,9 Mio. EUR).
Wie im Vorjahr lag der Schwerpunkt der Investitionen auf Investitionsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Erneuerung am Standort HKW-M. Zusätzlich tätigte die EWG Investitionen für die Druckhalteanlage am Standort HW Losse in Höhe von 0,7 Mio. EUR.
Im Geschäftsjahr investierte die MHKW insgesamt 1,0 Mio. EUR in Sachanlagen (Vorjahr 1,4 Mio. EUR). Investitionsschwerpunkte stellten kleinere Maßnahmen in Verbindung mit der bereits in Betrieb genommenen Dampfturbine M8, die Erneuerung des Netztrafos sowie die Erweiterungen der Sprühwasserlöschanlagen in den Müllbunkern dar.
Die NCK investierte im Berichtsjahr 1,5 Mio. EUR. Davon entfielen 0,7 Mio. EUR auf den Erwerb von Anteilen an der OR Network.
Die Investitionen verteilen sich auf die einzelnen Gesellschaften wie folgt:

Gesellschaft	2014		Vorjahr	
	Mio. EUR	**%**	**Mio. EUR**	**%**
KVV	0,9	1,0	0,0	0
STW	8,5	14,0	39,9	38
NSG	25,9	41,0	27,0	26
EWG	8,9	14,0	14,9	14
MHKW	1,0	2,0	1,4	1
KVG	16,0	25,0	19,7	19
NCK	1,5	2,0	0,9	1
BGM	0,1	0,1	(12,0)*	--
Gesamt	**62,8**	**100**	**103,8**	**100**

** Die BGM war im Vorjahr nicht in der Konsolidierung enthalten*

Die Finanzierung der Gesamtinvestitionen erfolgte vor allem aus der laufenden Geschäftstätigkeit.
Daneben wurden im Konzern die Gesamtinvestitionen auch durch die Aufnahme von Fremdkapital, vereinnahmte Zuschüsse und Abschreibungen des Geschäftsjahres sowie mit Mitteln der Eigenfinanzierung finanziert.
Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit betrug im Berichtsjahr 100,1 Mio. EUR (Vorjahr 36,9 Mio. EUR.)
Der Cashflow aus Investitionstätigkeit stieg gegenüber dem Vorjahr auf -39,2 Mio. EUR (Vorjahr -95,3 Mio. EUR).
Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit sank gegenüber dem Vorjahr auf -38,6 Mio. EUR (Vorjahr 65,7 Mio. EUR).
Für den kurzfristigen Liquiditätsbedarf sind mehreren Konzerngesellschaften zum Großteil schriftlich vereinbarte Kreditlinien von verschiedenen Banken eingeräumt worden. Die Kreditlinien haben im Wesentlichen keine Laufzeitbegrenzung. Die Kreditlinien stehen über das Finanzclearing allen Konzerngesellschaften zur Verfügung. Zum 31.12.2014 waren die Kreditlinien von 105,0 Mio. EUR nicht in Anspruch genommen. Die üblichen saisonalen Liquiditätsschwankungen werden über kurzfristige Geldanlagen und -aufnahmen ausgeglichen.

2.5 Gesamtaussage zur Lage des Konzerns
Der KVV-Konzern erwirtschaftete im Berichtsjahr ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 2,3 Mio. EUR (Vorjahr -0,1 Mio. EUR).
Damit lag das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit über dem Vorjahreswert und der Planung.
Ursache für den Anstieg gegenüber dem Vorjahr war ein höheres Ergebnis der STW, NSG und KVV. Die im Rahmen des Konsolidierungsvertrags mit der Stadt Kassel vereinbarten Ergebnisziele der einzelnen Unternehmen wurden im Geschäftsjahr 2014 erneut erreicht.

3. Nachtragsbericht
Am 26.02.2015 erhielt die NCK den Zuschlag für den Breitbandausbau in den Landkreisen Hersfeld-Rotenburg, Werra-Meißner, Waldeck-Frankenberg, Schwalm-Eder und Kassel. Am 11.03.2015 wurde Herr Dr. Michael Maxelon zum Vorsitzenden der Geschäftsführung der KVV ab 01.01.2016 bestellt. Darüber hinaus sind nach Ende des Geschäftsjahres keine besonderen Vorgänge angefallen.

4. Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

4.1 Prognosebericht

4.1.1 Gesamtaussage der Geschäftsführung über die voraussichtliche Unternehmensentwicklung
Die KVV geht davon aus, dass die Entwicklung der Rahmenbedingungen, die die abgelaufenen Geschäftsjahre geprägt haben, auch das laufende Geschäftsjahr 2015 maßgeblich prägen wird. Im Energiebereich stehen dabei der Ausbau der erneuerbaren Energien, die Auswirkungen der Energiepreise auf die konventionelle Erzeugung sowie der Wettbewerb auf dem Strom- und Gasmarkt im Fokus.
Im Verkehrsbereich liegt der Schwerpunkt auf der Umsetzung der notwendigen Maßnahmen aus dem Projekt „mobil4kassel – KVG 2020“, um mittelfristig wieder den Zielergebniskorridor zu erreichen. Für den KVV-Konzern wird für das Geschäftsjahr 2015 ein Ergebnis nach Konsolidierung gemäß Konsolidierungsvertrag, d. h. nach der Ausgleichszahlung an den Anteilseigner Thüga und nach Erfüllung der Zahlungsverpflichtung an die Stadt Kassel, von rund 4,6 Mio. EUR geplant.

4.1.2 Zukünftige Geschäfts- und Ergebnisentwicklung KVV GmbH
Umfassende gesetzliche Änderungen sowohl im Verkehrs- als auch im Versorgungsbereich werden im Geschäftsjahr 2015 und in den Folgejahren weitere Auswirkungen auf den KVV-Konzern haben. Die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen aus dem Konsolidierungsvertrag und weitere Maßnahmen zur Ergebnisverbesserung werden weiterhin im Mittelpunkt der Tätigkeiten stehen.
Der Konsolidierungsvertrag läuft bis zum 31.12.2016, eine Fortführung des Vertrags darüber hinaus ist angestrebt.
Die Ausgestaltung eines entsprechenden Nachtrags wird Einfluss auf die künftigen Ergebnisse der KVV und ihrer Tochterunternehmen haben.
Derzeit wird für das Jahr 2015 ein leicht verbessertes Eigenergebnis der KVV erwartet. Insgesamt plant die KVV ein höheres Jahresergebnis 2015 im Vergleich zum Berichtsjahr. Dies ist begründet durch eine höhere Ergebnisabführung der STW und einer geringeren Verlustübernahme von der KVG.
Wesentliches Ziel für die Zukunft des KVV-Konzerns ist der Ausbau der sehr guten Wettbewerbsposition. Die Ergebnisziele sollen auch zukünftig weitestgehend nicht durch einen Personalabbau in den Produktbereichen, sondern vor allem durch den Ausbau der Geschäftsfelder erreicht werden.
Als Ergebnis des Projektes „P166 – Zukunft KVC“ sind der bisherige Bereich KVC1 („Verkehrsplanung“) ab dem 01.01.2015 als eigenständiger technischer Bereich „Planung Infrastruktur“ innerhalb der KVG und der bisherige Bereich KVC2 („Hochbau“) als Zentralbereich „Gebäudebewirtschaftung und Hochbauplanung“ bei der KVV angesiedelt.
Laufende Projekte der KVC über das Geschäftsjahr 2014 hinaus werden im Jahr 2015 durch die KVG und KVV fortgeführt. Dazu haben die externen Auftraggeber der KVC1 in sogenannten Übernahmeverträgen schriftlich zugesichert, die mit der KVC begonnenen Projekte auch künftig mit der KVG weiter bearbeiten zu wollen. Die Projekte der KVC2 werden im Jahr 2015 durch die KVV weiterbearbeitet und gehen mit der Verschmelzung auf die KVV über. Im Laufe des nächsten Geschäftsjahres werden die Geschäftsführungen von KVV und KVC einen Verschmelzungsvertrag abschließen.

Bereich Verkehr
Der Kauf der 22 neuen Niederflurstraßenbahnen erhöht die Kapitalkosten, da für die neuen Fahrzeuge keine Förderung mehr durch das Land Hessen bereitgestellt wurde. Nach der Verschlechterung des KVG-Ergebnisses in den letzten drei Jahren wird im nächsten Jahr von einer Verbesserung der Ergebnissituation auf -15,9 Mio. EUR ausgegangen.
Im Mittelfristzeitraum soll der Zielergebniskorridor von ca. -15,0 Mio. EUR wieder erreicht werden.
Die dafür notwendigen Maßnahmen werden im Rahmen des oben genannten Projekts „mobil4kassel – KVG 2020“ entwickelt. Mit Beschluss des Zielkonzepts des Verkehrsentwicklungsplans Stadt Kassel 2030 (VEP) am 09.12.2013 und des lokalen NVP am 16.06.2014 wurde der weitere Entwicklungsrahmen des ÖPNV in der Stadt Kassel festgelegt. Die im VEP und NVP erarbeiteten Vorgaben bilden unter anderem die Grundlage für die strategische Liniennetzentwicklung und stellen auch mittelfristig die Basis für einen positiven Geschäftsverlauf der KVN dar.
Die laufzeitkonforme Koppelung der vertraglichen Vereinbarungen für Personal und Fahrzeuge einerseits und des Verkehrsvertrags andererseits stellt sicher, dass ausreichend Personal bzw. Betriebsmittel zu festgelegten Konditionen zur Verfügung stehen und eigenes Personal ausgelastet werden kann. Im Zuge von Neueinstellungen wird die Zahl von KVN-Fahrpersonalen auch künftig ansteigen.
Auf Basis der vertraglich vereinbarten Weiterberechnung aller anfallenden Aufwandspositionen an die KVG und NB wird für das Geschäftsjahr 2015 ein Ergebnis in Höhe von 0,0 Tsd. EUR erwartet.

Bereich Energie
Die STW plant für das Jahr 2015 mit einem Eigenergebnis vor Steuern, welches unter dem Wert des Jahres 2014 liegt. Hauptgründe sind geringere Beteiligungserträge sowie der einmalige Effekt aus Übertragung des Windparks Söhrewald/Niestetal im Jahr 2014. Die deutsche Bundesregierung erwartet in ihrem Herbstgutachten ein Wirtschaftswachstum in Höhe von 1,2 % p.a., das damit unter dem Wirtschaftswachstum 2014 von 1,5 % p.a. liegt.
Darüber hinaus rechnet die STW damit, dass die Brennstoffmärkte auch im Jahr 2015 vom volatilen Preisniveau

geprägt sein werden. Zusätzlich geht die STW davon aus, dass sich im Kasseler Netzgebiet der Wettbewerb in Verbindung mit einer wachsenden Wechselbereitschaft der Kunden weiter intensiviert. Um ihre Wettbewerbsposition dabei zu behaupten, wird die STW vielfältige Anstrengungen unternehmen. Einerseits sind die konsequente Weiterentwicklung und Optimierung der Energiebeschaffungsstrategie bei den erwarteten Bedingungen auf den Brennstoffmärkten von zentraler Bedeutung. Andererseits hat die STW sich als Ziel gesetzt, ihre Marktstellung nachhaltig zu festigen und auszubauen. In diesem Zusammenhang soll einerseits die Wechselbereitschaft der Kunden weiter reduziert und andererseits sollen bundesweit Kunden hinzugewonnen werden. Attraktive Preise, umweltfreundliche Produkte, innovative Vertriebsstrategien sowie ein leistungsstarker Kundenservice werden daher wichtig sein, damit die STW ihre Produkte lokal und bundesweit erfolgreich vermarkten kann. Darüber hinaus erwartet die STW, dass die Beteiligung an der EAME zukünftig eine wichtige Rolle in der Vertriebsstrategie übernimmt.
Auch in den kommenden Jahren wird die STW weiterhin ihre Strategie des Ausbaus der erneuerbaren Energien verfolgen und intensivieren. Weitere Investitionen in Windparks werden umfassend geprüft und bei entsprechender Wirtschaftlichkeit durchgeführt. Zudem bieten die Beteiligungen an der SUN, der FEE und der Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (THEE) der STW neue Perspektiven. Das Bündeln von Know-how und Kapital sowie die Realisierung von Synergieeffekten werden sich positiv auf die Entwicklung der STW auswirken und die nachhaltige Unternehmensausrichtung verstärken.
Im Rahmen der Klimaschutzbestrebungen in der Stadt Kassel spielt das Produkt Fernwärme aufgrund seines geringen CO_2-Anteils und des sehr guten Primärenergiefaktors von 0,0 (Gas und Heizöl haben dagegen ca. 1,1) eine wichtige Rolle. Daher sind neben den gerade in der jüngeren Vergangenheit erschlossenen zusätzlichen Fernwärmeabsatzpotenzialen auch weiterhin Steigerungen des Fernwärmeabsatzes geplant. Der Neuanschluss von Fernwärmekunden wird in den kommenden Jahren zielgerichtet dort fortgesetzt, wo angemessene Ergebnisbeiträge erzielt werden können.
Der von der Bundesregierung beschlossene Ausstieg aus der Atomkraft sowie dem damit verbundenen Ausbau der erneuerbaren Energien führt zu erheblichen Preiseffekten. Während Endverbraucher von zunehmend steigenden Strompreisen betroffen sind, wirken sich sinkende Preise an den Strombörsen negativ auf die Wirtschaftlichkeit konventioneller Erzeugungsanlagen aus. Derzeit lassen sich weitere Ertragschancen aus der Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG)-Novelle 2009 herleiten. Ein wesentlicher Punkt für die EWG aus der KWKG-Novelle 2009 ist hierbei die Förderung des Neu- und Ausbaus von Wärmenetzen.
Die langfristigen Kooperationen mit kommunalen Kunden gewährleisten einen Großteil der zukünftigen Auslastung der Müllverbrennungsanlage. Die Erzeugung von Strom und Fernwärme, die durch den Betrieb der neuen Dampfturbine weiter optimiert wurde, sind ebenfalls wichtige Erfolgsfaktoren für eine positive wirtschaftliche Entwicklung der MHKW. Die Entwicklung des Abfallmarktes fordert, dass die MHKW ihren Kunden, wie in der Vergangenheit, marktgerechte Komplettlösungen anbietet. Die MHKW arbeitet partiell mit Wettbewerbern zusammen, um ihre Marktpräsenz zu stärken.
Im Zuge der Beteiligung der STW an der EAM Energie GmbH wurde der EAM eine Call-Option auf 50 % der Anteile an der NCK eingeräumt. Zurzeit laufen diesbezügliche Verhandlungen über einen Anteilsverkauf zwischen der EAM und der KVV.

4.2 Chancen- und Risikobericht

KVV GmbH

Aus den Tätigkeiten der KVV heraus ergeben sich verschiedene grundsätzliche Risiken. Diese zeichnen sich durch ein geringes oder mittleres Risikopotenzial aus.
Unter der Kategorie Finanzen sind dabei mit mittlerem Risiko die Entwicklung der Kapitalmärke und damit verbunden höhere Anforderungen an die Kreditwürdigkeit sowie mögliche Steuernachzahlungen zu nennen. Weniger wahrscheinlich sind dagegen Steuerstrafzahlungen und verspätetes Erkennen von Liquiditätsengpässen und Planabweichungen. Beschaffungsseitig besteht ein mittleres Risiko in Bezug auf Einsprüche gegen Ausschreibungen, unerwartete Preisentwicklungen und Lieferengpässe, wohingegen mit dem vollständigen Ausfall eines monopolistischen Lieferanten ein geringes Risikopotenzial verbunden ist.
Systemseitig besteht ein mittleres Risiko durch eine mögliche Unterlizensierung von Software sowie ein geringes Risiko hinsichtlich unzureichender Netzwerksicherheit und Systemausfällen. Im Rahmen eines konzernweiten Risikomanagements werden die identifizierten Risiken einer permanenten Kontrolle unterzogen und geeignete Maßnahmen entwickelt, um diese zu minimieren.
Die Risiken und Chancen der KVV ergeben sich vorrangig durch das wirtschaftliche Handeln der Töchter.
Wie im Vorjahr besteht das Risiko der mangelnden Refinanzierung der Banken im langfristigen Kreditgeschäft.
Die Verpflichtung aus Pensionsansprüchen beinhaltet die laufenden Pensionszahlungen sowie die Veränderung bei der bestehenden Pensionsrückstellung.
Der entstandene Zuführungsbedarf wurde im Berichtsjahr vollständig erfüllt. Unsicherheiten bestehen künftig bei der Bemessung der Pensionszahlungen bzw. des Zuführungsbedarfs für die Pensionsrückstellung durch verschiedene externe Einflussfaktoren.
Auf Basis der derzeitigen Unsicherheiten besteht kein bestandsgefährdendes Risiko für die KVV. Zudem ermöglichen frühzeitige Analysen des Geschäftsverlaufs und laufendes Controlling die rechtzeitige Entwicklung von gegensteuernden Maßnahmen.
Durch die Verschmelzung der KVC auf die KVV zum Stichtag 01.01.2015 werden Vermögen und Schulden der KVC einschließlich aller Vertragsverhältnisse im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf die KVV übertragen. Die KVV tritt damit gesetzlich in die Rechtsstellung der KVC ein.
Die übrigen Risiken und Chancen der KVV ergeben sich vorrangig durch das wirtschaftliche Handeln der Töchter. Die wesentlichen Risiken mit hohem Risikopotenzial werden nachfolgend dargestellt.

Bereich Verkehr

Mit dem Zuschlag bei der Ausschreibung des RegioTram (RT)-Verkehrsvertrags für die Bietergemeinschaft aus KVG und Hessische Landesbahn GmbH wurde diese Verkehrsleistung bis Ende 2023 sichergestellt. Zur Durchführung der RT-Verkehre wurde die RegioTram Gesellschaft mbH (RTG) gegründet. Die Leitstellentätigkeit, die Personaldisposition und -betreuung sowie die Wartung und Instandhaltung der Fahrzeuge führt die KVG als Dienstleistung für die RTG durch. Dem stehen entsprechende Dienstleistungsentgelte für die KVG gegenüber. Das RT-Geschäft bietet demnach durch das bereitzustellende Leistungsvolumen insbesondere innerhalb der Fahrzeuginstandhaltung für die KVG gute Ertrags- und Entwicklungschancen. Innerhalb des RT-Betriebs laufen derzeit Verhandlungen mit dem NVV für Pönalezahlungen der RTG an den NVV bezüglich der überdurchschnittlichen Zugausfälle im Jahr 2014.
Da diese Zugausfälle zu wesentlichen Anteilen nicht in der Einflusssphäre der RTG lagen, besteht erheblicher Klärungsbedarf hinsichtlich vertraglich gerechtfertigter Pönalen.
Die RTG hat zudem eine Vielzahl von Maßnahmen eingeleitet, um die betriebliche Stabilität sicherzustellen.
Die laufenden Verhandlungen werden voraussichtlich im Laufe des Jahres 2015 abgeschlossen. Gegebenenfalls ist seitens der Gesellschafter die derzeitige Darlehensbereitstellung zur Liquiditätsabdeckung im Jahr 2015 zu erhöhen. Die abgeschlossene Finanzierungsvereinbarung mit der Gemeinde Fuldabrück und dem NVV sowie die Zusatzvereinbarungen zur Verlängerung der Finanzierungsvereinbarungen mit der Stadt Baunatal sowie Vellmar, dem NVV, der Gemeinde Habichtswald und dem Landkreis Kassel dienen dazu, sowohl das dort erbrachte Angebot als auch den benötigten Zuschussbedarf abzusichern.
Im Jahr 2014 wurden mit dem Zuwendungsgeber die Maßnahme „RegioTram Innenstadt“ und die Restmaßnahmen im Lossetal zum kaufmännischen Abschluss gebracht. Das Risiko von Prozesskosten für weitere bereits eingereichte, aber noch nicht geprüfte Verwendungsnachweise besteht weiterhin.
Im Jahr 2014 bestand das Risiko des zukünftigen Entfallens der gewährten Teilbefreiung von der EEG-Umlage für stromintensive Unternehmen, da am 18.12.2013 die Europäische Kommission in einer Pressemitteilung die Einleitung eines Prüfverfahrens bekannt gab, in dem die Vereinbarkeit u. a. des Härtefallausgleichs gem. § 41 ff. EEG mit EU-Beihilfevorschriften überprüft wurde. Dieses Risiko entfällt mit der Entscheidung der Europäischen Kommission vom 28.11.2014, dass die Beihilfen zur Förderung erneuerbarer Energien im Rahmen des EEG 2012 mit den EU-Beihilfevorschriften im Einklang stehen.

Bereich Energie

Volatile Beschaffungspreise auf den Brennstoff-, Strom- und CO_2-Märkten und die entsprechende Gestaltung der Verkaufspreise stellen eine dauerhafte Herausforderung für die STW dar. Die Preisgestaltung wird dabei maßgeblich von den Regelungen und beabsichtigten Änderungen des Strommarktdesigns, des EEG, den Folgen des CO_2-Handels, aber vor allem von den Auswirkungen der von der Bundesregierung beschlossenen Energiewende beeinflusst.
Hinsichtlich des EEG wie auch des KWKG gilt es, die Chancen, die die zugrunde liegenden gesetzlichen Regelungen bieten, konsequent zu nutzen.
Allerdings ist es auch erforderlich, Risiken, die sich aus den Anpassungen der gesetzlichen Regelungen ergeben, frühzeitig zu erkennen und geeignete Strategien zur Risikominimierung zu entwickeln.
Die Minimierung der Risiken aus der Volatilität der Beschaffungspreise im Gas- und Strombereich wird bei der STW

mittels einer daran angepassten Risikostrategie vorgenommen. Dabei verfolgt die STW mit ihrer Vorgehensweise zwei Zielsetzungen: Einkaufspreise für Strom und Gas werden auf einem möglichst geringen Niveau abgesichert; Zudem nimmt die STW für die im Konzern erzeugten Strommengen eine preisliche Absicherung vor. Zu diesem Zweck setzt die STW Handelsoptionen ein, die ausschließlich als gegenläufige Sicherungsstrategien (Hedge-Strategie) gefahren werden. Hieraus können sowohl Risiken aufgrund einer nicht zutreffenden Prognose der Marktentwicklung als auch Chancen aus der Erzielung von Erlösen entstehen. Die Entwicklung des Strommarkts ist derzeit aufgrund der EEG-Entwicklung und den damit verbundenen Unwägbarkeiten im Erzeugungssektor nur sehr schwer vorhersehbar. Aufgrund der volatilen Marktlage nahm die STW in der Stromsparte zum Bilanzstichtag für den Zeitraum 2015 bis 2017 eine Anpassung der vorhandenen Rückstellung vor.

Im Jahr 2011 hat der Bundesgerichtshof (BGH) in zwei Einzelfällen Preisanpassungsklauseln in Fernwärmelieferverträgen für unwirksam erklärt, weil sie den Anforderungen des § 24 Abs. 3 Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Fernwärme (AVBFernwärmeV) (mittlerweile § 24 Abs. 4 AVBFernwärmeV) nicht entsprachen.
Bei neuen Vertragsangeboten (Fernwärme und Contracting) setzt die STW die Anforderungen aus den BGH-Urteilen konsequent um.
Der EuGH hat am 21.03.2013 ein Urteil zu Preisanpassungsklauseln in Normsonderkundenverträgen von Gaskunden verkündet. Die konkrete Frage der Wirksamkeit des Verweises auf die Allgemeinen Versorgungsbedingungen (AVB) bzw. die Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Grundversorgung von Haushaltskunden und die Ersatzversorgung mit Gas aus dem Niederdrucknetz (GasGVV) als Preisanpassungsklausel in Normsonderkundenverträgen hat der EuGH aber an den BGH zurückverwiesen.
In seinem Urteil vom 31.07.2013 hält der BGH in Abkehr seiner bisherigen Rechtsprechung den AVB-GasV-Verweis für unwirksam. Den bereits aus dem Urteil des EuGH resultierenden Risiken ist die STW mit einer entsprechenden Rückstellungsbildung entgegnet. Das BGH-Urteil hat auf die Risikobewertung keinen Einfluss.
Es hat zudem keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Zulässigkeit der bei der STW verwendeten Preisänderungsklauseln und löst insbesondere zum jetzigen Zeitpunkt keinen Rückforderungsanspruch bezogen auf unwirksame Preisanpassungen aus. Die STW hat ihre Preisänderungsklauseln für Sondervertragskunden rechtzeitig an die jeweilige rechtliche Lage angepasst. Der EuGH hat in seinem Urteil vom 23.10.2014 festgestellt, dass Strom- und Gasanbieter ihre Kunden in der Grundversorgung vor Preiserhöhungen genau über den Grund und Umfang informieren müssen. Im Jahresabschluss 2014 nahm die STW aufgrund der neuen Rechtslage eine Adjustierung der Rückstellung vor.
Im Hinblick auf die kartellrechtliche Überprüfung der Wasserpreise hat das OLG Düsseldorf im Verfahren der Berliner Wasserbetriebe gegen das Bundeskartellamt in der mündlichen Verhandlung am 25.09.2013 die Auffassung der Kartellbehörde in allen wesentlichen Punkten bestätigt. Die Klage der Berliner Wasserbetriebe wurde mit Urteil vom 24.02.2014 vom OLG Düsseldorf abgewiesen.
Die von der STW eingelegte Beschwerde gegen die Preissenkungsverfügung vor dem OLG Frankfurt ruht weiterhin. Durch die Rekommunalisierung wird das Risiko der Inanspruchnahme auf Zeiträume vor April 2012 begrenzt.
Unsicherheiten bestehen künftig bei der Bemessung der Pensionszahlungen bzw. des Zuführungsbedarfs für die Pensionsrückstellung durch verschiedene externe Einflussfaktoren wie das Volumen von Rentenerhöhungen bei der gesetzlichen Rente oder die Entwicklung der Bewertungskriterien der Rückstellungen.
Der Fernwärmepreis ist an die Entwicklung der Brennstoffpreise gekoppelt. Daher wird das Risiko steigender Beschaffungskosten aufgrund einer beschaffungspreisorientierten Anpassung der Absatzpreise als nachrangig eingeschätzt.
Allerdings sind die Großhandelspreise für Strom marktseitig von den Brennstoffkosten, den Kosten für CO_2-Zertifikate sowie von der Verfügbarkeit der erneuerbaren Energien und den damit verbundenen Laufzeiten der Kraftwerke abhängig. Steigende Strombeschaffungspreise werden tendenziell auch über Strompreissteigerungen weitergegeben.
Der Ausbau der erneuerbaren Energien übte im Berichtsjahr starken Druck auf die Großhandelspreise für Strom aus. Für das Jahr 2015 werden weiterhin geringe Stromerzeugungsmargen erwartet. Weiter sinkende Strompreise werden das Risiko erhöhen, dass die EWG einzelne Erzeugungsanlagen nicht mehr rentabel betreiben kann. Da jedoch die Mehrzahl der Anlagen in Kraft-Wärme-Kopplung betrieben wird, wird dieses Risiko reduziert. Die EWG entwickelt zusätzlich die regenerative Erzeugung am Standort Mittelfeld kontinuierlich weiter. Investitionen an den Standorten FKK und Kombi-HKW in die konventionelle Erzeugung werden derzeit zurückhaltender beurteilt. Um in der Zukunft die Risiken aus der Strompreisentwicklung weiter zu senken, wurden im Projekt NES umfangreiche Maßnahmen entwickelt. Diese umfassen neben einer Erhöhung der Flexibilität des Kraftwerkseinsatzes vor allem die Optimierung der Kostenstrukturen. In der momentan schwierigen Marktsituation ist die EWG mit ihrem ausgewogenen Energieeinsatzmix vergleichsweise gut aufgestellt und kann so geringere Margen und Einsatzzeiten, die die Erzeugungssparten anderer Unternehmen nachhaltig negativ beeinflussen, wirtschaftlich innerhalb des Unternehmens kompensieren.
Die EWG ist verpflichtet, für alle emissionshandelspflichtigen Anlagen Emissionsrechte in Höhe der tatsächlichen CO_2-Emissionen abzugeben. Certified Emission Reduction Units (CER)-Projektzertifikate, die begrenzt ebenfalls zur Abgabe herangezogen werden können, haben gegenüber European Unit Amounts (EUA)-Zertifikaten einen preislichen Abschlag. Die besagte Grenze wurde für die EWG in Vorjahren fast vollständig ausgeschöpft. Die EWG beschaffte Ende 2012 die letzten nutzbaren CER-Rechte am Markt.
Auf Basis der vorliegenden Rechtslage tauschte die EWG diese im Jahr 2013 auf Antrag in höherwertige EUAs.
Wirtschaftliche Risiken entstehen für die Betreiber von Müllverbrennungsanlagen vor allem aus einem Mangel an verfügbaren Abfällen und dem damit verbundenen Preisverfall. Die Entsorgungsverträge der MHKW mit kommunalen Kunden haben eine Laufzeit bis 2019 bzw. 2020 und gewährleisten damit eine gewisse Planungssicherheit.
Liquiditäts- und Zinsrisiken werden durch langfristige Finanzierungen der MHKW über den Verkauf von einredefreien Forderungen abgesichert. Der langfristige Entsorgungsvertrag mit der Stadt Kassel bietet die Grundlage, auf der weitere Finanzierungen aufgesetzt werden können.
Aufgrund der ausgewogenen Kundenstruktur mussten nur sehr geringe Abschreibungen auf Kundenforderungen vorgenommen werden. Die Bonität der öffentlich-rechtlichen Kunden relativiert somit auch das Risiko des Forderungsausfalls.
Für die NCK besteht durch die regionale Verankerung ein enormes Kundenpotenzial im eigenen Netzgebiet.
Die gewonnene Ausschreibung zum Breitbandausbau in Nordhessen vergrößert das Kundengewinnungspotenzial erheblich. Auch wenn in einem pessimistischen Szenario weniger Kunden als im aktuellen Business Case gewonnen werden, ist davon auszugehen, dass die neu geschaffene Infrastruktur aufgrund des weiterhin stark steigenden Datenvolumens genutzt werden wird und die NCK zumindest an den Durchleitungsentgelten mehr als auskömmliche Erlöse erwirtschaften kann.
Chancen sind auch durch den Erwerb der OR Network entstanden. Aktuell erreicht die OR Network ca. 115.000 Haushalte in ihrem Versorgungsgebiet. Hier besteht eine gute Möglichkeit, den derzeitigen Marktanteil mit dem Angebot attraktiver Produkte im Versorgungsgebiet mittelfristig signifikant zu steigern. Zusammen mit der EAM arbeitet die NCK an einem Maßnahmenkatalog, der zum einen die Teilnehmerentwicklung der OR Network durch die Wiederaufnahme der vertrieblichen Aktivitäten, als auch die Synergiesuche, sowohl im Einkaufs- als auch im Aufwandsbereich mit den Mutterhäusern EAM und NCK, zum Ziel hat.

Kassel, 22. Mai 2015

Kasseler Verkehrs- und
Versorgungs-GmbH

Die Geschäftsführung

Andreas Helbig Norbert Witte

Konzernbilanz zum 31.12.2014

Aktiva	Anhang	EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 Tsd. EUR
A. Anlagevermögen	(3)			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		3.750.529,17		4.069
II. Sachanlagen		687.531.067,39		685.545
III. Finanzanlagen	(4)			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		25.000,00		25
2. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen		7.956.549,06		1.096
3. Sonstige Beteiligungen		16.766.314,31		30.261
4. Ausleihungen an beteil. Unternehmen		668.330,00		0
5. Sonstige Ausleihungen		362.274,66		374
		25.778.468,03		
			717.060.064,59	721.370
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		21.042.745,08		17.130
2. Unfertige Leistungen		52.024.982,91		73.609
3. Waren		21.173,60		28
4. Erhaltene Anzahlungen auf unfertige Leistungen		–48.375.476,67		–47.928
5. Unentgeltlich ausgegebene Schadstoffemissionsrechte		1,00		0
6. Entgeltlich erworbene Schadstoffemissionsrechte		1.247.914,36		1.660
			25.961.340,28	44.499
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	(5)	70.651.596,43		87.360
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen		144.997,59		13
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	(6)	10.375.726,46		27.981
4. Sonstige Vermögensgegenstände	(7)	26.052.446,08		23.120
			107.224.766,56	138.474
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks			11.240.787,03	936
C. Rechnungsabgrenzungsposten	(8)		1.387.896,64	1.423
			862.874.855,10	**906.702**

Passiva	Anhang	EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 Tsd. EUR
A. Eigenkapital	(9)			
I. Gezeichnetes Kapital			68.151.000,00	68.151
II. Kapitalrücklage			152.785.818,82	148.251
III. Gewinnrücklagen				
1. Andere Gewinnrücklagen			5.887.929,69	5.888
IV. Konzernbilanzverlust			–45.411.581,13	–40.756
V. Ausgleichsposten für Anteile fremder Gesellschafter			41.285.117,09	39.981
			222.698.284,47	221.515
B. Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	(10)		10.252.869,77	11.365
C. Sonderposten				
1. Empfangene Ertragszuschüsse	(11)	4.553.996,00		6.017
2. Schadstoffemissionsrechte		1,00		0
			4.553.997,00	6.017
D. Rückstellungen				
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		68.406.153,00		67.453
2. Steuerrückstellungen		799.945,68		216
3. Sonstige Rückstellungen	(12)	121.713.033,54		104.819
			190.919.132,22	172.488
E. Verbindlichkeiten	(13)			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		325.075.185,41		363.662
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen		1.890.808,68		1.790
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		21.935.253,85		27.942
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	(14)	43.500,51		8.660
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	(14)	5.465.804,46		4.272
6. Sonstige Verbindlichkeiten	(15)	55.287.773,52		55.835
			409.698.326,43	462.161
F. Rechnungsabgrenzungsposten	(16)		24.752.245,21	33.156
			862.874.855,10	906.702

Konzerngewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

		Anhang	EUR	2014 EUR	2013 Tsd. EUR
1.	Umsatzerlöse	(17)	601.243.089,86		613.692
	abgeführte Stromsteuer / Energiesteuer		–32.840.904,60		–39.677
				568.402.185,26	574.015
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen			–21.583.805,85	12.307
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen			9.152.536,12	7.664
4.	Sonstige betriebliche Erträge	(18)		31.209.496,29	34.675
5.	Erträge aus der Auflösung empfangener Ertragszuschüsse			1.463.051,00	1.678
				588.643.462,82	630.339
6.	Materialaufwand				
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		–187.649.334,46		–241.093
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		–143.092.046,55		–146.373
7.	Personalaufwand	(19)			
	a) Löhne und Gehälter		–83.272.575,99		–79.053
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		–25.807.378,37		–27.262
8.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		–58.311.123,38		–54.355
9.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	(20)	–77.118.228,42		–70.652
				–575.250.687,17	–618.788
	Betriebsergebnis			**13.392.775,65**	**11.551**
10.	Erträge aus assoziierten Unternehmen		57.411,63		42
11.	Erträge aus sonstigen Beteiligungen		5.297.112,28		2.805
12.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		15.379,00		19
13.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	(21)	1.975.368,77		1.657
14.	Aufwendungen aus assoziierten Unternehmen		–1.202.147,56		0
15.	Abschreibungen auf Finanzanlagen		–10.836,71		–10
16.	Aufwendungen aus Verlustübernahme		–2.513,27		–4
17.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	(22)	–17.245.813,77		–16.166
	Finanzergebnis			**–11.116.039,63**	**–11.657**
18.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			2.276.736,02	–106
19.	Außerordentliche Aufwendungen			0,00	0
20.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(23)		–1.604.978,77	–1.027
21.	Sonstige Steuern			–813.703,49	–75
22.	Jahresfehlbetrag/-überschuss			–141.946,24	–1.208
23.	Anderen Gesellschaftern zustehender Gewinn			–4.513.313,61	–3.863
24.	Einstellung in andere Gewinnrücklagen			0,00	0
25.	Verlustvortrag			–40.756.321,28	–35.685
26.	**Konzernbilanzverlust**	(24)		**–45.411.581,13**	**–40.756**

Konzernanhang

I. Allgemeines

(1) Allgemeine Angaben

Der Konzernabschluss wurde auf Grundlage der handelsrechtlichen Ansatz-, Bewertungs- und Gliederungsvorschriften in der Fassung des Handelsgesetzbuchs vom 22. Dezember 2014 erstellt.

Die Darstellung der Sachanlagen wurde im Anlagenspiegel im Posten „Technische Anlagen und Maschinen“ nach den Kriterien der Versorgungs- und Verkehrswirtschaft gemäß § 265 (4) HGB erweitert.

Die Gewinn- und Verlustrechnungen wurden nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt. Aufwandspositionen sind mit einem Minuszeichen versehen.

In der Gewinn- und Verlustrechnung 2014 wurden die zum 31. Dezember 2013 als Rückstellung passivierten drohenden Verluste aus schwebenden Beschaffungsgeschäften abweichend zum Vorjahr nicht mehr als Ertrag aus der Auflösung von Rückstellungen (in 2013 in Höhe von 5.828 Tsd. EUR) dargestellt. Im Geschäftsjahr 2014 wurde der Materialaufwand aus dem Strombezug (in Höhe von 4.419 Tsd. EUR) entsprechend entlastet. Dadurch wird der im Berichtsjahr angefallene Bezugsaufwand besser dargestellt. Die Vergleichbarkeit der Entwicklung der sonstigen betrieblichen Erträge und des Materialaufwands mit dem Vorjahr ist insoweit eingeschränkt. Auf eine Anpassung der Vorjahreszahlen wurde verzichtet.

Durch den geänderten Konsolidierungskreis ist die Vergleichbarkeit zum Vorjahr eingeschränkt. Eine Erhöhung der Bilanzsumme hat sich durch die Einbeziehung der BGM – im Anlagevermögen (in Höhe von 11.394 Tsd. EUR) sowie den Vorräten (in Höhe von 1.975 Tsd. EUR) – ergeben. Die Einbeziehung von verbundenen Unternehmen hat nur zu einem unwesentlichen Ergebniseffekt in der Gewinn- und Verlustrechnung geführt. Die Neueinbeziehung von assoziierten Unternehmen hat zu einem Ergebniseffekt in Höhe von -1.177 Tsd. EUR geführt.

Aus Gründen eines verbesserten Einblicks in die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wurden einzelne Posten in der Gewinn- und Verlustrechnung ergänzt oder ausgegliedert:

- Der Posten Stromsteuer / Energiesteuer wurde offen von dem Posten 1. Umsatzerlöse abgesetzt.
- Der Posten 5. Erträge aus der Auflösung empfangener Ertragszuschüsse wurde aus dem Posten 4. Sonstige betriebliche Erträge ausgegliedert.

Zur Verbesserung der Klarheit der Darstellung in der Bilanz und in der Gewinn- und Verlustrechnung sind Davon-Vermerke im Anhang ausgewiesen.

(2) Konsolidierungskreis und Konsolidierungsgrundsätze

Als verbundene Unternehmen nach der Buchwertmethode konsolidierte Gesellschaften:

- Kasseler Verkehrs-Gesellschaft Aktiengesellschaft in Kassel (KVG)
- Städtische Werke Aktiengesellschaft in Kassel (STW)
- Städtische Werke Netz + Service GmbH in Kassel (NSG)
- Städtische Werke Energie + Wärme GmbH in Kassel (EWG)
- Müllheizkraftwerk Kassel GmbH in Kassel (MHKW)
- KVV Bau- und Verkehrs-Consulting Kassel GmbH in Kassel (KVC)
- KVV Verkehrsgesellschaft Nordhessen GmbH in Kassel (KVN)

Als verbundene Unternehmen nach der Neubewertungsmethode konsolidierte Gesellschaften:

- Netcom Kassel Gesellschaft für Telekommunikation mbH (NCK)
- Niestetal Netz GmbH (NNG)
- Biogas Müritz GmbH & Co. KG (BGM)
- Windenergie Kassel GmbH (WKV)
- Windpark Rohrberg GmbH & Co. KG (WPR)
- Windpark Stiftswald GmbH & Co. KG (WPS)

Die Kapitalanteile gliedern sich wie folgt:

	Eigenkapital Tsd. EUR	Jahresergebnis 2014 Tsd. EUR	Anteil %
KVG*	122.666	–16.817	93,5
STW*	126.502	16.147	75,1
NSG	168.621	11.534	100,0
(davon indirekt)			(100,0)
EWG	22.582	508	100,0
(davon indirekt)			(94,9)
MHKW*	20.452	4.650	97,5
KVC*	26	–194	100,0
KVN*	25	24	100,0
NCK**	8.558	–30	100,0

Kapitalanteile Fortsetzung:

	Eigenkapital	Jahresergebnis 2014	Anteil
	Tsd. EUR	**Tsd. EUR**	%
NNG*	25	–13	100,0
(davon indirekt)			(100,0)
BGM	3.479	64	62,5
(davon indirekt)			(62,5)
WKV	29	3	100,0
(davon indirekt)			(100,0)
WPR	987	–13	100,0
(davon indirekt)			(100,0)
WPS	987	–13	100,0
(davon indirekt)			(100,0)

** Vor Ergebnisabführung*

*** Die NCK hat ein abweichendes Geschäftsjahr vom 01.04. bis 31.12.2014.*

Die KVV hat zum 1. April 2013 weitere 74,8 % der Anteile an der NCK übernommen und ist nun Alleingesellschafterin. Erstmalig zum 31. Dezember 2013 wurde die NCK mit in den Konsolidierungskreis der KVV aufgenommen. Das Wirtschaftsjahr der NCK dauert abweichend vom Mutterunternehmen vom 1. April 2014 bis zum 31. Dezember 2014. Im Rahmen der Erstkonsolidierung wurden vertragliche Verpflichtungen der NCK bewertet und passiviert. Aufgrund dieser Vertragsverpflichtungen wurde ein passivischer Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung in Höhe von 6.674 Tsd. EUR gebildet. Der Unterschiedsbetrag wird über die Vertragslaufzeit aufgelöst. Im Berichtsjahr betrug die planmäßige Auflösung 1.287 Tsd. EUR (Vorjahr 1.118 Tsd. EUR).
Zum 31. Dezember 2014 wurden die Gesellschaften NNG, BGM, WKV, WPR und WPS erstmalig in die Konsolidierung aufgenommen.
Als assoziierte Unternehmen werden folgende Unternehmen nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen:

- Regionalbahn Kassel GmbH (RBK)
- Windpark Söhrewald/Niestetal GmbH & Co. KG (WSN)
- Biogas Homberg Verwaltungs GmbH (BGHV)
- Biogas Homberg GmbH & Co. KG (BGH)
- Schwälmer Biogas Verwaltungs- und Beteiligungs-GmbH (SBV)
- Biogas Müritz Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH (BGMV)
- EAM Energie GmbH (EAME)

Der Kapitalanteil gliedert sich wie folgt:

	Eigenkapital	Jahresergebnis 2014	Anteil
	Tsd. EUR	**Tsd. EUR**	%
RBK	2.256	65	50,0
WSN	11.783	–153	47,7
BGHV	32	1	50,0
BGH	1.273	94	50,0
SBV	67	12	50,0
BGMV	31	6	50,0
EAME	1.006	–1.793	49,9

Zum 31. Dezember 2014 wurden die Gesellschaften WSN, BGHV, BGH, SBV, BGMV, EAME nach der Equity-Methode erstmalig in den Konzernabschluss einbezogen.
Der Unterschiedsbetrag zwischen Beteiligungsbuchwert und anteiligem Eigenkapital beläuft sich auf 1.145 Tsd. EUR (Vorjahr -950 Tsd. EUR). Hiervon resultieren aus dem Ersteinbezug Aufwendungen der EAME von 897 Tsd. EUR, BGH von 178 Tsd. EUR, WSN von 127 Tsd. EUR sowie Erträge der BGHV von 3 Tsd. EUR, BGMV von 3 Tsd. EUR sowie SBV von 19 Tsd. EUR.
Gemäß § 296 (2) HGB nicht konsolidierte Gesellschaften:
Es erfolgt keine Einbeziehung in den Konzernabschluss, da die Gesellschaft derzeit noch nicht operativ tätig ist:

- Städtische Werke intelligent messen GmbH in Kassel (IMG)

Für die Vermittlung der tatsächlichen Verhältnisse des Konzerns sind die Gesellschaften im Berichtsjahr von untergeordneter Bedeutung und werden nicht in den Konzernabschluss mit einbezogen:

- Gemeindewerk Kaufungen GmbH & Co. KG (GWK)
- Gemeindewerk Kaufungen Verwaltungs-GmbH in Kaufungen (GWKV)
- SUN Stadtwerke Union Nordhessen Verwaltungs GmbH in Wolfhagen (SUNV)
- SUN Stadtwerke Union Nordhessen GmbH & Co. KG in Wolfhagen (SUN)

Gemäß § 311 (2) HGB nicht mit einbezogene Gesellschaften:

- Kasseler Entsorgungs Gesellschaft mbH in Kassel (KEG)
- Schwälmer Biogas GmbH & Co. KG in Willingshausen-Ransbach (SBG)
- Karbener Biogas GmbH & Co. KG in Karben (KBG)
- Karbener Biogas Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH in Karben (KBGV)
- Kellerwald Biogas GmbH & Co. KG in Borken-Kerstenhausen (KWB)
- Stadtwerke Großalmerode GmbH & Co. KG in Großalmerode (SGG)
- Stadtwerke Großalmerode Verwaltungs-GmbH in Großalmerode (SGGV)
- Fulda-Eder Energie GmbH & Co. KG in Gudensberg (FEE)
- Fulda-Eder Energie Verwaltungs-GmbH in Gudensberg (FEEV)
- RegioTram Gesellschaft mbH in Kassel (RTG)
- OR Network GmbH in Reiskirchen-Winnerod (OR)

Nicht zum Konsolidierungskreis gehörende Beteiligungen:

- Gas-Union GmbH in Frankfurt
- Stadtwerke Sangerhausen GmbH in Sangerhausen
- items GmbH Gesellschaft für Informationstechnologie, Kommunikation und Organisation mbH in Münster
- Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. in München
- Institut dezentrale Energietechnologien gemeinnützige GmbH in Kassel.

Die Kapitalkonsolidierung wurde auf den Erwerbszeitpunkt der Beteiligungen vorgenommen. Bei unwesentlichen Abweichungen wurde die Erstkonsolidierung zum 31. Dezember 2014 vorgenommen.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die immateriellen Vermögensgegenstände und die Sachanlagen sind zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet, die aktivierten Eigenleistungen enthalten neben den Einzelkosten angemessene Teile der Gemeinkosten und des Werteverzehrs des Anlagevermögens. Investitionszuschüsse werden zum Zeitpunkt der Fertigstellung der begünstigten Vermögensgegenstände aktivisch von den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abgesetzt. Zuschüsse für Anlagen im Bau werden aktivisch von den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten gekürzt.
Die planmäßigen Abschreibungen werden nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände entsprechend den handelsrechtlichen Vorschriften linear vorgenommen. Die Abschreibungen auf die aktiven Unterschiedsbeträge sind unter den Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen ausgewiesen.
Die ab 2003 empfangenen Ertragszuschüsse werden direkt aktivisch von den Anschaffungs-/Herstellungskosten abgesetzt. Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten von unter 150 EUR werden im Jahr des Zugangs in voller Höhe im Aufwand erfasst.
Unter den Finanzanlagen werden die Beteiligungen und Wertpapiere des Anlagevermögens mit den Anschaffungskosten, verzinsliche Ausleihungen mit dem Nennwert, unverzinsliche und niedrig verzinsliche Ausleihungen mit dem Barwert ausgewiesen.
Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind zu fortgeschriebenen, durchschnittlichen Anschaffungskosten angesetzt. Es wurde eine Pauschalwertberichtigung von 2,5 % zur Abdeckung der Lagerrisiken vorgenommen.
Die unfertigen Leistungen werden wie aktivierte Eigenleistungen bewertet. Von dem Wahlrecht gemäß § 268 Abs. 5 HGB, die erhaltenen Anzahlungen auf unfertige Leistungen offen von der Position Vorräte abzusetzen, wurde Gebrauch gemacht.
Gemäß § 9 Abs. 1 des Gesetzes über den Handel mit Berechtigungen zur Emission von Treibhausgasen (Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz – TEHG) werden Anlagenbetreibern unentgeltlich CO_2-Emissionszertifikate zugeteilt. Diese werden mit dem Erinnerungswert von einem Euro bewertet. Die entgeltlich erworbenen Emissionszertifikate werden mit den Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet (strenges Niederstwertprinzip). Die Zertifikate wurden am 31.Dezember 2014 mit dem niedrigeren, beizulegenden Wert bilanziert, welcher sich aus dem Marktpreis zum Bilanzstichtag ergibt. Für die Verpflichtung zur Abgabe von CO_2-Emissionszertifikaten wird eine Rückstellung gebildet, die grundsätzlich anhand der Buchwerte der vorhandenen (entgeltlichen) Zertifikate am Bilanzstichtag bewertet wird. Sind die verursachten Emissionen nicht vollständig durch vorhandene CO_2-Emissionszertifikate abgedeckt, wird insoweit der Marktwert der noch benötigten CO_2-Emissionszertifikate für eine Rückstellung herangezogen. Die Rückgabeverpflichtung für das Jahr 2014 wird aus den unentgeltlich zugeteilten sowie den entgeltlich erworbenen CO_2-Emissionszertifikaten erfüllt, daher entfällt eine Rückstellungsbildung.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert bzw. mit dem am Bilanzstichtag beizulegenden niedrigeren Wert angesetzt. Bei Forderungen, deren Einbringlichkeit mit erkennbaren Risiken behaftet ist, werden angemessene Wertabschläge vorgenommen; uneinbringliche Forderungen werden abgeschrieben. Langfristige Steuererstattungsansprüche i. S. d. § 37 KStG (Körperschaftsteuerguthaben) werden zum Barwert angesetzt. Die Pauschalwertberichtigung auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurde mit 1 % in Ansatz gebracht. Die flüssigen Mittel sind zum Nennwert am Bilanzstichtag angesetzt.

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten sind Auszahlungen vor dem Abschlussstichtag angesetzt, soweit sie Aufwand für einen bestimmten Zeitraum nach diesem Zeitpunkt darstellen.
Bei der Bewertung der latenten Steuern wurden unternehmensindividuelle Steuersätze herangezogen. Der aus den Steuersätzen für Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag sowie Gewerbesteuer ermittelte Steuersatz zur Berechnung der latenten Steuern wurde in Höhe von 31,23 % angesetzt. Latente Steuern werden nicht ausgewiesen, da der bestehende Aktivüberhang unter Ausnutzung des Wahlrechts des § 274 HGB bilanziell nicht angesetzt wird. Die aktiven latenten Steuern resultieren aus temporären Differenzen:

Latente Steuern 31.12.2014	**Latente Steueransprüche Tsd. EUR**	**Latente Steuerschulden Tsd. EUR**
Aktivposten:		
Anlagevermögen	0,7	501,7
Anteile verbundene Unternehmen	292,5	0,0
Beteiligung Kapitalgesellschaften	0,0	5,4
Beteiligung Personengesellschaften	16,8	578,1
Abzinsung AG-Darlehen	21,0	0,0
Sonstige Vermögensgegenstände	549,5	0,0
ARAP	32,0	0,0
Passivposten:		
Baukostenzuschüsse und SOPO	1.170,1	0,0
Pensionsrückstellung	5.383,9	0,0
Sonstige Rückstellungen	9.218,5	262,5
Verbindlichkeiten verbundene Unternehmen	0,0	183,4
PRAP	0,0	14,1
Steuerliche Ausgleichsposten KVG + NSG	0,0	949,2
Summe	**16.685,0**	**2.494,4**
Verlustvortrag 2015 - 2019	**6.950,6**	
Gesamt	**23.635,6**	**2.494,4**
Saldierung	**–2.494,4**	**–2.494,4**
Bilanzausweis (entfällt wegen Aktivüberhang)	**21.141,2**	**0,0**

Das gezeichnete Kapital wird zum Nennwert bilanziert. Die Zahlung des Gesellschafters in das Eigenkapital wird direkt der Kapitalrücklage zugeführt.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnung nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) unter Berücksichtigung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Heubeck bewertet.
Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank im Monat Januar 2014 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB).
Dieser Zinssatz beträgt 4,53 % p.a. Bei der Ermittlung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 3,00 % p.a. und Rentensteigerungen von 2,00 % p.a. zugrunde gelegt.
Die Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen wurde mit dem handelsrechtlich möglichen Wertansatz (IDW RS HFA 3 – Handelsrechtliche Bilanzierung von Verpflichtungen aus Altersteilzeitregelungen) bewertet. Es wurde ein Rechnungszinsfuß von 4,53 % p.a. sowie ein Anwartschaftstrend von 3,00 % p.a. zugrunde gelegt.
Gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB wurde eine Verrechnung mit dem vorhandenen Deckungsvermögen vorgenommen.
Die sonstigen Rückstellungen und Steuerrückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Zukünftige Preis- und Kostensteigerungen werden berücksichtigt, sofern ausreichende objektive Hinweise für deren Eintritt vorliegen. Die sonstigen Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr werden mit Zinssätzen abgezinst, die von der Deutschen Bundesbank bekannt gegeben worden sind (§ 253 Abs. 2 HGB).
Für die Abzinsung der Rückstellungen betragen die Zinssätze zwischen 2,80 % p.a. und 4,53 % p.a.
Die Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt. Als passive Rechnungsabgrenzungsposten sind Einzahlungen vor dem Abschlussstichtag angesetzt, soweit sie Ertrag für einen bestimmten Zeitraum nach diesem Zeitpunkt darstellen.
Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der als assoziierte Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogenen Beteiligungen entsprechen den im Konzern angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

III. Angaben zur Konzernbilanz

(3) Konzernanlagevermögen

Die Entwicklung des Konzernanlagevermögens einschließlich der Abschreibungen des Geschäftsjahres wird in der Anlage 1 gezeigt.

Der in den immateriellen Vermögensgegenständen enthaltene aktive Unterschiedsbetrag in Höhe von 0 Tsd. EUR (Vorjahr 35 Tsd. EUR) resultiert aus den erfolgten Kapitalrücklagenstärkungen der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH an die Kasseler Verkehrs-Gesellschaft AG.

Der Unterschiedsbetrag ist gemäß den handelsrechtlichen Vorschriften über einen Zeitraum von vier Jahren planmäßig linear aufgelöst worden.

Im Geschäftsjahr wurden von den Zugängen Investitionszuschüsse in Höhe von 3.984 Tsd. EUR (Vorjahr 9.006 Tsd. EUR) aktivisch abgesetzt.

(4) Finanzanlagen

Die unter den Finanzanlagen ausgewiesenen verbundenen Unternehmen gliedern sich wie folgt:

Name und Sitz der Gesellschaft	Eigenkapital	letztes Jahresergebnis*	Anteil
	Tsd. EUR	**Tsd. EUR**	**%**
Städtische Werke intelligent messen GmbH, Kassel (2014)	25	–3*	100,0
SUN Stadtwerke Union Nordhessen Verwaltungs GmbH (SUNV), Wolfhagen (2013)	28	1	67,0
SUN Stadtwerke Union Nordhessen GmbH & Co. KG (SUN), Wolfhagen (2013)	55	–332	67,0
Gemeindewerk Kaufungen GmbH & Co. KG (GWK), Kaufungen (2014)	154	–21	99,0

**vor Verlustübernahme*

Die unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Beteiligungen gliedern sich wie folgt:

Name und Sitz der Gesellschaft	Eigenkapital	letztes Jahresergebnis	Anteil
	Tsd. EUR	**Tsd. EUR**	**%**
Gas-Union GmbH (GU), Frankfurt am Main, (2013)	169.544	15.429	9,2
Stadtwerke Sangerhausen GmbH, Sangerhausen (2013)	11.170	0	25,1
Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, (THEE), München, (2013)	121.444	2.455	3,7
Institut dezentrale Energietechnologien gemeinnützige GmbH (IdE), Kassel, (2013)	55	17	8,0
Biogas Homberg GmbH & Co. KG (BGH), Kassel, (2014)	1.273	94	50,0
Biogas Homberg Verwaltungs GmbH (BGHV), Kassel, (2014)	32	1	50,0
Schwälmer Biogas GmbH & Co. KG (SBG) Willingshausen-Ransbach, (2013)	1.630	232	40,0
Schwälmer Biogas Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH (SBV), Kassel (2014)	67	12	50,0
Karbener Biogas GmbH & Co. KG (KBG), Gilserberg-Moischeid (2013)	1.471	99	35,9
Karbener Biogas Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH (KBGV), Karben (2014)	47	7	33,3
Kellerwald Biogas GmbH & Co. KG (KWB), Borken-Kerstenhausen (2013)	225	–140	29,4
Biogas Müritz Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH (BGMV), Kassel (2014)	31	6	50,0
Windpark Söhrewald/Niestetal GmbH & Co. KG (WSN), Kassel (2014)	11.783	–153	47,7
EAM Energie GmbH (EAME), Kassel (2014)	1.006	–1.793	49,9

Name und Sitz der Gesellschaft	Eigenkapital **Tsd. EUR**	letztes Jahresergebnis **Tsd. EUR**	Anteil **%**
Stadtwerke Großalmerode GmbH & Co. KG (SGG), Großalmerode (2014)	136	–16	49,0
Fulda–Eder Energie GmbH Co. KG (FEE), Gudensberg (2014)	–132	–138	40,0
Regionalbahn Kassel GmbH, Kassel, (2014)	2.256	65	50,0
RegioTram Gesellschaft mbH (RTG), Kassel (2013)	–475	–525	50,0
Kasseler Entsorgungs Gesellschaft mbH (KEG), Kassel, (2014)	180	3	50,0
OR Network GmbH (OR), Reiskirchen (2014)	25*	--	50,0
items GmbH Gesellschaft für Informationstechnologie, Kommunikation und Organisation mbH (items), Münster, (2013)	4.687	506	23,1

**Jahresabschluss lag noch nicht vor*

(5) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen
Bei Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ist auch der abgegrenzte Verbrauch zwischen Ablese- und Bilanzstichtag, gekürzt um erhaltene Abschlagszahlungen von Kunden, enthalten.

(6) Forderungen gegen verbundene Unternehmen und Beteiligungsunternehmen
Die Mitzugehörigkeit der Forderungen gegen verbundene Unternehmen und Beteiligungsunternehmen zu anderen Bilanzposten stellt sich wie folgt dar:

Forderungen aus	Verbundene Unternehmen **in Tsd. EUR**	Beteiligungsunternehmen **in Tsd. EUR**
Lieferungen und Leistungen	148	3.855
(Vorjahr)	*(16)*	*(17.508)*
dem Finanzierungsverkehr	–3	6.521
(Vorjahr)	*(–4)*	*(10.473)*
Gesamt	**145**	**10.376**
(Vorjahr)	*(12)*	*(27.981)*

In den Forderungen aus dem Finanzierungsverkehr sind Forderungen in Höhe von 3.250 Tsd. EUR (Vorjahr 3.900 Tsd. EUR) mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr enthalten.

(7) Sonstige Vermögensgegenstände
Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten Erstattungsansprüche gegenüber der Gesellschafterin in Höhe von 4.328 Tsd. EUR (Vorjahr 7.720 Tsd. EUR), aus Steuererstattungsansprüchen in Höhe von 11.592 Tsd. EUR (Vorjahr 4.809 Tsd. EUR) und aus Zuschüssen in Höhe von 3.975 Tsd. EUR (Vorjahr 4.674 Tsd. EUR), davon gegenüber der Stadt Kassel in Höhe von 0 Tsd. EUR (Vorjahr 592 Tsd. EUR). Enthalten sind sonstige Vermögensgegenstände mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr in Höhe von 93 Tsd. EUR (Vorjahr 76 Tsd. EUR).

(8) Rechnungsabgrenzungsposten
Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten enthält eine Ausgleichszahlung für künftige Personalverpflichtungen in Höhe von 573 Tsd. EUR (Vorjahr 634 Tsd. EUR).

(9) Eigenkapital
Das gezeichnete Kapital ist im Alleinbesitz der Stadt Kassel. Zahlungen in die Kapitalrücklage haben in Höhe von 4.535 Tsd. EUR (Vorjahr 6.798 Tsd. EUR) stattgefunden. Im Verlustvortrag ist für nach der Equity-Methode konsolidierte Gesellschaften ein Betrag von 950 Tsd. EUR (Vorjahr 908 Tsd. EUR) enthalten.

(10) Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung
Die Unterschiedsbeträge, welche aus Eigenkapitalstärkungen sowie Gewinnvorträgen resultieren, die vor erstmaliger Einbeziehung in den Konzernabschluss entstanden sind, bleiben bestehen. Aufgrund des Charakters des passiven Unterschiedsbetrags kommt eine Auflösung nicht in Betracht.
Unterschiedsbeträge aus der Erstkonsolidierung von Gesellschaften nach dem 1. Januar 2010 werden entsprechend ihres Charakters zeitanteilig aufgelöst.

(11) Empfangene Ertragszuschüsse
Die bis 2002 empfangenen Ertragszuschüsse stellen Baukostenzuschüsse von Kunden dar, die jährlich zu 5 % erfolgswirksam aufgelöst werden.

(12) Sonstige Rückstellungen
In den sonstigen Rückstellungen sind Rückstellungen für Risiken aus Beschaffungsgeschäften im Energiebereich in Höhe von 11.588 Tsd. EUR (Vorjahr 10.735 Tsd. EUR), Absatzrisiken gegenüber Kunden in Höhe von 28.632 Tsd. EUR (Vorjahr 25.500 Tsd. EUR), Verpflichtungen für unterlassene Instandhaltungen in Höhe von 4.269 Tsd. EUR (Vorjahr 4.075 Tsd. EUR), für künftige Altersteilzeit in Höhe von 1.497 Tsd. EUR (Vorjahr 1.104 Tsd. EUR) und für ausstehende Rechnungen in Höhe von 34.782 Tsd. EUR (32.452 Tsd. EUR) enthalten.
Bei den Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen in Höhe von 3.374 Tsd. EUR (Vorjahr 3.532 Tsd. EUR) handelt es sich um Rückstellungen, die nach § 249 (1) S. 3 HGB a. F. gebildet wurden und gemäß Art. 67 EGHGB beibehalten werden.
Das Wahlrecht nach Artikel 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB wird für Rückstellungen angewandt. Der ursprüngliche Bewertungsansatz wird beibehalten, da zukünftig eine Zuführung erforderlich ist. Die Rückstellungen sind mit einem Betrag von 57 Tsd. EUR (Vorjahr 91 Tsd. EUR) überdotiert.
Die Zahlungsverpflichtung aus geschlossenen Altersteilzeitverträgen wird über eine versicherungsgestützte Ansparung kompensiert. Es erfolgt eine Verrechnung der versicherungstechnischen Deckungssumme in Höhe von 1.498 Tsd. EUR (Vorjahr 2.623 Tsd. EUR) mit der zu bildenden Rückstellung in Höhe von 2.435 Tsd. EUR (Vorjahr 3.938 Tsd. EUR) für Altersteilzeit. Das Deckungsvermögen ist dem Zugriff der Gläubiger entzogen und dient ausschließlich der Erfüllung der genannten Verpflichtung. Die Deckungssumme entspricht dem Aktivwert.
Der Zinsertrag aus der angesparten Deckungssumme von 53 Tsd. EUR (Vorjahr 90 Tsd. EUR) wurde dem zu bildenden Zinsanteil der Rückstellung von 131 Tsd. EUR (Vorjahr 212 Tsd. EUR) gegenübergestellt, sodass sich ein Zinsaufwand von 78 Tsd. EUR (Vorjahr 122 Tsd. EUR) ergibt.

(13) Verbindlichkeiten

Für die Verbindlichkeiten bestehen folgende Restlaufzeiten:

	Gesamt **Tsd. EUR**	bis 1 Jahr **Tsd. EUR**	1–5 Jahre **Tsd. EUR**	über 5 Jahre **Tsd. EUR**
gegenüber Kreditinstituten	325.075	42.741	159.833	122.501
(Vorjahr)	*(363.662)*	*(98.346)*	*(139.101)*	*(126.215)*
erhaltene Anzahlungen	1.891	1.891	--	--
(Vorjahr)	*(1.790)*	*(1.790)*	*(--)*	*(--)*
aus Lieferungen und Leistungen	21.935	21.935	--	--
(Vorjahr)	*(27.943)*	*(27.943)*	*(--)*	*(--)*
gegenüber verbundenen Unternehmen	44	44	--	--
(Vorjahr)	*(8.660)*	*(8.660)*	*(--)*	*(--)*
gegenüber Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	5.465	5.465	--	--
(Vorjahr)	*(4.272)*	*(4.272)*	*(--)*	*(--)*
sonstige Verbindlichkeiten	55.288	20.502	4.929	29.857
(Vorjahr)	*(55.834)*	*(26.879)*	*(4.927)*	*(24.028)*
Gesamt	**409.698**	**92.578**	**164.762**	**152.358**
(Vorjahr)	*(462.161)*	*(167.890)*	*(144.028)*	*(150.243)*

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 3.474 Tsd. EUR (Vorjahr 4.095 Tsd. EUR) sind mit Bürgschaften der Stadt Kassel sowie in Höhe von 57.300 Tsd. EUR (Vorjahr 59.550 Tsd. EUR) durch die Abtretung von Avalbürgschaften sowie die Sicherungsübereignung von 22 Straßenbahnfahrzeugen besichert.

(14) Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Beteiligungsunternehmen

Die Mitzugehörigkeit der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Beteiligungsunternehmen zu anderen Bilanzposten stellt sich wie folgt dar:

Verbindlichkeiten aus	Verbundene Unternehmen **in Tsd. EUR**	Beteiligungsunternehmen **in Tsd. EUR**
Lieferungen und Leistungen	--	901
(Vorjahr)	*(–5)*	*(–135)*
dem Finanzierungsverkehr	44	52
(Vorjahr)	*(8.665)*	*(274)*
Beteiligungen	--	4.513
(Vorjahr)	*(--)*	*(3.863)*
Gesamt	**44**	**5.466**
(Vorjahr)	*(8.660)*	*(4.272)*

(15) Sonstige Verbindlichkeiten

	2014 **Tsd. EUR**	Vorjahr **Tsd. EUR**
aus Steuern	13.474	17.809
im Rahmen der sozialen Sicherheit	24	20

In den sonstigen Verbindlichkeiten ist ein Darlehen der Stadt Kassel von 28.800 Tsd. EUR (Vorjahr 30.000 Tsd. EUR) enthalten.

(16) Rechnungsabgrenzungsposten

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten beinhaltet mit 17.880 Tsd. EUR (Vorjahr 26.404 Tsd. EUR) den Barwert der forfaitierten und abgezinsten Forderungen der MHKW an die Stadtreiniger Kassel aus dem Entsorgungsvertrag vom 12. September 1995.

(–) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen beschränken sich auf das Bestellobligo in Höhe von 39.032 Tsd. EUR (Vorjahr 43.645 Tsd. EUR). Zur Entlastung des eigenen Fahrzeugpools sind in geringem Umfang Fahrzeug-Leasingverträge mit üblichen Laufzeiten geschlossen worden.

Aus Immobilienleasingverträgen bestehen Verpflichtungen in Höhe von:

Geschäftsjahr	**Tsd. EUR**
2015	384
2016 - 2019	2.636
2020 und später	13.605
Gesamt	16.625

Es bestehen Mietverpflichtungen aus der Anmietung von Büro- und Geschäftsräumen:

Geschäftsjahr	**Tsd. EUR**
2015	490
2016-2019	1.310
2020 und später	396
Gesamt	2.196

IV. Angaben zur Konzerngewinn- und Verlustrechnung

(17) Umsatzerlöse
Die konsolidierten inländischen Umsatzerlöse gliedern sich wie folgt auf:

	2014 **Tsd. EUR**	Vorjahr **Tsd. EUR**
Strom	214.447	204.332
Gas	124.112	160.263
Wasser	22.078	22.186
Bäder	1.788	1.092
Versorgung	362.425	387.873
Verkehr	36.252	34.668
Bereitstellung	10.492	10.430
Fernwärme	33.648	38.913
Verkehr und Versorgung	442.817	471.884
Entsorgung	28.618	27.214
Planung	157	604
Telekommunikation	12.877	10.009
Sonstiges	83.933	64.304
	125.585	**102.131**
Konzernumsatz	**568.402**	**574.015**

(18) Sonstige betriebliche Erträge
Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen Leistungen der Stadt Kassel an die STW für Verluste der städtischen Bäder 3.835 Tsd. EUR (Vorjahr 5.917 Tsd. EUR), Erträge der KVG aus Gemeinde- und Kooperationsbeteiligungen 8.961 Tsd. EUR (Vorjahr 8.333 Tsd. EUR) sowie die Auflösung von Rückstellungen 4.634 Tsd. EUR (Vorjahr 12.639 Tsd. EUR).

(19) Personalaufwand
Im Personalaufwand sind Aufwendungen für die Altersversorgung in Höhe von 9.254 Tsd. EUR (Vorjahr 11.124 Tsd. EUR) enthalten.

(20) Sonstige betriebliche Aufwendungen
In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind u. a. die Konzessionsabgaben an die Stadt Kassel sowie Umlandgemeinden in Höhe von 12.231 Tsd. EUR (Vorjahr 12.978 Tsd. EUR) enthalten.

(21) Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Bei den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen sind aus der Abzinsung von Rückstellungen 996 Tsd. EUR (Vorjahr 961 Tsd. EUR) enthalten.

(22) Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Bei den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen sind aus der Aufzinsung von Rückstellungen 4.315 Tsd. EUR (Vorjahr 3.501 Tsd. EUR) enthalten.

(23) Steuern vom Einkommen und Ertrag
Ausgehend von dem aus dem Handelsbilanzertrag abgeleiteten Ertragsteueraufwand werden die Differenzen und steuerlichen Verlustvorträge aufgeführt, die zu dem ausgewiesenen Ertragsteueraufwand in Höhe von 1.605 Tsd. EUR (Vorjahr 1.027 Tsd. EUR) führen.

Steuerliche Überleitungsrechnung		**Tsd. EUR**
Ergebnis vor Ertragsteuern (Handelsbilanz)		1.463
Erwarteter Ertragsteueraufwand (31,23 %)		**457**
Überleitung:		**457**
Steueranteil für (jew. x 31,23 %)		
–	steuerfreie Erträge	–267
+	steuerlich nicht abzugsfähige Aufwendungen	18
+/–	temporäre Differenzen und Verluste sowie Abweichungen aus Konsolidierungsmaßnahmen, für die keine latenten Steuern erfasst wurden	910
+/–	gewerbesteuerliche Zu-/Abrechnungen (15,40 %)	492
–	Steuergutschriften	–2
+	Periodenfremde tatsächliche Steuern	–3
Ausgewiesener Ertragsteueraufwand		1.605

(24) Konzernbilanzverlust
Im Konzernbilanzverlust ist für nach der Equity-Methode konsolidierte Gesellschaften ein Verlust von 1.145 Tsd. EUR (Vorjahr Gewinn von 42 Tsd. EUR) enthalten.

V. Sonstige Angaben

Allgemein
Die Zusammensetzung der Organe der Muttergesellschaft ist in der Anlage 2 genannt.
Im Geschäftsjahr 2014 waren durchschnittlich beschäftigt:

	STW	KVG	EWG	KVC	KVN	KVV	NSG	NCK	Gesamt
Angestellte	242	569	229	11	182	109	424	25	1.791
(Vorjahr)	*(226)*	*(588)*	*(230)*	*(14)*	*(163)*	*(106)*	*(436)*	*(21)*	*(1.784)*
gewerbliche Mitarbeiter	1	0	0	0	0	1	1	0	3
(Vorjahr)	*(2)*	*(0)*	*(0)*	*(0)*	*(0)*	*(1)*	*(1)*	*(0)*	*(4)*
Aushilfen	7	8	0	0	60	3	3	0	81
(Vorjahr)	*(7)*	*(9)*	*(0)*	*(0)*	*(62)*	*(2)*	*(1)*	*(0)*	*(81)*
Gesamt	250	577	229	11	242	113	428	25	1.875
(Vorjahr)	*(235)*	*(597)*	*(230)*	*(14)*	*(225)*	*(109)*	*(438)*	*(21)*	*(1.869)*

Im Berichtsjahr wandte der Konzern für Bezüge der Aufsichtsräte 38 Tsd. EUR (Vorjahr 38 Tsd. EUR) auf. Unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB unterbleibt die Angabe der Geschäftsführerbezüge. Für drei Mitglieder der Aufsichtsräte bestanden am Stichtag Darlehensforderungen in Höhe von 6 Tsd. EUR (Tilgung 5 %, Zinsen 1 %). Die Tilgung im Geschäftsjahr lag unter 1 Tsd. EUR.
An frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden 288 Tsd. EUR (Vorjahr 336 Tsd. EUR) gezahlt. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und deren Hinterbliebene sind 5.056 Tsd. EUR (Vorjahr 4.842 Tsd. EUR) zurückgestellt.

Derivate Finanzinstrumente
Bei den derivativen Finanzinstrumenten der Gesellschaft handelt es sich um Zinsderivate. Die maximale Laufzeit der Geschäfte beträgt 8 Jahre und 10 Monate.
Der Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten unterliegt klar definierten Vorgaben und internen Kontrollen.
Sie stellen sich wie folgt dar:

	Nominalwert	Marktwert zum 31.12.2014
	Tsd. EUR	**Tsd. EUR**
Zinsderivate		
Swap	34.793	–1.541
(Vorjahr)	*(38.274)*	*(–1.064)*
Cap	10.375	0
(Vorjahr)	*(11.875)*	*(8)*

Zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos bei variabel verzinsten Darlehen werden Zinsswaps und Zinscaps eingesetzt. Die Zinsswaps stehen im Rahmen der Zinssicherung in einem direkten Zusammenhang zu bestehenden Darlehensverbindlichkeiten. Für die Zinsswaps wird eine Bewertungseinheit i. S. d. § 254 HGB (Microhedge) gebildet. Zur bilanziellen Abbildung wird die sog. Einfrierungsmethode angewendet. Die Effektivität der Sicherungsbeziehung wird zu jedem Bilanzstichtag festgestellt. Grundlage für die Ermittlung der Wirksamkeit der Bewertungseinheit ist die Übereinstimmung der bewertungsrelevanten Parameter von Grund- und Sicherungsgeschäft.
Die beizulegenden Zeitwerte der derivativen Finanzinstrumente werden mit marktüblichen Bewertungsmethoden unter Berücksichtigung der am Bewertungsstichtag vorliegenden Marktdaten von dem Swap-Geber/Optionspartner ermittelt.

Zusatzversorgung
Die folgenden Angaben dienen dazu, Art und Umfang der aus der Zusatzversorgung resultierenden mittelbaren Verpflichtung der Gesellschaft zu erläutern.
Den Arbeitnehmern/-innen des Unternehmens steht ein tarifvertraglich oder einzelarbeitsvertraglich begründeter Anspruch auf Verschaffung einer zusätzlichen Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe des Tarifvertrags über die Versorgung der Arbeitnehmer kommunaler Verwaltungen und Betriebe (VersTV-G) in seiner jeweils gültigen Fassung zu. Das Unternehmen erfüllt diesen Anspruch durch den Erwerb der Mitgliedschaft bei der regional zuständigen kommunalen Zusatzversorgungskasse und Anmeldung des/der Arbeitsnehmers/-in zur Pflichtversicherung. Der/die Arbeitnehmer/-in hat nach Eintritt des Versicherungsfalls als Bezugsberechtigte/r einen Anspruch auf die satzungsgemäßen tariflichen Versorgungsleistungen gegen die Zusatzversorgungskasse.
Das Unternehmen ist Mitglied der Zusatzversorgungskasse der Gemeinden und Gemeindeverbände des Regierungsbezirks Kassel in Kassel.
Der Umlagesatz der Zusatzversorgungskasse beträgt seit dem 1. Januar 2007 6,5 v. H. der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte (i. d. R. der steuerpflichtige Arbeitslohn).
Die Summe der umlagepflichtigen Gehälter des Unternehmens beläuft sich, vorbehaltlich der noch ausstehenden Umlageabrechnung, auf voraussichtlich 67,0 Mio. EUR (Vorjahr 64,9 Mio. EUR).

	Umlagepflichtige Gehälter		Bezieher von Versorgungs- und Versicherungsrenten	
	31.12.2014	Vorjahr	31.12.2014	Vorjahr
	Mio. EUR	**EUR**	**Anzahl***	**Anzahl**
STW	10,8	9,9	180	772
KVG	19,1	18,9	101	91
NSG	20,4	20,0	503	30
EWG	11,4	11,1	31	5
KVV	5,3	5,0	101	6
Gesamt	67,0	64,9	916	904

**Es ist eine Neuverteilung der Rentenbezieher auf die Unternehmen erfolgt*

Eine Aufteilung der zukünftigen Versorgungsverpflichtungen der Zusatzversorgungskasse, die sich aus den Anwartschaften der angemeldeten Pflichtversicherten und der Rentenberechtigten des Unternehmens ergeben, ist nicht mit vertretbarem Zeitaufwand ermittelbar.

Prüferhonorar
Das Honorar der Abschlussprüfer für die in den Konzern einbezogenen Gesellschaften setzt sich wie folgt zusammen:

	KVV	Andere Gesellschaften
	Tsd. EUR	**Tsd. EUR**
Abschlussprüfungsleistungen	56	169
(Vorjahr)	*(65)*	*(219)*
Andere Bestätigungsleistungen	0	8
(Vorjahr)	*(0)*	*(5)*
Steuerberatungsleistungen	16	0
(Vorjahr)	*(20)*	*(0)*
sonstige Leistungen	20	0
(Vorjahr)	*(0)*	*(0)*
Gesamt	**92**	**177**
(Vorjahr)	*(85)*	*(224)*

Kassel, 22. Mai 2015

Kasseler Verkehrs- und
Versorgungs-GmbH

Die Geschäftsführung

Andreas Helbig Norbert Witte

Anlage 1 zum Anhang: Entwicklung des Konzernanlagevermögens 2014

	Anschaffungs- bzw. Herstellkosten					kumulierte	Buchwerte		
	Stand 01.01.2014	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Stand 31.12.2014	Abschreibungen 31.12.2014	Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2013	Abschreibungen des Geschäftsjahres
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände									
1. Firmenwert aus der Vollkonsolidierung	25.303.267,32	0,00	0,00	0,00	**25.303.267,32**	25.303.267,32	**0,00**	35.099,76	**35.099,76**
2. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	26.372.865,63	1.515.774,30	266.445,46	113.887,74	**27.736.082,21**	24.020.867,43	**3.715.214,78**	3.934.089,01	**1.847.573,27**
3. Geleistete Anzahlungen	100.002,76	35.314,39	0,00	–100.002,76	**35.314,39**	0,00	**35.314,39**	100.002,76	**0,00**
Immaterielle Vermögensgegenstände gesamt	51.776.135,71	1.551.088,69	266.445,46	13.884,98	**53.074.663,92**	49.324.134,75	**3.750.529,17**	4.069.191,53	**1.882.673,03**
II. Sachanlagen									
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremdem Grund *)	240.566.634,71	4.360.364,81	2.686.143,95	1.428.551,07	**243.669.406,64**	123.374.704,05	**120.294.702,59**	120.997.938,23	**6.057.290,32**
2. Technische Anlagen und Maschinen									
a) Erzeugung *)	148.266.883,90	4.267.711,08	867.680,38	1.558.527,96	**153.225.442,56**	101.293.541,56	**51.931.901,00**	41.657.460,00	**6.335.750,49**
b) Fortleitung *)	782.974.586,09	17.992.715,69	3.165.590,02	4.600.326,71	**802.402.038,47**	478.397.363,17	**324.004.675,30**	323.123.604,00	**22.187.778,70**
c) Messung	19.653.362,20	1.020.812,51	1.029.238,88	0,00	**19.644.935,83**	17.774.990,83	**1.869.945,00**	1.767.837,00	**947.541,75**
d) Bäder	2.562.750,35	20.638,67	770.944,09	0,00	**1.812.444,93**	382.920,93	**1.429.524,00**	1.495.133,00	**86.247,67**
e) Gleisanlagen, Streckenausrüstung	102.481.225,10	5.796.763,71	723.799,47	801.677,52	**108.355.866,86**	56.252.856,86	**52.103.010,00**	49.916.248,00	**4.358.957,64**
f) Fahrzeuge für Personenverkehr	138.407.644,39	474.290,09	12.316.110,94	1.237.815,17	**127.803.638,71**	56.907.494,71	**70.896.144,00**	74.751.436,00	**5.562.744,26**
g) Sonstiges	122.302.014,98	2.999.733,22	386.204,71	863.847,44	**125.779.390,93**	91.445.839,93	**34.333.551,00**	37.351.798,00	**6.878.713,66**
Technische Anlagen und Maschinen gesamt	1.316.648.467,01	32.572.664,97	19.259.568,49	9.062.194,80	**1.339.023.758,29**	802.455.007,99	**536.568.750,30**	530.063.516,00	**46.357.734,17**
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	63.801.344,78	3.732.289,98	1.883.250,59	122.034,12	**65.772.418,29**	47.619.493,29	**18.152.925,00**	18.403.406,00	**4.013.425,86**
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	16.079.880,88	7.754.635,88	693.162,29	–10.626.664,97	**12.514.689,50**	0,00	**12.514.689,50**	16.079.880,88	**0,00**
Sachanlagen gesamt	1.637.096.327,38	48.419.955,64	24.522.125,32	–13.884,98	**1.660.980.272,72**	973.449.205,33	**687.531.067,39**	685.544.741,11	**56.428.450,35**
III. Finanzanlagen									
1. Anteile an verbundenen Unternehmen *)	743.712,00	198.000,00	0,00	0,00	**941.712,00**	0,00	**941.712,00**	25.000,00	**0,00**
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00	293.330,00	0,00	0,00	**293.330,00**	0,00	**293.330,00**	0,00	**0,00**
3. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen *)	7.701.565,00	1.457.131,62	1.202.147,56	0,00	**7.956.549,06**	0,00	**7.956.549,06**	1.095.698,33	**0,00**
4. Sonstige Beteiligungen *)	22.936.662,63	948.573,01	8.035.633,33	0,00	**15.849.602,31**	0,00	**15.849.602,31**	30.261.241,30	**0,00**
5. Ausleihungen an beteiligte Unternehmen	0,00	375.000,00	0,00	0,00	**375.000,00**	0,00	**375.000,00**	0,00	**0,00**
6. Sonstige Ausleihungen	424.133,87	49.580,83	61.386,83	0,00	**412.327,87**	50.053,21	**362.274,66**	373.815,11	**10.836,71**
Finanzanlagen gesamt	31.806.073,50	3.321.615,46	9.299.167,72	0,00	**25.828.521,24**	50.053,21	**25.778.468,03**	31.755.754,74	**10.836,71**
Anlagevermögen gesamt	**1.720.678.536,59**	**53.292.659,79**	**34.087.738,50**	**0,00**	**1.739.883.457,88**	**1.022.823.393,29**	**717.060.064,59**	**721.369.687,38**	**58.321.960,09**

**) In Folge der Erweiterung des Konsolidierungskreises wurden die Werte zum 01.01.2014 angepasst.*

Entwicklung des Konzern-Eigenkapitals 2014 und des Vorjahres

	Mutterunternehmen					Minderheitsgesellschafter			
	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Erwirtschaftetes Eigenkapital	Unterschiedsbetrag Kapitalkonsolidierung	Eigenkapital	Minderheiten-kapital	Konzernergebnis	Eigenkapital	Konzern-eigenkapital
	Tsd. EUR	**Tsd. EUR**	**Tsd. EUR**	**Tsd. EUR**	**Tsd. EUR**	**Tsd. EUR**	**Tsd. EUR**	**Tsd. EUR**	**Tsd. EUR**
Stand 01.01.2013	**68.151**	**141.453**	**–30.267**	**0**	**179.337**	**39.981**	**0**	**39.981**	**219.318**
Änderung des Konsolidierungskreises	0	0	**470**	0	**470**	0	0	**0**	**470**
Umgliederung passivischer Unterschiedsbetrag	0	0	0	0	**0**	0	0	**0**	**0**
Ausschüttungen an Minderheitsgesellschafter	0	0	0	0	**0**	0	–3.863	**–3.863**	**–3.863**
Zahlung in die Kapitalrücklage	0	6.798	0	0	**6.798**	0	0	**0**	**6.798**
	68.151	148.251	–29.797	0	**186.605**	39.981	–3.863	**36.118**	**222.723**
Jahresüberschuss	0	0	–5.071	0	**–5.071**	0	3.863	**3.863**	**–1.208**
Stand am 31.12.2013	**68.151**	**148.251**	**–34.868**	**0**	**181.534**	**39.981**	**0**	**39.981**	**221.515**
Änderung des Konsolidierungskreises	0	0	0	0	**0**	1.303	0	**1.303**	**1.303**
Umgliederung passivischer Unterschiedsbetrag	0	0	0	0	**0**	0	0	**0**	**0**
Ausschüttungen an Minderheitsgesellschafter	0	0	0	0	**0**	0	–4.513	**–4.513**	**–4.513**
Zahlung in die Kapitalrücklage	0	4.535	0	0	**4.535**	0	0	**0**	**4.535**
	68.151	152.786	–34.868	0	**186.069**	41.284	–4.513	**36.771**	**222.840**
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	–4.655	0	**–4.655**	0	4.513	**4.513**	**–142**
Stand am 31.12.2014	**68.151**	**152.786**	**–39.523**	**0**	**181.414**	**41.284**	**0**	**41.284**	**222.698**

Kapitalflussrechnung

			2014 **Tsd. EUR**	2013 **Tsd. EUR**
1.		Periodenergebnis (einschließlich Ergebnisanteilen von Minderheitsgesellschaftern) vor außerordentlichen Posten	–142	–1.208
2.		Zunahme der Anteile Fremder	1.303	0
3.	+	Abnahme des Unterschiedsbetrags aus der Kapitalkonsolidierung	35	78
4.	+/–	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	58.287	54.288
5.	+/–	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	18.431	24.004
6.	+/–	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	–1.463	–1.678
7.	–/+	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	–2.773	263
8.	–/+	Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	32.349	–19.937
9.	+/–	Veränderung des Saldos gegen verbundene Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	10.051	–6.401
10.	+/–	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	–15.968	–12.483
11.	+/–	Ein- und Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
12.	**=**	**Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit**	**100.109**	**36.926**
13.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	4.748	258
14.	–	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	–48.420	–80.746
15.	–	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	–1.551	–793
16.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	9.299	1.665
17.	–	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	–3.322	–15.632
18.	–	Auszahlungen für Unternehmensakquisitionen (abzgl. Flüssige Mittel)	0	–65
19.	**=**	**Cashflow aus der Investitionstätigkeit**	**–39.246**	**–95.312**
20.	+	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	4.535	6.798
21.	–	Auszahlungen an Minderheitsgesellschafter	–4.513	–3.863
22.	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	72.235	121.980
23.	–	Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	–110.821	–59.219
24.	**=**	**Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit**	**–38.565**	**65.696**
25.		**Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds**	**22.298**	**7.310**
26.	–	Konsolidierungskreis- und bewertungsbezogene Änderung	–11.993	–7.530
27.	+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	936	1.156
28.	**=**	**Finanzmittelfonds am Ende der Periode**	**11.241**	**936**

Der Finanzmittelfonds besteht ausschließlich aus kurzfristigen Guthaben bei Kreditinstituten.
Die Zins- und Ertragsteuerzahlungen sind der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung zu entnehmen.

Anlage 2 zum Anhang: Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat

Bertram Hilgen, Kassel
Vorsitzender des Aufsichtsrats
Oberbürgermeister der Stadt Kassel

Axel Gerland, Breuna
stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats
Gewerkschaftssekretär ver.di
Bezirksverwaltung Nordhessen

Lothar Alexi, Staufenberg
stellvertretender Betriebsratsvorsitzender der KVV, STW, NSG, EWG

Dr. Jürgen Barthel, Kassel (bis 31.07.2015)
Stadtkämmerer der Stadt Kassel

Anke Bergmann, Kassel
Holztechnikerin

Bernd-Peter Doose, Kassel
Selbständiger Maler- und Lackierermeister

Harald Fennel, Borken
Bezirksgeschäftsführer ver.di Nordhessen

Christian Geselle, Kassel (seit 01.05.2015)
Stadtkämmerer der Stadt Kassel

Dieter Güth, Kassel
stellvertretender Betriebsratsvorsitzender KVG

Hermann Hartig, Kassel (bis 30.09.2014)
Berufspädagoge

Klaus Horn, Söhrewald
Betriebsratsvorsitzender der KVV, STW, NSG, EWG

Eva Koch, Kassel
Diplom-Ingenieurin

Berthold Leinweber, Eichenzell
Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirk Osthessen

Christof Nolda, Kassel
Stadtbaurat der Stadt Kassel

Volker Reitze, Kassel
Betriebsrat der KVV, STW, NSG, EWG

Gernot Rönz, Kassel
Industriemechaniker

Ralf Salzmann, Baunatal
Betriebsratsvorsitzender KVG

Cornelia Seßelmann, Kassel
Personalsachbearbeiterin KVG

Heribert Völler, Kassel (seit 01.10.2014)
Diplomhandelslehrer

Geschäftsführung

Andreas Helbig, Kassel
Vorsitzender der Geschäftsführung KVV

Norbert Witte, Kassel
Mitglied der Geschäftsführung KVV

Wiedergabe des Bestätigungsvermerks des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH, Kassel aufgestellten Konzernabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalspiegel - und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegt in der Verantwortung der Geschäftsführer der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführer sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.
Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.
Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Kassel, den 29. Mai 2015

WIBERA Wirtschaftsberatung AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Holger Plaum
Wirtschaftsprüfer

Matthias Schwarze-Gerland
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat ist von der Geschäftsführung während des Geschäftsjahres 2014 über die Geschäftsentwicklung und über Besonderheiten durch schriftliche und mündliche Berichte umfassend unterrichtet worden und hat daraufhin die im Rahmen der satzungsmäßigen Zuständigkeit obliegenden Entscheidungen getroffen.
Der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2014 wurden von der gemäß Beschluss der Alleingesellschafterin vom 27.08.2014 zum Abschlussprüfer bestellten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft WIBERA Wirtschaftsberatung Aktiengesellschaft, Niederlassung Kassel, geprüft und es wurde der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt. Dem Aufsichtsrat lagen der Prüfungsbericht, der Konzernabschluss sowie der Konzernlagebericht der Geschäftsführung vor.
Der Aufsichtsrat nimmt den Konzernabschluss in der von der Geschäftsführung vorgelegten Form zur Kenntnis.
Der Geschäftsführung, den Betriebsräten und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern spricht der Aufsichtsrat seinen Dank aus.

Kassel, 19. Juni 2015

Kasseler Verkehrs- und
Versorgungs-GmbH

Der Aufsichtsrat

Bertram Hilgen
Vorsitzender

kvv

Jahresabschluss 2014
Kasseler Verkehrs-
und Versorgungs-GmbH

Dienstleister für die KVV-Gruppe

Jedes Unternehmen der KVV-Gruppe hat seine sehr spezifische Aufgabe. Seien es der Betrieb des Müllheizkraftwerkes oder die Bereitstellung von Fahrpersonal. Die KVV selbst übernimmt die zentralen Dienstleistungen für alle Unternehmen.

Gesellschafter	Mitarbeiter	Erträge aus Gewinnabführung
Stadt Kassel		Mio. €
100 %	113	20,8

Jahresabschluss

50 Lagebericht

66 Bilanz

68 Gewinn- und Verlustrechnung

69 Anhang

78 Anlage 1 zum Anhang: Entwicklung des Anlagevermögens 2014

80 Anlage 2 zum Anhang: Organe der Gesellschaft

81 Bestätigungsvermerk

82 Bericht des Aufsichtsrats

Lagebericht

Die Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH (KVV) ist die Muttergesellschaft des Konzerns mit den Tochterunternehmen Kasseler Verkehrs-Gesellschaft AG (KVG), Städtische Werke AG (STW), Städtische Werke Energie + Wärme GmbH (EWG), Müllheizkraftwerk Kassel GmbH (MHKW), KVV Bau- und Verkehrs-Consulting Kassel GmbH (KVC), KVV Verkehrsgesellschaft Nordhessen GmbH (KVN) und Netcom Kassel Gesellschaft für Telekommunikation mbH (NCK). Das wirtschaftliche Ergebnis der KVV wird überwiegend von den Ergebnisübernahmen der Töchter bestimmt.

1. Grundlagen des Unternehmens

1.1 Geschäftsmodell

Die KVV bildet den Rahmen, in dem sowohl die zentralen Dienstleistungen und eine einheitliche Managementstrategie koordiniert als auch unternehmensübergreifende Entwicklungsstrategien aufeinander abgestimmt werden. Dabei werden die Aufgaben der KVV in den für die Holding und die Tochtergesellschaften zuständigen Zentralbereichen wahrgenommen.

Die KVG setzt das von der Hessischen Landesregierung verfolgte Besteller-Ersteller-Prinzip weiterhin konsequent um. Dabei besteht die Verkehrslandschaft im Konzern aus den Unternehmen KVG, KVN sowie der Beteiligung der KVG an der Regionalbahn Kassel GmbH (RBK). Die Verkehrsverbund und Fördergesellschaft Nordhessen mbH (NVV) als regionale Aufgabenträgergesellschaft ist Besteller des regionalen Bus- und Schienenverkehrs. Die KVG ist die lokale Aufgabenträgergesellschaft in Kassel und nimmt dort die Besteller-Funktion wahr. Daneben stellt die KVG den „Ersteller-Unternehmen“ NB Nordhessenbus GmbH (NB) und KVN die bei ihr angestellten Fahrer, Fahrzeuge, Trassen sowie diverse Dienstleistungen zu marktfähigen Preisen zur Verfügung. Die KVG beauftragt die KVN mit der Erbringung der Tramverkehrserstellung. Die NB hat die Betriebsführung für ihre Konzessionen auf die KVG übertragen, sodass die KVG gegenüber ihren Kunden für den Betrieb umfassend verantwortlich ist.

Nach der gesellschaftsrechtlichen Trennung von Energievertrieb und Netzbetrieb sind in der STW neben dem klassischen Energievertrieb die regenerative Energieerzeugung (z. B. Wind und Biogas), der Aufbau kommunaler Kooperationen im Umland und der Betrieb der Kasseler Schwimmbäder angesiedelt. Die 100%ige Tochter Städtische Werke Netz + Service GmbH (NSG) betreibt das Strom- und Gasnetz der Stadt und angrenzender Umlandgemeinden sowie im Auftrag des städtischen Eigenbetriebs KASSELWASSER das Wasserleitungsnetz in Kassel und der Nachbarstadt Vellmar.

Das Tochterunternehmen EWG, an der die KVV zu 5,1 % und die STW zu 94,9 % beteiligt sind, ist für die Erzeugung von Strom und Fernwärme sowie das Fernwärmenetz verantwortlich. Die EWG erzeugt an mehreren Standorten im Kasseler Stadtgebiet Strom und Fernwärme und ist Eigentümerin des rd. 166 Kilometer langen Fernwärmenetzes. Am Standort Dennhäuser Straße betreibt die EWG das Fernwärmekraftwerk Kassel mit einer thermischen Leistung von 80 MWth sowie das Kombi-Heizkraftwerk. Im Industriepark Mittelfeld speist das Heizkraftwerk Mittelfeld als Biomasseheizkraftwerk Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)-Strom in das Netz der Städtische Werke Netz + Service GmbH ein.

Die MHKW verwertet seit 1968 Abfälle auf thermischem Weg und erzeugt dabei Strom und Fernwärme. Vor allem kommunale Kunden nutzen das Angebot der MHKW. Der Großteil der angelieferten Abfallmengen stammt von den Stadtreinigern Kassel und aus den Landkreisen Schwalm-Eder und Marburg-Biedenkopf.

Die NCK ist seit dem 01.04.2013 zu 100 % ein Tochterunternehmen der KVV. Sie erbringt mittels eigener und fremder Netze Dienstleistungen in der Telekommunikation. Das Geschäftsmodell beinhaltet sowohl die Erbringung von Telekommunikationsdienstleistungen an Endkunden als auch den reinen Aufbau und Betrieb von Netzen. Zusammen mit der EAM Beteiligungen GmbH hat die NCK die OR Network GmbH (OR Network) erworben und hält 50 % der Anteile. Die OR Network bietet alternative Breitbandversorgungen in Regionen an, die keine oder eine schlechte Versorgung mit Breitbanddiensten besitzen.

Das gezeichnete Kapital der KVV ist zu 100 % im Besitz der Stadt Kassel.

1.2 Organisatorische und rechtliche Struktur

Bereich Verkehr

Am 09.11.2009 beschloss die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel die Betrauung der KVG mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen zur Durchführung des auf Genehmigung nach dem Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) beruhenden öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Kassel. Auf Grundlage dieser Betrauung konnte die KVG die Übergangsfristen der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und Rates nutzen. Durch diese Verordnung sind sowohl Ausschreibungen als auch Direktvergaben möglich. Zusätzlich sieht die Verordnung Übergangsfristen vor, in denen Vergaben nach alter Rechtslage, dem sogenannten „Altmark-Trans-Urteil“ des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), aufrechterhalten werden können. Die Direktvergabe der Straßenbahnverkehrsleistung an die KVN und Busverkehrsleistungen an die NB oder alternativ an die KVG blieben somit nach alter Rechtslage möglich. Grundlage sind die Regelungen in § 4 Abs. 8-12 des derzeit gültigen Konsolidierungsvertrags zwischen der Stadt Kassel und der KVV vom 21.07.2008. Daneben war es auch möglich, die Vergabe nach der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 durchzuführen.

Auf Basis des bestehenden Beschlusses aus dem Jahr 2009 wurde eine neue Liniengenehmigung für die Tramlinien im Stadtverkehr Kassel, Baunatal und Vellmar durch die KVG beantragt und am 03.12.2012 durch das Regierungspräsidium (RP) Kassel genehmigt. Die Neukonzession läuft bis zum 14.12.2024. Für den Tramverkehr im Lossetal existiert eine Bestandsbetrauung der RBK auf Basis der Finanzierungsverträge mit den betroffenen Gemeinden und Landkreisen. Diese fällt ebenfalls unter die Übergangsregelungen der EU-Verordnung, sodass auch hier lediglich eine neue PBefG-Liniengenehmigung beantragt werden musste. Die Genehmigung wurde der RBK am 07.02.2013 mit einer Laufzeit bis 01.10.2028 erteilt. Mit Bescheid vom 26.02.2013 wurde der RBK zudem die Genehmigung gemäß § 6 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) bis zum 29.02.2028 durch das RP Kassel erteilt.

Auf derselben Rechtsgrundlage wie die Tramkonzession für Kassel, Baunatal und Vellmar wurde am 08.04.2014 die Konzession für die Busverkehre in Kassel durch die KVG beantragt. Diese hatte ursprünglich eine Laufzeit bis zum 13.12.2014. Das RP Kassel erteilte der KVG mit Genehmigungsurkunde vom 04.07.2014 die Genehmigung für die maximal mögliche Laufzeit bis zum 09.11.2019. Damit konnten inzwischen alle für die KVG und RBK relevanten Konzessionen für den Tram- und Busverkehr gesichert und deutlich verlängert werden.

Bereich Energie

Um im wettbewerbsintensiven Markt erfolgreich zu agieren, erweiterte die STW 2014 ihre Vertriebsstrategie. Die STW ist mit Wirkung ab dem 01.01.2014 lt. Konsortialvertrag vom 09.07.2014 mit 49,99 % als Partner an der EAM Energie GmbH (EAME), der Vertriebstochtergesellschaft der EAM GmbH & Co. KG (EAM), beteiligt. Die EAME bietet Ökostrom- und Erdgasprodukte sowie Heizstrom an. Das Vertriebsgebiet des Unternehmens erstreckt sich auf die Region von Dassel in Südniedersachsen bis nach Hanau in Südhessen sowie Teile von Nordrhein-Westfalen, Thüringen und Rheinland-Pfalz.

Die von der NSG gehaltenen Netzkonzessionen (Wegenutzungsverträge) für Strom, Gas und Wasser in der Stadt Kassel liefen zum Ende des Jahres 2014 aus. Für Strom und Gas wurde von der Stadt Kassel ein nach dem § 46 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) vorgeschriebenes Ausschreibungsverfahren durchgeführt. Bei beiden Konzessionsverfahren war die NSG Bestbietende und erhielt von der Stadt Kassel den Zuschlag. Die Wegenutzungsverträge traten zum 01.01.2015 in Kraft. Ebenfalls wurde mit der Stadt Kassel der Wasserwegenutzungsvertrag neu ausgehandelt. Mittlerweile (Stand 31.03.2015) liegen alle Gremienbeschlüsse der Stadt Kassel und der NSG zum Abschluss des Vertrags vor, sodass der Abschluss unmittelbar bevorsteht.

Der Wettbewerb um Konzessionen in der Region ist aufgrund der weitgehend abgeschlossenen und entschiedenen Ausschreibungsverfahren in die Phase der Netzübernahmeverhandlungen getreten. Die STW ist als Partner an dem neu gegründeten kommunalen Unternehmen Fulda-Eder Energie GmbH & Co. KG (FEE) beteiligt. Weitere Beteiligungen der STW sind die Gemeindewerk Kaufungen GmbH & Co. KG und die Stadtwerke Großalmerode GmbH & Co. KG, an denen auch die jeweilige Gemeinde beteiligt ist. Die NSG selbst war an der 2014 gegründeten Niestetal Netz GmbH (NNG) mit vorläufig 100 % beteiligt. Im Zuge der Einbringung des zunächst im Eigentum der NSG befindlichen Gasversorgungsnetzes des Niestetaler Ortsteils Sandershausen von der NSG in die NNG als Sacheinlage wurde das Stammkapital der NNG von 25 Tsd. EUR um 965 Tsd. EUR auf 990 Tsd. EUR erhöht. Die Netzübernahmeverhandlungen werden mit der EnergieNetz Mitte GmbH (ENM, Tochterunternehmen der EAM) geführt. Ziel der Verhandlungen ist der Netzkauf durch die Beteiligungsgesellschaften der STW. Die Netze der Gemeinden Großalmerode, Kaufungen und Niestetal sollen dann von der NSG gepachtet werden.

Die Landeskartellbehörde Hessen (LKB) überprüft in Hessen intensiv die Wasserpreise. In neun Fällen leitete die LKB wegen Missbrauchsverdachts Kartellverfahren gegen Wasserversorgungsunternehmen ein. Gegen die STW erließ die LKB am 11.04.2008 eine Preissenkungsverfügung in Höhe von 37 % wegen angeblich missbräuchlich überhöhter Wasserpreise. Die Preissenkungsverfügung war vom Zeitpunkt der Zustellung bis zum 31.12.2009 befristet. Gegen die Verfügung hatte die STW fristgerecht Beschwerde beim Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt am Main eingelegt. Das Verfahren vor dem OLG wurde 2009 ausgesetzt und ruht seitdem. Derzeit laufen erneut Vergleichsverhandlungen mit der LKB, die gegebenenfalls kurzfristig zur Einigung kommen könnten.

1.3 Ziele und Strategien

Durch die Umsetzung der Energiewende verändert sich der Erzeugungsmarkt derzeit grundlegend. Der politisch geförderte Ausbau der erneuerbaren Energien hat große Auswirkungen auf die konventionelle Erzeugung. Zeitweise verdrängt der Strom aus erneuerbaren Energien die Stromerzeugung konventioneller Kraftwerke bereits vollständig aus dem Netz. Als Folge sinkt der Strompreis an den Strombörsen kontinuierlich und deckt immer weniger die Kosten für Brennstoffe und Emissionszertifikate. Der wirtschaftliche Betrieb von Kraftwerken wird somit unter den derzeitigen Rahmenbedingungen zunehmend schwieriger bis unmöglich.

Aus diesen Gründen wurde 2013 ein konzernweites Erzeugungsprojekt „Neue Erzeugungsstrategien (NES)“ initiiert, das im Laufe des Jahres 2014 abgeschlossen werden konnte. Ziel der EWG ist, die Erzeugungsstrategie an den neuen Rahmenbedingungen auszurichten und damit auch zukünftig stabile Ergebnisse sicherzustellen. Im Rahmen des Projekts wurden Erzeugungs- und Vertriebsprozesse konzernweit überprüft und an die zukünftigen Rahmenbedingungen angepasst.

Die in den letzten drei Jahren erfolgte Neuanschaffung von Straßenbahnen und die anstehende Modernisierung des derzeitigen Fahrzeugparks müssen durch den Wegfall der Fahrzeugförderung zu 100 % von der KVG finanziert werden. Um die daraus resultierende Ergebnisbelastung zu kompensieren, wurde ein neues Optimierungsprojekt gestartet: „mobil4kassel – KVG 2020“ ist seit Mitte 2012 das zentrale, die komplette Verkehrssparte umfassende Projekt, das alle Ergebnisverbesserungsmaßnahmen der KVG bündelt.

Wesentlicher Bestandteil des Projekts ist eine bedarfsorientierte Netzoptimierung, die das Verkehrsangebot an die steigende Nachfrage anpassen und dabei die Betriebskosten auf einem vertretbaren Niveau halten soll. Darüber hinaus ist eine Tarifstrukturreform geplant, wobei u. a. durch die Entwicklung neuer Angebote Ertragspotenziale erschlossen und eine gleichmäßigere Auslastung der Fahrzeuge erreicht werden sollen. Zusätzlich werden durch Optimierungen der Werkstatt und der Organisation Personalressourcen frei, die vorrangig zur o. g. Modernisierung der Trams in Eigenleistung genutzt werden.

1.4 Steuerungssystem und Leistungsindikatoren

Die Basis für die Unternehmenssteuerung innerhalb der KVV stellt die Steuerungsgröße „Eigenergebnis KVV“ dar. Dieses setzt sich zusammen aus dem Jahresergebnis bereinigt um die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen und die Aufwendungen aus Verlustübernahme. Mittels eines zuverlässigen und konsistenten Steuerungssystems, welches sich aus strategischer Planung, Mittelfristplanung, regelmäßigen Jahreshochrechnungen und dem permanenten Controlling der Zielerreichung zusammensetzt, werden frühzeitig Hinweise auf die künftige Geschäftsentwicklung ermittelt und analysiert. Wegen der vielfältigen Änderungen im Verkehrs- und Energiesektor erhöhen sich die Anforderungen an die Controllingsysteme. Die bereits in den vergangenen Jahren eingeleiteten Anpassungen innerhalb der Controlling-Systeme werden kontinuierlich verfeinert und aufeinander abgestimmt.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Bereich Verkehr

Die Stadt Kassel entwickelt sich erfreulich dynamisch. Aufgrund dieser Entwicklung sind die Anforderungen an den Verkehr ständigen Veränderungen unterworfen und erfordern die kontinuierliche Weiterentwicklung der Planungsinstrumente. Hierzu leistet die Fortschreibung des Nahverkehrsplans (NVP) – ein strategisch-planerisches Konzept zur weiteren Entwicklung des ÖPNV – einen wichtigen Beitrag. Die KVG als das von der Stadt Kassel mit der Wahrnehmung der hoheitlichen Aufgabe der Nahverkehrsorganisation betraute Unternehmen (Aufgabenträgerorganisation) hat die Fortschreibung des NVP gemäß § 8 Abs. 3 PBefG in Verbindung mit § 14 des Hessischen ÖPNV-Gesetzes übernommen.

In diesem Rahmen hat die Stadtverordnetenversammlung 2014 den NVP verabschiedet, der die strategischen Ziele des ÖPNV bis zum Jahr 2019 definiert. Er ist sowohl Grundlage der Linienkonzessionierung als auch Voraussetzung für die Gewährung von Zuschüssen des Landes Hessen für Infrastrukturmaßnahmen. Wesentliche Akzente der Fortschreibung des NVP sind eine klarere Strukturierung des Netzes, die Etablierung einheitlicher Wegeketten, kürzere Fahrzeiten und sicherere Anschlüsse. Einerseits sollen an Orten hoher Nachfragepotenziale neue Angebote entstehen, andererseits soll der Aufwand dort reduziert werden, wo geringe Nachfragepotenziale den aktuellen Ressourceneinsatz nicht rechtfertigen.

Bereich Energie

Zum Anfang des Jahres 2014 war im Strommarkt eine ähnliche Entwicklung wie im Vorjahr zu beobachten. Der Preis für die Grundlast-Lieferung erreichte mit 36,90 EUR/MWh schon zu Jahresbeginn den Höchstwert im Jahr 2014. Der weitere Verlauf des Jahres war durch schwankende Preise geprägt. In den Monaten Januar, August und November sorgten u. a. die Entwicklungen in der Ukraine-Krise sowie eine gegenüber den Erwartungen reduzierte Verfügbarkeit von erneuerbaren Energien für einen Anstieg des Strompreises auf bis zu 36,00 EUR/MWh. Sinkende Preise waren insbesondere in den Zeiträumen April bis Juli und September bis Oktober zu verzeichnen. Der niedrigste Preis im Jahresverlauf von 33,77 EUR/MWh wurde erst am letzten Handelstag des Jahres 2014 mit 33,44 EUR/MWh unterboten.

Im Gasbereich startete der Terminmarkt zu Beginn des Jahres 2014 an der European Energy Exchange (EEX) auf hohem Niveau von 26,45 EUR/MWh. Aufgrund der Auslastung der Gasspeicher und des milden Winters waren im März schon Preise von 23,50 EUR/MWh zu verzeichnen. Nach einigen Bewegungen des Kurses nach oben und unten mit einer Schwankungsbreite von fast 2,00 EUR/

MWh waren ab November sinkende Preise zu beobachten. Am Jahresende lag der Terminmarktkurs bei ca. 22,20 EUR/MWh. Auch der Spotmarkt erreichte im Jahr 2014 neue Tiefstände. Während im Vorjahr die Day-Ahead Preise die Marke von 25,00 EUR/MWh nicht unterschritten, waren im Juli 2014 die Preise bei 15,20 EUR/MWh angelangt. Im Laufe der zweiten Jahreshälfte erholte sich der Day-Ahead Preis jedoch wieder und erreichte 21,50 EUR/MWh bis zum letzten Handelstag des Jahres 2014. Der Preisverfall im Gas begründete sich unter anderem durch die sinkenden Rohöl- und Kohlepreise. Ein Überangebot durch Flüssigerdgas und Fracking stand einer schrumpfenden Nachfrage gegenüber. Die japanische Wirtschaft schwächelte ab dem zweiten Halbjahr 2014 und somit wurden mehr LNG-Mengen nach Europa verkauft. Weiterhin waren die Gasspeicher im Dezember 2014 mit über 80 % auf Rekordniveau gefüllt. Da die Temperaturen sehr mild waren, wurde zu erheblich teureren Preisen eingespeichert. Die Ukraine-Krise hatte nur moderaten Einfluss auf die Gaspreise, obwohl eine Risikoprämie für die mögliche Versorgungsunterbrechung eingepreist war.
Zum 01.08.2014 trat das reformierte EEG 2.0 in Kraft. Die Schwerpunkte der EEG-Novelle 2014 bilden reduzierte Vergütungssätze und die Einführung von Zubaukorridoren in den Bereichen Windenergie, Photovoltaik und Biogas.

2.2 Unternehmensentwicklung

Mit der KVG, MHKW, KVC und KVN bestehen Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträge. Mit der STW besteht ein Ergebnisabführungsvertrag, der eine Ausgleichszahlung an den Mitgesellschafter Thüga AG vor der Ergebnisabführung enthält. Seit dem Jahr 2000 sind wiederum zwischen STW und EWG Beherrschung und Ergebnisabführung vertraglich geregelt. Mit der Gründung der NSG wurde im Jahr 2010 ein Gewinnabführungsvertrag zwischen STW und NSG geschlossen. Mit der NCK besteht kein Ergebnisabführungsvertrag.
Seit dem Fahrplanwechsel 2013/2014 wird die gestiegene Nachfrage auf der Tramlinie 1 aufgrund der Streckenverlängerung nach Vellmar, des weiteren Ausbaus des Universitätsstandortes sowie der wachsenden Besucherzahlen des Weltkulturerbes im Bergpark Wilhelmshöhe mit zwei gekoppelten Bahnen (Doppeltraktion) bedient. Fast alle Bahnsteige der Linie 1 wurden auf ca. 60 m Länge ausgebaut, lediglich die Haltestelle „Murhardstraße“ wurde provisorisch verlängert. Die Planungen zur Haltestellenverlängerung „Murhardstraße“ wurden im Jahr 2014 nochmals unter dem Gesichtspunkt der Weltkulturerbeverträglichkeit diskutiert. Dabei wurde vereinbart, die Planung zu überarbeiten und die Bahnsteige in der heutigen Lage zu belassen. Durch eine Kanalsanierung im gleichen Abschnitt verschiebt sich der Bau voraussichtlich auf das Jahr 2016.
Die KVC erbringt vorwiegend Planungs-, Projektsteuerungs- und Beratungsleistungen in den Bereichen ÖPNV, Eisenbahnwesen, Verkehrs- und Stadtplanung sowie Architektur, Ingenieurbau und Facility/Bauunterhaltung.
Der Bereich „Hochbau“ der KVC tätigte im Berichtsjahr Abschlussarbeiten für das Projekt Neubau des Kombibades am Auedamm und bearbeitete verschiedene interne Projekte wie die Sanierung der Wohnhäuser der NSG in der Wilhelmshöher Allee, Maßnahmen zur Beseitigung des Wasserschadens in der Kantine des Betriebshofs Ost und die Renovierung des Kundenzentrums in der Kurfürsten Galerie. Die Arbeiten am Wasserbehälter „Kratzenberg“ konnten im Jahr 2014 abgeschlossen werden. Die Schwerpunkte des Bereichs „Verkehrsplanung“ lagen in den Leistungen zum barrierefreien Umbau der Bushaltestellen in der Stadt Vellmar und der Ausführungsplanung für den Ausbau der Friedrich-Ebert-Straße.
Ziel der rechtlichen Eigenständigkeit der KVC war neben der Sicherstellung einer effizienten Erbringung von Ingenieur- und Planungsleistungen für die konzerninternen Gesellschaften die Erschließung von Marktpotenzialen auf dem Drittmarkt. Dieses Ziel konnte u. a. durch rückläufige Bauvolumina, sinkende Fördermittel sowie erhebliche Wettbewerbsbarrieren auf dem Drittmarkt nicht mehr erreicht werden und ist auch perspektivisch nicht absehbar. Vor dem Hintergrund dieser wirtschaftlichen Situation wurden im Projekt „P166 – Zukunft KVC“ Restrukturierungsmöglichkeiten untersucht. Dabei sollten die Ingenieur- und Planungsleistungen vornehmlich für den Eigenbedarf des KVV-Konzerns durch eine Reintegration der KVC in den Konzern sichergestellt werden. Hierzu wird die KVC zum 01.01.2015 rückwirkend auf die KVV verschmolzen. Dazu liegen entsprechende Beschlüsse der Aufsichtsräte der KVC und der KVV vom 19.11.2014 sowie der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel vom 15.12.2014 vor.
Die STW setzte im Strom- und Gasbereich ihre gute Entwicklung fort und konnte ihre Position im zunehmenden Wettbewerb erfolgreich behaupten. Auf Basis einer erfolgreichen Kundenbindungsstrategie konnten die Lieferverträge mit großen Kasseler Bestandskunden verlängert werden. Außerhalb von Kassel konnte die STW weitere Sondervertragskunden gewinnen. Die STW akquirierte bundesweit mehrere große Industriekunden und eine Vielzahl von Einzelhandelsunternehmen im Großkundensegment. Im Privatkundenbereich war wie in den Vorjahren ein intensiver Wettbewerb zu verzeichnen. Kunden wurden vermehrt über den direkten Vertrieb mittels Vermittlern akquiriert. Energieversorger konkurrierten vermehrt um attraktive Vertriebskanäle. Trotz des zunehmenden Wettbewerbs konnte die STW ihren Marktanteil im Kasseler Marktgebiet erfolgreich behaupten. Zentrale Faktoren hierfür waren hohe Kundenzufriedenheit und Imagewerte.
Der zunehmende Wettbewerb auf den Energiemärkten erfordert es, dass eine intelligente Energiebeschaffung eine zentrale Rolle einnimmt. Die STW verfolgt daher eine kontinuierliche Optimierung der Beschaffungsprozesse. Mittels einer risikooptimalen Beschaffungsstrategie kann die STW Wettbewerbsvorteile realisieren und attraktive Preise anbieten, um sich im dynamischen Marktumfeld erfolgreich positionieren zu können.
Als einer der ersten bundesweiten Energieversorger ließ sich die STW das Qualitätsmanagement für ihren gesamten Vertriebsbereich nach ISO 9001 zertifizieren. Diese Zertifizierung spiegelt die Qualität der betrachteten Kernprozesse der Energiewirtschaft, Kundenservice, Beschwerdemanagement, Marktkommunikation, Akquisition etc. im gesamten Vertriebsbereich der STW wider. Zusätzlich fallen seit 2014 auch die Energiedienstleistungen unter die Zertifizierung. Das Zertifikat ist bis März 2018 gültig und unterliegt einer jährlichen Gültigkeitsüberprüfung.
Seit dem Jahr 2013 produzieren fünf Biogaserzeugungsanlagen in Homberg, Willingshausen, Karben, Leizen und Kerstenhausen umweltfreundliche Energie. Die STW war in allen Projekten Projektentwicklungspartner, hält in verschiedener Höhe Anteile an den Erzeugergesellschaften und stellt zudem jeweils einen Geschäftsführer. Gemeinsam mit der lokalen Landwirtschaft hat die STW zum Betrieb der Biogaserzeugungsanlagen Kommanditgesellschaften gegründet. Sie berücksichtigt damit die Interessen aller Beteiligten. Zusammen erzeugen die Anlagen eine Biogasmenge von jährlich 180 GWh (8 MWel). Der überwiegende Teil der Biogasmenge (130 GWh) wird auf Erdgasqualität (Biomethan) aufbereitet und ins öffentliche Erdgasnetz eingespeist. Die STW nimmt das Biomethan ab und verwertet es an Blockheizkraftwerk (BHKW)-Standorten, wo Wärme ganzjährig genutzt werden kann, beispielsweise in Schwimmbädern, Kliniken und Industrieunternehmen. Teilmengen werden an externe Kunden verkauft.
Mit der Inbetriebnahme des Windparks Söhrewald/Niestetal gelang es der STW, ihre Position als treibende Kraft der Energiewende in Nordhessen weiter zu stärken. Während die Windkraftanlagen am Standort Söhrewald seit Dezember 2013 in Betrieb sind, speisen die Windräder am Standort Niestetal seit Februar 2014 sauberen Strom ein. In Summe versorgen die sieben Anlagen mit einer Gesamtleistung von 21 MW rechnerisch 17.000 Haushalte mit Strom. Zum 28.02.2014 übertrug die STW das Windparkprojekt auf die Windpark Söhrewald/Niestetal GmbH & Co. KG (WSN). Neue Gesellschafter sind die drei Bürgerenergiegenossenschaften Kassel & Söhre, Niestetal und Kaufunger Wald, die Stadtwerke Eschwege, Witzenhausen und Bad Sooden-Allendorf sowie die Gemeinde Lohfelden. Die STW hielt zum Bilanzstichtag 47,73 % der Anteile an der WSN. Die Veräußerung weiterer Anteile ist im Jahr 2015 geplant.
Im Jahr 2014 setzte die STW die Entwicklung von Windkraftprojekten in Nordhessen fort. Dabei konzentrierte sich die STW auf die Weiterentwicklung der im Jahr 2013 vorbereiteten Windparkprojekte „Rohrberg“ und „Stiftswald“. Die einzelnen Projektstandorte befinden sich in unterschiedlichen Entwicklungsstadien. Weit fortgeschritten ist das Projekt „Rohrberg“. Für die Errichtung und den Betrieb der insgesamt fünf Windkraftanlagen wurde die Genehmigung laut Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) erreicht. Mit Vorliegen dieser Genehmigung wurde der Liefervertrag der Windkraftanlagen wirksam, vorbereitende Baumaßnahmen konnten bereits getroffen werden. Die Inbetriebnahme ist für Ende des Jahres 2015 anvisiert. Im Rahmen des Windparkprojekts im „Stiftswald“ ist die Errichtung von bis zu neun Windkraftanlagen geplant. Der entsprechende Genehmigungsantrag wurde Ende 2014 beim Regierungspräsidium Kassel für acht Anlagen eingereicht. Derzeit wird geprüft, ob für eine weitere Anlage ein zusätzlicher Genehmigungsantrag gestellt werden kann. Die Fertigstellung ist spätestens im 3. Quartal 2016 geplant.
Im nördlichen Schwalm-Eder-Kreis ist die STW mit einem Geschäftsanteil von 40 % an der FEE beteiligt. Die FEE agiert als operativ tätiges Regionalwerk einschließlich eigenen Vertriebs. Das Ziel der Gesellschaft ist, zunächst die Energienetze im FEE-Gebiet zurückzukaufen und die Energieversorgung der 60.000 Bürger der neun Partnergemeinden selbst zu gestalten.
In der Gemeinde Kaufungen wurde Anfang des Jahres 2014 mit der Gemeindewerk Kaufungen GmbH & Co. KG ein weiteres Kommunalwerk gegründet. Auch hier soll die

Gesellschaft im nächsten Schritt das Stromnetz vom bisherigen Konzessionär zurückkaufen, um danach die 13.500 Bürger mit Energie zu versorgen. Das Kommunalwerk wird zunächst mit einer Beteiligung von 99 % von der STW geführt. Die Gemeinde und gegebenenfalls auch eine lokale Energiegenossenschaft können später Anteile von der STW übernehmen.
Das neue Kombibad am Auedamm wurde ebenso wie das Hallenbad Süd von den Badegästen im Jahr 2014 gut angenommen. Im Berichtsjahr besuchten 366.255 Bade- und Saunagäste das Frei- und Hallenbad an der Fulda. In das Hallenbad Süd kamen 90.265, in das Freibad Bad Wilhelmshöhe 44.217 und das Freibad Harleshausen besuchten 37.463 Badegäste. Mitte 2014 begann die STW mit der Planung für den Umbau des Freibads Harleshausen. Im ersten Quartal 2015 erfolgte die schlüsselbaufertige Vergabe und im zweiten Quartal 2015 wird mit den Modernisierungsarbeiten begonnen. Die Eröffnung des neuen Freibads soll zu Beginn der Freibadsaison 2016 erfolgen.
Im Jahr 2014 führte die EWG verschiedene Maßnahmen zur weiteren Optimierung des Kraftwerkparks durch. Das Heizkraftwerk Mittelfeld (HKW-M) konnte im Jahr 2014 einen größeren Anteil Fernwärme aus Biomasse im Vergleich zum Vorjahr in das Fernwärmenetz einspeisen. Die neue Anlagentechnik konnte weiter optimiert werden, was zu einer verbesserten Fahrweise der Holzaufbereitungsanlage führte. Die Verfügbarkeit der Gesamtanlage konnte insgesamt stark verbessert werden.
Pünktlich zum Beginn der Heizperiode 2014/2015 konnte die EWG das zum Standort gehörende Heizwerk (HW) in Betrieb nehmen. Um zukünftig eine bivalente Brennstoffversorgung zu ermöglichen, soll im Laufe des Jahres 2015 noch eine Heizölversorgungsanlage errichtet werden.
Damit steht der EWG nun zur Spitzenlastabdeckung und als Reserve am Standort HKW-M am nördlichen Ende des Fernwärmenetzes eine Heißwasserkesselanlage auf Erdgasbasis zur Verfügung.
In der Sparte Abfallentsorgung besteht eine Abhängigkeit von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Während des Berichtszeitraums konnte aufgrund der guten konjunkturellen Entwicklung die Anlage komplett ausgelastet werden. Der milde Winter zu Beginn des Jahres führte dazu, dass insbesondere aus dem Bereich Bau und Produktion eine positive Mengenentwicklung zu verzeichnen war. Die geplante Anliefermenge zum Jahresende konnte aufgrund der positiven Auslastung übertroffen werden. Die vorhandenen Kapazitäten der Müllverbrennungsanlagen konnten im gesamten Bundesgebiet entgegen der allgemeinen Darstellung von Überkapazitäten voll ausgenutzt werden. Das MHKW arbeitete an der Optimierung seiner Vertriebsstrategie. Im Mittelpunkt stand dabei eine serviceorientierte Bedienung der öffentlich-rechtlichen Entsorger. Neben der Akquise neuer Kunden setzt die MHKW verstärkt auf die Verwertung von Spezialabfällen, die von Drittkunden bezogen werden.

2.3 Ertragslage

Die sonstigen betrieblichen Erträge der KVV GmbH in Höhe von 27,4 Mio. EUR (Vorjahr 26,3 Mio. EUR) umfassten insbesondere die Konzernerträge mit den Tochtergesellschaften. Aufgrund der Zunahme der Konzernbeteiligungen und der damit gestiegenen Steuerungserfordernisse für den Konzern als Ganzes sind das Beteiligungsmanagement und weitere zentrale Funktionen (z. B. Chief Information Officer und Organisation im Konzern) bei der KVV angesiedelt. Hieraus entstehende Aufwendungen werden nicht an die Konzernunternehmen weiterberechnet. Diese Struktur ermöglicht eine bestmögliche Zielerreichung aus Konzernsicht vor dem Hintergrund neuer Herausforderungen und stetiger Veränderungen im Energiemarkt und im Verkehrssektor.
Der Personalaufwand betrug 7,4 Mio. EUR (Vorjahr 6,8 Mio. EUR). Im Jahresdurchschnitt waren bei der KVV 113 Mitarbeiter beschäftigt. Die Abschreibungen lagen im Berichtsjahr bei 0,2 Mio. EUR. Der sonstige Aufwand in Höhe von 24,2 Mio. EUR (Vorjahr 24,9 Mio. EUR) beinhaltete u. a. Beratungs- und ähnliche Kosten aus konzernübergreifenden Aufgabenstellungen. Die Leistungen der Zentralbereiche wurden den Tochtergesellschaften nach Inanspruchnahme in Rechnung gestellt.
Der bestehende Konsolidierungsvertrag wurde zwischen der Stadt Kassel und der KVV abgeschlossen und trat zum 01.01.2008 in Kraft. Zielsetzung des Vertrags ist es, die wirtschaftliche Verantwortung der Unternehmen zu stärken, die Arbeitsplätze zu sichern, die Kreditwürdigkeit weiter zu verbessern und langfristig kalkulierbare Handlungsbedingungen für beide Seiten zu schaffen. Ziel ist auch, eine nachhaltige Reduzierung der finanziellen Belastung des städtischen Haushalts um 10,0 Mio. € gegenüber 2006 zu realisieren. Im Dezember 2009 wurde eine Nachtragsvereinbarung mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2014 geschlossen. Unter anderem wurden die Geschäftsgrundlagen des Vertrags um das Bestehen einer Direktvergabe für die Straßenbahn- und Busverkehre erweitert. Am 13.01.2015 wurde ein zweiter Nachtrag unterzeichnet, der den Konsolidierungsvertrag bis zum 31.12.2016 verlängert. Ziel des zweiten Nachtrags ist es, der KVV-Gruppe einen zusätzlichen Anreiz zur Eigenkapitalstärkung zu geben. Die bis zum Jahr 2014 bestehende Obergrenze für eine mögliche Eigenkapitalstärkung ist entfallen.
Bis einschließlich 2016 sind derzeit keine weiteren Veränderungen vorgesehen. In der aktuellen Vertragsergänzung wurde zudem erklärt, dass, unabhängig von den für den Zeitraum ab 2017 neu zu verhandelnden Beträgen, beide Vertragsparteien beabsichtigen, den Konsolidierungsvertrag in seiner grundlegenden Systematik auch deutlich über 2016 hinaus fortzuführen.
Auf Basis des Ergebnisabführungsvertrags führte die EWG einen Gewinn in Höhe von 0,5 Mio. EUR (Vorjahr 1,8 Mio. EUR) an die STW ab. Die NSG führte ihr Ergebnis von 11,5 Mio. EUR (Vorjahr 10,3 Mio. EUR) ebenfalls an die STW ab. An den Minderheitsaktionär Thüga ist eine Ausgleichszahlung in Höhe von 4,5 Mio. EUR zu leisten. Die Verbindlichkeit wurde im Jahresabschluss passiviert. Der verbleibende Jahresüberschuss von 16,1 Mio. EUR wurde an die Konzernobergesellschaft KVV abgeführt.
Der Saldo aus der Ergebnisabführung der Tochtergesellschaften stieg gegenüber dem Vorjahr auf 3,8 Mio. EUR (Vorjahr 1,7 Mio. EUR). Während die MHKW ein Jahresergebnis auf dem Niveau des Vorjahres in Höhe von 4,7 Mio. EUR erreichte, führte die STW ein Jahresergebnis in Höhe von 16,1 Mio. EUR (Vorjahr 13,8 Mio. EUR) an die Konzernmutter KVV ab. Die KVC erwirtschaftete ein negatives Jahresergebnis in Höhe von -0,2 Mio. EUR (Vorjahr -0,1 Mio. EUR). Die KVG erzielte 2014 ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von -16,8 Mio. EUR (Vorjahr -16,8 Mio. EUR). Aufgrund des bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags zwischen der KVV und der KVG erfolgte eine vollständige Verlustübernahme durch die KVV.

2.4 Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme sank im Vergleich zum Vorjahr von 344,8 Mio. EUR auf 317,6 Mio. EUR.

Das Anlagevermögen der KVV bestand zum 31.12.2014 überwiegend aus Finanzanlagen in Höhe von 254,6 Mio. EUR (Vorjahr 254,6 Mio. EUR). Zum Ende des Geschäftsjahres 2014 hielt die KVV folgende Anteile an verbundenen Unternehmen bzw. Beteiligungen:

Kapitalanteile in		%	Tsd. EUR *)
Kasseler Verkehrs-Gesellschaft AG	(KVG)	93,5	117.848,9
Städtische Werke AG	(STW)	75,1	112.421,7
Müllheizkraftwerk Kassel GmbH	(MHKW)	97,5	19.940,7
Städtische Werke Energie + Wärme GmbH	(EWG)	5,1	1.152,5
KVV Bau- und Verkehrs-Consulting Kassel GmbH	(KVC)	100,0	26,0
KVV Verkehrsgesellschaft Nordhessen GmbH	(KVN)	100,0	25,0
Netcom Kassel Gesellschaft für Telekommunikation mbH	(NCK)	100,0	1.724,5
Kasseler Entsorgungs Gesellschaft mbH	(KEG)	50,0	12,5
items GmbH	(items)	23,1	1.430,4

**) Beteiligungsbuchwert*

Erstmalig wurden darüber hinaus Sachanlagen bei der KVV aktiviert. Dabei handelte es sich um Investitionen in Softwarelizenzen in Höhe von 0,8 Mio. EUR sowie um den Umbau des Kundenzentrums mit einem Investitionsvolumen von (0,2 Mio. EUR), das von den KVV-Töchtern STW, KVG und NCK gemeinsam genutzt wird. Das Anlagevermögen belief sich damit zum 31.12.2014 auf 255,3 Mio. EUR (Vorjahr 254,6 Mio. EUR).

Das Umlaufvermögen bestand im Wesentlichen aus Forderungen gegen verbundene Unternehmen und betrug 62,2 Mio. EUR (Vorjahr 90,2 Mio. EUR). Der Rückgang ist überwiegend auf die zum 31.12.2013 enthaltene Zwischenfinanzierung des Windparks Niestetal/Söhrewald durch die STW zurückzuführen.

Auf der Passivseite führte die Aufstockung der Kapitalrücklage durch eine Kapitalstärkung des Gesellschafters auf Basis des Konsolidierungsvertrags zu einem Anstieg des Eigenkapitals von 205,7 Mio. EUR auf 206,7 Mio. EUR.

Die Rückstellungen wurden auf 68,3 Mio. EUR (Vorjahr 67,1 Mio. EUR) erhöht, was insbesondere durch eine Zuführung zu der Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen begründet war. Seit dem 23.12.2002 besteht im internen Verhältnis von KVV und KVG eine Freistellungsvereinbarung, durch die sich die KVV verpflichtet hat, die KVG-Pensionsrückstellungen zu übernehmen und damit die KVG von laufenden Pensionszahlungen freizustellen. Unsicherheiten bestehen bei der Bemessung der künftigen Pensionszahlungen bzw. des Zuführungsbedarfs für die Pensionsrückstellung durch verschiedene externe Einflussfaktoren wie das Ausbleiben von Rentenerhöhungen bei der gesetzlichen Rente, starke Schwankungen der Zinssätze oder die Entwicklung der Inflationsrate.

Die Verbindlichkeiten sanken zum Geschäftsjahresende auf 42,5 Mio. EUR (Vorjahr 72,0 Mio. EUR). Hauptgrund waren geringere Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen von 18,2 Mio. EUR (Vorjahr 38,5 Mio. EUR) sowie geringere Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aufgrund planmäßiger Darlehenstilgungen in Höhe von 17,1 Mio. EUR (Vorjahr 26,0 Mio. EUR).

Die Eigen- und Fremdkapitalquote verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr. Während die Eigenkapitalquote zum Geschäftsjahresende 65,1 % (Vorjahr 59,7 %) betrug, lag die Fremdkapitalquote bei 34,9 % (Vorjahr 40,3 %). Hauptgrund für die Entwicklung der Kapitalstruktur war neben dem Anstieg des Eigenkapitals durch die Kapitalstärkung des Gesellschafters der Rückgang der Verbindlichkeiten, der insbesondere aus geringeren Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten resultierte.

Die KVV erwirtschaftete im Berichtsjahr einen Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von 15,8 Mio. EUR (Vorjahr 3,8 Mio. EUR). Der Cashflow aus Investitionstätigkeit betrug -0,9 Mio. EUR (Vorjahr -0,3 Mio. EUR). Die Kapitalflussrechnung wies zudem für das Geschäftsjahr 2014 einen negativen Cashflow aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von -6,1 Mio. EUR (Vorjahr -3,8 Mio. EUR) aus. Dies führte zum Ende der Berichtsperiode zu einem Finanzmittelbestand von 8,7 Mio. EUR (Vorjahr 0,0 Mio. EUR).

Die Liquidität der KVV war im Laufe des Geschäftsjahres jederzeit gesichert.

Für den kurzfristigen Liquiditätsbedarf sind mehreren Konzerngesellschaften zum Großteil schriftlich vereinbarte Kreditlinien von verschiedenen Banken eingeräumt worden. Die Kreditlinien haben im Wesentlichen keine Laufzeitbegrenzung. Die Kreditlinien stehen über das Finanzclearing allen Konzerngesellschaften zur Verfügung. Zum 31.12.2014 waren die Kreditlinien von 105,0 Mio. EUR nicht in Anspruch genommen. Die üblichen saisonalen Liquiditätsschwankungen werden über kurzfristige Geldanlagen und -aufnahmen ausgeglichen. Die Konditionen bewegen sich im Rahmen marktüblicher Spannbreiten.

2.5 Gesamtaussage zur Lage des Unternehmens

Das wirtschaftliche Ergebnis der KVV wird primär von den Ergebnisübernahmen der Töchter bestimmt. Im Geschäftsjahr 2014 erzielte die KVV folgende Ergebnisse:

	2014 Mio. EUR	Vorjahr Mio. EUR
Eigenergebnis KVV GmbH	–7,3	–7,5
Erträge aus Gewinnabführung	20,8	18,5
Verlustübernahmen	–17,0	–16,9
Jahresfehlbetrag	–3,5	–5,8

Im Berichtsjahr erwirtschaftete die KVV einen Jahresfehlbetrag von -3,5 Mio. EUR (Vorjahr -5,8 Mio. EUR). Das Eigenergebnis KVV betrug -7,3 Mio. EUR (Vorjahr -7,5 Mio. EUR). Damit lag das Jahresergebnis über dem Vorjahres- bzw. Planwert, was insbesondere durch die höhere Ergebnisabführung der STW begründet war.

3. Nachtragsbericht

Am 26.02.2015 erhielt die NCK den Zuschlag für den Breitbandausbau in den Landkreisen Hersfeld-Rotenburg, Werra-Meißner, Waldeck-Frankenberg, Schwalm-Eder und Kassel. Am 11.03.2015 wurde Herr Dr. Michael Maxelon zum Vorsitzenden der Geschäftsführung der KVV ab 01.01.2016 bestellt. Darüber hinaus sind nach Ende des Geschäftsjahres keine besonderen Vorgänge angefallen.

4. Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

4.1 Prognosebericht

4.1.1 Gesamtaussage der Geschäftsführung über die voraussichtliche Unternehmensentwicklung

Die KVV geht davon aus, dass die Entwicklung der Rahmenbedingungen, die die abgelaufenen Geschäftsjahre geprägt haben, auch das Geschäftsjahr 2014 maßgeblich prägen wird. Im Energiebereich stehen dabei der Ausbau der erneuerbaren Energien, die Auswirkungen der Energiepreise auf die konventionelle Erzeugung sowie der Wettbewerb auf dem Strom- und Gasmarkt im Fokus. Im Verkehrsbereich liegt der Schwerpunkt auf der Umsetzung der notwendigen Maßnahmen aus dem Projekt „mobil-4kassel – KVG 2020“, um mittelfristig wieder den Zielergebniskorridor zu erreichen.

4.1.2 Zukünftige Geschäfts- und Ergebnisentwicklung KVV GmbH

Umfassende gesetzliche Änderungen sowohl im Verkehrs- als auch im Versorgungsbereich werden im Geschäftsjahr 2015 und in den Folgejahren weitere Auswirkungen auf den KVV-Konzern haben. Die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen aus dem Konsolidierungsvertrag und weitere Maßnahmen zur Ergebnisverbesserung werden weiterhin im Mittelpunkt der Tätigkeiten stehen. Der Konsolidierungsvertrag läuft bis zum 31.12.2016, eine Fortführung des Vertrags darüber hinaus ist angestrebt.

Die Ausgestaltung eines entsprechenden Nachtrags wird Einfluss auf die künftigen Ergebnisse der KVV und ihrer Tochterunternehmen haben.

Derzeit wird für das Jahr 2015 ein leicht verbessertes Eigenergebnis der KVV erwartet. Insgesamt plant die KVV ein höheres Jahresergebnis 2015 im Vergleich zum Berichtsjahr. Dies ist begründet durch eine höhere Ergebnisabführung der STW und einer geringeren Verlustübernahme von der KVG.

Wesentliches Ziel für die Zukunft des KVV-Konzerns ist der Ausbau der sehr guten Wettbewerbsposition. Die Ergebnisziele sollen auch zukünftig weitestgehend nicht durch einen Personalabbau in den Produktbereichen, sondern vor allem durch den Ausbau der Geschäftsfelder erreicht werden.
Als Ergebnis des Projektes „P166 – Zukunft KVC“ sind der bisherige Bereich KVC1 („Verkehrsplanung“) ab dem 01.01.2015 als eigenständiger technischer Bereich „Planung Infrastruktur“ innerhalb der KVG und der bisherige Bereich KVC2 („Hochbau“) als Zentralbereich „Gebäudebewirtschaftung und Hochbauplanung“ bei der KVV angesiedelt.
Laufende Projekte der KVC über das Geschäftsjahr 2014 hinaus werden im Jahr 2015 durch die KVG und KVV fortgeführt. Dazu haben die externen Auftraggeber der KVC1 in sogenannten Übernahmeverträgen schriftlich zugesichert, die mit der KVC begonnenen Projekte auch künftig mit der KVG weiter bearbeiten zu wollen. Die Projekte der KVC2 werden im Jahr 2015 durch die KVV weiterbearbeitet und gehen mit der Verschmelzung auf die KVV über. Im Laufe des nächsten Geschäftsjahres werden die Geschäftsführungen von KVV und KVC einen Verschmelzungsvertrag abschließen.

Bereich Verkehr
Der Kauf der 22 neuen Niederflurstraßenbahnen erhöht die Kapitalkosten, da für die neuen Fahrzeuge keine Förderung mehr durch das Land Hessen bereitgestellt wurde.
Nach der Verschlechterung des KVG-Ergebnisses in den letzten drei Jahren wird im nächsten Jahr von einer Verbesserung der Ergebnissituation auf -15,9 Mio. EUR ausgegangen. Im Mittelfristzeitraum soll der Zielergebniskorridor von ca. -15,0 Mio. EUR wieder erreicht werden. Die dafür notwendigen Maßnahmen werden im Rahmen des oben genannten Projekts „mobil4kassel – KVG 2020“ entwickelt.
Mit Beschluss des Zielkonzepts des Verkehrsentwicklungsplans Stadt Kassel 2030 (VEP) am 09.12.2013 und des lokalen NVP am 16.06.2014 wurde der weitere Entwicklungsrahmen des ÖPNV in der Stadt Kassel festgelegt.
Die im VEP und NVP erarbeiteten Vorgaben bilden unter anderem die Grundlage für die strategische Liniennetzentwicklung und stellen auch mittelfristig die Basis für einen positiven Geschäftsverlauf der KVN dar.
Die laufzeitkonforme Koppelung der vertraglichen Vereinbarungen für Personal und Fahrzeuge einerseits und des Verkehrsvertrags andererseits stellt sicher, dass ausreichend Personal bzw. Betriebsmittel zu festgelegten Konditionen zur Verfügung stehen und eigenes Personal ausgelastet werden kann. Im Zuge von Neueinstellungen wird die Zahl von KVN-Fahrpersonalen auch künftig ansteigen.
Auf Basis der vertraglich vereinbarten Weiterberechnung aller anfallenden Aufwandspositionen an die KVG und NB wird für das Geschäftsjahr 2015 ein Ergebnis in Höhe von 0,0 Tsd. EUR erwartet.

Bereich Energie
Die STW plant für das Jahr 2015 mit einem Eigenergebnis vor Steuern, welches unter dem Wert des Jahres 2014 liegt. Hauptgründe sind geringere Beteiligungserträge sowie der einmalige Effekt aus Übertragung des Windparks Söhrewald/Niestetal im Jahr 2014. Die deutsche Bundesregierung erwartet in ihrem Herbstgutachten ein Wirtschaftswachstum in Höhe von 1,2 % p.a., das damit unter dem Wirtschaftswachstum 2014 mit 1,5 % p.a. liegt. Darüber hinaus rechnet die STW damit, dass die Brennstoffmärkte auch im Jahr 2015 vom volatilen Preisniveau geprägt sein werden. Zusätzlich geht die STW davon aus, dass sich im Kasseler Netzgebiet der Wettbewerb in Verbindung mit einer wachsenden Wechselbereitschaft der Kunden weiter intensiviert. Um ihre Wettbewerbsposition dabei zu behaupten, wird die STW vielfältige Anstrengungen unternehmen. Einerseits sind die konsequente Weiterentwicklung und Optimierung der Energiebeschaffungsstrategie bei den erwarteten Bedingungen auf den Brennstoffmärkten von zentraler Bedeutung. Andererseits hat die STW sich als Ziel gesetzt, ihre Marktstellung nachhaltig zu festigen und auszubauen. In diesem Zusammenhang soll einerseits die Wechselbereitschaft der Kunden weiter reduziert und andererseits bundesweit Kunden hinzugewonnen werden. Attraktive Preise, umweltfreundliche Produkte, innovative Vertriebsstrategien sowie ein leistungsstarker Kundenservice werden daher wichtig sein, damit die STW ihre Produkte lokal und bundesweit erfolgreich vermarkten kann. Darüber hinaus erwartet die STW, dass die Beteiligung an der EAME zukünftig eine wichtige Rolle in der Vertriebsstrategie einnimmt.
Auch in den kommenden Jahren wird die STW weiterhin ihre Strategie des Ausbaus der erneuerbaren Energien verfolgen und intensivieren. Weitere Investitionen in Windparks werden umfassend geprüft und bei entsprechender Wirtschaftlichkeit durchgeführt. Zudem bieten die Beteiligungen an der SUN, der FEE und der Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (THEE) der STW neue Perspektiven. Das Bündeln von Know-how und Kapital sowie die Realisierung von Synergieeffekten werden sich positiv auf die Entwicklung der STW auswirken und die nachhaltige Unternehmensausrichtung verstärken.
Im Rahmen der Klimaschutzbestrebungen in der Stadt Kassel spielt das Produkt Fernwärme aufgrund seines geringen CO_2-Anteils und des sehr guten Primärenergiefaktors von 0,0 (Gas und Heizöl haben dagegen ca. 1,1) eine wichtige Rolle. Daher sind neben den gerade in der jüngeren Vergangenheit erschlossenen zusätzlichen Fernwärmeabsatzpotenzialen auch weiterhin Steigerungen des Fernwärmeabsatzes geplant. Der Neuanschluss von Fernwärmekunden wird in den kommenden Jahren zielgerichtet dort fortgesetzt, wo angemessene Ergebnisbeiträge erzielt werden können.
Der von der Bundesregierung beschlossene Ausstieg aus der Atomkraft sowie dem damit verbundenen Ausbau der erneuerbaren Energien führt zu erheblichen Preiseffekten. Während Endverbraucher von zunehmend steigenden Strompreisen betroffen sind, wirken sich sinkende Preise an den Strombörsen negativ auf die Wirtschaftlichkeit konventioneller Erzeugungsanlagen aus. Derzeit lassen sich weitere Ertragschancen aus der Novelle 2009 Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG) herleiten. Ein wesentlicher Punkt für die EWG aus der KWKG-Novelle 2009 ist hierbei die Förderung des Neu- und Ausbaus von Wärmenetzen.
Die langfristigen Kooperationen mit kommunalen Kunden gewährleisten einen Großteil der zukünftigen Auslastung der Müllverbrennungsanlage. Die Erzeugung von Strom und Fernwärme, die durch den Betrieb der neuen Dampfturbine weiter optimiert wurde, sind ebenfalls wichtige Erfolgsfaktoren für eine positive wirtschaftliche Entwicklung der MHKW. Die Entwicklung des Abfallmarktes fordert, dass die MHKW ihren Kunden, wie in der Vergangenheit, marktgerechte Komplettlösungen anbietet. Die MHKW arbeitet partiell mit Wettbewerbern zusammen, um ihre Marktpräsenz zu stärken.
Im Zuge der Beteiligung der STW an der EAM Energie GmbH wurde der EAM eine Call-Option auf 50 % der Anteile an der NCK eingeräumt. Zurzeit laufen diesbezügliche Verhandlungen über einen Anteilsverkauf zwischen der EAM und der KVV.

4.2 Chancen- und Risikobericht
KVV GmbH
Aus den Tätigkeiten der KVV heraus ergeben sich verschiedene grundsätzliche Risiken. Diese zeichnen sich durch ein geringes oder mittleres Risikopotenzial aus. Unter der Kategorie Finanzen sind dabei mit mittlerem Risiko die Entwicklung der Kapitalmärke und damit verbunden höhere Anforderungen an die Kreditwürdigkeit sowie mögliche Steuernachzahlungen zu nennen. Weniger wahrscheinlich sind dagegen Steuerstrafzahlungen und verspätetes Erkennen von Liquiditätsengpässen und Planabweichungen.
Beschaffungsseitig besteht ein mittleres Risiko in Bezug auf Einsprüche gegen Ausschreibungen, unerwartete Preisentwicklungen und Lieferengpässe, wohingegen mit dem vollständigen Ausfall eines monopolistischen Lieferanten ein geringes Risikopotenzial verbunden ist. Systemseitig besteht ein mittleres Risiko durch eine mögliche Unterlizensierung von Software sowie ein geringes Risiko hinsichtlich unzureichender Netzwerksicherheit und Systemausfällen.
Im Rahmen eines konzernweiten Risikomanagements werden die identifizierten Risiken einer permanenten Kontrolle unterzogen und geeignete Maßnahmen entwickelt, um diese zu minimieren.
Die Risiken und Chancen der KVV ergeben sich vorrangig durch das wirtschaftliche Handeln der Töchter. Wie im Vorjahr besteht das Risiko der mangelnden Refinanzierung der Banken im langfristigen Kreditgeschäft.
Die Verpflichtung aus Pensionsansprüchen beinhaltet die laufenden Pensionszahlungen sowie die Veränderung bei der bestehenden Pensionsrückstellung.
Der entstandene Zuführungsbedarf wurde im Berichtsjahr vollständig erfüllt. Unsicherheiten bestehen künftig bei der Bemessung der Pensionszahlungen bzw. des Zuführungsbedarfs für die Pensionsrückstellung durch verschiedene externe Einflussfaktoren.
Auf Basis der derzeitigen Unsicherheiten besteht kein bestandsgefährdendes Risiko für die KVV.
Zudem ermöglichen frühzeitige Analysen des Geschäftsverlaufs und laufendes Controlling die rechtzeitige Entwicklung von gegensteuernden Maßnahmen.
Durch die Verschmelzung der KVC auf die KVV zum Stichtag 01.01.2015 werden Vermögen und Schulden der KVC einschließlich aller Vertragsverhältnisse im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf die KVV übertragen.
Die KVV tritt damit gesetzlich in die Rechtsstellung der KVC ein.
Die übrigen Risiken und Chancen der KVV ergeben sich

vorrangig durch das wirtschaftliche Handeln der Töchter. Die wesentlichen Risiken mit hohem Risikopotenzial werden nachfolgend dargestellt.

Bereich Verkehr

Mit dem Zuschlag bei der Ausschreibung des RegioTram (RT)-Verkehrsvertrags für die Bietergemeinschaft aus KVG und Hessische Landesbahn GmbH wurde diese Verkehrsleistung bis Ende 2023 sichergestellt. Zur Durchführung der RT-Verkehre wurde die RegioTram Gesellschaft mbH (RTG) gegründet. Die Leitstellentätigkeit, die Personaldisposition und -betreuung sowie die Wartung und Instandhaltung der Fahrzeuge führt die KVG als Dienstleistung für die RTG durch. Dem stehen entsprechende Dienstleistungsentgelte für die KVG gegenüber. Das RT-Geschäft bietet demnach durch das bereitzustellende Leistungsvolumen insbesondere innerhalb der Fahrzeuginstandhaltung für die KVG gute Ertrags- und Entwicklungschancen. Innerhalb des RT-Betriebs laufen derzeit Verhandlungen mit dem NVV für Pönalezahlungen der RTG an den NVV bezüglich der überdurchschnittlichen Zugausfälle im Jahr 2014. Da diese Zugausfälle zu wesentlichen Anteilen nicht in der Einflusssphäre der RTG lagen, besteht erheblicher Klärungsbedarf hinsichtlich vertraglich gerechtfertigter Pönalen. Die RTG hat zudem eine Vielzahl von Maßnahmen eingeleitet, um die betriebliche Stabilität sicherzustellen. Die laufenden Verhandlungen werden voraussichtlich im Laufe des Jahres 2015 abgeschlossen. Gegebenenfalls ist seitens der Gesellschafter die derzeitige Darlehensbereitstellung zur Liquiditätsabdeckung im Jahr 2015 zu erhöhen.

Die abgeschlossene Finanzierungsvereinbarung mit der Gemeinde Fuldabrück und dem NVV sowie die Zusatzvereinbarungen zur Verlängerung der Finanzierungsvereinbarungen mit den Städten Baunatal und Vellmar, dem NVV, der Gemeinde Habichtswald und dem Landkreis Kassel dienen dazu, sowohl das dort erbrachte Angebot als auch den benötigten Zuschussbedarf abzusichern.

Im Jahr 2014 wurden mit dem Zuwendungsgeber die Maßnahme „RegioTram Innenstadt“ und die Restmaßnahmen im Lossetal zum kaufmännischen Abschluss gebracht. Das Risiko von Prozesskosten für weitere bereits eingereichte, aber noch nicht geprüfte Verwendungsnachweise besteht weiterhin.

Im Jahr 2014 bestand das Risiko des zukünftigen Entfallens der gewährten Teilbefreiung von der EEG-Umlage für stromintensive Unternehmen, da am 18.12.2013 die Europäische Kommission in einer Pressemitteilung die Einleitung eines Prüfverfahrens bekanntgab, in dem die Vereinbarkeit u. a. des Härtefallausgleichs gem. § 41 ff. EEG mit EU-Beihilfevorschriften überprüft wurde. Dieses Risiko entfällt mit der Entscheidung der Europäischen Kommission vom 28.11.2014, dass die Beihilfen zur Förderung erneuerbarer Energien im Rahmen des EEG 2012 mit den EU-Beihilfevorschriften im Einklang stehen.

Bereich Energie

Volatile Beschaffungspreise auf Brennstoff-, Strom- und CO_2-Märkten und die entsprechende Gestaltung der Verkaufspreise stellen eine dauerhafte Herausforderung für die STW dar. Die Preisgestaltung wird dabei maßgeblich von den Regelungen und beabsichtigten Änderungen des Strommarktdesigns, des EEG, den Folgen des CO_2-Handels, aber vor allem von den Auswirkungen der von der Bundesregierung beschlossenen Energiewende beeinflusst. Hinsichtlich des EEG wie auch des KWKG gilt es, die Chancen, die die zugrunde liegenden gesetzlichen Regelungen bieten, konsequent zu nutzen. Allerdings ist es auch erforderlich, Risiken, die sich aus den Anpassungen der gesetzlichen Regelungen ergeben, frühzeitig zu erkennen und geeignete Strategien zur Risikominimierung zu entwickeln.

Die Minimierung der Risiken aus der Volatilität der Beschaffungspreise im Gas- und Strombereich wird bei der STW mittels einer daran angepassten Risikostrategie vorgenommen. Dabei verfolgt die STW mit ihrer Vorgehensweise zwei Zielsetzungen: Einkaufspreise für Strom und Gas werden auf einem möglichst geringen Niveau abgesichert. Zudem nimmt die STW für die im Konzern erzeugten Strommengen eine preisliche Absicherung vor. Zu diesem Zweck setzt die STW Handelsoptionen ein, die ausschließlich als gegenläufige Sicherungsstrategien (Hedge-Strategie) gefahren werden. Hieraus können sowohl Risiken aufgrund einer nicht zutreffenden Prognose der Marktentwicklung als auch Chancen aus der Erzielung von Erlösen entstehen.

Die Entwicklung des Strommarktes ist derzeit aufgrund der EEG-Entwicklung und der damit verbundenen Unwägbarkeiten im Erzeugungssektor nur sehr schwer vorhersehbar. Aufgrund der volatilen Marktlage nahm die STW in der Stromsparte zum Bilanzstichtag für den Zeitraum 2015 bis 2017 eine Anpassung der vorhandenen Rückstellung vor.

Im Jahr 2011 hat der Bundesgerichtshof (BGH) in zwei Einzelfällen Preisanpassungsklauseln in Fernwärmelieferverträgen für unwirksam erklärt, weil sie den Anforderungen des § 24 Abs. 3 Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Fernwärme (AVBFernwärmeV) (mittlerweile § 24 Abs. 4 AVBFernwärmeV) nicht entsprachen. Bei neuen Vertragsangeboten (Fernwärme und Contracting) setzt die STW die Anforderungen aus den BGH-Urteilen konsequent um.

Der EuGH hat am 21.03.2013 ein Urteil zu Preisanpassungsklauseln in Normsonderkundenverträgen von Gaskunden verkündet. Die konkrete Frage der Wirksamkeit des Verweises auf die Allgemeinen Versorgungsbedingungen (AVB) bzw. die Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Grundversorgung von Haushaltskunden und die Ersatzversorgung mit Gas aus dem Niederdrucknetz (Gas-GVV) als Preisanpassungsklausel in Normsonderkundenverträgen hat der EuGH aber an den BGH zurückverwiesen.

In seinem Urteil vom 31.07.2013 hält der BGH in Abkehr seiner bisherigen Rechtsprechung den AVB-GasV-Verweis für unwirksam. Den bereits aus dem Urteil des EuGH resultierenden Risiken ist die STW mit einer entsprechenden Rückstellungsbildung entgegnet. Das BGH-Urteil hat auf die Risikobewertung keinen Einfluss. Es hat zudem keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Zulässigkeit der bei der STW verwendeten Preisänderungsklauseln und löst insbesondere zum jetzigen Zeitpunkt keinen Rückforderungsanspruch bezogen auf unwirksame Preisanpassungen aus. Die STW hat ihre Preisänderungsklauseln für Sondervertragskunden rechtzeitig an die jeweilige rechtliche Lage angepasst. Der EuGH hat in seinem Urteil vom 23.10.2014 festgestellt, dass Strom- und Gasanbieter ihre Kunden in der Grundversorgung vor Preiserhöhungen genau über den Grund und Umfang informieren müssen. Im Jahresabschluss 2014 nahm die STW aufgrund der neuen Rechtslage eine Adjustierung der Rückstellung vor.

Im Hinblick auf die kartellrechtliche Überprüfung der Wasserpreise hat das OLG Düsseldorf im Verfahren der Berliner Wasserbetriebe gegen das Bundeskartellamt in der mündlichen Verhandlung am 25.09.2013 die Auffassung der Kartellbehörde in allen wesentlichen Punkten bestätigt. Die Klage der Berliner Wasserbetriebe wurde mit Urteil vom 24.02.2014 vom OLG Düsseldorf abgewiesen. Die von der STW eingelegte Beschwerde gegen die Preissenkungsverfügung vor dem OLG Frankfurt ruht weiterhin. Durch die Rekommunalisierung wird das Risiko der Inanspruchnahme auf Zeiträume vor April 2012 begrenzt. Unsicherheiten bestehen künftig bei der Bemessung der Pensionszahlungen bzw. des Zuführungsbedarfs für die Pensionsrückstellung durch verschiedene externe Einflussfaktoren wie das Volumen von Rentenerhöhungen bei der gesetzlichen Rente oder die Entwicklung der Bewertungskriterien der Rückstellungen.

Der Fernwärmepreis ist an die Entwicklung der Brennstoffpreise gekoppelt. Daher wird das Risiko steigender Beschaffungskosten aufgrund einer beschaffungspreisorientierten Anpassung der Absatzpreise als nachrangig eingeschätzt.

Allerdings sind die Großhandelspreise für Strom marktseitig von den Brennstoffkosten, den Kosten für CO_2-Zertifikate sowie von der Verfügbarkeit der erneuerbaren Energien und den damit verbundenen Laufzeiten der Kraftwerke abhängig. Steigende Strombeschaffungspreise werden tendenziell auch über Strompreissteigerungen weitergegeben. Der Ausbau der erneuerbaren Energien übte im Berichtsjahr starken Druck auf die Großhandelspreise für Strom aus. Für das Jahr 2015 werden weiterhin geringe Stromerzeugungsmargen erwartet. Weiter sinkende Strompreise werden das Risiko erhöhen, dass die EWG einzelne Erzeugungsanlagen nicht mehr rentabel betreiben kann. Da jedoch die Mehrzahl der Anlagen in Kraft-Wärme-Kopplung betrieben wird, wird dieses Risiko reduziert.

Die EWG entwickelt zusätzlich die regenerative Erzeugung am Standort Mittelfeld kontinuierlich weiter. Investitionen an den Standorten FKK und Kombi-HKW in die konventionelle Erzeugung werden derzeit zurückhaltender beurteilt. Um in der Zukunft die Risiken aus der Strompreisentwicklung weiter zu senken, wurden im Projekt NES umfangreiche Maßnahmen entwickelt. Diese umfassen neben einer Erhöhung der Flexibilität des Kraftwerkseinsatzes vor allem die Optimierung der Kostenstrukturen. In der momentan schwierigen Marktsituation ist die EWG mit ihrem ausgewogenen Energieeinsatzmix vergleichsweise gut aufgestellt und kann so geringere Margen und Einsatzzeiten, die die Erzeugungssparten anderer Unternehmen nachhaltig negativ beeinflussen, wirtschaftlich innerhalb des Unternehmens kompensieren.

Die EWG ist verpflichtet, für alle emissionshandelspflichtigen Anlagen Emissionsrechte in Höhe der tatsächlichen CO_2-Emissionen abzugeben. Certified Emission Reduction Units (CER)-Projektzertifikate, die begrenzt ebenfalls zur Abgabe herangezogen werden können, haben gegenüber European Unit Amounts (EUA)-Zertifikaten einen preislichen Abschlag. Die besagte Grenze wurde für die EWG in Vorjahren fast vollständig ausgeschöpft. Die EWG beschaffte Ende 2012 die letzten nutzbaren CER-Rechte am Markt. Auf Basis der vorliegenden Rechtslage tauschte die EWG diese im Jahr 2013 auf Antrag in höherwertige EUAs.

Wirtschaftliche Risiken entstehen für die Betreiber von

Müllverbrennungsanlagen vor allem aus einem Mangel an verfügbaren Abfällen und dem damit verbundenen Preisverfall. Die Entsorgungsverträge der MHKW mit kommunalen Kunden haben eine Laufzeit bis 2019 bzw. 2020 und gewährleisten damit eine gewisse Planungssicherheit. Liquiditäts- und Zinsrisiken werden durch langfristige Finanzierungen der MHKW über den Verkauf von einredefreien Forderungen abgesichert.
Der langfristige Entsorgungsvertrag mit der Stadt Kassel bietet die Grundlage, auf der weitere Finanzierungen aufgesetzt werden können. Aufgrund der ausgewogenen Kundenstruktur mussten nur sehr geringe Abschreibungen auf Kundenforderungen vorgenommen werden. Die Bonität der öffentlich-rechtlichen Kunden relativiert somit auch das Risiko des Forderungsausfalls.
Für die NCK besteht durch die regionale Verankerung ein enormes Kundenpotenzial im eigenen Netzgebiet. Die gewonnene Ausschreibung zum Breitbandausbau in Nordhessen vergrößert das Kundengewinnungspotenzial erheblich. Auch wenn in einem pessimistischen Szenario weniger Kunden als im aktuellen Business Case gewonnen werden, ist davon auszugehen, dass die neu geschaffene Infrastruktur aufgrund des weiterhin stark steigenden Datenvolumens genutzt werden und die NCK zumindest an den Durchleitungsentgelten mehr als auskömmliche Erlöse erwirtschaften wird.
Chancen sind auch durch den Erwerb der OR Network entstanden. Aktuell erreicht die OR Network ca. 115.000 Haushalte in ihrem Versorgungsgebiet. Hier besteht eine gute Möglichkeit, den derzeitigen Marktanteil mit dem Angebot attraktiver Produkte im Versorgungsgebiet mittelfristig signifikant zu steigern. Zusammen mit der EAM arbeitet die NCK an einem Maßnahmenkatalog, der zum einen die Teilnehmerentwicklung der OR Network durch die Wiederaufnahme der vertrieblichen Aktivitäten, als auch die Synergiesuche, sowohl im Einkaufs- als auch im Aufwandsbereich mit den Mutterhäusern EAM und NCK, zum Ziel hat.

Kassel, 21. Mai 2015

Kasseler Verkehrs- und
Versorgungs-GmbH

Die Geschäftsführung

Andreas Helbig Norbert Witte

Bilanz zum 31.12.2014

Aktiva	Anhang	EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 Tsd. EUR
A. Anlagevermögen	(4)			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			565.192,77	0
II. Sachanlagen			151.827,34	0
III. Finanzanlagen			254.585.381,16	254.586
			255.302.401,27	254.586
B. Umlaufvermögen				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		119.031,93		3
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	(5)	49.815.954,62		80.652
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	(5)	454.173,37		5.590
4. Sonstige Vermögensgegenstände	(6)	2.979.376,09		3.949
			53.368.536,01	90.194
II. Guthaben bei Kreditinstituten			8.881.269,54	12
C. Rechnungsabgrenzungsposten			13.245,78	3
			317.565.452,60	344.795

Passiva	Anhang	EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 Tsd. EUR
A. Eigenkapital	(7)			
I. Gezeichnetes Kapital		68.151.000,00		68.151
II. Kapitalrücklage		152.785.818,82		148.251
III. Andere Gewinnrücklagen		5.417.939,19		5.418
IV. Verlustvortrag		–16.122.685,84		–10.325
V. Jahresfehlbetrag		–3.534.785,57		–5.798
			206.697.286,60	205.697
B. Rückstellungen				
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	(8)	63.581.570,00		62.850
2. Steuerrückstellungen		659.734,00		235
3. Sonstige Rückstellungen	(9)	4.084.534,59		3.970
			68.325.838,59	67.055
C. Verbindlichkeiten	(10)			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		17.144.976,29		26.026
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		165.279,97		236
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		18.246.680,15		38.457
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		767.836,15		408
5. Sonstige Verbindlichkeiten		6.217.554,85		6.916
			42.542.327,41	72.043
			317.565.452,60	**344.795**

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

		Anhang	EUR	2014 EUR	2013 Tsd. EUR
1.	Sonstige betriebliche Erträge	(13)	27.416.487,53		26.265
2.	Materialaufwand				
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		–44.487,66		–51
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		–81.611,24		0
3.	Personalaufwand	(14)			
	a) Löhne und Gehälter		–5.897.445,18		–5.458
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		–1.473.733,90		–1.349
4.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen		–223.585,86		0
5.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	(15)	–24.154.428,50		–24.893
	Betriebsergebnis			**–4.458.804,81**	**–5.486**
6.	Erträge aus Beteiligungen		113.806,66		626
7.	Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	(16)	20.821.177,66		18.544
8.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		125,91		0
9.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	(17)	1.811.221,42		1.818
10.	Aufwendungen aus Verlustübernahme	(18)	–17.010.518,97		–16.860
11.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	(19)	–3.877.295,60		–4.191
	Finanzergebnis			**1.858.517,08**	**–63**
12.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			–2.600.287,73	–5.549
13.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			–930.592,28	–245
14.	Sonstige Steuern			–3.905,56	–4
15.	**Jahresfehlbetrag / Jahresüberschuss**	(20)		**–3.534.785,57**	**–5.798**

Anhang

I. Allgemeines

(1) Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss wurde auf Grundlage der handelsrechtlichen Ansatz-, Bewertungs- und Gliederungsvorschriften und des GmbH-Gesetzes erstellt.

Die Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH (KVV) ist eine mittelgroße Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 1 und 4 HGB. Sie stellt den Jahresabschluss gemäß Gesellschaftsvertrag nach den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften auf.

(2) Gliederung

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt. Aufwandspositionen sind mit einem Minuszeichen versehen. Zur Verbesserung der Klarheit der Darstellung in der Bilanz und in der Gewinn- und Verlustrechnung sind Davon-Vermerke im Anhang ausgewiesen.

(3) Konzernabschluss

Einen Konzernabschluss stellt die Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH, Kassel (kleinster und größter Konsolidierungskreis) auf. Dieser Abschluss wird im Bundesanzeiger elektronisch veröffentlicht.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Entgeltlich von Dritten erworbene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten aktiviert und ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer entsprechend linear, im Zugangsjahr zeitanteilig, abgeschrieben. Dabei werden entgeltlich erworbene EDV-Programme über eine betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer von drei Jahren abgeschrieben. Soweit die beizulegenden Werte einzelner immaterieller Vermögensgegenstände des Anlagevermögens ihren Buchwert unterschreiten, werden zusätzlich außerplanmäßige Abschreibungen bei voraussichtlich dauernder Wertminderung vorgenommen.

Sachanlagen sind mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen auf Zugänge des Sachanlagevermögens erfolgen grundsätzlich zeitanteilig. Soweit die beizulegenden Werte einzelner Vermögensgegenstände ihren Buchwert unterschreiten, werden zusätzlich außerplanmäßige Abschreibungen bei voraussichtlich dauernder Wertminderung vorgenommen.

Die Finanzanlagen werden mit den Anschaffungskosten ausgewiesen oder dem niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert. Unverzinsliche und niedrigverzinsliche Ausleihungen werden mit dem Barwert bzw. die übrigen Ausleihungen mit dem Nominalwert bilanziert.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert bzw. mit dem am Bilanzstichtag beizulegenden niedrigeren Wert angesetzt. Bei Forderungen, deren Einbringlichkeit mit erkennbaren Risiken behaftet ist, werden angemessene Wertabschläge vorgenommen; uneinbringliche Forderungen werden abgeschrieben.

Langfristige Steuererstattungsansprüche i. S. d. § 37 KStG (Körperschaftsteuerguthaben) werden zum Barwert angesetzt. Die flüssigen Mittel sind zum Nennwert am Bilanzstichtag angesetzt.

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten sind Auszahlungen vor dem Abschlussstichtag angesetzt, soweit sie Aufwand für einen bestimmten Zeitraum nach diesem Zeitpunkt darstellen. Bei der Bewertung der latenten Steuern wurden unternehmensindividuelle Steuersätze herangezogen. Der aus den Steuersätzen für Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag sowie Gewerbesteuer ermittelte Steuersatz zur Berechnung der latenten Steuern wurde in Höhe von 31,23 % angesetzt. Latente Steuern werden nicht ausgewiesen, da der bestehende Aktivüberhang unter Ausnutzung des Wahlrechts des § 274 HGB bilanziell nicht angesetzt wird. Die aktiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen auf temporären Differenzen im Bereich der Sonstigen Rückstellungen.

Das gezeichnete Kapital wird zum Nennwert bilanziert. Die Zahlung des Gesellschafters in das Eigenkapital wird direkt der Kapitalrücklage zugeführt.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnung nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) unter Berücksichtigung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Heubeck bewertet.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank im Monat Januar 2014 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB).

Dieser Zinssatz beträgt 4,53 %. Bei der Ermittlung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden jährliche Gehaltssteigerungen von 3,00 % und Rentensteigerungen von jährlich 2,00 % zugrunde gelegt. Rückstellungen für Jubiläums-, Altersteilzeit und

Beihilfeverpflichtungen werden auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnung nach den Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Heubeck bewertet. Der Rechnungszins von 4,53 % basiert auf den von der Bundesbank veröffentlichten Werten. Ein Gehaltstrend von 3,00 % wurde berücksichtigt. Die Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Zukünftige Preis- und Kostensteigerungen werden berücksichtigt, sofern ausreichende objektive Hinweise für deren Eintritt vorliegen.
Die sonstigen Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr werden mit Zinssätzen abgezinst, die von der Deutschen Bundesbank bekannt gegeben worden sind (§ 253 Abs. 2 HGB). Für die Abzinsung der Rückstellungen betragen die Zinssätze zwischen 2,80 % und 4,53 %.
Die Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

III. Angaben zur Bilanz

(4) Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens wird in der Anlage 1 gezeigt.

Die Finanzanlagen gliedern sich wie folgt:

Anteile an verbundenen Unternehmen	Eigenkapital **Tsd. EUR**	letztes Jahresergebnis **Tsd. EUR**	Anteil **%**
Kasseler Verkehrs-Gesellschaft Aktiengesellschaft (KVG), Kassel (2014)	122.666	0	93,5
Städtische Werke Aktiengesellschaft (STW), Kassel (2014)	126.502	0	75,1
Städtische Werke Energie + Wärme GmbH (EWG), Kassel (2014)	22.582	0	5,1
Müllheizkraftwerk Kassel GmbH (MHKW), Kassel (2014)	20.452	0	97,5
KVV Bau- und Verkehrs-Consulting Kassel GmbH (KVC), Kassel (2014)	26	0	100,0
KVV Verkehrsgesellschaft Nordhessen GmbH (KVN), Kassel (2014)	25	0	100,0
Netcom Kassel Gesellschaft für Telekommunikation mbH (NCK), Kassel (2014) *Geschäftsjahr 01.04.2014-31.12.2014*	8.558	–30	100,0

Beteiligungen (direkt)	Eigenkapital **Tsd. EUR**	letztes Jahresergebnis **Tsd. EUR**	Anteil **%**
Kasseler Entsorgungs Gesellschaft mbH (KEG), Kassel (2014)	180	3	50,0
items GmbH Gesellschaft für Informationstechnologie, Kommunikation und Organisation mbH (items), Münster (2013)	4.687	506	23,1

Anteile an verbundenen Unternehmen/Beteiligungen (indirekt)	Eigenkapital **Tsd. EUR**	letztes Jahresergebnis **Tsd. EUR**	Anteil **%**
über STW			
Städtische Werke Netz + Service GmbH (NSG), Kassel (2014)	168.621	0	100,0
Städtische Werke Energie + Wärme GmbH (EWG), Kassel (2014)	22.582	0	94,9
Gas-Union GmbH (GU), Frankfurt am Main (2013)	169.544	15.429	9,2
Stadtwerke Sangerhausen GmbH, Sangerhausen (2013)	11.170	0	25,1
Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, (THEE), München, (2013)	121.444	2.455	3,7
Institut dezentrale Energietechnologien gemeinnützige GmbH (IdE), Kassel, (2013)	55	17	8,0
Biogas Homberg GmbH & Co. KG (BGH), Kassel (2014)	1.273	94	50,0
Biogas Homberg Verwaltungs GmbH (BHV), Kassel (2014)	32	1	50,0
Schwälmer Biogas GmbH & Co. KG (SBG), Willingshausen-Ransbach (2013)	1.630	232	40,0
Schwälmer Biogas Verwaltungs- und Beteiligungs-GmbH (SBV), Kassel (2014)	67	12	50,0
Karbener Biogas GmbH & Co. KG (KBG), Gilserberg-Moischeid (2013)	1.471	99	35,9
Karbener Biogas Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH (KBGV), Karben, (2014)	47	7	33,3
Kellerwald Biogas GmbH & Co. KG (KWB), Borken-Kerstenhausen, (2013)	225	–140	29,4
Biogas Müritz GmbH & Co. KG (BGM), Kassel (2014)	3.479	64	62,5
Biogas Müritz Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH (BGMV), Kassel (2014)	31	6	50,0
Windenergie Kassel Verwaltungs-GmbH (WKV), Kassel (2014)	29	3	100,0
Windpark Söhrewald/Niestetal GmbH & Co. KG (WSN), Kassel (2014)	11.783	–153	47,7
Windpark Rohrberg GmbH & Co. KG (WPR), Kassel (2014)	987	–13	100,0
Windpark Stiftswald GmbH & Co. KG (WPS), Kassel (2014)	987	–13	100,0
EAM Energie GmbH (EAME), Kassel (2014)	1.006	–1.793	49,9
Stadtwerke Großalmerode GmbH & Co. KG (SGG), Großalmerode (2014)	136	–16	49,0
SUN Stadtwerke Union Nordhessen Verwaltungs GmbH (SUNV), Wolfhagen (2013)	28	1	67,0
SUN Stadtwerke Union Nordhessen GmbH & Co. KG (SUN), Wolfhagen (2013)	55	–332	67,0
Gemeindewerk Kaufungen Verwaltungs-GmbH (GWKV), Kaufungen (2014)	154	–21	99,0
Fulda-Eder Energie GmbH & Co. KG (FEE), Gudensberg (2014)	–132	–138	40,0
über NSG			
Städtische Werke intelligent messen GmbH, Kassel (2014)	25	0	100,0
Niestetal Netz GmbH, Kassel (2014)	25	0	100,0
über KVG			
Regionalbahn Kassel GmbH (RBK), Kassel (2014)	2.256	65	50,0
RegioTram Gesellschaft mbH (RTG), Kassel (2013)	–475	–525	50,0
über RBK			
RegioTram Betriebsgesellschaft mbH, i.L., Kassel (2013)	226	40	49,0
über GWK			
Gemeindewerk Kaufungen Verwaltungs-GmbH, Kaufungen (2014)	24	1	100,0
über SGG			
Stadtwerke Großalmerode Verwaltungs GmbH, Großalmerode (2014)	30	1	100,0
über FEE			
Fulda-Energie Verwaltungs-GmbH, Gudensberg (2014)	27	2	100,0
über NCK			
OR Network GmbH (OR), Reiskirchen-Winnerod (2014)	25*	--	50,0

Mit der KVG, der MHKW, der KVC, der STW, der KVN sowie über die STW mit der EWG, der NSG und der IMG bestehen Organverträge mit Ergebnisabführungsvereinbarungen.

** Jahresabschluss lag noch nicht vor.*

(5) Forderungen gegen verbundene Unternehmen und Beteiligungsunternehmen

Die Mitzugehörigkeit der Forderungen gegen verbundene Unternehmen und Beteiligungsunternehmen zu anderen Posten stellt sich wie folgt dar:

Forderungen aus	Verbundene Unternehmen **in Tsd. EUR**	Beteiligungs-unternehmen **in Tsd. EUR**
Lieferungen und Leistungen	9.862	2
(Vorjahr)	*(7.950)*	*(40)*
dem Finanzierungsverkehr	19.157	452
(Vorjahr)	*(54.175)*	*(5.550)*
Unternehmensverträgen	20.797	--
(Vorjahr)	*(18.527)*	*(--)*
Gesamt	**49.816**	**454**
(Vorjahr)	*(80.652)*	*(5.590)*

Die Forderungen haben eine Restlaufzeit von unter einem Jahr. Sofern sich Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen gleichartig, -wertig und -fällig gegenüberstehen, werden diese bilanziell aufgerechnet.

(6) Sonstige Vermögensgegenstände

In den sonstigen Vermögensgegenständen werden u. a. die anrechenbaren, noch nicht verrechneten Steuererstattungsansprüche sowie Solidaritätszuschlag in Höhe von 2.702 Tsd. EUR (Vorjahr 2.235 Tsd. EUR) ausgewiesen. Gegenüber der Gesellschafterin der Stadt Kassel besteht eine Forderung in Höhe von 135 Tsd. EUR (Vorjahr 1.597 Tsd. EUR) Darüber hinaus sind Forderungen mit einer Laufzeit länger als 1 Jahr mit 53 Tsd. EUR (Vorjahr 50 Tsd. EUR) enthalten.

(7) Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital (Stammkapital) ist im Alleinbesitz der Stadt Kassel. Die Aufstockung der Kapitalrücklage stammt aus einer Kapitalstärkung des Gesellschafters.

(8) Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen resultiert aus der Übertragung der Rückstellung von der KVG gemäß Freistellungsvereinbarung vom 23. Dezember 2002

(9) Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen enthalten als Hauptpositionen Verpflichtungen gegenüber Tochtergesellschaften in Höhe von 2.650 Tsd. EUR (Vorjahr 2.718 Tsd. EUR), Personalrückstellungen in Höhe von 830 Tsd. EUR (Vorjahr 779 Tsd. EUR), Rückstellungen für ausstehende Rechnungen in Höhe von 385 Tsd. EUR (Vorjahr 232 Tsd. EUR) sowie die Rückstellung für Aufbewahrungs- und Prüfungspflichten in Höhe von 96 Tsd. EUR (Vorjahr 104 Tsd. EUR).

Die Zahlungsverpflichtung aus geschlossenen Altersteilzeitverträgen wird über eine versicherungsgestützte Ansparung kompensiert.

Es erfolgt eine Verrechnung der versicherungstechnischen Deckungssumme (209 Tsd. EUR; Vorjahr 341 Tsd. EUR) mit der zu bildenden Rückstellung (279 Tsd. EUR; Vorjahr 468 Tsd. EUR) für Altersteilzeit.

Die Erträge aus dem Deckungsvermögen in Höhe von 8 Tsd. EUR (Vorjahr 10 Tsd. EUR) wurden mit den Zinszuführungen von 16 Tsd. EUR (Vorjahr 26 Tsd. EUR) gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB saldiert. Der sich ergebende Saldo von 8 Tsd. EUR ist unter dem Posten „Zinsen und ähnliche Aufwendungen“ enthalten.

(10) Verbindlichkeiten

Für die Verbindlichkeiten bestehen folgende Restlaufzeiten:

	Gesamt **Tsd. EUR**	bis 1 Jahr **Tsd. EUR**	1–5 Jahre **Tsd. EUR**	über 5 Jahre **Tsd. EUR**
gegenüber Kreditinstituten	17.145	8.645	8.500	--
(Vorjahr)	*(26.026)*	*(9.037)*	*(15.489)*	*(1.500)*
aus Lieferungen und Leistungen	165	165	--	--
(Vorjahr)	*(236)*	*(236)*	*(--)*	*(--)*
gegenüber verbundenen Unternehmen	18.246	18.246	--	--
(Vorjahr)	*(38.457)*	*(38.457)*	*(--)*	*(--)*
gegenüber Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	768	768	--	(--)
(Vorjahr)	*(408)*	*(408)*	*(--)*	*(--)*
sonstige Verbindlichkeiten	6.218	6.032	129	57
(Vorjahr)	*(6.916)*	*(6.761)*	*(127)*	*(28)*
Gesamt	**42.542**	**33.856**	**8.629**	57
(Vorjahr)	*(72.043)*	*(54.899)*	*(15.616)*	*(1.528)*

Der Posten Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen beinhaltet im Wesentlichen die Verlustübernahmeverpflichtung gegenüber der KVG in Höhe von 16.817 Tsd. EUR (Vorjahr 16.782 Tsd. EUR) und die Kassenkredite in Höhe von 1.618 Tsd. EUR (Vorjahr 20.323 Tsd. EUR). Sofern sich Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen gleichartig, -wertig und -fällig gegenüberstehen, werden diese bilanziell aufgerechnet. In den sonstigen Verbindlichkeiten sind Verbindlichkeiten zur Insolvenzsicherung der betrieblichen Altersversorgung in Höhe von 222 Tsd. EUR (Vorjahr 190 Tsd. EUR) sowie für Verbindlichkeiten aus Steuern in Höhe von 5.952 Tsd. EUR (Vorjahr 6.171 Tsd. EUR) enthalten.

(11) Mitzugehörigkeit der Verbindlichkeiten zu anderen Bilanzpositionen

Die Mitzugehörigkeit der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Beteiligungsunternehmen zu anderen Posten stellt sich wie folgt dar:

Verbindlichkeiten aus	Verbundene Unternehmen **in Tsd. EUR**	Beteiligungs-unternehmen **in Tsd. EUR**
Lieferungen und Leistungen	–406	716
(Vorjahr)	*(1.291)*	*(134)*
dem Finanzierungsverkehr	1.618	52
(Vorjahr)	*(20.323)*	*(274)*
Unternehmensverträgen	17.035	--
(Vorjahr)	*(16.843)*	*(--)*
Gesamt	**18.247**	**768**
(Vorjahr)	*(38.457)*	*(408)*

(12) Sonstige finanzielle Verpflichtungen
Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen betreffen das Bestellobligo in Höhe von 1.438 Tsd. EUR (Vorjahr 1.010 Tsd. EUR). Es bestehen Mietverpflichtungen aus der Anmietung von Büro- und Geschäftsräumen:

Jahr	**in Tsd. EUR**
2015	490
2016 bis 2019	1.310
2020 und später	396
Gesamt	2.196

IV. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

(13) Sonstige betriebliche Erträge
Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten überwiegend die den Tochterunternehmen weiterberechneten Verwaltungsdienstleistungen und Konzernverrechnungen in Höhe von 23.391 Tsd. EUR (Vorjahr 22.508 Tsd. EUR) sowie aperiodische Erträge aus Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 1.548 Tsd. EUR (Vorjahr 2.578 Tsd. EUR).

(14) Personalaufwand
Vom Personalaufwand betreffen 445 Tsd. EUR (Vorjahr 420 Tsd. EUR) Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung.

(15) Sonstige betriebliche Aufwendungen
Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen die von den Tochterunternehmen weiterberechneten Verwaltungsdienstleistungen an die KVV sowie die Aufwendungen aus der Freistellungsvereinbarung mit der KVG im Rahmen der Übertragung der Pensionsrückstellung. Periodenfremde Aufwendungen sind nicht angefallen.

(16) Erträge aus Gewinnabführungsverträgen
Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen betreffen die Übernahme des Ergebnisses der Städtische Werke AG, der Müllheizkraftwerk Kassel GmbH, und der KVV Verkehrsgesellschaft Nordhessen GmbH.

(17) Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
In den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen sind Erträge aus verbundenen Unternehmen in Höhe von 1.774 Tsd. EUR (Vorjahr 1.409 Tsd. EUR) sowie aus der Abzinsung von Rückstellungen in Höhe von 30 Tsd. EUR (Vorjahr 79 Tsd. EUR) enthalten.

(18) Aufwendungen aus Verlustübernahme
Die Aufwendungen aus der Verlustübernahme betreffen den bei der Kasseler Verkehrs-Gesellschaft AG und der KVV Bau- und Verkehrs-Consulting Kassel GmbH erforderlichen Ergebnisausgleich.

(19) Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Bei den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen sind Aufwendungen aus verbundenen Unternehmen in Höhe von 334 Tsd. EUR (Vorjahr 489 Tsd. EUR) enthalten sowie aus der Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von 3.038 Tsd. EUR (Vorjahr 2.989 Tsd. EUR).

(20) Jahresfehlbetrag
Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 3.534,8 Tsd. EUR wird auf neue Rechnung vorgetragen.

V. Sonstige Angaben

Allgemeines
Im Geschäftsjahr 2014 waren durchschnittlich beschäftigt:

	Anzahl
Angestellte	109
(Vorjahr)	*(106)*
Gewerbliche Mitarbeiter	1
(Vorjahr)	*(1)*
Aushilfen	3
(Vorjahr)	*(2)*
Gesamt	113
(Vorjahr)	*(109)*

Die Zusammensetzung der Organe wird in der **Anlage 2** gezeigt. An die Aufsichtsratsmitglieder der Konzernobergesellschaft wurden 10 Tsd. EUR vergütet. Unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB unterbleibt die Angabe der Geschäftsführerbezüge.

Zusatzversorgung
Die folgenden Angaben dienen dazu, Art und Umfang der aus der Zusatzversorgung resultierenden mittelbaren Verpflichtung der Gesellschaft zu erläutern.
Den Arbeitnehmern/-innen des Unternehmens steht ein tarifvertraglich oder einzelarbeitsvertraglich begründeter Anspruch auf Verschaffung einer zusätzlichen Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe des Tarifvertrags über die Versorgung der Arbeitnehmer kommunaler Verwaltungen und Betriebe (VersTV-G) in seiner jeweils gültigen Fassung zu.
Das Unternehmen erfüllt diesen Anspruch durch den Erwerb der Mitgliedschaft bei der regional zuständigen kommunalen Zusatzversorgungskasse und Anmeldung des/der Arbeitsnehmers/-in zur Pflichtversicherung.
Der/die Arbeitnehmer/-in hat nach Eintritt des Versicherungsfalles als Bezugsberechtigte/r einen Anspruch auf die satzungsgemäßen tariflichen Versorgungsleistungen gegen die Zusatzversorgungskasse.
Das Unternehmen ist Mitglied der Zusatzversorgungskasse der Gemeinden und Gemeindeverbände des Regierungsbezirks Kassel in Kassel.
Der Umlagesatz der Zusatzversorgungskasse beträgt seit dem 01.01.2007 6,5 v. H. der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte (i. d. R. der steuerpflichtige Arbeitslohn).
Die Summe der umlagepflichtigen Gehälter des Unternehmens beläuft sich, vorbehaltlich der noch ausstehenden Umlageabrechnung, auf voraussichtlich 5,3 Mio. EUR.
Die Zahl der Bezieher von Versorgungs- und Versicherungsrenten belief sich zum 31.12.2014 auf 101.
Eine Aufteilung der zukünftigen Versorgungsverpflichtungen der Zusatzversorgungskasse, die sich aus den Anwartschaften der angemeldeten Pflichtversicherten und der Rentenberechtigten des Unternehmens ergeben, ist nicht mit vertretbarem Zeitaufwand ermittelbar.

Prüferhonorar
Die Darstellung des Honorars der Abschlussprüfer erfolgt im Konzernanhang der KVV.

Kassel, 21. Mai 2015

Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH

Die Geschäftsführung

Andreas Helbig Norbert Witte

Anlage 1 zum Anhang : Entwicklung des Anlagevermögens 2014

	Anschaffungs- bzw. Herstellkosten					kumulierte Abschreibungen	Buchwerte		
	Stand 01.01.2014	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Stand 31.12.2014	31.12.2014	Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2013	Abschreibungen des Geschäftsjahres
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände									
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	0,00	784.356,47	0,00	0,00	**784.356,47**	219.163,70	**565.192,77**	0,00	**219.163,70**
Immaterielle Vermögensgegenstände gesamt	0,00	784.356,47	0,00	0,00	**784.356,47**	219.163,70	**565.192,77**	**0,00**	**219.163,70**
II. Sachanlagen									
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremdem Grund	0,00	156.249,50	0,00	0,00	**156.249,50**	4.422,16	**151.827,34**	0,00	**4.422,16**
Sachanlagen gesamt	0,00	156.249,50	0,00	0,00	**156.249,50**	4.422,16	**151.827,34**	0,00	**4.422,16**
III. Finanzanlagen									
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	253.139.372,29	0,00	0,00	0,00	**253.139.372,29**	0,00	**253.139.372,29**	253.139.372,29	**0,00**
2. Beteiligungen	1.442.866,00	0,00	0,00	0,00	**1.442.866,00**	0,00	**1.442.866,00**	1.442.866,00	**0,00**
3. Sonstige Ausleihungen	4.287,91	0,00	573,06	0,00	**3.714,85**	571,98	**3.142,87**	3.630,28	**0,00**
Finanzanlagen gesamt	254.586.526,20	0,00	573,06	0,00	**254.585.953,14**	571,98	**254.585.381,16**	254.585.868,57	**0,00**
Anlagevermögen gesamt	**254.586.526,20**	**940.605,97**	**573,06**	**0,00**	**255.526.559,11**	**224.157,84**	**255.302.401,27**	**254.585.868,57**	**223.585,86**

Anlage 2 zum Anhang: Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat

Bertram Hilgen, Kassel
Vorsitzender des Aufsichtsrates
Oberbürgermeister der Stadt Kassel

Axel Gerland, Breuna
stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates
Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirksverwaltung Nordhessen

Lothar Alexi, Staufenberg
stellvertretender Betriebsratsvorsitzender der KVV, STW, NSG, EWG

Dr. Jürgen Barthel, Kassel (bis 31.07.2015)
Stadtkämmerer der Stadt Kassel

Anke Bergmann, Kassel
Holztechnikerin

Bernd-Peter Doose, Kassel
Selbständiger Maler- und Lackierermeister

Harald Fennel, Borken
Bezirksgeschäftsführer ver.di Nordhessen

Christian Geselle, Kassel (seit 01.05.2015)
Stadtkämmerer der Stadt Kassel

Dieter Güth, Kassel
stellvertretender Betriebsratsvorsitzender KVG

Hermann Hartig, Kassel (bis 30.09.2014)
Berufspädagoge

Klaus Horn, Söhrewald
Betriebsratsvorsitzender der KVV, STW, NSG, EWG

Eva Koch, Kassel
Diplom-Ingenieurin

Berthold Leinweber, Eichenzell
Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirk Osthessen

Christof Nolda, Kassel
Stadtbaurat der Stadt Kassel

Volker Reitze, Kassel
Betriebsrat der KVV, STW, NSG, EWG

Gernot Rönz, Kassel
Industriemechaniker

Ralf Salzmann, Baunatal
Betriebsratsvorsitzender KVG

Cornelia Seßelmann, Kassel
Personalsachbearbeiterin KVG

Heribert Völler, Kassel (seit 01.10.2014)
Diplomhandelslehrer

Geschäftsführung

Andreas Helbig, Kassel
Vorsitzender der Geschäftsführung KVV

Norbert Witte, Kassel
Mitglied der Geschäftsführung KVV

Wiedergabe des Bestätigungsvermerks des Abschlussprüfers

An die Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH, Kassel

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH, Kassel, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung der Geschäftsführer der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.
Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführer sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet. Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.
Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft.

Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Kassel, den 21. Mai 2015

WIBERA Wirtschaftsberatung AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Holger Plaum
Wirtschaftsprüfer

Matthias Schwarze-Gerland
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrates / Feststellung des Jahresabschlusses

Der Aufsichtsrat ist von der Geschäftsleitung während des Geschäftsjahres 2014 über die Geschäftsentwicklung und über Besonderheiten durch schriftliche und mündliche Berichte umfassend unterrichtet worden. In den vier Aufsichtsratssitzungen am 14.03., 13.06., 12.09. und 19.11.2014 wurden wesentliche Fragen der Unternehmenspolitik ausführlich beraten. Der Aufsichtsrat konnte seine gesetzlich vorgeschriebene Kontrollfunktion gegenüber der Geschäftsführung wahrnehmen und die ihm im Rahmen der satzungsmäßigen Zuständigkeit obliegenden Entscheidungen treffen.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014 wurden von der gemäß Gesellschafterbeschluss vom 27.08.2014 zum Abschlussprüfer bestellten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft WIBERA Wirtschaftsberatung Aktiengesellschaft, Niederlassung Kassel, geprüft und der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt.

Dem Aufsichtsrat lagen der Prüfungsbericht, der Jahresabschluss, der Lagebericht sowie der ergänzende Bericht der Geschäftsführung vor. Der Aufsichtsrat billigt den Jahresabschluss in der von der Geschäftsführung vorgelegten Form. Der Jahresabschluss ist damit festgestellt.

Der Geschäftsführung, dem Betriebsrat und allen Mitarbeitern spricht der Aufsichtsrat seinen Dank aus.

Kassel, 19. Juni 2015

Kasseler Verkehrs- und
Versorgungs-GmbH

Oberbürgermeister
Bertram Hilgen
Vorsitzender

Städtische Werke Aktiengesellschaft

Energie – nicht nur für die Region

Die Städtische Werke AG ist Vorreiter unter den deutschen Stadtwerken. Als erster kommunaler Energieversorger haben die Kasseler alle Tarifkunden 2007 auf sauberen Naturstrom aus Wasserkraft umgestellt. Und als erstes Stadtwerk haben sie ihre klimafreundliche Energie bundesweit angeboten. Die 50.000-Kunden-Grenze ist schon seit langem erreicht.

Mitarbeiter und Auszubildende	Umsatzerlöse	Besucherzahl Bäder
	Mio. €	
250	419,8	538.200

Jahresabschluss 2014

84 Lagebericht

94 Bilanz

96 Gewinn- und Verlustrechnung

97 Anhang

106 Anlage 1 zum Anhang: Entwicklung des Anlagevermögens 2014

108 Anlage 2 zum Anhang: Organe der Gesellschaft

109 Bestätigungsvermerk

110 Bericht des Aufsichtsrats

Lagebericht

Im Geschäftsjahr 2014 konnte sich die Städtische Werke Aktiengesellschaft (STW) im zunehmenden Wettbewerb erfolgreich behaupten. Basis für diese Entwicklung stellten der konsequente Ausbau der erneuerbaren Energien sowie die erfolgreiche bundesweite Vermarktung der Produkte „Naturstrom“, „Naturgas“ und maßgeschneiderter Energiedienstleistungen (EDL) dar.

1. Grundlagen des Unternehmens

1.1 Geschäftsmodell

Die STW ist ein Tochterunternehmen der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH (KVV). Nach der gesellschaftsrechtlichen Trennung von Energievertrieb und Netzbetrieb sind in der STW neben dem klassischen Energievertrieb das Portfoliomanagement, die Energieberatung und der Betrieb der Kasseler Schwimmbäder angesiedelt. Die 100%ige Tochter Städtische Werke Netz + Service GmbH (NSG) betreibt das über 2.430 Kilometer lange Stromnetz der Stadt, über 780 Kilometer Gashauptleitungen und 315 Kilometer Zuleitungen sowie im Auftrag des städtischen Eigenbetriebs KASSELWASSER das über 1.000 Kilometer lange Wasserleitungsnetz in Kassel und der Nachbarstadt Vellmar. Das Tochterunternehmen Städtische Werke Energie + Wärme GmbH (EWG), an der die STW zu 94,9 % beteiligt ist, ist für die Erzeugung von Strom und Fernwärme sowie das Fernwärmenetz verantwortlich.

1.2 Steuerungssystem und Leistungsindikatoren

Die Basis für die Unternehmenssteuerung bei der STW stellt die Steuerungsgröße „Eigenergebnis vor Ertragsteuern“ dar. Das Eigenergebnis der STW wird definiert als Ergebnis vor Gewinnabführungen der Töchter NSG und EWG. Mittels eines zuverlässigen und konsistenten Steuerungssystems, welches sich aus strategischer Planung, Mittelfristplanung, regelmäßigen Jahreshochrechnungen und dem permanenten Controlling der Zielerreichung zusammensetzt, werden frühzeitig Hinweise auf die künftige Geschäftsentwicklung ermittelt und analysiert.
Aus den vielfältigen Änderungen im Energiesektor erhöhen sich die Anforderungen an die Controllingsysteme.
Die bereits in den vergangenen Jahren eingeleiteten Anpassungen innerhalb der Controllingsysteme werden kontinuierlich verfeinert und aufeinander abgestimmt.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Zum Anfang des Jahres 2014 war im Strommarkt eine ähnliche Entwicklung wie im Vorjahr zu beobachten. Der Preis für die Grundlast-Lieferung erreichte mit 36,90 EUR/MWh schon zu Jahresbeginn den Höchstwert im Jahr 2014.
Der weitere Verlauf des Jahres war durch schwankende Preise geprägt. In den Monaten Januar, August und November sorgten u. a. die Entwicklungen in der Ukraine-Krise sowie eine gegenüber den Erwartungen reduzierte Verfügbarkeit von erneuerbaren Energien für einen Anstieg des Strompreises auf bis zu 36,00 EUR/MWh.
Sinkende Preise waren insbesondere in den Zeiträumen April bis Juli und September bis Oktober zu verzeichnen. Der niedrigste Preis im Jahresverlauf von 33,77 EUR/MWh wurde erst am letzten Handelstag des Jahres 2014 mit 33,44 EUR/MWh unterboten.
Im Gasbereich startete der Terminmarkt zu Beginn des Jahres 2014 an der European Energy Exchange EEX auf hohem Niveau von 26,45 EUR/MWh. Aufgrund der Auslastung der Gasspeicher und des ausgebliebenen Winters waren im März schon Preise von 23,50 EUR/MWh zu verzeichnen. Nach einigen Bewegungen des Kurses nach oben und unten mit einer Schwankungsbreite von fast 2,00 EUR/MWh waren ab November sinkende Preise zu beobachten. Am Jahresende lag der Terminmarktkurs bei ca. 22,20 EUR/MWh.
Auch der Spotmarkt erreichte im Jahr 2014 neue Tiefstände. Während im Vorjahr die Day-Ahead-Preise die Marke von 25,00 EUR/MWh nicht unterschritten, waren im Juli 2014 die Preise bei 15,20 EUR/MWh angelangt. Im Laufe der zweiten Jahreshälfte erholte sich der Day-Ahead-Preis jedoch wieder und erreichte 21,50 EUR/MWh bis zum letzten Handelstag des Jahres 2014. Der Preisverfall im Gas begründete sich unter anderem durch die sinkenden Rohöl- und Kohlepreise. Ein Überangebot durch Flüssigerdgas und Fracking stand einer schrumpfenden Nachfrage gegenüber. Die japanische Wirtschaft schwächelte, und somit wurden mehr LNG-Mengen nach Europa verkauft. Weiterhin waren die Gasspeicher im Dezember 2014 mit über 80 % auf Rekordniveau gefüllt. Da die Temperaturen sehr mild waren, wurde zu erheblich teureren Preisen eingespeichert. Die Ukraine-Krise hatte nur moderaten Einfluss auf die Gaspreise, obwohl eine Risikoprämie für die mögliche Versorgungsunterbrechung eingepreist war.
Zum 01.08.2014 trat das reformierte Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) 2.0 in Kraft. Die Schwerpunkte der EEG-Novelle 2014 bilden reduzierte Vergütungssätze und die Einführung von Zubaukorridoren in den Bereichen Windenergie, Photovoltaik und Biogas.

2.2 Unternehmensentwicklung

Markt und Umfeld

Die STW setzte im Strom- und Gasbereich ihre gute Entwicklung fort und konnte ihre Position im zunehmenden Wettbewerb erfolgreich behaupten. Auf Basis einer erfolgreichen Kundenbindungsstrategie konnten die Lieferverträge mit großen Kasseler Bestandskunden verlängert werden. Außerhalb von Kassel konnte die STW weitere Sondervertragskunden gewinnen. Die STW akquirierte bundesweit mehrere große Industriekunden und eine Vielzahl von Einzelhandelsunternehmen im Großkundensegment. Im Privatkundenbereich war wie in den Vorjahren ein intensiver Wettbewerb zu verzeichnen. Kunden wurden vermehrt über den direkten Vertrieb mittels Vermittlern akquiriert. Energieversorger konkurrierten vermehrt um attraktive Vertriebskanäle. Trotz des zunehmenden Wettbewerbs konnte die STW ihren Marktanteil im Kasseler Marktgebiet erfolgreich behaupten. Zentrale Faktoren hierfür waren hohe Kundenzufriedenheit und Imagewerte.
Um im wettbewerbsintensiven Markt erfolgreich zu agieren, erweiterte die STW 2014 ihre Vertriebsstrategie. Die STW ist seit dem 03.11.2014 mit 49,99 % als Partner an der EAM Energie GmbH (EAME), der Vertriebstochtergesellschaft der EAM GmbH & Co. KG (EAM), beteiligt.
Die EAME bietet Ökostrom- und Erdgasprodukte sowie Heizstrom an. Das Vertriebsgebiet des Unternehmens erstreckt sich auf die Region von Dassel in Südniedersachsen bis nach Hanau in Südhessen sowie Teile von Nordrhein-Westfalen, Thüringen und Rheinland-Pfalz.
Der zunehmende Wettbewerb auf den Energiemärkten erfordert es, dass eine intelligente Energiebeschaffung eine

zentrale Rolle einnimmt. Die STW verfolgt daher eine kontinuierliche Optimierung der Beschaffungsprozesse. Mittels einer risikooptimalen Beschaffungsstrategie kann die STW Wettbewerbsvorteile realisieren und attraktive Preise anbieten, um sich im dynamischen Marktumfeld erfolgreich positionieren zu können.
Als einer der ersten bundesweiten Energieversorger ließ sich die STW das Qualitätsmanagement für ihren gesamten Vertriebsbereich nach ISO 9001 zertifizieren. Diese Zertifizierung spiegelt die Qualität der betrachteten Kernprozesse der Energiewirtschaft, Kundenservice, Beschwerdemanagement, Marktkommunikation, Akquisition etc. im gesamten Vertriebsbereich der STW wider. Zusätzlich fallen seit 2014 auch die Energiedienstleistungen unter die Zertifizierung. Das Zertifikat ist bis März 2018 gültig und unterliegt einer jährlichen Gültigkeitsüberprüfung.
Seit dem Jahr 2013 produzieren fünf Biogaserzeugungsanlagen in Homberg, Willingshausen, Karben, Leizen und Kerstenhausen umweltfreundliche Energie. Die STW war in allen Projekten Projektentwicklungspartner, hält in verschiedener Höhe Anteile an den Erzeugergesellschaften und stellt zudem jeweils einen Geschäftsführer. Gemeinsam mit der lokalen Landwirtschaft hat die STW zum Betrieb der Biogaserzeugungsanlagen Kommanditgesellschaften gegründet und berücksichtigt damit die Interessen aller Beteiligten. Zusammen erzeugen die Anlagen eine Biogasmenge von jährlich 180 GWh (8 MWel). Der überwiegende Teil der Biogasmenge (130 GWh) wird auf Erdgasqualität (Biomethan) aufbereitet und ins öffentliche Erdgasnetz eingespeist. Die STW nimmt das Biomethan ab und verwertet es an Blockheizkraftwerk (BHKW)-Standorten, wo Wärme ganzjährig genutzt werden kann, beispielsweise in Schwimmbädern, Kliniken und Industrieunternehmen. Teilmengen werden an externe Kunden verkauft.
Die Vermarktung der Biomethan-Eigenmengen ist mittelfristig mit ausgeglichener Bilanz erfolgt. Auftretende, unterjährige Über- oder Unterdeckungen konnten als Handelsgeschäft am Markt ausgeglichen werden. Die Neuvermarktung von EEG-Anlagen im Betrieb mit Biomethan fand aufgrund der Regelungen des EEG 2014 praktisch nicht mehr statt. Die bestehenden EEG-Anlagen wurden konsequent in die Direktvermarktung überführt.
Mit der Inbetriebnahme des Windparks Söhrewald/Niestetal gelang es der STW, ihre Position als treibende Kraft der Energiewende in Nordhessen weiter zu stärken. Während die Windkraftanlagen am Standort Söhrewald seit Dezember 2013 in Betrieb sind, speisen die Windräder am Standort Niestetal seit Februar 2014 sauberen Strom ein. In Summe versorgen die sieben Anlagen mit einer Gesamtleistung von 21 MW rechnerisch 17.000 Haushalte mit Strom. Zum 28.02.2014 übertrug die STW das Windparkprojekt auf die Windpark Söhrewald/Niestetal GmbH & Co. KG (WSN). Neue Gesellschafter sind die drei Bürgerenergiegenossenschaften Kassel & Söhre, Niestetal und Kaufunger Wald, die Stadtwerke Eschwege, Witzenhausen und Bad Sooden-Allendorf sowie die Gemeinde Lohfelden. Die STW hielt zum Bilanzstichtag 47,73 % der Anteile an der WSN. Die Veräußerung weiterer Anteile ist im Jahr 2015 geplant. Im Jahr 2014 setzte die STW die Entwicklung von Windkraftprojekten in Nordhessen fort. Dabei konzentrierte sich die STW auf die Weiterentwicklung der im Jahr 2013 vorbereiteten Windparkprojekte „Rohrberg“ und „Stiftswald“. Die einzelnen Projektstandorte befinden sich in unterschiedlichen Entwicklungsstadien. Weit fortgeschritten ist das Projekt „Rohrberg“. Für die Errichtung und den Betrieb der insgesamt fünf Windkraftanlagen wurde die Genehmigung laut Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) erreicht. Mit Vorliegen dieser Genehmigung wurde der Liefervertrag der Windkraftanlagen wirksam, und vorbereitende Baumaßnahmen konnten bereits getroffen werden. Die Inbetriebnahme ist für Ende des Jahres 2015 anvisiert. Im Rahmen des Windparkprojekts im „Stiftswald“ ist die Errichtung von bis zu neun Windkraftanlagen geplant. Der entsprechende Genehmigungsantrag wurde Ende 2014 beim Regierungspräsidium Kassel für acht Anlagen eingereicht. Derzeit wird geprüft, ob für eine weitere Anlage ein zusätzlicher Genehmigungsantrag eingereicht werden kann. Die Fertigstellung ist spätestens im 3. Quartal 2016 geplant.
Die Landeskartellbehörde Hessen (LKB) überprüft in Hessen intensiv die Wasserpreise. In neun Fällen leitete die LKB wegen Missbrauchsverdachts Kartellverfahren gegen Wasserversorgungsunternehmen ein. Gegen die STW erließ die LKB am 11.04.2008 eine Preissenkungsverfügung in Höhe von 37 % wegen angeblich missbräuchlich überhöhter Wasserpreise. Die Preissenkungsverfügung war vom Zeitpunkt der Zustellung bis zum 31.12.2009 befristet. Gegen die Verfügung hatte die STW fristgerecht Beschwerde beim Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt am Main eingelegt. Das Verfahren vor dem OLG wurde 2009 ausgesetzt und ruht seitdem. Derzeit laufen erneut Vergleichsverhandlungen mit der LKB, die gegebenenfalls kurzfristig zur Einigung kommen könnten.
Im nördlichen Schwalm-Eder-Kreis ist die STW mit einem Geschäftsanteil von 40 % an der Fulda-Eder Energie GmbH & Co. KG (FEE) beteiligt. Die FEE agiert als operativ tätiges Regionalwerk einschließlich eigenen Vertriebs. Das Ziel der Gesellschaft ist, zunächst die Energienetze im FEE-Gebiet zurückzukaufen und die Energieversorgung der 60.000 Bürger der neun Partnergemeinden selbst zu gestalten.
In der Gemeinde Kaufungen wurde Anfang des Jahres 2014 ein weiteres Kommunalwerk gegründet. Auch hier soll die Gesellschaft im nächsten Schritt das Stromnetz vom bisherigen Konzessionär zurückkaufen, um danach die 13.500 Bürger mit Energie zu versorgen.
Das Kommunalwerk wird zunächst mit einer Beteiligung von 99 % von der STW geführt. Die Gemeinde und gegebenenfalls auch eine lokale Energiegenossenschaft können später Anteile von der STW übernehmen.
Gemeinsam mit den Stadtwerken Bad Sooden-Allendorf, Eschwege, Witzenhausen, Wolfhagen und der Kraftstrom-Bezugsgenossenschaft Homberg ist die STW an der Stadtwerke Union Nordhessen GmbH & Co. KG (SUN) beteiligt. Tätigkeitsschwerpunkte der SUN sind die Akquise von Windstandorten und die Entwicklung von Windparkprojekten bis zur Baureife nach BImSchG. Der Bau und die Inbetriebnahme der Windparks sollen dann über die jeweiligen Projektgesellschaften erfolgen. Auf diese Weise profitieren die Gesellschafter der SUN von erheblichen Synergien bei der Akquise und Entwicklung von Windstandorten. Mit ihren Gesellschaftern verfügt die SUN über ein starkes Akquisenetzwerk langjähriger, regional verankerter Energieversorgungsunternehmen mit Ansprechpartnern vor Ort, was ihr im Rahmen des Flächenwettbewerbs einen bedeutsamen Vorteil gegenüber Mitbewerbern verschafft.
In der Folge hat die SUN für verschiedene Windflächen in der Region bereits den Zuschlag erhalten. Die SUN tritt inzwischen als vollwertiger Projektentwickler im Bereich der Windenergie auf. 2014 wurden die Konsortien für die Windparkprojekt Herleshausen und Kaufunger Wald gegründet. Trotz positiver naturschutzrechtlicher Voruntersuchungen wurde aufgrund der Ergebnisse weiterer Vogeluntersuchung die Projektierung des Standorts Herleshausen vorerst gestoppt. Das Konsortium wird vorerst aufrechterhalten, um auf Basis aktualisierter Vogeluntersuchungen eine finale Entscheidung zum weiteren Vorgehen zu treffen. Die Projektierung des Standorts Kaufunger Wald verlief im Jahr 2014 wie geplant.
Daneben kooperieren SUN und STW im Bereich E-Mobilität. Die Anzahl der bestehenden Ladesäulen in Kassel wird bedarfsgerecht erweitert. Es ist zudem geplant, in absehbarer Zeit Geschäftsmodelle für die bedarfsgerechte Nutzung von intelligenter Ladeinfrastruktur umzusetzen.
Auch in der strategischen Ausrichtung einer dezentralen und regenerativen Energieerzeugung wird die erfolgreiche Kooperation mit dem Fraunhofer-Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik (IWES) und dem Institut für dezentrale Energietechnologien (IdE), Kassel, fortgesetzt.
Die Untersuchung zur Energiewende im Bereich Strom und Wärme wurde 2014 um das Thema Energieversorgung im Mobilitätsmarkt erweitert, um eine ganzheitliche Sicht auf sinnvolle Strukturen der erneuerbaren Energieerzeugung und des Energieverbrauchs in der Region Nordhessen zu ermöglichen.
Das neue Kombibad am Auedamm wurde ebenso wie das Hallenbad Süd von den Badegästen im Jahr 2014 gut angenommen. Im Berichtsjahr besuchten 366.255 Bade- und Saunagäste das Frei- und Hallenbad an der Fulda.
In das Hallenbad Süd kamen 90.265, in das Freibad Bad Wilhelmshöhe 44.217, und das Freibad Harleshausen besuchten 37.463 Badegäste.
Mitte 2014 begann die STW mit der Planung für den Umbau des Freibads Harleshausen. Im ersten Quartal 2015 erfolgte die schlüsselbaufertige Vergabe und im zweiten Quartal 2015 wird mit den Modernisierungsarbeiten begonnen. Die Eröffnung des neuen Freibads soll zu Beginn der Freibadsaison 2016 erfolgen.

2.3 Ertragslage

Die STW erzielte im Jahr 2014 Umsatzerlöse in Höhe von 419,8 Mio. EUR (Vorjahr 446,4 Mio. EUR). Davon entfielen auf die Kernsparten Strom, Gas, Wärme und EDL Umsatzerlöse in Höhe von 375,3 Mio. EUR (Vorjahr 421,4 Mio. EUR).

	2014 **Mio. EUR**	2013 **Mio. EUR**	Veränderung **in %**
Strom	200,9	201,4	–0,5
Gas	124,2	164,8	–24,6
EDL	17,6	17,6	+/–0,0
Wärme	32,6	37,6	–13,5
Gesamt	**375,3**	**421,4**	**–11,1**

Außerhalb der Kernsparten erwirtschaftete die STW im Geschäftsjahr Umsatzerlöse in Höhe von 44,6 Mio. EUR (Vorjahr 25,1 Mio. EUR). Die Umsatzerlöse der Bäder bewegten sich aufgrund des gut angelaufenen Kombibads mit 1,8 Mio. EUR über dem Vorjahresniveau von 1,1 Mio. EUR.

Die Verteilung der Umsatzerlöse nach Sparten stellte sich wie folgt dar:

Strom	47,8 %
Gas	29,6 %
EDL	4,2 %
Wärme	7,8 %
Sonstige	10,6 %

Die Umsatzerlöse in der Sparte Strom lagen mit 200,9 Mio. EUR trotz einer geringeren Absatzmenge knapp unter Vorjahresniveau (Vorjahr 201,4 Mio. EUR). Zudem war ein Anstieg der Absatzpreise in Folge der Erhöhung der EEG-Umlage, trotz einer Senkung der Energiepreise, nicht vermeidbar und führte ebenfalls zu einem Anstieg der Umsatzerlöse. Im Rahmen des EEG wurde die bundesweite Einspeisung von Strommengen auch im Berichtsjahr erhöht. Damit stellen diese Stromerzeugungsmengen einen kostenerhöhenden Faktor für die STW dar. Die STW ist – wie alle anderen Stromversorgungsunternehmen – verpflichtet, eine bundeseinheitliche Quote des in EEG-Anlagen erzeugten Stroms zu den gesetzlich definierten, über dem Markt liegenden Preisen abzunehmen.

In der Sparte Gas verringerten sich die Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr und betrugen 124,2 Mio. EUR (Vorjahr 164,8 Mio. EUR). Gründe für den Absatzrückgang waren insbesondere der Verlust eines Sondervertragskunden sowie die milde Witterung während der Heizperioden.
In der Wärmesparte erzielte die STW Umsatzerlöse in Höhe von 32,6 Mio. EUR (Vorjahr 37,6 Mio. EUR). Auch hier waren die geringeren Umsatzerlöse auf witterungsbedingte Effekte zurückzuführen. Die Umsatzerlöse in der Sparte EDL lagen auf dem Vorjahresniveau von 17,6 Mio. EUR.
Der Materialaufwand reduzierte sich im Berichtsjahr auf 344,9 Mio. EUR (Vorjahr 414,7 Mio. EUR). Neben geringeren Aufwendungen für bezogene Waren, die im Vorjahr im Wesentlichen im Zusammenhang mit der Errichtung der Windkraftanlagen an den Standorten Söhrewald und Niestetal standen, führten insbesondere die geringeren Gasbezugskosten zu der Reduzierung des Materialaufwands. Dem Materialaufwand stehen im Jahresabschluss teilweise Erlöse aus dem Verkauf der Windkraftanlagen an die Windpark Söhrewald/Niestetal GmbH & Co. KG gegenüber.
Im Berichtsjahr waren durchschnittlich 250 Mitarbeiter (Vorjahr 235 Mitarbeiter) für die STW tätig. Der Personalaufwand betrug 15,5 Mio. EUR (Vorjahr 14,5 Mio. EUR).
Die Abschreibungen lagen im Berichtsjahr bei 4,3 Mio. EUR (Vorjahr 3,6 Mio. EUR). Hauptgrund für den Anstieg war die ganzjährige Berücksichtigung des Kombibads am Auedamm in den Abschreibungen, welches Mitte 2013 eröffnet worden war.
Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrugen 36,3 Mio. EUR (Vorjahr 31,3 Mio. EUR). Wesentliche Bestandteile stellten Aufwendungen aus der Konzernverrechnung, sonstige Lieferungen und Leistungen sowie Aufwendungen bedingt durch die Zuführungen zu Rückstellungen dar.
Die STW erwirtschaftete ein Finanzergebnis von 15,0 Mio. EUR (Vorjahr 12,3 Mio. EUR). Während die Gewinnabführungen der Tochterunternehmen NSG und EWG auf gleichem Niveau wie im Vorjahr ausfielen, stiegen die Erträge aus Beteiligungen auf 5,2 Mio. EUR (Vorjahr 2,6 Mio. EUR). Ursächlich war hierfür eine auf einem Sondereffekt basierende Auszahlung einer Vorabdividende der Gas-Union GmbH an ihre Gesellschafter. Der Zinsaufwand stieg auf 3,3 Mio. EUR (Vorjahr 2,8 Mio. EUR), begründet durch höhere Konzernzinsen im Organkreis, an.

2.4 Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme der STW betrug 361,7 Mio. EUR und lag damit unter dem Vorjahreswert von 402,5 Mio. EUR.
Der Rückgang war neben dem Rückgang der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen insbesondere durch die Veräußerung des zum 31. Dezember 2013 unter den unfertigen Leistungen ausgewiesen Windparks Söhrewald/Niestetal an die WSN bedingt.
Das Anlagevermögen sank auf einen Wert von 274,3 Mio. EUR (Vorjahr 278,0 Mio. EUR). Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen in Höhe von 75,8 % (Vorjahr 69,1 %) spiegelt eine hohe Anlagenintensität wider.
Die bilanzielle Eigenkapitalquote lag mit 35,0 % über dem Vorjahreswert von 31,4 %, was bei gleichbleibendem Eigenkapital auf die gegenüber dem Vorjahresstichtag reduziere Bilanzsumme zurückzuführen ist.
Die Passivseite der Bilanz wies zum 31.12.2014 einen Rückstellungsbestand von 87,1 Mio. EUR (Vorjahr 78,4 Mio. EUR) aus, welcher zum größten Teil aus sonstigen Rückstellungen besteht. Der Anstieg der Rückstellungen war vor allem durch höhere Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten bedingt.
Im Jahresabschluss bildete die STW alle erforderlichen Rückstellungen für Pensionen, Urlaubsansprüche und sonstige sozialen Verpflichtungen. Darüber hinaus bestehen entsprechende Rückstellungen für ausstehende Rechnungen, sonstige Risiken sowie für ungewisse Verbindlichkeiten.
Die Verbindlichkeiten sanken im Geschäftsjahr 2014 von 197,4 Mio. EUR auf 148,1 Mio. EUR. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen wurden mit einem Wert von 30,8 Mio. EUR (Vorjahr 65,4 Mio. EUR) in der Bilanz ausgewiesen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten konnten von 73,4 Mio. EUR auf 58,7 Mio. EUR reduziert werden. Zum Ende des Berichtsjahres nahm die STW ein Schuldscheindarlehen in Höhe 43,0 Mio. EUR auf. Hiermit war eine Umfinanzierung kurzfristiger in langfristige Verbindlichkeiten verbunden.
Im Geschäftsjahr 2014 tätigte die STW Bruttoinvestitionen in Höhe von 8,5 Mio. EUR (Vorjahr 39,9 Mio. EUR). Investitionsschwerpunkte waren die Kapitaleinlagen in die EAME (Investitionsvolumen 1,4 Mio. EUR) und die Einzahlungen der Kommanditanteile in die Gesellschaften Windpark Stiftswald GmbH & Co. KG und Windpark Rohrberg GmbH & Co. KG (jeweils Investitionsvolumen 1,0 Mio. EUR).
Die STW erzielte im Geschäftsjahr 2014 einen positiven Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 6,9 Mio. EUR (Vorjahr -46,8 Mio. EUR). Der positive Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit resultiert im Wesentlichen aus dem Abbau der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen (36,3 Mio. EUR), der Zunahme der Rückstellungen (8,7 Mio. EUR) sowie den nicht zahlungswirksamen Abschreibungen (4,3 Mio. EUR), denen im Wesentlichen die Abnahme von Verbindlichkeiten (40,4 Mio. EUR) gegenübersteht. Der Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit ist im Wesentlichen aufgrund von Einzahlungen aus dem Abgang von Gegenständen des Sach- und Finanzanlagevermögens mit 2,1 Mio. EUR positiv (Vorjahr -39,8 Mio. EUR). Die Einzahlungen aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens (10,6 Mio. EUR) überstiegen im Berichtsjahr die Auszahlungen für Investitionen (8,5 Mio. EUR) um 2,1 Mio. EUR. Der Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit ist im Berichtsjahr mit 47,1 Mio. EUR positiv. Dabei stehen den Auszahlungen aufgrund von planmäßigen Tilgungsleistungen in Höhe von 2,9 Mio. EUR Einzahlungen aus der Aufnahme von Schuldscheindarlehen in Höhe von 50,0 Mio. EUR gegenüber. Der Bestand des Finanzmittelfonds verbesserte sich im Vergleich zum Vorjahresstichtag von -55,6 Mio. EUR auf 0,3 Mio. EUR.

2.5 Gesamtaussage zur Lage des Unternehmens

Die STW erzielte im Berichtsjahr erneut ein gutes Ergebnis. Die Gesamterträge beliefen sich auf 426,6 Mio. EUR (Vorjahr 485,9 Mio. EUR) und die Aufwendungen auf 406,0 Mio. EUR (Vorjahr 468,2 Mio. EUR). Das Eigenergebnis vor Steuern lag mit 9,6 Mio. EUR zum einen über dem Vorjahreswert von 6,4 Mio. EUR und zum anderen über dem geplanten Ergebnis von 7,5 Mio. EUR. Hauptgründe waren ein besseres Beteiligungsergebnis gegenüber dem Vorjahr und der Planung sowie die Effekte aus der Veräußerung des Windparks Söhrewald/Niestetal an die WSN.
Trotz vielschichtiger externer Einflüsse konnte sich die STW im Jahr 2014 am Markt weiterhin erfolgreich positionieren. Hauptfaktoren hierfür waren die Weiterentwicklung von innovativen Energiekonzepten (u. a. im Bereich der EDL), die Entwicklung des Beteiligungsportfolios, die Optimierung der Energiebeschaffung sowie die Aktivitäten im Bereich der erneuerbaren Energien. Mit der Erweiterung des Beteiligungsportfolios stärkte die STW zudem ihre nachhaltige strategische Ausrichtung. Die Realisierung von Synergien im KVV-Konzern und die Weiterentwicklung interner Prozesse unterstützten die unternehmerische Entwicklung der STW.
Die Unternehmenstochter NSG führte auf Basis eines Teilbeherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrags das

Jahresergebnis in Höhe von 11,5 Mio. EUR (Vorjahr 10,3 Mio. EUR) an die STW ab.
Auf Basis des Ergebnisabführungsvertrags mit der EWG, an der die STW 94,9 % hält, wurde ein Gewinn der EWG in Höhe von 0,5 Mio. EUR (Vorjahr 1,8 Mio. EUR) an die STW abgeführt.
Das Jahresergebnis nach Gewinnabführung von NSG und EWG und Ertragsteuern betrug 20,6 Mio. EUR (Vorjahr 17,7 Mio. EUR). An den Minderheitsaktionär Thüga ist eine Ausgleichszahlung in Höhe von 4,5 Mio. EUR zu leisten. Die Verbindlichkeit wurde im Jahresabschluss passiviert.
Der verbleibende Jahresüberschuss von 16,1 Mio. EUR wurde an die Konzernobergesellschaft KVV abgeführt.
Die Eigenkapitalrentabilität nach Ertragsteuern lag bei 16,3 % (Vorjahr 14,0 %).

3. Nachtragsbericht

Am 11.03.2015 wurde Herr Dr. Michael Maxelon organschaftlich zum Vorsitzenden des Vorstands der STW ab 01.01.2016 bestellt.

4. Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

4.1 Prognosebericht

4.1.1 Gesamtaussage des Vorstands über die voraussichtliche Unternehmensentwicklung

Die STW plant für das Jahr 2015 mit einem Eigenergebnis vor Steuern, welches unter dem Wert des Jahres 2014 liegt. Hauptgründe sind geringere Beteiligungserträge sowie der einmalige Effekt aus Übertragung des Windparks Söhrewald/Niestetal im Jahr 2014. Die deutsche Bundesregierung erwartet in ihrem Herbstgutachten ein Wirtschaftswachstum in Höhe von 1,2 % p.a., das damit unter dem Wirtschaftswachstum 2014 mit 1,5 % p.a. liegt. Darüber hinaus rechnet die STW damit, dass die Brennstoffmärkte auch im Jahr 2015 vom volatilen Preisniveau geprägt sein werden. Zusätzlich geht die STW davon aus, dass sich im Kasseler Netzgebiet der Wettbewerb in Verbindung mit einer wachsenden Wechselbereitschaft der Kunden weiter intensiviert. Um ihre Wettbewerbsposition dabei zu behaupten, wird die STW vielfältige Anstrengungen unternehmen. Einerseits sind die konsequente Weiterentwicklung und Optimierung der Energiebeschaffungsstrategie bei den erwarteten Bedingungen auf den Brennstoffmärkten von zentraler Bedeutung. Andererseits hat die STW sich als Ziel gesetzt, ihre Marktstellung nachhaltig zu festigen und auszubauen. In diesem Zusammenhang soll einerseits die Wechselbereitschaft der Kunden weiter reduziert und andererseits bundesweit Kunden hinzugewonnen werden. Attraktive Preise, umweltfreundliche Produkte, innovative Vertriebsstrategien sowie ein leistungsstarker Kundenservice werden daher wichtig sein, damit die STW ihre Produkte lokal und bundesweit erfolgreich vermarkten kann. Darüber hinaus erwartet die STW, dass die Beteiligung an der EAME zukünftig eine wichtige Rolle in der Vertriebsstrategie übernimmt.
Auch in den kommenden Jahren wird die STW weiterhin ihre Strategie des Ausbaus der erneuerbaren Energien verfolgen und intensivieren. Weitere Investitionen in Windparks werden umfassend geprüft und bei entsprechender Wirtschaftlichkeit durchgeführt. Zudem bieten die Beteiligungen an der SUN, der FEE und der Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (THEE) der STW für die Zukunft neue Perspektiven. Das Bündeln von Know-how und Kapital sowie die Realisierung von Synergieeffekten werden sich positiv auf die Entwicklung der STW auswirken und die nachhaltige Unternehmensausrichtung verstärken.

4.2 Chancen- und Risikobericht

Die Identifikation, Vermeidung und Minimierung potenzieller Risiken sind bei der STW von zentraler Bedeutung. Vor dem Hintergrund des steigenden Wettbewerbs und der zunehmenden Komplexität der Versorgungsbranche ist es für die STW sehr wichtig, unternehmerische Chancen zu erkennen und sie im Sinne einer nachhaltigen Unternehmensentwicklung zu nutzen.
Aufgrund dieser Rahmenbedingungen hat die STW ein Risikomanagementsystem eingeführt, das vollumfänglich die Anforderungen des Energiemarkts erfüllt. Damit ist die STW in der Lage, zukünftige Marktentwicklungen zeitnah festzustellen und auf diese mit geeigneten Strategien zu reagieren bzw. für sich nutzen zu können.
Der Schwerpunkt des Risikomanagements liegt neben der Überwachung der verschiedenen Vertriebsrisiken vor allem in der Energiebeschaffung. Die Überwachung und Steuerung der Risiken wird mittels Risikoleitlinien vorgenommen, die organisatorische, mengenbezogene und finanzielle Vorgaben enthalten. Im Rahmen wöchentlicher Risiko-Reports werden die verschiedenen Limitauslastungen dokumentiert und analysiert.
Um das Marktpreisrisiko bei tendenziell fallenden Handelspreisen für Strom- und Gas zu reduzieren und Chancen zu wahren, wurden in den Beschaffungsportfolios Short-Positionen aufgebaut. Zur Risikoreduzierung im Rahmen der Fernwärmevermarktung, wird bei einem weiteren Ölpreisrückgang eine Preisabsicherung durch den Bereich Beschaffung angestrebt.
Bei der STW findet eine unterjährige Überwachung der Erlös- und Kostensituation im Rahmen eines monatlichen Berichtswesens und Quartalsberichten statt. Darüber können auf Basis einer Profit-Centerrechnung Planabweichungen unmittelbar analysiert werden. Diese Controlling- und Risikomanagementsysteme ermöglichen frühzeitige Analysen des Geschäftsverlaufs. Die sich durch Einbindung der STW in den KVV-Konzern ergebenden Synergiepotenziale werden konsequent genutzt.
Volatile Beschaffungspreise auf Brennstoff-, Strom- und CO_2-Märkten und die entsprechende Gestaltung der Verkaufspreise stellen eine dauerhafte Herausforderung für die STW dar. Die Preisgestaltung wird dabei maßgeblich von den Regelungen und beabsichtigten Änderungen des Strommarktdesigns, des EEG, den Folgen des CO_2-Handels, aber vor allem von den Auswirkungen der von der Bundesregierung beschlossenen Energiewende beeinflusst. Hinsichtlich des EEG wie auch des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG) gilt es, die Chancen, die die zugrunde liegenden gesetzlichen Regelungen bieten, konsequent zu nutzen. Allerdings ist es auch erforderlich, Risiken, die sich aus den Anpassungen der gesetzlichen Regelungen ergeben, frühzeitig zu erkennen und geeignete Strategien zur Risikominimierung zu entwickeln.
In der Gassparte werden benötigte Mengen am Terminmarkt eingekauft. Es besteht generell das Risiko, dass Abweichungen am Bilanzstichtag zwischen dem Marktpreis und Bezugskonditionen identifiziert werden. Das Risiko wird dann mit einer entsprechenden Rückstellungsbildung im Jahresabschluss berücksichtigt. Im Jahresabschluss 2014 wurde aufgrund der Marktentwicklungen eine Drohverlustrückstellung gebildet.
Die Minimierung der Risiken aus der Volatilität der Beschaffungspreise im Gas- und Strombereich wird bei der STW mittels einer daran angepassten Risikostrategie vorgenommen. Dabei verfolgt die STW mit ihrer Vorgehensweise zwei Zielsetzungen: Einkaufspreise für Strom und Gas werden auf einem möglichst geringen Niveau abgesichert. Zudem nimmt die STW für die im Konzern erzeugten Strommengen eine preisliche Absicherung vor.
Zu diesem Zweck setzt die STW Handelsoptionen ein, die ausschließlich als gegenläufige Sicherungsstrategien (Hedge-Strategie) gefahren werden. Hieraus können sowohl Risiken aufgrund einer nicht zutreffenden Prognose der Marktentwicklung als auch Chancen aus der Erzielung von Erlösen entstehen. Die Entwicklung des Strommarkts ist derzeit aufgrund der EEG-Entwicklung und den damit verbundenen Unwägbarkeiten im Erzeugungssektor nur sehr schwer vorhersehbar. Aufgrund der volatilen Marktlage nahm die STW in der Stromsparte zum Bilanzstichtag für den Zeitraum 2015 bis 2017 eine Anpassung der vorhandenen Rückstellung vor.
Mengenrisiken und -chancen beeinflussen den Absatz der STW. Wesentlicher Faktor ist dabei der Witterungsverlauf, insbesondere in den Wintermonaten. Die Absatzmengen von Gas und Fernwärme können über den Prognosen liegen, falls der Winter kälter ist als angenommen. Umgekehrt kann das Risiko geringerer Absatzmengen auftreten, falls es in der Heizperiode wärmer ist als üblich. Der zunehmende Wettbewerb im Privat- und Sondervertragskundengeschäft, welcher mit einem Anstieg der Wechselbereitschaft der Kunden einhergeht, kann zusätzlich maßgeblichen Einfluss auf die Absatzmengen von Strom und Gas haben.
Weitere Einflussfaktoren für Mengenschwankungen stellen zudem ein verändertes Abnahmeverhalten aufgrund von Energieeffizienzmaßnahmen oder bedingt aus veränderten Rahmenbedingungen dar. Im Geschäft der STW machen sich konjunkturelle Auswirkungen indirekt bemerkbar. Während der Wirtschafts- und Finanzkrise bezogen Industrie- und Gewerbekunden weniger Mengen. Nachdem sich diese Entwicklung aufgrund der Konjunkturerholung bereits in den beiden vergangenen Jahren wieder normalisierte, setzte sich im Berichtsjahr dieser konjunkturelle Trend fort. Unsicherheit über das zukünftige Absatzverhalten besteht momentan aufgrund der europäischen Finanzkrise und ihrer eventuellen konjunkturellen Folgen für die Bundesrepublik Deutschland. Mit einer intelligenten Energiebeschaffungsstrategie sowie wettbewerbsfähigen und für Kunden attraktiven Produkten hat die STW erfolgversprechende Alternativen, um potenziellen Mengenrisiken zu begegnen. Während im Strom- und Gasbereich die gesetzlich vorgegebenen Energiemaßnahmen ein Erlösrisiko darstellen, ergeben sich hieraus für die STW in der EDL-Sparte zukünftig Chancen. So wird es beispielsweise für wohnungswirtschaftliche Unternehmen, Gewerbekunden sowie Kommunen zunehmend interessant, Energiesparmaßnahmen

umzusetzen, ohne die damit verbundenen Investitionskosten tragen zu müssen. Jedoch steigt gleichzeitig auch die Wettbewerbsintensität auf dem EDL-Markt. Neben Versorgungsunternehmen bzw. verbundenen Unternehmen, die zunehmend EDL überregional anbieten, treten vermehrt spezialisierte Contractinganbieter in den Markt ein. Die Vermarktung des Produkts Biogas wird vor allem durch die Entwicklung der EEG-Umlage und die Entwicklung des Gaspreises beeinflusst.

Im Jahr 2011 hat der Bundesgerichtshof (BGH) in zwei Einzelfällen Preisanpassungsklauseln in Fernwärmelieferverträgen für unwirksam erklärt, weil sie den Anforderungen des § 24 Abs. 3 Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Fernwärme (AVBFernwärmeV) (mittlerweile § 24 Abs. 4 AVBFernwärmeV) nicht entsprachen. Bei neuen Vertragsangeboten (Fernwärme und Contracting) setzt die STW die Anforderungen aus den BGH-Urteilen konsequent um.

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 21.03.2013 ein Urteil zu Preisanpassungsklauseln in Normsonderkundenverträgen von Gaskunden verkündet. Die konkrete Frage der Wirksamkeit des Verweises auf die Allgemeinen Versorgungsbedingungen (AVB) bzw. die Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Grundversorgung von Haushaltskunden und die Ersatzversorgung mit Gas aus dem Niederdrucknetz (GasGVV) als Preisanpassungsklausel in Normsonderkundenverträgen hat der EuGH aber an den BGH zurückverwiesen. In seinem Urteil vom 31.07.2013 hält der BGH in Abkehr seiner bisherigen Rechtsprechung den AVB-GasV-Verweis für unwirksam. Den bereits aus dem Urteil des EuGH resultierenden Risiken ist die STW mit einer entsprechenden Rückstellungsbildung entgegnet.

Das BGH-Urteil hat auf die Risikobewertung keinen Einfluss. Es hat zudem keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Zulässigkeit der bei der STW verwendeten Preisänderungsklauseln und löst insbesondere zum jetzigen Zeitpunkt keinen Rückforderungsanspruch bezogen auf unwirksame Preisanpassungen aus. Die STW hat ihre Preisänderungsklauseln für Sondervertragskunden rechtzeitig an die jeweilige rechtliche Lage angepasst. Der EuGH hat in seinem Urteil vom 23.10.2014 festgestellt, dass Strom- und Gasanbieter ihre Kunden in der Grundversorgung vor Preiserhöhungen genau über den Grund und Umfang informieren müssen. Im Jahresabschluss 2014 nahm die STW aufgrund der neuen Rechtslage eine Adjustierung der Rückstellung vor.

Im Hinblick auf die kartellrechtliche Überprüfung der Wasserpreise hat das OLG Düsseldorf im Verfahren der Berliner Wasserbetriebe gegen das Bundeskartellamt in der mündlichen Verhandlung am 25.09.2013 die Auffassung der Kartellbehörde in allen wesentlichen Punkten bestätigt. Die Klage der Berliner Wasserbetriebe wurde mit Urteil vom 24.02.2014 vom OLG Düsseldorf abgewiesen. Die von der STW eingelegte Beschwerde gegen die Preissenkungsverfügung vor dem OLG Frankfurt ruht weiterhin. Durch die Rekommunalisierung wird das Inanspruchnahmerisiko auf Zeiträume vor April 2012 begrenzt.

Unsicherheiten bestehen künftig bei der Bemessung der Pensionszahlungen bzw. des Zuführungsbedarfs für die Pensionsrückstellung durch verschiedene externe Einflussfaktoren wie das Volumen von Rentenerhöhungen bei der gesetzlichen Rente oder die Entwicklung der Bewertungskriterien der Rückstellungen.

Über die bestehenden Bankenkredite hinaus ist die Finanzierung der STW durch den KVV-Konzern gesichert, da im Rahmen des Cash-Managements im Konzern entsprechende Kassenkredite eingeräumt werden können.

Die Investitionen sind langfristig finanziert. Das Liquiditätsrisiko ist daher begrenzt. Die STW minimiert Forderungsausfallrisiken, indem Transaktionen nur mit Handelspartnern und Banken mit hoher Bonität durchgeführt werden. Zusätzlich wird bei Bedarf die Hinterlegung von Sicherheiten vertraglich vereinbart.

Die Risiken aus variabel verzinsten Darlehen sind teilweise durch einen Zinscap abgesichert. Beim Abschluss des Derivats wurde eine marktkonforme Zinsobergrenze festgelegt. Seit dem Abschluss des Zinssicherungsgeschäfts ist das Zinsniveau gesunken, sodass das Derivat nur noch einen geringen positiven Wert aufweist.

Kassel, 31. März 2015

Städtische Werke
Aktiengesellschaft

Der Vorstand

Andreas Helbig Dr. Thorsten Ebert Stefan Welsch

Bilanz zum 31.12.2014

Aktiva	Anhang	EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 Tsd. EUR
A. Anlagevermögen	(4)			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			1.172.928,50	1.301
II. Sachanlagen			56.034.105,95	57.831
III. Finanzanlagen	(5)		217.111.907,86	218.904
			274.318.942,31	278.036
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		248.914,80		238
2. Unfertige Leistungen		1.845.200,99		24.092
3. Erhaltene Anzahlungen auf unfertige Leistungen		–269.960,12		–12
4. Entgeltlich erworbene Schadstoffemissionsrechte		172.018,48		496
			1.996.174,15	24.814
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	(6)	50.630.187,21		65.850
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	(7)	19.454.435,83		9.755
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	(8)	2.727.092,81		15.551
4. Sonstige Vermögensgegenstände	(9)	11.856.289,65		7.814
			84.668.005,50	98.970
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks			486.355,84	399
C. Rechnungsabgrenzungsposten	(10)		269.852,23	251
			361.739.330,03	**402.470**

Passiva	Anhang	EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 Tsd. EUR
A. Eigenkapital	(11)			
I. Gezeichnetes Kapital			48.654.000,00	48.654
II. Kapitalrücklage			70.502.859,52	70.503
III. Gewinnrücklagen				
1. Gesetzliche Rücklage		4.865.400,00		4.865
2. Andere Gewinnrücklagen		2.479.820,16		2.480
			7.345.220,16	7.345
			126.502.079,68	126.502
B. Empfangene Ertragszuschüsse	(12)		48.248,00	84
C. Rückstellungen	(13)			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		4.803.748,00		4.584
2. Steuerrückstellungen		105.769,06		11
3. Sonstige Rückstellungen		82.185.249,37		73.831
			87.094.766,43	78.426
D. Verbindlichkeiten	(14)			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		58.708.968,54		73.353
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen		741.218,47		674
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		10.635.146,45		13.378
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	(15)	30.833.009,76		65.436
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	(15)	4.697.968,31		3.864
6. Sonstige Verbindlichkeiten		42.477.924,39		40.672
			148.094.235,92	197.377
E. Rechnungsabgrenzungsposten			0,00	81
			361.739.330,03	402.470

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

	Anhang		2014	2013
		EUR	EUR	Tsd. EUR
1. Umsatzerlöse	(17)	452.596.378,25		486.122
abgeführte Stromsteuer / Energiesteuer		–32.840.904,60		–39.677
			419.755.473,65	446.445
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen			–22.246.885,49	7.851
3. Andere aktivierte Eigenleistungen			222.736,29	357
4. Sonstige betriebliche Erträge	(18)		10.542.963,55	16.130
5. Erträge aus der Auflösung empfangener Ertragszuschüsse			35.743,00	36
			408.310.031,00	470.819
6. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		–252.827.782,35		–313.787
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		–92.119.968,82		–100.897
7. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter		–12.063.888,46		–11.125
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	(19)	–3.426.459,73		–3.335
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		–4.326.327,44		–3.589
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen		–36.314.039,74		–31.339
			–401.078.466,54	–464.072
Betriebsergebnis			**7.231.564,46**	**6.747**
10. Erträge aus Beteiligungen		5.183.113,12		2.649
11. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag	(20)	12.042.551,20		12.050
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		2.570,19		2
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	(21)	1.096.584,51		380
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen		–2.989,58		–3
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	(22)	–3.309.943,51		–2.773
Finanzergebnis			**15.011.885,93**	**12.305**
16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			22.243.450,39	19.051
17. Ausgleichszahlung für außenstehende Gesellschafter			–4.513.313,61	–3.863
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(23)		–970.703,62	–734
19. Sonstige Steuern			–612.771,91	–633
			16.146.661,25	13.821
20. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführter Gewinn	(24)		–16.146.661,25	–13.821
21. Jahresüberschuss			**0**	**0**

Anhang

I. Allgemeines

(1) Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss wurde auf Grundlage der handelsrechtlichen Ansatz-, Bewertungs- und Gliederungsvorschriften in der Fassung des Handelsgesetzbuchs vom 22. Dezember 2014 erstellt.

(2) Gliederung

- Zur Aufstellung eines klaren und übersichtlichen Jahresabschlusses und eines verbesserten Einblicks in die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wurden einzelne Posten in Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung ergänzt:
- Bilanz:
  - Aktiva Posten B.I.4. Entgeltlich erworbene Schadstoffemissionsrechte
  - Passiva Posten B. Empfangene Ertragszuschüsse
- Gewinn- und Verlustrechnung:
  - Der Posten Stromsteuer wurde offen von dem Posten Umsatzerlöse abgesetzt.
  - Der Posten 5. Erträge aus der Auflösung empfangener Ertragszuschüsse wurde aus dem Posten 4. Sonstige betriebliche Erträge ausgegliedert.
  - Posten 11. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag
  - Posten 17. Ausgleichzahlungen für außenstehende Gesellschafter
  - Posten 20. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführter Gewinn

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt. Aufwandspositionen sind mit einem Minuszeichen versehen. In der Gewinn- und Verlustrechnung 2014 wurden die zum 31. Dezember 2013 als Rückstellung passivierten drohenden Verluste aus schwebenden Beschaffungsgeschäften abweichend zum Vorjahr nicht mehr als Ertrag aus der Auflösung von Rückstellungen dargestellt. Im Geschäftsjahr 2014 wurde der Materialaufwand aus dem Strombezug entsprechend entlastet. Dadurch wird der im Berichtsjahr angefallene Bezugsaufwand besser dargestellt. Die Vergleichbarkeit der Entwicklung der sonstigen betrieblichen Erträge und des Materialaufwands mit dem Vorjahr ist insoweit eingeschränkt. Auf eine Anpassung der Vorjahreszahlen wurde verzichtet. Zur Verbesserung der Klarheit der Darstellung in der Bilanz und in der Gewinn- und Verlustrechnung sind Davon-Vermerke im Anhang ausgewiesen.

Die Darstellung der Sachanlagen wurde im Anlagenspiegel im Posten „Technische Anlagen und Maschinen“ nach Kriterien der Versorgungswirtschaft gemäß § 265 Abs. 4 HGB erweitert.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die immateriellen Vermögensgegenstände und die Sachanlagen sind zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet; die aktivierten Eigenleistungen enthalten neben den Einzelkosten angemessene Gemeinkosten.
Investitionszuschüsse werden zum Zeitpunkt der Fertigstellung der begünstigten Vermögensgegenstände aktivisch von den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abgesetzt. Zuschüsse für Anlagen im Bau werden aktivisch von den Anschaffungs-/Herstellungskosten gekürzt.
Die planmäßigen Abschreibungen werden nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände entsprechend linear vorgenommen.
Die ab 2003 empfangenen Ertragszuschüsse werden direkt aktivisch von den Anschaffungs-/Herstellungskosten abgesetzt. Vermögengegenstände mit Anschaffungskosten von unter 150 EUR werden im Jahr des Zugangs in voller Höhe als Aufwand erfasst. Geringwertige Vermögensgegenstände von 150 EUR bis 1.000 EUR werden aus Vereinfachungsgründen in einem Sammelposten erfasst und im Jahr der Anschaffung und in den vier darauffolgenden Jahren mit je einem Fünftel der Anschaffungskosten abgeschrieben.
Von den Finanzanlagen wurden Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Wertpapiere des Anlagevermögens mit den Anschaffungskosten, verzinsliche Ausleihungen mit dem Nennwert, unverzinsliche und niedrig verzinsliche Ausleihungen mit dem Barwert ausgewiesen.
Eine Abschreibung der Finanzanlagen auf den niedrigeren beizulegenden Wert erfolgt bei voraussichtlich dauernder Wertminderung.
Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind zu fortgeschriebenen durchschnittlichen Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Es wurde eine Pauschalwertberichtigung von 2,5 % zur Abdeckung der Lagerrisiken vorgenommen. Die unfertigen Leistungen werden wie aktivierte Eigenleistungen bewertet. Von dem Wahlrecht gemäß § 268 Abs. 5 HGB, die erhaltenen Anzahlungen auf unfertige Leistungen offen von der Position Vorräte abzusetzen, wurde Gebrauch gemacht.
Alle übrigen Vermögensgegenstände sind grundsätzlich mit den Nennbeträgen erfasst.

Bei Forderungen werden erkennbare Risiken durch Wertberichtigungen berücksichtigt. Im Bereich der Einzelbewertung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurden zweifelhafte Forderungen mit 50 % und uneinbringliche Forderungen vollumfänglich wertberichtigt. Die Pauschalwertberichtigung auf Forderungen wurde mit 1 % auf die nicht einzelwertberichtigten Nettoforderungen in Ansatz gebracht.
Der Ansatz der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erfolgt auf Basis der nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechneten Barwerte nach der sogenannten PUC-Methode (Projected Unit Credit Method), denen ein Rechnungszinsfuß von 4,53 % p.a. sowie erwartete Rentensteigerungen von 2,00 % p.a. zugrunde liegt. Die Werte wurden unter Anwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Heubeck ermittelt.
Die Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen wurde mit dem handelsrechtlich möglichen Wertansatz (IDW RS HFA 3 – Handelsrechtliche Bilanzierung von Verpflichtungen aus Altersteilzeitregelungen) bewertet. Es wurde ein Rechnungszinsfuß von 4,53 % p.a. sowie ein Anwartschaftstrend von 3,00 % p.a. zugrunde gelegt.
Gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB wurde eine Verrechnung mit dem vorhandenen Deckungsvermögen vorgenommen.
Bei den sonstigen Rückstellungen sind alle erkennbaren Risiken berücksichtigt. Sie werden in Höhe des Erfüllungsbetrags angesetzt. Bei der Bewertung des Erfüllungsbetrags wurde eine Kostensteigerung nicht berücksichtigt, da die Rückstellungen keine inflationsabhängigen Berechnungsgrundlagen enthalten. Die sonstigen Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr werden mit Zinssätzen abgezinst, die von der Deutschen Bundesbank bekannt gegeben worden sind (§ 253 Abs. 2 HGB).
Für die Abzinsung der Rückstellungen betragen die Zinssätze zwischen 2,80 % p.a. und 4,53 % p.a. Bei der passivierten Rückstellung für Kosten der Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen wurde wegen Unwesentlichkeit für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von einer Berücksichtigung künftiger Preissteigerungen und einer Abzinsung der Verpflichtung abgesehen.
Die Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag bilanziert.
Die Erlöse aus der Mehrmengenrechnung Gas wurden sachgerecht von den Aufwendungen für bezogene Leistungen abgesetzt.

(3) Konzernabschluss
Einen Konzernabschluss, in dem die Städtische Werke Aktiengesellschaft einbezogen wird, stellt die Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH (KVV), Kassel, auf. Dieser Abschluss wird im Bundesanzeiger elektronisch veröffentlicht.

III. Angaben zur Bilanz

(4) Anlagevermögen
Die Entwicklung des Anlagevermögens einschließlich der Abschreibungen des Geschäftsjahres wird in der Anlage 1 gezeigt.

(5) Finanzanlagen
Die unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen gliedern sich wie folgt:

Anteile an verbundenen Unternehmen	Eigenkapital **Tsd. EUR**	letztes Jahresergebnis **Tsd. EUR***	Anteil **%**
Städtische Werke Energie + Wärme GmbH (EWG), Kassel (2014)	22.582	0	94,9
Städtische Werke Netz + Service GmbH (NSG), Kassel (2014)	168.621	0	100,0

Beteiligungen (direkt)	Eigenkapital **Tsd. EUR**	letztes Jahresergebnis **Tsd. EUR**	Anteil **%**
Strategische Beteiligung			
Gas-Union GmbH (GU), Frankfurt am Main (2013)	169.544	15.429	9,2
Stadtwerke Sangerhausen GmbH, Sangerhausen (2013)	11.170	0	25,1
Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, (THEE), München (2013)	121.444	2.455	3,7
Institut dezentrale Energietechnologien gemeinnützige GmbH (IdE) , Kassel (2013)	55	17	8,0
Biogas			
Biogas Homberg GmbH & Co. KG (BGH), Kassel (2014)	1.273	94	50,0
Biogas Homberg Verwaltungs GmbH (BHV), Kassel (2014)	32	1	50,0
Schwälmer Biogas GmbH & Co. KG (SBG), Willingshausen-Ransbach (2013)	1.630	232	40,0
Schwälmer Biogas Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH (SBV), Kassel (2014)	67	12	50,0
Karbener Biogas GmbH & Co. KG (KBG), Gilserberg-Moischeid (2013)	1.471	99	35,9
Karbener Biogas Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH (KBV), Karben (2014)	47	7	33,3
Kellerwald Biogas GmbH & Co. KG (KWB), Borken-Kerstenhausen (2013)	225	–140	29,4
Biogas Müritz GmbH & Co. KG (BGM), Kassel (2013)	3.420	–5	62,5
Biogas Müritz Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH (BMV), Kassel (2014)	31	6	50,0
Wind			
Windenergie Kassel Verwaltungs-GmbH (WKV), Kassel (2014)	29	3	100,0
Windpark Söhrewald/Niestetal GmbH & Co. KG (WSN), Kassel (2014)	11.783	–153	47,7
Windpark Rohrberg GmbH & Co. KG (WPR), Kassel (2014)	987	–13	100,0

Anteile an verbundenen Unternehmen	Eigenkapital **Tsd. EUR**	letztes Jahresergebnis **Tsd. EUR***	Anteil **%**
Windpark Stiftswald GmbH & Co. KG (WPS), Kassel (2014)	987	–13	100,0
kommunale Kooperartion			
EAM Energie GmbH, Kassel (2014)	100*	--	49,9
Stadtwerke Großalmerode GmbH & Co. KG (SGG), Großalmerode (2014)	136	–16	49,0
SUN Stadtwerke Union Nordhessen Verwaltungs GmbH (SUNV), Wolfhagen (2013)	28	1	67,0
SUN Stadtwerke Union Nordhessen GmbH & Co. KG (SUN), Wolfhagen (2013)	54	–332	67,0
Gemeindewerk Kaufungen GmbH & Co. KG (GWK), Kaufungen (2014)	154	–21	99,0
Fulda-Eder Energie GmbH Co. KG (FEE), Gudensberg (2014)	–132	–138	40,0

**Stammkapital/-einlage der Gesellschaft; Abschluss zum 31.12.2014 liegt noch nicht vor.*

(6) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen
Bei Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ist auch der abgegrenzte Verbrauch zwischen Ablese- und Bilanzstichtag, gekürzt um erhaltene Abschlagszahlungen von Kunden, enthalten. Der Werthaltigkeit der Forderungen wurde im Rahmen einer Einzelwertberichtigung und einer Pauschalwertberichtigung Rechnung getragen.

(7) Mitzugehörigkeit der Forderungen zu anderen Bilanzpositionen
Die Mitzugehörigkeit der Forderungen gegen verbundene Unternehmen und Beteiligungsunternehmen zu anderen Posten stellt sich wie folgt dar:

Forderungen aus	Verbundene Unternehmen **in Tsd. EUR**	Beteiligungsunternehmen **in Tsd. EUR**
Lieferungen und Leistungen	7.920	559
Finanzierungsverkehr	--	2.168
Unternehmensverträgen	11.534	--
Gesamt	**19.454**	**2.727**

Bei den Forderungen gegen verbundene Unternehmen handelt es sich im Wesentlichen um den Saldo aus gegenseitigem Lieferungs- und Leistungsaustausch mit der Kasseler Verkehrs-Gesellschaft AG (KVG), Stadtwerke Union Nordhessen GmbH & Co. KG (SUN), Stadtwerke Union Nordhessen Verwaltungs-GmbH (SUNV), Biogas Müritz GmbH & Co. KG (BGM), KVV Bau- und Verkehrs-Consulting GmbH (KVC), der Netcom Kassel Gesellschaft für Telekommunikation mbH (NCK) und der Städtische Werke Netz + Service GmbH (NSG) sowie der Forderung aufgrund des Gewinnabführungsvertrags mit der NSG.

(8) Forderung gegen Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
Forderungen in Höhe von 1.196 Tsd. EUR (Vorjahr 0 Tsd. EUR) haben eine Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr.

(9) Sonstige Vermögensgegenstände
Die Sonstigen Vermögensgegenstände enthalten überwiegend Erstattungsansprüche gegen die Stadt Kassel in Höhe von 3.835 Tsd. EUR (Vorjahr 5.917 Tsd. EUR) sowie Fördermittel des Landes Hessen in Höhe von 200 Tsd. EUR (Vorjahr 200 Tsd. EUR). Sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von 22 Tsd. EUR (Vorjahr 8 Tsd. EUR) haben eine Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr. Auf Steuern entfällt ein Betrag von 6.296 Tsd. EUR (Vorjahr 232 Tsd. EUR).

(10) Rechnungsabgrenzungsposten
Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten beinhaltet überwiegend die Abgrenzung von Versicherungsprämien sowie Zinssicherungsinstrumente (CAP).

(11) Eigenkapital
Das gezeichnete Kapital setzt sich wie folgt zusammen:

Aktionär	Namensaktien zu **100 EUR**	Nominalbetrag **EUR**
Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH	365.391	36.539.100
Thüga AG	121.149	12.114.900
Gesamt	**486.540**	**48.654.000**

(12) Empfangene Ertragszuschüsse
Die bis 2002 empfangenen Ertragszuschüsse stellen Baukostenzuschüsse von Kunden dar, die jährlich zu 5 % erfolgswirksam aufgelöst werden.

(13) Rückstellungen
In den sonstigen Rückstellungen sind neben den Rückstellungen für Risiken aus Beschaffungsgeschäften (11.588 Tsd. EUR), für eine Rückbauverpflichtung (2.098 Tsd. EUR) und Absatzrisiken gegenüber Kunden (28.632 Tsd. EUR), ebenso Verpflichtungen für Personal (1.999 Tsd. EUR) sowie ausstehende Rechnungen (31.033 Tsd. EUR) enthalten.

(14) Verbindlichkeiten
Für die Verbindlichkeiten bestehen folgende Restlaufzeiten:

	Gesamt	bis 1 Jahr	1–5 Jahre	über 5 Jahre
	Tsd. EUR	**Tsd. EUR**	**Tsd. EUR**	**Tsd. EUR**
gegenüber Kreditinstituten	58.709	1.896	33.500	23.313
(Vorjahr)	*(73.353)*	*(57.791)*	*(6.500)*	*(9.062)*
erhaltene Anzahlungen	741	741	--	--
(Vorjahr)	*(674)*	*(674)*	*(--)*	*(--)*
aus Lieferungen und Leistungen	10.635	10.635	--	--
(Vorjahr)	*(13.378)*	*(13.378)*	*(--)*	*(--)*
gegenüber verbundenen Unternehmen	30.833	30.833	--	--
(Vorjahr)	*(65.436)*	*(65.436)*	*(--)*	*(--)*
gegenüber Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	4.698	4.698	--	--
(Vorjahr)	*(3.863)*	*(3863)*	*(--)*	*(--)*
sonstige Verbindlichkeiten	42.478	7.878	4.800	29.800
(Vorjahr)	*(40.673)*	*(11.873)*	*(4.800)*	*(24.000)*
Gesamt	**148.094**	**56.681**	**38.300**	**53.113**
(Vorjahr)	*(197.377)*	*(153.015)*	*(11.300)*	*(33.062)*

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind enthalten:

	31.12.2014	Vorjahr
	Tsd. EUR	**Tsd. EUR**
aus Steuern	4.512	8.726
im Rahmen der sozialen Sicherheit	24	20

(15) Mitzugehörigkeit der Verbindlichkeiten zu anderen Bilanzpositionen
Die Mitzugehörigkeit der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Beteiligungsunternehmen zu anderen Posten stellt sich wie folgt dar:

Verbindlichkeiten aus	Verbundene Unternehmen	Beteiligungsunternehmen
	in Tsd. EUR	**in Tsd. EUR**
Lieferungen und Leistungen	9.855	185
dem Finanzierungsverkehr	5.339	--
Beteiligungen	--	4.513
Unternehmensverträgen	15.639	--
Gesamt	**30.833**	**4.698**

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen handelt es sich um den Saldo aus gegenseitigem Lieferungs- und Leistungsaustausch mit der KVV, EWG, Müllheizkraftwerk Kassel GmbH (MHKW) sowie Kassenkredite und der Verpflichtung aus dem Gewinnabführungsvertrag mit der KVV und EWG.

Gegenüber der Gesellschafterin KVV bestehen Verbindlichkeiten in Höhe von 29.547 Tsd. EUR (Vorjahr 62.268 Tsd. EUR). Gegenüber der Gesellschafterin Thüga AG besteht eine Verbindlichkeit in Höhe von 4.513 Tsd. EUR (Vorjahr 3.863 Tsd. EUR), die rechtlich erst mit Feststellung des Jahresabschlusses entsteht.

(16) Bewertungseinheiten
Die Zahlungsverpflichtung aus geschlossenen Altersteilzeitverträgen wird über eine versicherungsgestützte Ansparung kompensiert. Es erfolgt eine Verrechnung der versicherungstechnischen Deckungssumme (51 Tsd. EUR) mit der zu bildenden Rückstellung 74 Tsd. EUR) für Altersteilzeit.
Der Zinsertrag aus der angesparten Deckungssumme von 4,2 Tsd. EUR wurde mit dem zu bildenden Zinsanteil der Rückstellung von 7,6 Tsd. EUR gegenübergestellt, sodass sich ein Zinsaufwand von 3,2 Tsd. EUR ergibt.

(–) Sonstige finanzielle Verpflichtungen
Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen beschränken sich auf das Bestellobligo in Höhe von 3.167 Tsd. EUR (Vorjahr 14.341 Tsd. EUR). Zur Entlastung des eigenen Fahrzeugpools sind in geringem Umfang Fahrzeugleasingverträge mit üblichen Laufzeiten geschlossen worden

IV. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

(17) Umsatzerlöse
Die Umsatzerlöse der Sparten gliedern sich wie folgt auf:

	2014	Vorjahr
	Tsd. EUR	**Tsd. EUR**
Strom brutto	221.498	223.809
abzgl. Stromsteuer	–20.710	–21.923
Strom netto	200.788	201.886
Gas brutto	136.322	182.553
abzgl. Mineralölsteuer	–12.131	–17.754
Gas netto	124.191	164.799
Fernwärme	32.563	37.658
Bäder	1.788	1.073
Energiedienstleistung	17.653	17.605
	376.983	423.021
Sonstige Umsatzerlöse		
- Nebengeschäfte Verwaltung	35.765	19.552
- Nebengeschäfte Konzern	2.325	2.345
- Sonstiges	4.682	1.527
	42.772	23.424
Umsatzerlöse	**419.755**	**446.445**

(18) Sonstige betriebliche Erträge
Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten periodenfremde Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 613 Tsd. EUR (Vorjahr 7.917 Tsd. EUR) sowie die Erstattung des Verlustes aus dem Betrieb der städtischen Bäder in Höhe von 3.835 Tsd. EUR (Vorjahr 5.917 Tsd. EUR).

(19) Personalaufwand
Im Personalaufwand sind Aufwendungen für die Altersversorgung in Höhe von 1.211 Tsd. EUR (Vorjahr 1.271 Tsd. EUR) enthalten.

(20) Erträge aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags
Die Erträge betreffen die Ergebnisabführung der EWG und der NSG.

(21) Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
In den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen sind Erträge aus verbundenen Unternehmen in Höhe von 209 Tsd. EUR (Vorjahr 310 Tsd. EUR) sowie Zinserträge aus der Abzinsung von Rückstellungen in Höhe von 205 Tsd. EUR (Vorjahr 0 Tsd. EUR) enthalten.

(22) Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Bei den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen sind Aufwendungen an verbundene Unternehmen in Höhe von 1.218 Tsd. EUR (Vorjahr 751 Tsd. EUR) sowie aus der Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von 411 Tsd. EUR (Vorjahr 355 Tsd. EUR) enthalten.

(23) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
Hier ist der für die Ausgleichszahlung für außenstehende Gesellschafter abzuführende Steuerbetrag enthalten. Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag vermindern das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 971 Tsd. EUR.

(24) Aufwendungen für Gewinnabführung
Der aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinn betrifft die Verpflichtung gegenüber der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH aus dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag.

V. Sonstige Angaben

Allgemein
Im Durchschnitt des Berichtsjahres betrug der Personalstand ohne Auszubildende:

Angestellte	**242**
(Vorjahr)	*226*
Gewerbliche	1
(Vorjahr)	*2*
Aushilfen	7
(Vorjahr)	*7*
Gesamt	250
(Vorjahr)	*235*

Die Zusammensetzung der Organe ist als Anlage 2 aufgeführt. Im Berichtsjahr wandte die Gesellschaft für Bezüge des Aufsichtsrates 7 Tsd. EUR auf. Für frühere Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene wurden 288 Tsd. EUR aufgewandt. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstandes und deren Hinterbliebene sind 4.705 Tsd. EUR zurückgestellt. Unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB unterbleibt die Angabe der Vorstandsbezüge.

Derivate Finanzinstrumente
Bei den derivaten Finanzinstrumenten der Gesellschaft handelt es sich um Zinsderivate. Sie stellen sich wie folgt dar:

	Nominalwert	Marktwert zum 31.12.2014
	Tsd. EUR	**Tsd. EUR**
Zinsderivate		
CAP	7.000	0

Der Cap besteht zur Absicherung variabel verzinster Darlehensverbindlichkeiten. Die Berechnung des Marktwertes basiert auf einer Zeitwertermittlung des Optionspartners zum Bilanzstichtag.

Geschäfte größeren Umfangs
Gemäß § 6b Absatz 2 EnWG sind Geschäfte größeren Umfangs mit verbundenen sowie assoziierten Unternehmen oder mit Unternehmen derselben Aktionäre darzustellen. Die STW hat im Geschäftsjahr 2014 wesentliche Geschäfte aufgrund folgender Verträge mit Unternehmen im Sinne dieser Vorschrift durchgeführt:

- Vertrag über die Verrechnung von Leistungen mit der KVV und Schwestergesellschaften (Dezember 2010).
- Strom- und Erdgaslieferungsverträge mit der EWG (Januar 2015).
- Fernwärmelieferungsvertrag mit der EWG (Januar 2011).
- Stromlieferungsvertrag mit der MHKW (Januar 2015).

Zusatzversorgung
Die folgenden Angaben dienen dazu, Art und Umfang der aus der Zusatzversorgung resultierenden mittelbaren Verpflichtung der Gesellschaft zu erläutern.
Den Arbeitnehmern/-innen des Unternehmens steht ein tarifvertraglich oder einzelarbeitsvertraglich begründeter Anspruch auf Verschaffung einer zusätzlichen Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe des Tarifvertrags über die Versorgung der Arbeitnehmer kommunaler Verwaltungen und Betriebe (VersTV-G) in seiner jeweils gültigen Fassung zu.
Das Unternehmen erfüllt diesen Anspruch durch den Erwerb der Mitgliedschaft bei der regional zuständigen kommunalen Zusatzversorgungskasse und Anmeldung des/der Arbeitsnehmers/-in zur Pflichtversicherung. Der/die Arbeitnehmer/-in hat nach Eintritt des Versicherungsfalls als Bezugsberechtigte/r einen Anspruch auf die satzungsgemäßen tariflichen Versorgungsleistungen gegen die Zusatzversorgungskasse.
Das Unternehmen ist Mitglied der Zusatzversorgungskasse der Gemeinden und Gemeindeverbände des Regierungsbezirks Kassel in Kassel. Der Umlagesatz der Zusatzversorgungskasse beträgt seit dem 01.01.2007 6,5 v. H. der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte (i. d. R. der steuerpflichtige Arbeitslohn).
Die Summe der umlagepflichtigen Gehälter des Unternehmens beläuft sich, vorbehaltlich der noch ausstehenden Umlageabrechnung, auf voraussichtlich 10,8 Mio. EUR.
Die Zahl der Bezieher von Versorgungs- und Versicherungsrenten belief sich zum 31.12.2014 auf 180. Eine Aufteilung der zukünftigen Versorgungsverpflichtungen der Zusatzversorgungskasse, die sich aus den Anwartschaften der angemeldeten Pflichtversicherten und der Rentenberechtigten des Unternehmens ergeben, ist nicht mit vertretbarem Zeitaufwand ermittelbar.

Die Darstellung des Honorars der Abschlussprüfer erfolgt im Konzernanhang der KVV.

Kassel, 31. März 2015

Städtische Werke Aktiengesellschaft

Der Vorstand

Andreas Helbig Dr. Thorsten Ebert Stefan Welsch

Anlage 1 zum Anhang: Entwicklung des Anlagevermögens 2014

	Anschaffungs- bzw. Herstellkosten					kumulierte Abschreibungen	Buchwerte		
	Stand 01.01.2014 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Umbuchungen EUR	Stand 31.12.2014 EUR	31.12.2014 EUR	Stand 31.12.2014 EUR	Stand 31.12.2013 EUR	Abschreibungen des Geschäftsjahres EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände									
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	12.197.232,83	497.143,46	154.423,20	100.002,76	**12.639.955,85**	11.467.027,35	**1.172.928,50**	1.201.126,50	**625.344,22**
2. Geleistete Anzahlungen	100.002,76	0,00	0,00	–100.002,76	**0,00**	0,00	**0,00**	100.002,76	**0,00**
Immaterielle gesamt	12.297.235,59	497.143,46	154.423,20	0,00	**12.639.955,85**	11.467.027,35	**1.172.928,50**	1.301.129,26	**625.344,22**
II. Sachanlagen									
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremdem Grund	39.065.791,22	1.027.640,73	2.049.241,61	164.792,90	**38.208.983,24**	4.236.906,45	**33.972.076,79**	34.688.552,21	**1.232.402,63**
2. Technische Anlagen und Maschinen									
a) Erzeugung	3.956.017,62	2.347,29	858.632,56	0,00	**3.099.732,35**	1.106.871,35	**1.992.861,00**	2.954.407,00	**169.614,29**
b) Fortleitung	5.715.373,40	0,00	0,00	0,00	**5.715.373,40**	1.017.919,40	**4.697.454,00**	4.975.347,00	**277.893,00**
c) Messung	31.311,48	0,00	0,00	0,00	**31.311,48**	27.544,48	**3.767,00**	4.347,00	**580,00**
d) Bäder	2.562.750,35	20.638,67	770.944,09	0,00	**1.812.444,93**	382.920,93	**1.429.524,00**	1.495.133,00	**86.247,67**
e) Sonstiges	21.323.064,28	1.796.108,12	324.700,51	409.200,81	**23.203.672,70**	13.035.890,70	**10.167.782,00**	9.351.737,00	**1.386.149,93**
Technische Anlagen und Maschinen gesamt	33.588.517,13	1.819.094,08	1.954.277,16	409.200,81	**33.862.534,86**	15.571.146,86	**18.291.388,00**	18.780.971,00	**1.920.484,89**
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.947.079,35	464.258,70	104.547,77	0,00	**6.306.790,28**	2.926.028,28	**3.380.762,00**	3.493.321,00	**548.095,70**
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	867.767,18	96.105,69	0,00	–573.993,71	**389.879,16**	0,00	**389.879,16**	867.767,18	**0,00**
Sachanlagen gesamt	**79.469.154,88**	**3.407.099,20**	**4.108.066,54**	**0,00**	**78.768.187,54**	**22.734.081,59**	**56.034.105,95**	**57.830.611,39**	**3.700.983,22**
III. Finanzanlagen									
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	190.050.409,56	0,00	0,00	0,00	**190.050.409,56**	0,00	**190.050.409,56**	190.050.409,56	**0,00**
2. Beteiligungen	28.789.695,92	4.527.076,00	6.323.133,33	0,00	**26.993.638,59**	0,00	**26.993.638,59**	28.789.695,92	**0,00**
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	9.750,34	0,00	0,00	0,00	**9.750,34**	0,00	**9.750,34**	9.750,34	**0,00**
4. Sonstige Ausleihungen	64.418,87	14.580,83	9.949,27	0,00	**69.050,43**	10.941,06	**58.109,37**	54.576,63	**2.989,58**
Finanzanlagen gesamt	218.914.274,69	4.541.656,83	6.333.082,60	0,00	**217.122.848,92**	10.941,06	**217.111.907,86**	218.904.432,45	**2.989,58**
Anlagevermögen gesamt	**310.680.665,16**	**8.445.899,49**	**10.595.572,34**	**0,00**	**308.530.992,31**	**34.212.050,00**	**274.318.942,31**	**278.036.173,10**	**4.329.317,02**

Anlage 2 zum Anhang: Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat

Oberbürgermeister
Bertram Hilgen, Kassel
(Vorsitzender)

Betriebsratsvorsitzender
Klaus Horn, Söhrewald
(stellvertretender Vorsitzender)

stellvertretender Betriebsratsvorsitzender
Lothar Alexi, Staufenberg

Stadtkämmerer
Diplom-Volkswirt
Dr. Jürgen Barthel, Kassel

Mitglied des Vorstands Thüga AG
Dr. Matthias Cord, München (seit 10.02.2015)

Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirk Nordhessen
Axel Gerland, Breuna

Mitglied des Vorstands Thüga AG
Dr. Gerhard Holtmeier, München

Sekretärin
Ute Jungton, Kassel

Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirk Osthessen
Berthold Leinweber, Eichenzell

Betriebswirt
Georg Lewandowski, Kassel

Elektro-Installateurmeister
Volker Reitze, Kassel

Lehrerin
Helga Weber, Kassel

Vorstandsvorsitzender Thüga AG
Ewald Woste, München (bis 31.10.2014)

Vorstand

Diplom-Kaufmann
Andreas Helbig, Kassel
(Vorsitzender)

Diplom-Ökonom
Dr. Thorsten Ebert, Kassel

Diplom-Ökonom
Stefan Welsch, Vellmar

Wiedergabe des Bestätigungsvermerks des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Städtische Werke Aktiengesellschaft, Kassel, für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. Nach § 6b Abs. 5 EnWG umfasste die Prüfung auch die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen sind. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung sowie die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die interne Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG abzugeben.
Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Pflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG in allen wesentlichen Belangen erfüllt sind. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht sowie in der internen Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter, die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie die Beurteilung, ob die Wertansätze und die Zuordnung der Konten in der internen Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt sind und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.
Unsere Prüfung des Jahresabschlusses unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts hat zu keinen Einwendungen geführt.
Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Kassel, den 29. April 2015

sb+p Strecker . Berger + Partner
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Heiner Eggert
Wirtschaftsprüfer

Andreas Fehr
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats / Feststellung des Jahresabschlusses 2014

Der Aufsichtsrat wurde vom Vorstand während des Geschäftsjahres 2014 über die Geschäftsentwicklung und Besonderheiten durch schriftliche und mündliche Berichte umfassend unterrichtet. In den fünf Aufsichtsratssitzungen am 13.03., 01.04., 11.06., 10.09., und 13.11.2014 wurden wesentliche Fragen der Unternehmenspolitik und Investitionsentscheidungen ausführlich beraten. Der Aufsichtsrat konnte seine gesetzlich vorgeschriebene Kontrollfunktion gegenüber der Geschäftsführung wahrnehmen und die ihm im Rahmen der satzungsmäßigen Zuständigkeit obliegenden Entscheidungen treffen.
Der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014 wurden von der in der Hauptversammlung am 11.06.2014 zu Abschlussprüfern bestellten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Strecker, Berger + Partner, Kassel, geprüft und der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt.
Dem Aufsichtsrat lagen der Prüfungsbericht, der Jahresabschluss, der Lagebericht sowie der ergänzende Bericht des Vorstandes vor. Er hat sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugt und billigt den Jahresabschluss in der vom Vorstand vorgelegten Form.
Der Jahresabschluss ist damit festgestellt.
Dem Vorstand, dem Betriebsrat und allen Mitarbeitern spricht der Aufsichtsrat seinen Dank aus.

Kassel, 12. Juni 2015

Städtische Werke
Aktiengesellschaft

Der Aufsichtsrat

Bertram Hilgen
Vorsitzender

Städtische Werke Netz+Service

**Jahresabschluss 2014
Städtische Werke
Netz + Service GmbH**

Der technische Infrastrukturdienstleister der Stadt Kassel

Als lokaler und kommunaler Energieversorger betreibt die Netzgesellschaft der Städtischen Werke die Versorgungsinfrastruktur der Stadt. Egal ob Strom-, Gas-, Wasser oder Datennetze: Den reibungslosen und unterbrechungsfreien Betrieb stellt die Städtische Werke Netz + Service GmbH sicher. Rund um die Uhr, an 365 Tagen im Jahr. Hinzu kommen die Wassergewinnung, die Straßenbeleuchtung und das Geoinformationssystem der Stadt.

Mitarbeiter und Auszubildende	Länge Leitungsnetz Strom	Investitionen
	km	Mio €
457	2.465	25,9

Jahresabschluss 2014

112 Lagebericht

120 Bilanz

122 Gewinn- und Verlustrechnung

123 Anhang

130 Anlage 1 zum Anhang: Entwicklung des Anlagevermögens 2014

132 Anlage 2 zum Anhang: Organe der Gesellschaft

133 Bestätigungsvermerk

134 Bericht des Aufsichtsrats

Lagebericht

Im Geschäftsjahr 2014 konnte die Städtische Werke Netz + Service GmbH (NSG) ein deutlich über Plan liegendes Jahresergebnis erzielen. Neben weiteren Investitionen in die Umstellung des Hochspannungsstromverteilernetzes von 60 kV auf 110 kV standen die Modernisierung der Wasserversorgung sowie der Ausbau der kommunalen Netzkooperation im Vordergrund der unternehmerischen Aktivitäten.

1. Grundlagen des Unternehmensn

1.1 Geschäftsmodell

Die NSG ist ein 100%iges Tochterunternehmen der Städtische Werke Aktiengesellschaft (STW). Sie ist Eigentümerin und Betreiberin des über 2.430 Kilometer langen Stromverteilernetzes in der Stadt Kassel sowie des ca. 1.100 Kilometer langen Gasverteilernetzes in der Stadt Kassel und benachbarten Kommunen. Im Auftrag von KASSELWASSER betreibt sie das über 1.000 Kilometer lange Wasserverteilungsnetz in Kassel und der Nachbarstadt Vellmar sowie ebenfalls im Auftrag der Stadt Kassel die öffentliche Beleuchtung. Gemeinsam mit der an Kassel angrenzenden Gemeinde Niestetal wurde die Gründung einer gemeinsamen Netzgesellschaft, der Niestetal Netz GmbH (NNG) umgesetzt. Die NNG hat sich auf die Strom- und Gaskonzessionen der Gemeinde beworben und den Zuschlag erhalten.

Die gehaltenen Netzkonzessionen (Wegenutzungsverträge) für Strom, Gas und Wasser in der Stadt Kassel liefen zum Ende des Jahres 2014 aus. Für Strom und Gas wurde von der Stadt Kassel ein nach dem § 46 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) vorgeschriebenes Ausschreibungsverfahren durchgeführt. Bei beiden Konzessionsverfahren war die NSG Bestbietender und erhielt von der Stadt Kassel den Zuschlag.

Die Wegenutzungsverträge traten zum 01.01.2015 in Kraft. Ebenfalls wurde mit der Stadt Kassel der Wasserwegenutzungsvertrag neu ausgehandelt. Mittlerweile (Stand 31.03.2015) liegen alle Gremienbeschlüsse der Stadt Kassel und der NSG zum Abschluss des Vertrags vor, sodass der Abschluss unmittelbar bevorsteht.

Für den Betrieb des Trinkwassernetzes und der Wassergewinnungsanlagen wurde per 01.04.2012 ein Pacht- und Dienstleistungsvertrag mit der Stadt Kassel abgeschlossen. Der Vertrag regelt die Verpachtung der für die Wasserversorgung notwendigen Anlagen an KASSELWASSER sowie das Erbringen von technischen und kaufmännischen Dienstleistungen gegen ein Pacht- und Betriebsführungsentgelt, das nach den Vorgaben des öffentlichen Preisrechts und des Hessischen Kommunalabgabengesetzes kalkuliert wurde.

Das noch immer laufende Wasserkartellverfahren gegen die STW mit der Verfügung aus April 2008 wurde von der Übertragung im Rahmen der rechtlichen Entflechtung der NSG im Jahr 2011 auf die NSG explizit ausgenommen. Sollte die strittige Verfügung also gerichtlich bestätigt werden, beträfe die Rückzahlungsverpflichtung weiterhin die STW.

1.2. Steuerungssystem und Leistungsindikatoren

Die Basis für die Unternehmenssteuerung bei der NSG stellt die Steuerungsgröße „Ergebnis vor Ertragsteuern“ dar. Mittels eines zuverlässigen und konsistenten Steuerungssystems, welches sich aus strategischer Planung, Mittelfristplanung, regelmäßigen Jahreshochrechnungen und dem permanenten Controlling der Zielerreichung zusammensetzt, werden frühzeitig Hinweise auf die künftige Geschäftsentwicklung ermittelt und analysiert. Aus den vielfältigen Änderungen im Energiesektor erhöhen sich die Anforderungen an die Controllingsysteme. Die bereits in den vergangenen Jahren eingeleiteten Anpassungen innerhalb der Controllingsysteme werden kontinuierlich verfeinert und aufeinander abgestimmt.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Rechtliche Rahmenbedingungen

Seit 2009 hat die Anreizregulierung das zuvor bestehende Modell der Kostenregulierung der Strom- und Gasnetze abgelöst. Für die Kalkulation der Netzerlöse sind neben der eigenen Kostensituation auch im Vergleich die Kosten der als effizient definierten Netzbetreiber (Benchmarkunternehmen) ausschlaggebend. Alle Netzbetreiber müssen eine allgemeine und ggf. eine individuelle Effizienzsteigerung realisieren. Seit der zweiten Regulierungsperiode (RegPer) müssen die individuellen Effizienzvorgaben sogar innerhalb einer RegPer abgebaut werden. Die zweite RegPer umfasst fünf Jahre (Gas 2013–2017, Strom 2014–2018). Der Rechtsrahmen nach Ende der zweiten RegPer ist seitens des Gesetzgebers noch nicht festgelegt. Die Anreizregulierung befindet sich derzeit in einem durch die Bundesnetzagentur (BNetzA) gesteuerten Evaluierungsprozess.

Auch im Jahr 2014 wurden Datenabfragen bei den Netzbetreibern vorgenommen. Schwerpunkt bildete dabei u. a. das gemeinsame Monitoring für Strom- und Gasnetzbetreiber durch die BNetzA und das Bundeskartellamt. Weiterhin fanden Anhörungen im Rahmen der Festlegung der Erlösobergrenze (EOG) und des Regulierungskontos statt.

Der Bescheid zur Festlegung der EOG Gas für die Jahre 2013–2017 wurde der NSG im September 2014 zugestellt. Der EOG-Bescheid Strom für 2014–2018 liegt seit Dezember 2014 vor. Die hohe Effizienz des Netzbetreibers NSG zeigt sich in den weiterhin sehr guten Effizienzwerten beim Strom- und Gasnetzbetrieb.

Der Bescheid für den Antrag auf einen Erweiterungsfaktor Strom von 2013 liegt hingegen noch nicht vor. Neugestellt wurde ein Antrag „Investitionsmaßnahmen“ gemäß § 23 Anreizregulierungsverordnung (ARegV) für das Umspannwerk (UW) Sandershausen. Für diesen, nun auch für Verteilnetzbetreiber einreichbaren Antrag, liegt noch keine Rückmeldung vor. Ziel ist es, bei positivem Bescheid des Antrags Investitionskosten frühzeitig über die EOG in die Netzentgelte einpreisen zu können, was zuvor nur im Rahmen eines Basisjahres alle fünf Jahre möglich war.

Zum 01.08.2014 trat das reformierte Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) 2.0 in Kraft. Die Schwerpunkte der EEG-Novelle 2014 bilden reduzierte Vergütungssätze und die Einführung von Zubaukorridoren in den Bereichen Windenergie, Photovoltaik und Biogas.

Mit der Ergänzung der Stromnetzentgeltverordnung (StromNEV) hat der Gesetzgeber den § 17 Abs. 2a StromNEV neu eingefügt, der ein „Pooling“ bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen ermöglicht. Unter dem Begriff „Pooling“ versteht man die zeitgleiche Abrechnung mehrerer durch ein und denselben Netznutzer genutzter Stromentnahmestellen. Dadurch können mehrere an das vorgelagerte Netz angeschlossene Entnahmestellen zum Zwecke der Berechnung des Jahresleistungsentgelts zu einer Entnahmestelle zusammengeführt werden.

Die NSG hatte sich im Vorfeld der gesetzlichen Änderung gegen die „Pooling"-Festlegung der Bundesnetzagentur beim OLG Düsseldorf beschwert. Das Verfahren wurde einvernehmlich mit der Bundesnetzagentur beendet. Die Anwendung der gesetzlichen Regelung erfolgt für den Netzanschluss an das Höchstspannungsnetz der TenneT.
Seit dem Jahr 2009 wurden durch die Novelle des § 21b EnWG sowie durch das Inkrafttreten der Messzugangsverordnung die rechtlichen Grundlagen für eine Liberalisierung des Messwesens im Rahmen der Energieverteilung geschaffen. Damit hat der Gesetzgeber Dritten die Möglichkeit gegeben, Einbau, Betrieb und Wartung (Messstellenbetrieb) sowie Ablesung und Messung (Messdienstleistung) für die jeweiligen Anschlussnutzer zu erbringen. Wird kein Dritter mit dem Messstellenbetrieb oder der Messdienstleistung beauftragt, so verbleiben diese Aufgaben weiterhin bei dem Netzbetreiber. Messstellenbetreiber ist weiterhin die NSG als Netzbetreiberin.

2.2 Unternehmensentwicklung
Auch im Jahr 2014 setzte sich der Zubau von PV-Anlagen, resultierend aus dem EEG, fort. Im Berichtsjahr wurden 88 Anlagen mit einer Leistung von 1.130 kW an das Stromverteilernetz angeschlossen. Die Anschlussleistung der neuen Anmeldungen liegt im Trend zu kleineren PV-Anlagen unter 10 kWp. Die Anmeldungen verteilen sich durch das neue EEG vom 01.08.2014 nunmehr auf das ganze Jahr, Stichtagsanmeldungen wie in den Vorjahren gibt es nicht mehr. Durch die nun monatlichen degressiven Vergütungssätze hat sich die Abwicklung, Implementierung und Abrechnung sowie die Bilanzierung erheblich geändert.
Eine Novellierung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWK-G) im Juli 2012 hatte zur Folge, dass eine Zunahme im Berichtsjahr in Höhe von 18 Anlagen mit einer Leistung von 181 kW erfolgte. Dies spiegelt den Ausbautrend von KWK-G-Anlagen der dezentralen Energieversorgung wider.

Der Wettbewerb um Konzessionen in der Region ist aufgrund der weitgehend abgeschlossenen und entschiedenen Ausschreibungsverfahren in die Phase der Netzübernahmeverhandlungen getreten. Die STW ist als Partner an dem neugegründeten kommunalen Unternehmen Fulda-Eder Energie GmbH & Co. KG (FEE) beteiligt. Weitere Beteiligungen der STW sind die Gemeindewerk Kaufungen GmbH & Co. KG und die Stadtwerke Großalmerode GmbH & Co. KG, an denen auch die jeweilige Gemeinde beteiligt ist. Die NSG selbst war an der 2014 gegründeten Niestetal Netz GmbH (NNG) mit vorläufig 100 % beteiligt. Im Zuge der Einbringung des zunächst im Eigentum der NSG befindlichen Gasversorgungsnetzes von Niestetal Ortsteils Sandershausen von der NSG in die NNG als Sacheinlage wurde das Stammkapital der NNG von 25 Tsd. EUR um 965 Tsd. EUR auf 990 Tsd. EUR erhöht.
Die Netzübernahmeverhandlungen werden mit der EnergieNetz Mitte GmbH (ENM, Netztochterunternehmen der EAM GmbH & Co. KG), dem Nachfolgeunternehmen der E.ON Mitte AG, geführt. Ziel der Verhandlungen ist der Netzkauf durch Beteiligungsgesellschaften der STW. Die Netze der Gemeinden Großalmerode, Kaufungen und Niestetal sollen dann von der NSG gepachtet werden.
Am Standort „Eisenacher Straße" wird derzeit ein neues Verwaltungsgebäude gebaut. Ein Investor lässt auf dem von der NSG im Wege des Erbbaurechts überlassenen Grundstück ein modernes Verwaltungsgebäude errichten. Das Gebäude wird sodann von der NSG langfristig geleast, verbunden mit einem Ankaufsrecht gegenüber dem Investor nach 25 Jahren.
Am 14.10.2013 wurde von der BNetzA ein Aufsichtsverfahren wegen „Verdachts des Verstoßes gegen § 7a Abs. 6 EnWG" (Markenauftritt) gegen die NSG eröffnet. Hierzu verfasste die NSG eine Stellungnahme und reichte diese fristgemäß ein. Die NSG vertrat die Auffassung, dass weder die Markenpolitik noch das Kommunikationsverhalten gegen § 7a Abs. 6 EnWG verstoßen haben. Aus diesem Grund wurde beantragt, das eingeleitete Aufsichtsverfahren gegen die NSG einzustellen. Im Laufe des Jahres 2014 erzielte die NSG eine Einigung mit der BNetzA. Daraus resultierende Anpassungsbedarfe im Markenauftritt der NSG (u. a. Logo) wurden größtenteils im Geschäftsjahr 2014 umgesetzt.

2.3 Ertragslage
Im Geschäftsjahr 2014 erzielte die NSG Umsatzerlöse in Höhe von 122,4 Mio. EUR (Vorjahr 115,8 Mio. EUR) in den Segmenten Stromnetz, Strom – Sonstige Tätigkeiten, Gasnetz und Sonstige Tätigkeiten. Dabei entfielen folgende Umsatzzahlen auf die einzelnen Segmente:

	2014 **Mio. EUR**	2013 **Mio. EUR**	Veränderung **in %**
Stromnetz	56,8	48,3	17,6
Strom Sonstige Tätigkeiten	4,2	1,8	133,3
Gasnetz	23,0	26,5	–13,2
Sonstige Tätigkeiten	38,4	39,2	–2,0
(davon Wasser)	*22,1*	*22,2*	*–0,5*
Gesamt	**122,4**	**115,8**	**5,7**

Im Segment Stromnetz erwirtschaftete die NSG Umsatzerlöse in Höhe von 56,9 Mio. EUR (Vorjahr 48,3 Mio. EUR). Diese beinhalteten insbesondere Umsatzerlöse, die sich nach der genehmigten EOG gem. § 4 ARegV für die zweite Regulierungsperiode richten. Der Anstieg der Umsatzerlöse im Segment war insbesondere durch höhere Erlöse aus genehmigten EOG sowie für die NSG ergebnisneutrale höhere Umlagen (z. B. EEG und weitere Netzbetreiberumlagen) bedingt. Hierin enthalten war die Einspeisung des Windparkstandortes Söhrewald, die erstmalig im vollen Betriebsjahr enthalten war.
Das Segment Strom – Sonstige Tätigkeiten umfasste u. a. Umsatzerlöse aus dem Betrieb der Straßenbeleuchtung mit der Stadt Kassel. Insgesamt wurden im Segment „Strom – Sonstige Tätigkeiten" Umsatzerlöse in Höhe von 4,2 Mio. EUR (Vorjahr 1,8 Mio. EUR) erzielt, deren Anstieg durch den zum 01.01.2014 neu abgeschlossenen Straßenbeleuchtungsvertrag mit der Stadt Kassel resultierte.
Die Umsatzerlöse im Segment Gasnetz ermittelten sich vor allem – analog zum Segment „Stromnetz" – durch die genehmigte EOG gem. § 4 ARegV für die zweite Regulierungsperiode. Die NSG erzielte in diesem Segment Umsatzerlöse in Höhe 23,0 Mio. EUR (Vorjahr 26,5 Mio. EUR). Die gesunkenen Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr waren insbesondere auf witterungsbedingte Faktoren zurückzuführen.
Im Segment „Sonstige Tätigkeiten" realisierte die NSG Umsatzerlöse in Höhe von 38,2 Mio. EUR (Vorjahr 39,2 Mio. EUR). Hierin waren Erlöse aus dem Pacht- und Dienstleistungsvertrag mit KASSELWASSER in Höhe von 22,1 Mio. EUR enthalten.
Die NSG erzielte im Berichtsjahr sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 5,4 Mio. EUR (Vorjahr 2,6 Mio. EUR).
In dieser Position waren die Erträge aus der Einbringung des Anlagevermögens in die NNG enthalten, die über dem Buchwert des Anlagevermögens lagen.
Der Materialaufwand in Höhe von 34,1 Mio. EUR (Vorjahr 29,4 Mio. EUR) setzte sich im Wesentlichen aus Bezugskosten zusammen. Die Bezugskosten umfassten hauptsächlich vorgelagerte Netzkosten und zuschlagsgeförderte Stromeinspeisungen aus EEG- und KWKG-Anlagen. Insbesondere die Bezugskosten aus EEG lagen korrespondierend zu den Erlösen deutlich über dem Vorjahresniveau. Daneben sorgt der Aufwand im Zusammenhang mit der Rückstellungsbildung, u. a. für den Rückbau von Tiefbrunnen für eine Erhöhung des Materialaufwands.
Im Berichtsjahr waren durchschnittlich 428 Mitarbeiter (Vorjahr 438 Mitarbeiter) beschäftigt. Der Personalaufwand lag bei 27,5 Mio. EUR (Vorjahr 26,8 Mio. EUR) und damit um 0,7 Mio. EUR aufgrund tarifbedingter Steigerungen über dem Vorjahreswert.
Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen betrugen 20,8 Mio. EUR (Vorjahr 20,0 Mio. EUR). Ursächlich hierfür sind Investitionen im Zuge der Realisierung des 110 kV-Netzkonzeptes.
Das Finanzergebnis betrug -4,6 Mio. EUR (Vorjahr -3,9 Mio. EUR). Der Rückgang basierte vor allem auf Effekten aus Abzinsung langfristiger Rückstellungen.

2.4 Vermögens- und Finanzlage
Die Bilanzsumme zum 31.12.2014 betrug 312,9 Mio. EUR (Vorjahr 326,6 Mio. EUR). Das Anlagevermögen war zum Geschäftsjahresende mit einem Wert in Höhe von 296,4 Mio. EUR (Vorjahr 295,2 Mio. EUR) bilanziert. Der Anteil des Anlagevermögens in Höhe von 94,7 % spiegelt die anlagenintensive Vermögensstruktur wider.
Die Bilanzposition „Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände" wies zum Jahresende einen Wert von 13,0 Mio. EUR (Vorjahr 29,0 Mio. EUR) aus. Ursächlich für diese Entwicklung war der Rückgang der Forderungen gegen verbundene Unternehmen von 14,3 Mio. EUR auf 1,8 Mio. EUR.
Das Eigenkapital wurde wie im Vorjahr in der Bilanz mit einem Wert von 168,6 Mio. EUR ausgewiesen. Die bilan-

zielle Eigenkapitalquote lag mit 53,9 % (Vorjahr 51,6 %) über 50,0 %.
Die Rückstellungen betrugen 31.12.2014 15,3 Mio. EUR (Vorjahr 14,2 Mio. EUR). Der Anstieg war insbesondere durch zu bildende Rückstellung für den dauerhaften Betrieb der Wasserversorgung aus dem Niestetal bedingt.
Die Verbindlichkeiten reduzierten sich von 135,7 Mio. EUR im Vorjahr auf 122,4 Mio. EUR. Hauptgrund für den Rückgang waren geringere Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, die zum Jahresende 113,6 Mio. EUR (Vorjahr 123,2 Mio. EUR) betrugen.
Im Berichtsjahr führte die NSG Investitionen in Höhe von 25,9 Mio. EUR durch. Davon entfielen auf die einzelnen Segmente:

- Stromnetz 9,7 Mio. EUR
- Strom - Sonstige Tätigkeiten 1,0 Mio. EUR
- Gasnetz 4,6 Mio. EUR
- Sonstige Tätigkeiten 6,1 Mio. EUR
- *davon Wasser* *4,5 Mio. EUR*

Investitionsschwerpunkte bildeten Optimierungs- und Erneuerungsmaßnahmen im Strom-, Gas-, und Wassernetz. Daneben investierte die NSG 2,6 Mio. EUR in die NNG. In die NNG wurde das Anlagevermögen des Gasnetzes im Niestetaler Ortsteil Sandershausen auf die NNG übertragen, das als Sacheinlage im Rahmen der beschlossenen Kapitalerhöhung in der Bilanz der NNG berücksichtigt wurde.
Im Berichtsjahr bildete die Erneuerung der Umspannwerke (UW) Süd und Ost einen Investitionsschwerpunkt. Beide UW wurden mit 110 kV-Schaltanlagen ausgerüstet. Die NSG investierte 1,5 Mio. EUR in das UW Süd und 1,1 Mio. EUR in das UW Ost. Im Zuge der Erneuerung der UW Süd und Ost wurde auch das Hochspannungsverbindungskabel zwischen den Umspannwerken ersetzt. Nachdem die NSG bereits im Vorjahr die Kabelschutzrohrtrasse errichtete, wurde im Sommer 2014 der Einzug des Hochspannungskabels vorgenommen. Hiermit war 2014 ein Investitionsvolumen von 0,8 Mio. EUR verbunden.
2014 investierte die NSG 1,4 Mio. EUR in die Erneuerung des Hochbehälters Kratzenberg. Die Erneuerung des Hochbehälters ist Teil des langfristigen Konzepts zur kontinuierlichen Effizienzsteigerung der Wasserversorgung. Der Umbau erfolgte in zwei Bauabschnitten. Aufgrund der versorgungstechnischen Bedeutung des Behälters konnten die Arbeiten nur unter Beibehaltung des Versorgungsbetriebs erfolgen. Nach erfolgreicher Inbetriebnahme der neuen Wasserkammer 2 Mitte 2013 wurde der Neubau der Wasserkammer 1 durchgeführt. Dieser wurde im Frühjahr 2014 abgeschlossen. Um den neuesten Anforderungen des Regelwerks zu entsprechen, wurde für die neue Kammer 1 eine in Kassel bislang noch nicht angewandte Technologie bei der Schalung mit einem Vlies erfolgreich angewandt.
Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit betrug im Berichtsjahr 31,0 Mio. EUR (Vorjahr 32,5 Mio. EUR).
Im selben Zeitraum lag der Cashflow aus Investitionstätigkeit bei einem Wert von -21,3 Mio. EUR (Vorjahr -27,8 Mio. EUR). Die Kapitalflussrechnung wies zudem für das Geschäftsjahr 2014 einen negativen Cashflow aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von -9,5 Mio. EUR
(Vorjahr -4,6 Mio. EUR) aus. Dies führte zum Ende der Berichtsperiode zu einem Finanzmittelbestand von -0,4 Mio. EUR (Vorjahr -0,6 Mio. EUR).

2.5 Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf

Die NSG erzielte im Berichtsjahr bei Gesamterträgen in Höhe 134,0 Mio. EUR (Vorjahr 123,6 Mio. EUR) und Gesamtaufwendungen in Höhe von 122,4 Mio. EUR (Vorjahr 113,3 Mio. EUR) ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 11,5 Mio. EUR und lag damit 1,3 Mio. EUR über dem Vorjahresniveau. Das Jahresergebnis wurde auf Basis des Teilbeherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrags an die STW abgeführt. Die Eigenkapitalrentabilität lag bei 6,9 % (Vorjahr 6,1 %).
Das Ergebnis vor Ertragsteuern betrug 11,6 Mio. EUR und lag damit 1,4 Mio. EUR über dem Planwert 2014 von 10,2 Mio. EUR. Das höhere Ergebnis war u.a. durch die Übertragung des Anlagevermögens des Gasnetzes im Niestetaler Ortsteil Sandershausen in die NNG zum kalkulatorischen Restwert gegenüber dem handelsrechtlichen Buchwert bedingt.
Im Jahresabschluss wurden alle erforderlichen Rückstellungen für Pensionen, Urlaubsansprüche und sonstige soziale Verpflichtungen gebildet. Diese umfassen auch Rückstellungen für noch nicht abgeschlossene Altersteilzeitverträge für die Jahrgänge 1951 bis 1956. Darüber hinaus enthält der Jahresabschluss entsprechende Rückstellungen für ausstehende Rechnungen, sonstige Risiken und für im Geschäftsjahr nicht realisierte Instandhaltungen sowie für ungewisse Verbindlichkeiten. Hierin enthalten sind Rückstellungen für den Rückbau von Tiefbrunnen der Wassergewinnung, die sich aus Vorgaben des Hessischen Landesamts für Umwelt und Geologie sowie des Regierungspräsidiums Kassel ergeben. Das Risiko eines Vergaberechtsverstoßes im Zusammenhang mit dem Neubau des Verwaltungsgebäudes am Standort „Eisenacher Straße“ wurde ebenfalls durch eine entsprechende Rückstellung im Jahresabschluss berücksichtigt.
Durch die Insolvenzen verschiedener Energielieferanten in den letzten Jahren besteht das Risiko von Rückforderungen bereits gezahlter Netzentgelte im Rahmen der Insolvenzanfechtung. Rechtshandlungen, die vor der Eröffnung des Insolvenzverfahrens vorgenommen wurden, können vom Insolvenzverwalter beanstandet werden, wenn diese zu einer Gläubigerbenachteiligung führten. Im Rahmen des Insolvenzverfahrens Teldafax hatte die NSG bereits im Geschäftsjahr 2013 eine Insolvenzanfechtungsklage erhalten. Den Risiken aus drohenden Rückzahlungen wurden durch Rückstellungsbildungen entsprochen.

3. Nachtragsbericht

Im Februar 2015 wurde durch die Ausgabe eines weiteren Geschäftsanteils der NNG, den die Gemeinde Niestetal übernommen hat, das Stammkapital der NNG um weitere 10 Tsd. EUR auf 1.000 Tsd. EUR erhöht, sodass die NSG mit 99,0 % und die Gemeinde Niestetal mit 1,0 % beteiligt sind. Weitergehend ist der Gemeinde bzw. einer von dieser gehaltenen Beteiligungsgesellschaft nach Ablauf von fünf Jahren ein Vorkaufsrecht auf den Erwerb von bis zu 74,9 % der Anteile eingeräumt.

4. Prognosebericht

Die NSG wird in den kommenden Jahren weiter in die Optimierung ihrer technischen Anlagen investieren, um mit einer modernen Infrastruktur den sich verändernden Anforderungen Rechnung zu tragen. Im Mittelpunkt wird dabei weiterhin die Umrüstung des Hochspannungsstromverteilernetzes auf 110-kV im Rahmen des Netzkonzepts „Strom“ sowie die Optimierung der Anschlusssituation mit dem Übertragungsnetzbetreiber TenneT TSO GmbH (TenneT) stehen.
Analog zum Netzkonzept Strom wurden in den Sparten Gas und Wasser ebenfalls Gewinnungs- und Netzkonzepte erstellt, die kontinuierlich fortgeschrieben werden. Das Wassergewinnungs- und -netzkonzept sowie das Netzkonzept Gas haben das Optimierungsziel, unter wirtschaftlichen Bedingungen durch gezielte Investitionen die Versorgung der Kasseler Haushalte langfristig und nachhaltig zu sichern. Die NSG wird auch zukünftig ihre Aufgaben als Netzbetreiber effizient und rechtssicher erfüllen können.
Die bereits heute erfolgreiche Vermarktung technischer Dienstleistungen wird zukünftig weiter ausgebaut. Dies bildet die erforderliche Basis, um im Wettbewerb mit anderen Dienstleistern am Markt erfolgreich agieren zu können. Hierauf aufbauend wird die regionale Ausweitung des Geschäftsfeldes „Netzdienstleistungen“ angestrebt. Zudem wird der Ausbau anderer Geschäftsfelder, wie die Breitbanderschließung über das bereits beschlossene Maß hinaus, geprüft. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die technisch-organisatorische Strukturen bilden eine gute Basis, um zukünftigen Herausforderungen erfolgreich begegnen zu können. Trotz schwieriger regulatorischer Rahmenbedingungen wird für das Jahr 2015 und in den Folgejahren davon ausgegangen, dass die angestrebten Ergebnisse erzielt werden können. Zukünftig sich bietende Effizienzpotenziale und Marktchancen werden genutzt werden, um die positive wirtschaftliche Entwicklung fortzusetzen. Für das Geschäftsjahr 2015 rechnet die NSG mit einem Ergebnis leicht unter dem Jahresergebnis 2014, das durch den Einmaleffekt „NNG“ beeinflusst war.

4.1 Chancen- und Risikobericht

Ein Ergebnisrisiko liegt in der 2009 begonnenen Anreizregulierung. Im Rahmen der Erlösobergrenzenfestlegungen für Strom und Gas in der zweiten Regulierungsperiode wurden die Effizienzwerte für Gas auf 94,8 % (erste Regulierungsperiode: 83,5 %) und für Strom weiterhin 100 % neu festgelegt. Die NSG geht davon aus, dass durch gute Effizienzwerte und ein wirksames Kostenmanagement die Erlösobergrenzen (EOG) auch zukünftig gehalten werden können. Ausschlaggebend werden hier die anstehenden Basisjahre Gas 2015 und Strom 2016 sein.
Aufgrund der Übereignung von Betriebsmitteln im UW Sandershausen befinden sich seit dem 01.01.2014 beide Übergaben beim vorgelagerten Netzbetreiber (TenneT) in der Netzebene Höchstspannung. Derzeit besteht noch Unsicherheit, ob aufgrund der neuen Netzanschlusskonfiguration eine zeitgleiche Abrechnung (Pooling) des UW Sandershausen und des UW Bergshausen vor dem Hintergrund der Pooling-Festlegung der BNetzA vorzunehmen ist. Durch ein Pooling der beiden Übergaben ergibt sich eine niedrigere Bezugsleistung bei TenneT und somit niedrigere vorgelagerte Netzkosten. Die Abrechnung wurde unter Vorbehalt seitens TenneT für das Jahr 2013 gepoolt vorgenommen und eine entsprechende Rückstellung gebildet. Mit Gültigkeit ab dem 01.01.2014 ist dies durch die Novelle der StromNEV gemäß § 17 Abs. 2a geregelt

worden. In der Zeit vor der Regelung in der StromNEV hat die BNetzA ein grundsätzliches Pooling-Verbot vertreten, von dem jedoch in begründeten Ausnahmefällen abgesehen werden konnte. Ob die Bedingungen der BNetzA für 2013 erfüllt waren, konnte zwischen TenneT und NSG noch nicht abschließend juristisch geklärt werden.
Die zweite Vergabekammer beim Regierungspräsidium in Darmstadt hat im Rahmen eines von einem unterlegenen Bieter angestrengten Nachprüfungsverfahrens einen Rechtsverstoß hinsichtlich der Vergabe des zugrunde liegenden Leasingvertrags festgestellt. Hiergegen hat die NSG fristgerecht das Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde beim Oberlandesgericht Frankfurt am Main eingelegt. Möglichen Risiken wurde mit einer Rückstellungsbildung im Jahresabschluss begegnet
Der erfolgreich verlaufende Konzessionswettbewerb um Strom- und Gasnetze in umliegenden Netzgebiete eröffnet Chancen: Bessere Auslastung der technischen Infrastruktur, Kompetenzgewinn, mehr Marktgewicht, höhere Umsätze und Synergien in technischen und kaufmännischen Bereichen. Nach den positiven Verläufen der Ausschreibungen sind nun die Verhandlungen und die Umsetzung der Netzkäufe und Pachtverhältnisse abzuwarten, um erste Ergebnispotenziale bemessen zu können. Mit der Stadt Kassel konnte am 17.12.2013 der Vertrag zum Betrieb der Straßenbeleuchtung in Kassel verlängert werden. In den Entgelten wurden einerseits die steigenden Energiekosten und andererseits ein erhöhter Investitionsaufwand berücksichtigt. Der neue Vertrag trat am 01.01.2014 in Kraft. Hierdurch ist neben einer langfristigen Absicherung des Geschäfts auch eine erhöhte Planungssicherheit für ausstehende Investitionen gewährleistet.
Bei der NSG findet eine unterjährige Überwachung der Erlös- und Kostensituation im Rahmen eines monatlichen sowie quartalsweisen Berichtswesens statt. Darüber hinaus können mit der bestehenden Profit-Centerrechnung Planabweichungen unmittelbar analysiert werden. Diese Controlling- und Risikomanagementsysteme sollen frühzeitige Analysen des Geschäftsverlaufs ermöglichen. Die sich durch Einbindung der NSG in den KVV-Konzern ergebenden Synergiepotenziale werden konsequent genutzt.

Kassel, 31. März 2015

Städtische Werke
Netz + Service GmbH

Die Geschäftsführung

Eike Weldner Andreas Kreher

Bilanz zum 31.12.2014

Aktiva	Anhang	EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 Tsd. EUR
A. Anlagevermögen	(4)			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			616.079,39	892
II. Sachanlagen			292.954.305,71	294.167
III. Finanzanlagen	(5)		2.805.387,47	146
			296.375.772,57	295.205
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		1.981.985,99		1.807
2. Unfertige Leistungen		1.261.331,09		493
3. Waren		6.614,02		10
			3.249.931,10	2.310
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	(6)	9.442.077,26		13.216
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	(7)	1.774.189,06		14.306
3. Sonstige Vermögensgegenstände	(8)	1.809.375,29		1.460
			13.025.641,61	28.982
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks			227.742,39	42
C. Rechnungsabgrenzungsposten			38.407,01	14
			312.917.494,68	**326.553**

Passiva	Anhang	EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 Tsd. EUR
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	(9)		20.000.000,00	20.000
II. Kapitalrücklage			148.620.694,21	148.621
			168.620.694,21	168.621
B. Empfangene Ertragszuschüsse	(10)		4.155.299,00	5.478
C. Rückstellungen				
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		1.104,00		1
2. Sonstige Rückstellungen	(11)	15.295.328,94		14.240
			15.296.432,94	14.241
D. Verbindlichkeiten	(12)			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		113.603.808,27		123.153
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen		1.149.590,21		1.116
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		4.034.947,25		5.670
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	(13)	1.163.975,66		2.959
5. Sonstige Verbindlichkeiten		2.404.562,34		2.789
			122.356.883,73	135.687
E. Rechnungsabgrenzungsposten			2.488.184,80	2.526
			312.917.494,68	**326.553**

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

		Anhang		2014	2013
			EUR	EUR	Tsd. EUR
1.	Umsatzerlöse	(15)	122.365.296,59		115.818
				122.365.296,59	115.818
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen			768.089,11	9
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen			3.936.700,12	3.170
4.	Sonstige betriebliche Erträge	(16)		5.366.863,61	2.589
5.	Erträge aus der Auflösung empfangener Ertragszuschüsse			1.322.350,00	1.531
				133.759.299,43	123.117
6.	Materialaufwand				
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		–25.610.180,51		–24.417
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		–8.444.975,40		–4.995
7.	Personalaufwand	(17)			
	a) Löhne und Gehälter		–21.589.893,10		–20.965
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		–5.942.774,83		–5.821
8.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		–20.763.030,24		–20.044
9.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	(18)	–34.618.193,06		–32.395
				–116.969.047,14	–108.637
	Betriebsergebnis			16.790.252,29	14.480
10.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		5.321,89		5
11.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	(19)	200.110,62		457
12.	Abschreibungen auf Finanzanlagen		–1.233,12		–6
13.	Aufwendungen aus Verlustübernahme	(20)	–15.317,84		–4
14.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	(21)	–4.803.519,57		–4.387
	Finanzergebnis			-4.614.638,02	-3.935
15.	Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			12.175.614,27	10.545
16.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(22)		–106.883,00	0
17.	Sonstige Steuern			–534.256,00	–259
				11.534.475,27	10.286
18.	Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführter Gewinn	(23)		–11.534.475,27	–10.286
19.	Jahresüberschuss			0,00	0

Anhang

I. Allgemeines

(1) Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss wurde auf Grundlage der handelsrechtlichen Ansatz-, Bewertungs- und Gliederungsvorschriften in der Fassung des Handelsgesetzbuches vom 22. Dezember 2014 erstellt.

(2) Gliederung

Zur Aufstellung eines klaren und übersichtlichen Jahresabschlusses und eines verbesserten Einblicks in die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wurden einzelne Posten in Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung ergänzt:

- Bilanz:
  - Passiva Posten B. Empfangene Ertragszuschüsse
- Gewinn- und Verlustrechnung:
  - Der Posten 5. Erträge aus der Auflösung empfangener Ertragszuschüsse wurde aus dem Posten 4. Sonstige betriebliche Erträge ausgegliedert.
  - Posten 13. Aufwendungen aus Verlustübernahme
  - Posten 18. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführter Gewinn

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt. Aufwandspositionen sind mit einem Minuszeichen versehen. Zur Verbesserung der Klarheit der Darstellung in der Bilanz und in der Gewinn- und Verlustrechnung sind Davon-Vermerke im Anhang ausgewiesen. Die Darstellung der Sachanlagen wurde im Anlagenspiegel im Posten „Technische Anlagen und Maschinen“ nach Kriterien der Versorgungswirtschaft gemäß § 265 Abs. 4 HGB erweitert.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die immateriellen Vermögensgegenstände und die Sachanlagen sind zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet; die aktivierten Eigenleistungen enthalten neben den Einzelkosten angemessene Gemeinkosten. Investitionszuschüsse werden zum Zeitpunkt der Fertigstellung der begünstigten Vermögensgegenstände aktivisch von den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abgesetzt. Zuschüsse für Anlagen im Bau werden aktivisch von den Anschaffungs-/Herstellungskosten gekürzt.

Die planmäßigen Abschreibungen werden nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände linear vorgenommen. Die ab 2003 empfangenen Ertragszuschüsse werden direkt aktivisch von den Anschaffungs-/Herstellungskosten abgesetzt.

Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten von unter 150 EUR werden im Jahr des Zugangs in voller Höhe als Aufwand erfasst.

Von den Finanzanlagen wurden Anteile an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Wertpapiere des Anlagevermögens mit den Anschaffungskosten, verzinsliche Ausleihungen mit dem Nennwert, unverzinsliche und niedrig verzinsliche Ausleihungen mit dem Barwert ausgewiesen. Eine Abschreibung der Finanzanlagen auf den niedrigeren beizulegenden Wert erfolgt bei voraussichtlich dauernder Wertminderung.

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind zu fortgeschriebenen, durchschnittlichen Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Es wurde eine Pauschalwertberichtigung von 2,5 % zur Abdeckung der Lagerrisiken vorgenommen.

Die unfertigen Leistungen werden wie aktivierte Eigenleistungen bewertet. Die erhaltenen Anzahlungen werden auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen.

Alle übrigen Vermögensgegenstände sind grundsätzlich mit den Nennbeträgen erfasst.

Bei Forderungen werden erkennbare Risiken durch Wertberichtigungen berücksichtigt. Im Bereich der Einzelbewertung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurden zweifelhafte Forderungen mit 50 % und uneinbringliche Forderungen vollumfänglich wertberichtigt.

Die Pauschalwertberichtigung auf Forderungen wurde mit 1 % auf die nicht einzelwertberichtigten Nettoforderungen in Ansatz gebracht.Der Ansatz der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erfolgt auf Basis der nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechneten Barwerte nach der sogenannten PUC-Methode (Projected Unit Credit Method), denen ein Rechnungszinsfuß von 4,53 % p.a. sowie erwartete Rentensteigerungen von 2,00 % p.a. zugrunde liegen. Die Teilwerte wurden unter Anwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Heubeck ermittelt. Die Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen wurde mit dem handelsrechtlich möglichen Wertansatz (IDW RS HFA 3 – Handelsrechtliche Bilanzierung von Verpflichtungen aus Altersteilzeitregelunge) bewertet.

Es wurden ein Rechnungszinsfuß von 4,53 % p.a. sowie ein Gehaltstrend von 3,00 % p.a. zugrunde gelegt.

Gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB wurde eine Verrechnung mit dem vorhandenen Deckungsvermögen vorgenommen.

Bei den sonstigen Rückstellungen sind alle erkennbaren Risiken berücksichtigt. Die sonstigen Rückstellungen werden in Höhe des Erfüllungsbetrags angesetzt.

Bei der Bewertung des Erfüllungsbetrags wurde eine Kostensteigerung nicht berücksichtigt, da die Rückstellungen keine inflationsabhängigen Berechnungsgrundlagen enthalten. Die sonstigen Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr werden mit Zinssätzen abgezinst, die von der Deutschen Bundesbank bekannt gegeben worden sind (§ 253 Abs. 2 HGB). Für die Abzinsung der Rückstellungen betragen die Zinssätze zwischen 2,80 % p.a. und 4,53 % p.a. Bei der passivierten Rückstellung für Kosten der Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen wurde wegen Unwesentlichkeit für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von einer Berücksichtigung künftiger Preissteigerungen und einer Abzinsung der Verpflichtung abgesehen.
Die Verbindlichkeiten sind zu ihrem Erfüllungsbetrag passiviert. Die Mehr-Mindermengenabrechnung Gas und Strom wurde saldiert in den Umsatzerlösen dargestellt.

(3) Konzernabschluss
Einen Konzernabschluss, in dem die Städtische Werke Netz + Service GmbH einbezogen wird, stellt die Kasseler Verkehrs- und Versorgungs- GmbH (KVV), Kassel, auf. Dieser Abschluss wird im Bundesanzeiger elektronisch veröffentlicht.

III. Angaben zur Bilanz

(4) Anlagevermögen
Die Entwicklung des Anlagevermögens, einschließlich der Abschreibungen des Geschäftsjahres, wird in der Anlage 1 gezeigt. Im Geschäftsjahr wurden von den Zugängen Investitionszuschüsse in Höhe von 1.798 Tsd. EUR aktivisch abgesetzt.

(5) Finanzanlagen
Die unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Anteile an verbundenen Unternehmen gliedern sich wie folgt:

Name und Sitz der Gesellschaft	Eigenkapital **Tsd. EUR**	letztes Jahres-ergebnis **Tsd. EUR**	Anteil **%**
Städtische Werke intelligent messen GmbH (2014)	25	0	100
Niestetal Netz GmbH (NNG), Kassel (2014)	25	0	100

(6) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen
Bei Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ist auch der abgegrenzte Verbrauch zwischen Abrechnungs- und Bilanzstichtag, gekürzt um erhaltene Abschlagszahlungen von Kunden, enthalten. Der Werthaltigkeit der Forderungen wurde im Rahmen einer Einzelwertberichtigung und einer Pauschalwertberichtigung Rechnung getragen. Für Forderungen in Höhe von 4 Tsd. EUR beträgt die Restlaufzeit mehr als ein Jahr.

(7) Mitzugehörigkeit der Forderungen zu anderen Bilanzposten
Die Mitzugehörigkeit der Forderungen gegen verbundene Unternehmen zu anderen Posten stellt sich wie folgt dar:

Forderungen aus	Verbundene Unternehmen **in Tsd. EUR**
Lieferungen und Leistungen	13.311
dem Finanzierungsverkehr	0
Unternehmensverträgen	–11.537
Gesamt	1.774

(8) Sonstige Vermögensgegenstände
Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten im Wesentlichen Ansprüche aus Steuern (997 Tsd. EUR) sowie Ansprüche gegen die Stadt Kassel (358 Tsd. EUR). Für sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von 5 Tsd. EUR beträgt die Restlaufzeit mehr als ein Jahr.

(9) Gezeichnetes Kapital
Das gezeichnete Kapital beläuft sich auf den im Gesellschaftervertrag festgelegten Betrag und ist zu 100 % im Besitz der Städtische Werke AG (STW), Kassel.

(10) Empfangene Ertragszuschüsse
Die im Rahmen der Ausgliederung übertragenen empfangenen Ertragszuschüsse stellen Baukostenzuschüsse von Kunden dar, die jährlich zu 5 % erfolgswirksam aufgelöst werden.

(11) Sonstige Rückstellungen
In den sonstigen Rückstellungen sind hauptsächlich unterlassene Instandhaltungen (1.152 Tsd. EUR), Verpflichtungen aus dem Personalbereich (2.854 Tsd. EUR), Rückbauverpflichtungen (3.804 Tsd. EUR) sowie ungewisse Verbindlichkeiten aus der Netzabrechnung (1.542 Tsd. EUR) enthalten.
Bei den Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen in Höhe von 1.028 Tsd. EUR handelt es sich um Rückstellungen, die nach § 249 (1) S. 3 HGB a. F. gebildet wurden und gemäß Artikel 67 EGHGB beibehalten werden.
Im Berichtsjahr wurden hiervon Rückstellungen in Höhe von 78 Tsd. EUR verbraucht.

(12) Verbindlichkeiten
Für die Verbindlichkeiten bestehen folgende Restlaufzeiten:

	Gesamt	bis 1 Jahr	1–5 Jahre	über 5 Jahre
	Tsd. EUR	**Tsd. EUR**	**Tsd. EUR**	**Tsd. EUR**
gegenüber Kreditinstituten	113.603	18.548	63.108	31.948
(Vorjahr)	*(123.153)*	*(16.456)*	*(69.627)*	*(37.070)*
erhaltene Anzahlungen	1.150	1.150	--	--
(Vorjahr)	*(1.116)*	*(1.116)*	*(--)*	*(--)*
aus Lieferungen und Leistungen	4.035	4.035	--	--
(Vorjahr)	*(5.670)*	*(5.670)*	*(--)*	*(--)*
gegenüber verbundenen Unternehmen	1.164	1.164	--	--
(Vorjahr)	*(2.959)*	*(2.959)*	*(--)*	*(--)*
sonstige Verbindlichkeiten	2.405	2.405	--	--
(Vorjahr)	*(2.789)*	*(2.789)*	*(--)*	*(--)*
Gesamt	**122.357**	**27.302**	**63.108**	**31.948**
(Vorjahr)	*(135.687)*	*(28.990)*	*(69.627)*	*(37.070)*

(13) Mitzugehörigkeit der Verbindlichkeiten zu anderen Bilanzpositionen
Die Mitzugehörigkeit der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Beteiligungsunternehmen zu anderen Posten stellt sich wie folgt dar:

Verbindlichkeiten aus	Verbundene Unternehmen **in Tsd. EUR**
Lieferungen und Leistungen	1.102
Finanzierungsverkehr	49
Unternehmensverträgen	13
Gesamt	1.164

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen handelt es sich um den Saldo aus gegenseitigem Lieferungs- und Leistungsaustausch mit der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH (KVV), der Städtische Werke Energie + Wärme GmbH (EWG), der Müllheizkraftwerk Kassel GmbH (MHKW), der KVV Bau- und Verkehrs-Consulting GmbH (KVC), der Netcom Kassel Gesellschaft für Telekommunikation mbH (NCK) und der Niestetal Netz GmbH (NNG) sowie aus der Ergebnisabführung gegenüber der NNG.
In den sonstigen Verbindlichkeiten sind Verbindlichkeiten aus Steuern in Höhe von 2.217 Tsd. EUR enthalten.

(14) Bewertungseinheiten
Die Zahlungsverpflichtung aus geschlossenen Altersteilzeitverträgen wird über eine versicherungsgestützte Ansparung kompensiert. Es erfolgt eine Verrechnung der versicherungstechnischen Deckungssumme (415 Tsd. EUR) mit der zu bildenden Rückstellung (944 Tsd. EUR) für Altersteilzeit.
Der Zinsertrag aus der angesparten Deckungssumme von 6,9 Tsd. EUR wurde mit dem zu bildenden Zinsanteil der Rückstellung von 34,3 Tsd. EUR gegenübergestellt, sodass sich ein Zinsaufwand von 27,5 Tsd. EUR ergibt.

(–) Sonstige finanzielle Verpflichtungen
Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen beschränken sich auf das Bestellobligo in Höhe von 16.720 Tsd. EUR (Vorjahr 9.252 Tsd. EUR). Zur Entlastung des eigenen Fahrzeugpools sind in geringem Umfang Fahrzeugleasingverträge mit üblichen Laufzeiten geschlossen worden.

Aus einem Immobilienleasingvertrag bestehen langfristige Verpflichtungen:

Geschäftsjahr	**Tsd. EUR**
2015	384
2016-2019	2.636
2020 und später	13.605
Gesamt	16.625

IV. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

(15) Umsatzerlöse

Sparte	2014 **Tsd. EUR**	Vorjahr **Tsd. EUR**
Strom	54.773	50.236
Regulierung NE	2.034	–2.034
Strom gesamt	56.807	48.202
Gas	22.350	27.064
Regulierung NE	589	–589
Gas gesamt	22.939	26.475
Straßenbeleuchtung	4.245	1.828
Sonstige Umsatzerlöse	38.374	39.313
Umsatzerlöse	**122.365**	**115.818**

(16) Sonstige betriebliche Erträge
Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten periodenfremde Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 2.011 Tsd. EUR sowie Erträge aus Vermietung und Verpachtung in Höhe von 443 Tsd. EUR.

(17) Personalaufwand
Im Personalaufwand sind Aufwendungen für die Altersversorgung in Höhe von 1.763 Tsd. EUR (Vorjahr 1.684 Tsd. EUR) enthalten.

(18) Sonstige betriebliche Aufwendungen
In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind Konzessionsabgaben mit einem Betrag von 12.139 Tsd. EUR (Vorjahr 12.886 Tsd. EUR) enthalten.

(19) Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
In den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen sind Erträge aus verbundenen Unternehmen in Höhe von 149 Tsd. EUR (Vorjahr 101 Tsd. EUR) sowie aus der Abzinsung von Rückstellungen in Höhe von 43 Tsd. EUR (Vorjahr 348 Tsd. EUR) enthalten.

(20) Aufwendungen aus Verlustübernahme
Die Aufwendungen aus Verlustübernahme betreffen den bei der Städtische Werke intelligent messen GmbH (IMG) sowie Niestetal Netz GmbH (NNG) erforderlichen Ergebnisausgleich.

(21) Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Bei den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen sind Aufwendungen aus verbundenen Unternehmen in Höhe von 156 Tsd. EUR (Vorjahr 118 Tsd. EUR) sowie aus der Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von 374 Tsd. EUR (Vorjahr 23 Tsd. EUR) enthalten.

(22) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
Die auf die Städtische Werke Netz + Service GmbH entfallenden Ertragsteuern werden per Konzernumlage von der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH als Organträger verrechnet.

(23) Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführter Gewinn
Die Aufwendungen für Gewinnabführung betreffen das an die STW aufgrund eines (Teil-) Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags abgeführte Ergebnis des Geschäftsjahres.

V. Sonstige Angaben

Allgemein
Im Durchschnitt des Berichtsjahres betrug der Personalstand ohne Auszubildende:

Angestellte	**424**
Vorjahr	*436*
Gewerbliche	1
Vorjahr	*1*
Aushilfen	3
Vorjahr	*1*
Gesamt	428
Vorjahr	438

Im Berichtsjahr wandte die Gesellschaft für Bezüge des Aufsichtsrats 7 Tsd. EUR auf.
Für ein Mitglied des Aufsichtsrates bestand am Stichtag eine Darlehensforderung in Höhe von 2 Tsd. EUR (Tilgung 5 %, Zinsen 1 %). Die Tilgung im Geschäftsjahr lag unter 1 Tsd. EUR. Die Zusammensetzung der Organe ist in Anlage 2 aufgeführt.

Derivate Finanzinstrumente
Bei den derivaten Finanzinstrumenten der Gesellschaft handelt es sich um Zinsderivate. Sie stellen sich wie folgt dar:

	Nominalwert **Tsd. EUR**	Marktwert zum 31.12.2014 **Tsd. EUR**
Zinsderivate		
SWAP	24.828	–927

Die SWAPs stehen im Rahmen der Zinssicherung in einem direkten Zusammenhang zu bestehenden Darlehensverbindlichkeiten. Die Berechnung der Marktwerte basiert auf einer Zeitwertermittlung der SWAP-Geber zum Bilanzstichtag.

Geschäfte größeren Umfangs
Gemäß § 6b Absatz 2 EnWG sind Geschäfte größeren Umfangs mit verbundenen sowie assoziierten Unternehmen oder mit Unternehmen derselben Aktionäre darzustellen. Die NSG hat im Geschäftsjahr 2014 wesentliche Geschäfte aufgrund des Vertrags mit der KVV über die Verrechnung von Leistungen vom Dezember 2010 durchgeführt.

Zusatzversorgung
Die folgenden Angaben dienen dazu, Art und Umfang der aus der Zusatzversorgung resultierenden mittelbaren Verpflichtung der Gesellschaft zu erläutern.
Den Arbeitnehmern/-innen des Unternehmens steht ein tarifvertraglich oder einzelarbeitsvertraglich begründeter Anspruch auf Verschaffung einer zusätzlichen Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe des Tarifvertrags über die Versorgung der Arbeitnehmer kommunaler Verwaltungen und Betriebe (VersTV-G) in seiner jeweils gültigen Fassung zu.
Das Unternehmen erfüllt diesen Anspruch durch den Erwerb der Mitgliedschaft bei der regional zuständigen kommunalen Zusatzversorgungskasse und Anmeldung des/der Arbeitsnehmers/-in zur Pflichtversicherung.
Der/die Arbeitnehmer/-in hat nach Eintritt des Versicherungsfalls als Bezugsberechtigte/r einen Anspruch auf die satzungsgemäßen tariflichen Versorgungsleistungen gegen die Zusatzversorgungskasse.
Das Unternehmen ist Mitglied der Zusatzversorgungskasse der Gemeinden und Gemeindeverbände des Regierungsbezirks Kassel in Kassel.
Der Umlagesatz der Zusatzversorgungskasse beträgt seit dem 01.01.2007 6,5 v. H. der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte (i. d. R. der steuerpflichtige Arbeitslohn).
Die Summe der umlagepflichtigen Gehälter des Unternehmens beläuft sich, vorbehaltlich der noch ausstehenden Umlageabrechnung, auf voraussichtlich 20,4 Mio. EUR.
Die Zahl der Bezieher von Versorgungs- und Versicherungsrenten belief sich zum 31.12.2014 auf 503. Eine Aufteilung der zukünftigen Versorgungsverpflichtungen der Zusatzversorgungskasse, die sich aus den Anwartschaften der angemeldeten Pflichtversicherten und der Rentenberechtigten des Unternehmens ergeben, ist nicht mit vertretbarem Zeitaufwand ermittelbar.

Geschäftsführung
Unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB unterbleibt die Angabe der Geschäftsführerbezüge.

Regulierung
Die Erstellung der Segmentabschlüsse der NSG erfolgt nach den Vorschriften des HGB für große Kapitalgesellschaften. Die Werte des Gesamtabschlusses bilden hierbei die Grundlage. In den Fällen, wo für einzelne Geschäftsvorfälle ein Verrechnungsverkehr zwischen den Segmenten stattfindet, werden die entsprechenden Werte in den Segmentabschlüssen direkt zugesetzt. Es ist daher teilweise nicht möglich, bei einzelnen Positionen von der Addition der Segmente auf den ursprünglichen Wert des Gesamtabschlusses zu schließen. Die Anzahl der Segmente ergibt sich aus den Vorgaben des EnWG in Verbindung mit der Spartenrechnung der NSG.
Nach der Definition des EnWG betreibt die Gesellschaft die Segmente Stromnetz, sonstige Tätigkeiten innerhalb der Stromversorgung, Gasnetz sowie sonstige Tätigkeiten.

Bilanz
Die Bilanzpositionen werden soweit wie möglich direkt zugeordnet. Bei Positionen, bei denen keine eindeutige Zuordnung erfolgen kann, wird eine qualifizierte Schlüsselung vorgenommen.
Eine direkte Zuordnung erfolgt bei den Positionen Anlagevermögen, Vorräte, Forderungen gegen verbundene Unternehmen, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, Empfangene Ertragszuschüsse, Rückstellungen, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sowie Passiver Rechnungsabgrenzungsposten.
Bei den Positionen, die nicht eindeutig zuzuordnen sind, kommen folgende Schlüssel zur Anwendung:

Schlüssel	Anwendung bei:
Anlagenschlüssel	- Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten - Verbindlichkeiten Kreditinstitute
allgemeiner Schlüssel	- Nicht zugeordnete sonstige Vermögensgegenstände - Kassenbestand, Bankguthaben - Nicht zugeordnete sonstige Verbindlichkeiten
Umsatzschlüssel	- Erhaltene Anzahlung auf Bestellung
Bilanzsummenschlüssel	- Eigenkapital
Leitungslängenschlüssel	- nicht zugeordnete Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen - nicht zugeordnete Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe - Rückstellung: Kreditoren nach Rechnungsschluss
Produktschlüssel	- Rückstellung: sonstige Verwaltung Netz
Personalschlüssel	- sonstige Verbindlichkeiten Sozialversicherung / Lohn- und Kirchensteuer

Gewinn- und Verlustrechnung
Die Segmente werden buchhalterisch wie ein rechtlich selbstständiges Unternehmen geführt.
Die planmäßigen Abschreibungen werden nach der betrieblichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände entsprechend den handels- und steuerrechtlichen Vorschriften linear vorgenommen.
Die Netzbereiche verfügen über keine eigenen Werkstätten und keine eigene Verwaltung. Entsprechende Leistungen werden von den eigenen Servicebereichen Technischer Service und Verwaltung erbracht oder von der KVV eingekauft. Die Leistungen der KVV werden dabei zu Ist-Kosten erbracht. Zur Kostenstrukturierung und verursachungsgerechten Zuordnung wird eine Kostenstellen-, Kostenträger- und Kostenartenrechnung geführt.
Die Einzelkosten werden soweit wie möglich verursachungsgerecht erfasst. Gemeinkosten werden nach verschiedenen Schlüsseln unter Berücksichtigung des Verursacherprinzips aufgeteilt. Segmentübergreifende Leistungen werden im Zuge der innerbetrieblichen Leistungsverrechnung nach Inanspruchnahme mit vollkostenbasierten Verrechnungspreisen berechnet. Die ILV verteilt die Kosten der innerbetrieblichen Leistungserbringer für Planung, Bau, Betrieb und Abrechnung der Netze auf die Sparten Strom und Gas sowie Sonstige. Leistungserbringer sind der Technische Service sowie die Verwaltung.

Prüferhonorar
Die Darstellung des Honorars der Abschlussprüfer erfolgt im Konzernanhang der KVV.

Kassel, 31. März 2015

Städtische Werke
Netz + Service GmbH

Die Geschäftsführung

Eike Weldner Andreas Kreher

Anlage 1 zum Anhang: Entwicklung des Anlagevermögens 2014

	Anschaffungs- bzw. Herstellkosten					kumulierte Abschreibungen	Buchwerte		
	Stand 01.01.2014	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Stand 31.12.2014	31.12.2014	Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2013	Abschreibungen des Geschäftsjahres
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände									
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	6.109.662,98	124.388,33	2.759,95	0,00	**6.231.291,36**	5.650.526,36	**580.765,00**	891.685,00	**435.308,33**
2. Geleistete Anzahlungen	0,00	35.314,39	0,00	0,00	**35.314,39**	0,00	**35.314,39**	0,00	**0,00**
Immaterielle gesamt	6.109.662,98	159.702,72	2.759,95	0,00	**6.266.605,75**	5.650.526,36	**616.079,39**	891.685,00	**435.308,33**
II. Sachanlagen									
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremdem Grund	48.033.807,21	824.264,39	434.525,57	747.323,06	**49.170.869,09**	31.321.228,01	**17.849.641,08**	17.779.004,74	**1.437.213,94**
2. Technische Anlagen und Maschinen									
a) Erzeugung	34.273.750,88	28.160,51	9.047,82	0,00	**34.292.863,57**	27.523.717,57	**6.769.146,00**	7.397.779,00	**656.793,51**
b) Fortleitung	613.632.600,88	16.027.494,14	7.679.605,42	5.926.596,19	**627.907.085,79**	368.485.456,79	**259.421.629,00**	255.481.649,00	**16.207.245,64**
c) Messung	18.706.859,91	1.020.812,51	829.987,84	0,00	**18.897.684,58**	17.065.342,58	**1.832.342,00**	1.682.617,00	**902.361,73**
d) Sonstiges	2.810.053,68	0,00	9.571,92	0,00	**2.800.481,76**	2.232.266,76	**568.215,00**	636.198,00	**67.983,00**
Technische Anlagen und Maschinen gesamt	669.423.265,35	17.076.467,16	8.528.213,00	5.926.596,19	**683.898.115,70**	415.306.783,70	**268.591.332,00**	265.198.243,00	**17.834.383,88**
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	22.029.087,29	858.661,09	1.210.721,90	0,00	**21.677.026,48**	17.875.298,48	**3.801.728,00**	4.037.602,00	**1.056.124,09**
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	7.152.267,26	2.530.685,19	297.428,57	–6.673.919,25	**2.711.604,63**	0,00	**2.711.604,63**	7.152.267,26	**0,00**
Sachanlagen gesamt	746.638.427,11	21.290.077,83	10.470.889,04	0,00	**757.457.615,90**	464.503.310,19	**292.954.305,71**	294.167.117,00	**20.327.721,91**
III. Finanzanlagen									
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	25.000,00	2.669.681,96	0,00	0,00	**2.694.681,96**	0,00	**2.694.681,96**	25.000,00	**0,00**
2. Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	**0,00**	0,00	**0,00**	0,00	**0,00**
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00	**0,00**	0,00	**0,00**	0,00	**0,00**
4. Sonstige Ausleihungen	144.968,65	5.500,00	18.506,70	0,00	**131.961,95**	21.256,44	**110.705,51**	121.027,33	**1.233,12**
Finanzanlagen gesamt	169.968,65	2.675.181,96	18.506,70	0,00	**2.826.643,91**	21.256,44	**2.805.387,47**	146.027,33	**1.233,12**
Anlagevermögen gesamt	**752.918.058,74**	**24.124.962,51**	**10.492.155,69**	**0,00**	**766.550.865,56**	**470.175.092,99**	**296.375.772,57**	**295.204.829,33**	**20.764.263,36**

Anlage 2 zum Anhang: Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat

Oberbürgermeister
Bertram Hilgen, Kassel
(Vorsitzender)

Betriebsratsvorsitzender
Klaus Horn, Söhrewald
(stellvertretender Vorsitzender)

stellvertretender Betriebsratsvorsitzender
Lothar Alexi, Staufenberg

Stadtkämmerer
Diplom-Volkswirt
Dr. Jürgen Barthel, Kassel

Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirk Nordhessen
Axel Gerland, Breuna

Mitglied des Vorstands Thüga AG
Dr. Matthias Cord, München (seit 10.02.2015)

Mitglied des Vorstands Thüga AG
Dr. Gerhard Holtmeier, München

Sekretärin
Ute Jungton, Kassel

Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirk Osthessen
Berthold Leinweber, Eichenzell

Betriebswirt
Georg Lewandowski, Kassel

Elektro-Installateurmeister
Volker Reitze, Kassel

Lehrerin
Helga Weber, Kassel

Vorstandsvorsitzender Thüga AG
Ewald Woste, München (bis 31.10.2014)

Geschäftsführung

Diplom-Ingenieur
Eike Weldner, Kassel

Diplom-Ingenieur
Andreas Kreher, Habichtswald

Wiedergabe des Bestätigungsvermerks des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Städtische Werke Netz + Service GmbH, Kassel, für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. Nach § 6b Abs. 5 EnWG umfasste die Prüfung auch die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen sind. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags sowie die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die interne Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG abzugeben.
Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Pflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG in allen wesentlichen Belangen erfüllt sind. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht sowie in der internen Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter, die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie die Beurteilung, ob die Wertansätze und die Zuordnung der Konten in der internen Rechnungslegung nach § 6b Abs.3 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt sind und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.
Unsere Prüfung des Jahresabschlusses unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts hat zu keinen Einwendungen geführt.
Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.
Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeit nach § 6 Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen und Tätigkeitsabschlüsse aufzustellen sind, hat zu keinen Einwendungen geführt.

Kassel, den 29. April 2015

sb+p Strecker . Berger + Partner
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Heiner Eggert
Wirtschaftsprüfer

Andreas Fehr
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats / Feststellung des Jahresabschlusses

Der Aufsichtsrat ist von der Geschäftsleitung während des Geschäftsjahres 2014 über die Geschäftsentwicklung und über Besonderheiten durch schriftliche und mündliche Berichte umfassend unterrichtet worden. In den vier Aufsichtsratssitzungen am 13.03., 11.06., 10.09. und 13.11.2014 wurden wesentliche Fragen der Unternehmenspolitik und Investitionsentscheidungen ausführlich beraten. Der Aufsichtsrat konnte seine gesetzlich vorgeschriebene Kontrollfunktion gegenüber der Geschäftsführung wahrnehmen und die ihm im Rahmen der satzungsmäßigen Zuständigkeit obliegenden Entscheidungen treffen.
Der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014 wurden von der gemäß Gesellschafterbeschluss vom 12.08.2014 zu Abschlussprüfern bestellten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Strecker, Berger + Partner, Kassel, geprüft und der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt.
Dem Aufsichtsrat lagen der Prüfungsbericht, der Jahresabschluss, der Lagebericht sowie der ergänzende Bericht der Geschäftsführung vor. Der Aufsichtsrat billigt den Jahresabschluss in der von der Geschäftsführung vorgelegten Form. Der Jahresabschluss ist damit festgestellt.
Der Geschäftsführung, dem Betriebsrat und allen Mitarbeitern spricht der Aufsichtsrat seinen Dank aus.

Kassel, 12. Juni 2015

Städtische Werke
Netz + Service GmbH

Der Aufsichtsrat

Oberbürgermeister
Bertram Hilgen
Vorsitzender

Städtische Werke Energie+Wärme

Jahresabschluss 2014
Städtische Werke
Energie + Wärme GmbH

Saubere Energie aus Kassel für Kassel

Die Städtische Werke Energie + Wärme GmbH plant, baut und betreibt die Kasseler Erzeugungsanlagen für Strom und Fernwärme sowie das Fernwärmenetz der Stadt. Die Einsatzplanung und Optimierung der Kraftwerke findet in enger Abstimmung mit dem Portfoliomanagement der Muttergesellschaft Städtische Werke AG statt.

Mitarbeiter	Fernwärmeabgabe	Umsatzerlöse
	GWh	Mio. €
229	424,1	51,4

Jahresabschluss 2014

136 Lagebericht

144 Bilanz

146 Gewinn- und Verlustrechnung

147 Anhang

152 Anlage 1 zum Anhang: Entwicklung des Anlagevermögens 2014

154 Anlage 2 zum Anhang: Organe der Gesellschaft

155 Bestätigungsvermerk

156 Bericht des Aufsichtsrats

Lagebericht

Die Städtische Werke Energie + Wärme GmbH (EWG) konnte im Geschäftsjahr 2014 trotz schwieriger Rahmenbedingungen ein über Plan liegendes Ergebnis erzielen. Im Berichtsjahr setzte die EWG schwerpunktmäßig Maßnahmen im Zusammenhang mit der Modernisierung und Optimierung der Eigenerzeugung um.

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

1.1 Geschäftsmodell

Die Aufgaben der Städtische Werke Energie + Wärme GmbH (EWG) sind Bau, Betrieb, Einsatzplanung und Optimierung der Strom- und Fernwärmeerzeugungsanlagen und des Fernwärmenetzes. Die EWG betreibt verschiedenste Kraftwerke auf Basis der umweltfreundlichen Kraft-Wärme-Kopplung (KWK).

1.2 Organisatorische und rechtliche Struktur

Die Kasseler Fernwärme GmbH (KFW) firmierte zum 01.01.2013 in die EWG um und wurde so in die Familienmarke der Städtischen Werke aufgenommen.

Die Gesellschafter der EWG beschlossen durch schriftliche Gesellschaftererklärungen der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH (KVV) sowie der Städtische Werke Aktiengesellschaft (STW) am 13.11.2014 die organschaftliche Bestellung von Frau Dr. Gudrun Stieglitz für den Zeitraum 01.01.2015 bis 31.12.2019 als Geschäftsführerin der EWG. Sie ist die Nachfolgerin von Herrn Karl-Heinz Schreyer.
Mit dem Wechsel in der Geschäftsführung wurde auch die Geschäftsverteilung angepasst. Die Lieferung des in Kassel erzeugten Stroms erfolgt an die STW zu marktüblichen Konditionen. Alle Kundenverträge der Fernwärme liegen bei der STW. Die STW bezieht Fernwärme von der EWG, die sie auf eigene Rechnung vermarktet.

1.3 Ziele und Strategien

Durch die Umsetzung der Energiewende verändert sich der Erzeugungsmarkt derzeit grundlegend. Der politisch geförderte Ausbau der erneuerbaren Energien hat große Auswirkungen auf die konventionelle Erzeugung.
Zeitweise verdrängt der Strom aus erneuerbaren Energien die Stromerzeugung konventioneller Kraftwerke bereits vollständig aus dem Netz. Als Folge sinkt der Strompreis an den Strombörsen kontinuierlich und deckt immer weniger die Kosten für Brennstoffe und Emissionszertifikate.
Der wirtschaftliche Betrieb von Kraftwerken wird dadurch zunehmend schwieriger.
Aus diesen Gründen wurde 2013 ein konzernweites Erzeugungsprojekt „Neue Erzeugungsstrategien (NES)“ initiiert, das im Laufe des Jahres 2014 abgeschlossen werden konnte. Ziel der EWG ist, die Erzeugungsstrategie an den neuen Rahmenbedingungen auszurichten und damit auch zukünftig stabile Ergebnisse sicherzustellen. Im Rahmen des Projekts wurden Erzeugungs- und Vertriebsprozesse konzernweit überprüft und an die zukünftigen Rahmenbedingungen angepasst.

1.4 Steuerungssystem und Leistungsindikatoren

Die Basis für die Unternehmenssteuerung bei der EWG stellt die Steuerungsgröße „Ergebnis vor Ertragsteuern“ dar. Mittels eines zuverlässigen und konsistenten Steuerungssystems, welches sich aus strategischer Planung, Mittelfristplanung, regelmäßigen Jahreshochrechnungen und dem permanenten Controlling der Zielerreichung zusammensetzt, werden frühzeitig Hinweise auf die künftige Geschäftsentwicklung ermittelt und analysiert. Aus den vielfältigen Änderungen im Energiesektor erhöhen sich die Anforderungen an die Controllingsysteme. Die bereits in den vergangenen Jahren eingeleiteten Anpassungen innerhalb der Controllingsysteme werden kontinuierlich verfeinert und aufeinander abgestimmt.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Zum Anfang des Jahres 2014 war eine ähnliche Entwicklung wie im Vorjahr zu beobachten. Der Preis für die Grundlast-Lieferung erreichte mit 36,90 EUR/MWh schon zu Jahresbeginn den Höchstwert im Jahr 2014. Der weitere Verlauf des Jahres war durch schwankende Preise geprägt. In den Monaten Januar, August und November sorgten u. a. die Entwicklungen in der Ukraine-Krise sowie eine gegenüber den Erwartungen reduzierte Verfügbarkeit von Erneuerbaren Energien für einen Anstieg des Strompreises auf bis zu 36,00 EUR/MWh. Sinkende Preise waren insbesondere in den Zeiträumen April bis Juli und September bis Oktober zu verzeichnen. Der niedrigste Preis im Jahresverlauf von 33,77 €/MWh wurde erst am letzten Handelstag des Jahres 2014 mit 33,44 €/MWh unterboten.
Der Rohölpreis für die Sorte Brent sank im Verlauf des Jahres 2014 rapide. Der Maximalwert lag im Juni 2014 noch bei 115,06 $/Barrel. Ab Juli 2014 setzte ein Preisverfall ein, der zu einem Tiefststand am 31. Dezember 2014 bei 57,33 $/Barrel führte. Der höchste Kohlepreis für das Frontjahr (API#2) war am 28. April 2014 zu verzeichnen mit einem Preis von 83,71 $/Tonne. Danach sank der Preis im weiteren Jahresverlauf kontinuierlich. Der Tiefststand lag am 31. Dezember 2014 bei 65,88 $/Tonne.
Der CO_2-Preis lag im Jahr 2014 in einer Spannbreite zwischen 4,4 €/Tonne und 7,46 €/Tonne und entwickelte sich, ähnlich wie 2013, aufgrund politischer Aussagen sehr volatil. Die EWG betreibt mehrere emissionshandelspflichtige Anlagen mit einer Feuerungswärmeleistung größer als 20 MW. Auf Grundlage des Zuteilungsgesetzes 2012 (ZuG 2012) erfolgte für die zweite Handelsperiode und damit für die Jahre 2008 bis 2012 eine Zuteilung mit kostenlosen CO_2-Emissionsberechtigungen. Da die Deutsche Emissionshandelsstelle (DEHSt) nicht allen Zuteilungsanträgen der EWG entsprochen hat, wurden im Rahmen der Widerspruchsverfahren u. a. gegen die Zuteilungsbescheide der Anlagen Kombi-Heizkraftwerk (Kombi-HKW) und Fernwärmekraftwerk Kassel (FKK) Klagen im Jahr 2010 beim Verwaltungsgericht Berlin eingereicht. Die Verfahren für die Anlagen Kombi-HKW und FKK ruhen weiterhin.
In dieser zum 31.12.2012 beendeten zweiten Handelsperiode konnte ein Überschuss an Zertifikaten erreicht werden. Diese überschüssigen CO_2-Emissionszertifikate konnten in die dritte Handelsperiode ab 2013 übertragen werden (Banking) und für die Deckung der dortigen Abgabeverpflichtung zum Einsatz kommen. Die EWG kann diesen Überschuss nutzen, um die Auswirkungen der deutlich ungünstigeren Zuteilungsregeln seit 2013 abzumildern.
Die neuen Zuteilungsregeln für die Jahre 2013 bis 2020 führen zu einem wesentlichen Rückgang der Zuteilung von kostenlosen Emissionsberechtigungen. Zuteilungen erfolgen nur noch für die Produktion von Wärme auf Basis eines definierten Wärmebenchmarks. Die bisherige Zuteilung auf Basis von eingesetzten Brennstoffen entfällt. Für die Produktion von Strom erfolgt demnach keine Zuteilung mehr.

Dementsprechend ist mit einer kostenlosen Zuteilung deutlich unter dem Bedarf für die Jahre 2014 bis 2020 zu rechnen. Ein Teil der Unterdeckungen kann aus den Überschussmengen der zweiten Handelsperiode gedeckt werden. Darüber hinaus fehlende Emissionsrechte müssen am Markt zugekauft werden. Im Berichtsjahr wurde die EWG durch die nachträgliche Entwertung von Zertifikaten sowie durch die Bewertung zum Marktwert zum 31.12.2014 auf der Kostenseite belastet.

2.2 Unternehmensentwicklung

Am Standort FKK wurde der Brennstoffmix der vergangenen Jahre weitestgehend beibehalten. Je nach Beschaffungslage können die Anteile der verschiedenen Kohlearten schwanken. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde ein Brennstoffmix aus Rohbraunkohle, Braunkohlebriketts und Petrolkoksfilterkuchen eingesetzt. Im Jahr 2014 führte die EWG nachfolgende Maßnahmen zur weiteren Optimierung des Kraftwerkparks durch.

Das Heizkraftwerk Mittelfeld (HKW-M) konnte im Jahr 2014 einen größeren Anteil Fernwärme aus Biomasse im Vergleich zum Vorjahr in das Fernwärmenetz einspeisen. Die neue Anlagentechnik konnte weiter optimiert werden, was zu einer verbesserten Fahrweise der Holzaufbereitungsanlage führte. Die Verfügbarkeit der Gesamtanlage konnte insgesamt stark verbessert werden.

Pünktlich zum Beginn der Heizperiode 2014/2015 konnte die EWG das zum Standort gehörende Heizwerk (HW) in Betrieb nehmen. Um zukünftig eine bivalente Brennstoffversorgung zu ermöglichen, soll im Laufe des Jahres 2015 noch eine Heizölversorgungsanlage errichtet werden. Damit steht der EWG nun zur Spitzenlastabdeckung und als Reserve am Standort HKW-M am nördlichen Ende des Fernwärmenetzes eine Heißwasserkesselanlage auf Erdgasbasis zur Verfügung.

Das HW Brückenhof wurde Anfang der 1990er Jahre von der EWG modernisiert. Der Schornstein wurde damals von der vorherigen Nutzung übernommen. Diesen ersetzte die EWG durch einen neuen Edelstahlschornstein. Die Maßnahme konnte Anfang November 2014 abgeschlossen werden, sodass das HW Brückenhof für die Heizperiode zur Abdeckung von Spitzenlasten wieder voll zur Verfügung stand. Im FKK setzte die EWG die begonnene Klärschlammmitverbrennung im Rahmen einer Versuchsgenehmigung fort. Erste Ergebnisse sind positiv. Die EWG arbeitet daran, die Mitverbrennung dauerhaft umzusetzen. Hierfür wird die Planung für eine entsprechende Anlagentechnik und die Genehmigung fortentwickelt.

Im Rahmen eines Pilotprojekts am Standort FKK wurde die Klimatisierung des neuen Kraftwerksleitstands und von Elektro- und Elektronik-Räumen modernisiert. Durch den Einsatz einer Absorptionskältemaschine kann der Kältebedarf aus Fernwärme gedeckt werden. Als Reserve dient eine Kompressionskälteanlage. Ein Kältespeicher kann dabei die Spitzenlasten abdecken. Die Vermarktung der Fernwärme durch die STW geriet im Berichtsjahr durch den allgemeinen Energiepreisverfall unter zunehmenden Marktdruck. Dennoch gelang es, Lieferverträge mit einer Menge von knapp 15 MWh zu akquirieren. Physikalisch neu an das Fernwärmenetz der EWG angeschlossen wurden 5,8 MW bei einem gleichzeitigen Rückgang von 1,7 MW aufgrund von Modernisierungs- und Dämmungsmaßnahmen. Damit betrug per 31.12.2014 die Anschlussleistung 440,6 MW.

Die EWG realisierte 2014 zahlreiche Fernwärmeprojekte, die sowohl Verdichtungsmaßnahmen als auch daraus folgende Vertragsabschlüsse mit Kunden enthielten.

So konnten u. a. weitere Liegenschaften am Campus-Nord sowie der Neubau des Grimm-Welt Museums am Weinberg an das Fernwärmenetz angeschlossen werden.

Ein wesentlicher Punkt für die EWG aus der Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG) 2009 ist die Förderung des Neu- und Ausbaus von Wärmenetzen. Die Förderung richtet sich nach Trassenlänge und Dimension des Fernwärmenetzes. Sie ist auf 20 % der Investitionskosten und auf 5,0 Mio. EUR für ein Neu- bzw. Ausbauprojekt begrenzt. Dies ist besonders im Hinblick auf die bereits begonnenen und weiter geplanten Investitionen in das Wärmenetz der EWG von Bedeutung. Bei der Beantragung der Zuschüsse muss die entsprechende Maßnahme abgeschlossen und durch einen Wirtschaftsprüfer testiert sein. Antragstellungen können bislang jeweils nur bis zum 01.07. des Folgejahres erfolgen. Gemäß einer Gesetzesänderung vom 12.06.2012 erhöht sich die Förderung für Inbetriebnahmen ab dem 01.01.2012 je nach Leitungsdurchmesser auf 30 % bzw. 40 % der Investitionskosten mit einer Obergrenze von 10 Mio. EUR je Projekt. Die EWG beantragte wieder Maßnahmen für den Fernwärmenetzausbau beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA). Aus den Anträgen für das Jahr 2013 (Antragstellung aus dem Jahr 2014) gewährte das BAFA Zuschüsse in Höhe von ca. 0,2 Mio. EUR. Die EWG wird rechtzeitig zu den entsprechenden zukünftigen Terminen die erforderlichen Anträge für die weiteren in Frage kommenden Ausbaumaßnahmen stellen.

2.3 Ertragslage

Die EWG erwirtschaftete im Jahr 2014 Gesamterträge in Höhe von 54,1 Mio. EUR (Vorjahr 61,1 Mio. EUR). Dabei entfielen 51,5 Mio. EUR Umsatzerlöse auf die Bereiche Fernwärme, Strom und Sonstiges. Im Bereich Fernwärme erzielte die EWG Umsatzerlöse in Höhe von 35,1 Mio. EUR. Die Fernwärmabgabe stieg im Berichtsjahr auf 516,3 GWh (Vorjahr 501,1 GWh). Die Absatzmenge im Strombereich sank aufgrund gegenüber dem Vorjahr geänderten Kraftwerkseinsatz auf 113,9 GWh (Vorjahr 128,7 GWh). Dagegen bewegten sich die Umsatzerlöse mit 8,2 Mio. EUR auf Vorjahresniveau. Die Stromlieferungen der Kraftwerke werden auf Basis der Börsenpreise der European Energy Exchange (EEX) vergütet. Die Preisfindung erfolgt dabei unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Lastgänge der einzelnen Kraftwerke. Zusätzlich werden vermiedene Netznutzungsentgelte vergütet. Die sonstigen Umsatzerlöse lagen mit 8,2 Mio. EUR leicht über dem Vorjahresniveau (Vorjahr 8,1 Mio. EUR). Hierin waren zum Großteil Umsatzerlöse mit der MHKW aus Personalgestellung enthalten.

Die Gesamtaufwendungen sanken im Jahr 2014 auf 53,6 Mio. EUR (Vorjahr 59,3 Mio. EUR). Der Materialaufwand verringerte sich auf 20,5 Mio. EUR (Vorjahr 27,9 Mio. EUR). Ursache für diese Entwicklung war, dass innerhalb der Revisionsarbeiten an den EWG-Standorten ein gegenüber dem Vorjahr geringerer Instandhaltungsbedarf festgestellt wurde. Der Materialaufwand beinhaltete u. a. Aufwendungen für den Fernwärmebezug vom MHKW. Der Anteil der von der MHKW bezogenen Fernwärme betrug 34,3 % (Vorjahr 31,2 %). Der restliche Fernwärmeanteil wurde in den Anlagen der EWG erzeugt.

Die Personalkosten lagen aufgrund tarifbedingter Steigerungen mit 15,8 Mio. EUR über dem Vorjahreswert von 15,1 Mio. EUR. Die EWG beschäftigte im Berichtsjahr durchschnittlich 230 Mitarbeiter (Vorjahr 230 Mitarbeiter). Die Abschreibungen bewegten sich mit 8,9 Mio. EUR über dem Vorjahresniveau (Vorjahr 7,9 Mio. EUR). Ursache hierfür waren insbesondere die am Standort Mittelfeld abgeschlossenen Investitionsmaßnahmen. Das Finanzergebnis schloss mit –1,9 Mio. EUR (Vorjahr -2,1 Mio. EUR) ab.

2.4 Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme der EWG betrug 97,7 Mio. EUR und lag damit unter dem Vorjahreswert von 104,1 Mio. EUR. Der Rückgang war insbesondere durch eine Abnahme von Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen bedingt. Das Anlagevermögen sank auf einen Wert von 88,0 Mio. EUR (Vorjahr 88,8 Mio. EUR). Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen in Höhe von 90,1 % spiegelt eine hohe Anlagenintensität wider.

Die bilanzielle Eigenkapitalquote lag mit 23,1 % über dem Vorjahreswert von 21,7 %.

Die Passivseite der Bilanz wies zum 31.12.2014 einen Rückstellungsbestand, sich der fast ausschließlich aus sonstigen Rückstellungen zusammensetzte, von 5,4 Mio. EUR (Vorjahr 4,8 Mio. EUR) aus. Der Anstieg der Rückstellungen war vor allem durch höhere Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen und ausstehende Rechnungen bedingt.

Die Verbindlichkeiten sanken im Geschäftsjahr 2014 von 74,2 Mio. EUR auf 67,5 Mio. EUR. Während die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten nahezu konstant blieben, reduzierten sich die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen von 7,3 Mio. EUR auf 1,5 Mio. EUR. Im Geschäftsjahr 2014 tätigte die EWG Bruttoinvestitionen in Höhe von 8,9 Mio. EUR (Vorjahr 14,9 Mio. EUR). Wie im Vorjahr lag der Schwerpunkt der Investitionen auf Investitionsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Erneuerung am Standort HKW-M. Zusätzlich tätigte die EWG Investitionen für die Druckhalteanlage am Standort HW Losse in Höhe von 0,7 Mio. EUR. Die Finanzierung der Gesamtinvestitionen erfolgte hauptsächlich durch die Aufnahme von Fremdkapital, vereinnahmten Zuschüssen und Abschreibungen des Geschäftsjahres.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit stieg im Berichtsjahr auf einen Wert von 8,7 Mio. EUR (Vorjahr -15,5 Mio. EUR). Hauptgrund für die Entwicklung war die Abnahme der Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen. Im gleichen Zeitraum lag der Cashflow aus Investitionstätigkeit bei einem Wert von -8,4 Mio. EUR (Vorjahr -11,0 Mio. EUR). Die Kapitalflussrechnung wies zudem für das Geschäftsjahr 2014 einen negativen Cashflow aus Finanzierungstätigkeit aufgrund der Tilgung von Krediten in Höhe von -0,3 Mio. EUR (Vorjahr 26,4 Mio. EUR) aus.

Die EWG konnte ihre Investitionen aus dem Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit finanzieren. Dies führte zum Ende der Berichtsperiode zu einem Finanzmittelbestand von -0,2 Mio. EUR (Vorjahr -0,2 Mio. EUR).

2.5 Gesamtaussage zur Lage des Unternehmens
Die EWG erzielte im Geschäftsjahr 2014 trotz schwieriger Rahmenbedingungen ein über Plan liegendes Ergebnis in Höhe von 0,5 Mio. EUR (Vorjahr 1,8 Mio. EUR). Damit lag das Ergebnis der EWG über dem Planwert 2014 in Höhe von 0,0 Mio. EUR. Der Gewinn wurde auf Basis eines Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrags an die STW abgeführt. Die Eigenkapitalrentabilität der EWG vor Ertragsteuern betrug 2,3 %.

3. Nachtragsbericht
Am 11.03.2015 wurde Herr Dr. Michael Maxelon organschaftlich zum Geschäftsführer der EWG zum 01.01.2016 bestellt.

4. Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

4.1 Prognosebericht

4.1.1 Gesamtaussage der Geschäftsführung über die voraussichtliche Unternehmensentwicklung
Im Rahmen der Klimaschutzbestrebungen in der Stadt Kassel spielt das Produkt Fernwärme aufgrund seines geringen CO_2-Anteils und des sehr guten Primärenergiefaktors von 0,0 (Gas und Heizöl haben dagegen ca. 1,1) eine wichtige Rolle. Daher sind neben den gerade in der jüngeren Vergangenheit erschlossenen zusätzlichen Fernwärmeabsatzpotenzialen auch weiterhin Steigerungen des Fernwärmeabsatzes geplant. Der Neuanschluss von Fernwärmekunden wird in den kommenden Jahren zielgerichtet dort fortgesetzt, wo angemessene Ergebnisbeiträge erzielt werden können.
Die Entwicklung der Strompreise hängt von verschiedenen Faktoren ab. Neben der Entwicklung der Weltenergiemärkte und der daraus resultierenden Entwicklung der Brennstoffpreise wird hierbei vor allem die Schaffung und Erweiterung neuer Erzeugungskapazitäten in Deutschland eine wichtige Rolle einnehmen. Dabei spiegeln sich die Auswirkungen der EU-Finanzkrise auf die Energiewirtschaft sowie die zunehmende Erzeugung durch erneuerbare Energien in dem Investitionsrückgang bei Neubau und Modernisierung von Kraftwerken wider. Die Ausweitung oder Schaffung von neuen Erzeugungskapazitäten hängt daneben vor allem von der künftigen Entwicklung der Strompreise an den Großhandelsmärkten ab, da die Marktteilnehmer nur dann in neue Kraftwerke investieren werden, wenn mit hinreichender Sicherheit ausreichende Ertragschancen zu erwarten sind. Der von der Bundesregierung beschlossene Ausstieg aus der Atomkraft sowie dem damit verbundenen Ausbau der erneuerbaren Energien führt zu erheblichen Preiseffekten. Während Endverbraucher von zunehmend steigenden Strompreisen betroffen sind, wirken sich sinkende Preise an den Strombörsen negativ auf die Wirtschaftlichkeit konventioneller Erzeugungsanlagen aus. Derzeit lassen sich weitere Ertragschancen aus der KWKG-Novelle 2009 herleiten. Ein wesentlicher Punkt für die EWG aus der KWKG-Novelle 2009 ist hierbei die Förderung des Neu- und Ausbaus von Wärmenetzen.

4.1.2 Zukünftige Geschäfts- und Ergebnisentwicklung
Trotz des momentan schwierigen Marktumfeldes plant die EWG mit einem Ergebnis in Höhe des Jahresergebnisses 2014. Die durch Einbindung der EWG in den Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH (KVV)-Konzern resultierenden Synergiepotenziale werden auch in den Folgejahren konsequent genutzt.

4.2 Chancen- und Risikobericht
Der Fernwärmepreis ist an die Entwicklung der Brennstoffpreise gekoppelt. Daher wird das Risiko steigender Beschaffungskosten aufgrund einer beschaffungspreisorientierten Anpassung der Absatzpreise als nachrangig eingeschätzt. Allerdings sind die Großhandelspreise für Strom marktseitig von den Brennstoffkosten, den Kosten für CO_2-Zertifikate sowie von der Verfügbarkeit der erneuerbaren Energien und den damit verbundenen Laufzeiten der Kraftwerke abhängig. Steigende Strombeschaffungspreise werden tendenziell auch über Strompreissteigerungen weitergegeben. Der Ausbau der erneuerbaren Energien übte im Berichtsjahr starken Druck auf die Großhandelspreise für Strom aus. Für das Jahr 2015 werden weiterhin geringe Stromerzeugungsmargen erwartet. Weiter sinkende Strompreise werden das Risiko erhöhen, dass die EWG einzelne Erzeugungsanlagen nicht mehr rentabel betreiben kann. Da jedoch die Mehrzahl der Anlagen in Kraft-Wärme-Kopplung betrieben wird, wird dieses Risiko reduziert. Die EWG entwickelt zusätzlich die regenerative Erzeugung am Standort Mittelfeld kontinuierlich weiter. Investitionen an den Standorten FKK und Kombi-HKW in die konventionelle Erzeugung werden derzeit zurückhaltender beurteilt. Um in der Zukunft die Risiken aus der Strompreisentwicklung weiter zu senken, wurden im Projekt NES umfangreiche Maßnahmen entwickelt. Diese umfassen neben einer Erhöhung der Flexibilität des Kraftwerkseinsatzes vor allem die Optimierung der Kostenstrukturen. In der momentan schwierigen Marktsituation ist die EWG mit ihrem ausgewogenen Energieeinsatzmix vergleichsweise gut aufgestellt und kann so geringere Margen und Einsatzzeiten, die die Erzeugungssparten anderer Unternehmen nachhaltig negativ beeinflussen, wirtschaftlich innerhalb des Unternehmens kompensieren.
Im Jahr 2011 hat der Bundesgerichtshof (BGH) in zwei Einzelfällen Preisanpassungsklauseln in Fernwärmelieferverträgen für unwirksam erklärt, weil sie den Anforderungen des § 24 Abs. 3 Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Fernwärme (AVBFernwärmeV; mittlerweile § 24 Abs. 4 AVBFernwärmeV) nicht entsprachen. Bei neuen Vertragsangeboten (Fernwärme und Contracting) setzt die STW die Anforderungen aus den BGH-Urteilen konsequent um. Es gibt keine Auswirkungen auf den Fernwärmeliefervertrag zwischen EWG und STW.
Die Bundesnetzagentur hat am 28.06.2013 den „Bericht zum Zustand der leitungsgebundenen Energieversorgung im Winter 2012/2013“ veröffentlicht. Im Vergleich zum vorhergegangenen Winter war die Situation in den Stromübertragungsnetzen trotz des langen Winters weniger angespannt. Dennoch kam es an einigen Tagen zu Belastungssituationen im Stromnetz, die die Versorgungssicherheit potenziell gefährdeten. Für die nächsten Winterperioden ist nicht mit einer Verbesserung der Situation zu rechnen, sodass es im ungünstigsten Fall auch zu Ausfällen der Kraftwerke der EWG führen kann. Dabei besteht im Winter die Gefahr des Einfrierens der Erzeugungsanlagen und der Kundenanlagen, falls die Versorgung nicht in kurzer Zeit wieder aufgenommen werden kann. Um diesem Risiko zu begegnen, hat die EWG das FKK, das HKW-M und das HW Losse bereits von interner Dampfheizung auf externe Fernwärmeheizung umgestellt. Die Umstellung des Kombi-HKW ist für 2015 geplant.
Die EWG ist verpflichtet, für alle emissionshandelspflichtigen Anlagen Emissionsrechte in Höhe der tatsächlichen CO_2-Emissionen abzugeben. Certified Emission Reduction Units (CER)-Projektzertifikate, die begrenzt ebenfalls zur Abgabe herangezogen werden können, haben gegenüber European Unit Amounts (EUA)-Zertifikaten einen preislichen Abschlag. Die besagte Grenze wurde für die EWG in Vorjahren fast vollständig ausgeschöpft. Die EWG beschaffte Ende 2012 die letzten nutzbaren CER-Rechte am Markt. Auf Basis der vorliegenden Rechtslage tauschte die EWG diese im Jahr 2013 auf Antrag in höherwertige EUAs.
In der dritten Handelsperiode (2013–2020) kommt erstmals eine kommende EU-weite Emissionsobergrenze zum Einsatz, von deren Auswirkungen auch die EWG betroffen sein wird. Die Zertifikatspreise entwickelten sich im Jahr 2013 unerwartet niedrig. Zur Stützung der Preise beschloss die Politik daher das sogenannte Backloading. Demnach werden 900 Millionen Emissionszertifikate statt zwischen 2014 und 2016 erst in den Jahren 2019 und 2020 versteigert. Dies hat keinen Einfluss auf die Gesamtmenge an CO_2-Zertifikaten in der dritten Handelsperiode. Aufgrund einer steigenden Preiserwartung und eines entsprechend hohen Preisrisikos wurden und werden bereits Emissionsrechte für die dritte Handelsperiode eingekauft. Ziel dabei ist, die offene Position CO_2-Rechte für die dritte Handelsperiode deutlich zu reduzieren. Zusätzlich zum beschlossenen Backloading wurde im Laufe des Jahres 2014 über eine „Marktstabilitätsreserve“ debattiert. Diese sieht einen regelbasierten Mechanismus zur Steuerung des jährlichen Auktionsbudgets vor. Zentrale Steuerungsgröße ist dabei die Menge der in Umlauf befindlichen Zertifikate. Sollten zu viele Zertifikate im Umlauf sein, werden die Auktionen neuer Zertifikate begrenzt. Sinkt der Überschuss zu stark, sollen Reserven abgebaut werden. Kurzfristig soll der Abbau der hohen strukturellen Überschüsse erfolgen. Mittelbis langfristig soll die Stabilisierung des Zertifikatehandels erreicht werden. Vor diesem und der damit einhergehenden Erwartung langfristig steigender Zertifikatspreise, kaufte die EWG 2014 100 Tsd. CO_2-Rechte, nachdem die Preise kurzfristig gefallen waren.
Bei der EWG erfolgt die unterjährige Überwachung der Erlös- und Kostensituation durch ein monatliches Berichtswesen. Darüber hinaus kann durch die bestehende Profit-Centerrechnung gezielt Optimierungsbedarf ermittelt werden. Diese Controlling- und Risikomanagementsysteme ermöglichen frühzeitige Analysen des Geschäftsverlaufes.
Die Finanzierung des Anlagevermögens wird durch langfristige Darlehen sichergestellt. Kurzfristige Liquiditätsschwankungen werden im Rahmen des konzernweiten Cash-Managements ausgeglichen. Über einen Kassenkreditvertrag mit der KVV verfügt die EWG im Bedarfsfall über hinreichend Liquidität. Zur Absicherung variabler Darlehen wurden bei Darlehensabschluss laufzeitkonforme Zinssicherungsgeschäfte abgeschlossen. Beide Geschäfte (Darlehen und Zinsswap) sind als Bewertungseinheit zu betrachten. Wirtschaftlich ergeben sich somit Festdarlehen. Auf Grund des gesunkenen Zinsniveaus haben die Zinssicherungsgeschäfte einzeln betrachtet einen negativen Marktwert.
Die Zinszahlungen der Swap-Geschäfte werden durch

geringere Zinszahlungen für die variablen Darlehen kompensiert, sodass sich kein Nachteil im Vergleich zu einer Festzinsvereinbarung ergibt. Die eigene Bonität wird durch die Einbindung in den KVV-Konzern weiter verbessert, sodass das Liquiditätsrisiko begrenzt ist.

Kassel, 31. März 2015

Städtische Werke
Energie + Wärme GmbH

Die Geschäftsführung

Andreas Helbig Dr. Gudrun Stieglitz

Bilanz zum 31.12.2014

Aktiva	Anhang	EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 Tsd. EUR
A. Anlagevermögen	(4)			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			226.529,00	341
II. Sachanlagen			87.708.595,54	88.387
III. Finanzanlagen			51.661,10	48
			87.986.785,64	88.776
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		4.428.544,46		4.694
2. Unfertige Leistungen		702.431,51		435
3. Erhaltene Anzahlungen auf unfertige Leistungen		–702.312,41		–429
4. Unentgeltlich ausgegebene Schadstoffemissionsrechte		1,00		0
5. Entgeltlich erworbene Schadstoffemissionsrechte		1.075.895,88		1.164
			5.504.560,44	5.864
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(5)			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		230.921,81		868
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	(6)	2.239.917,34		6.303
3. Sonstige Vermögensgegenstände		994.237,25		1.569
			3.465.076,40	8.740
III. Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks			80.321,70	4
C. Rechnungsabgrenzungsposten	(7)		661.499,00	755
			97.698.243,18	**104.139**

Passiva	Anhang	EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 Tsd. EUR
A. Eigenkapital	(8)			
I. Gezeichnetes Kapital			16.899.000,00	16.899
II. Kapitalrücklage			5.683.240,47	5.683
			22.582.240,47	22.582
B. Sonderposten und Ertragszuschüsse	(9)			
1. Empfangene Ertragszuschüsse		350.449,00		455
2. Sonderposten für unentgeltlich ausgegebene Schadstoffemissionsrechte		1,00		0
			350.450,00	455
C. Rückstellungen	(10)			
1. Rückstellungen für Pensionen u. ähnliche Verpflichtungen		19.731,00		18
2. Steuerrückstellungen		0,00		0
3. Sonstige Rückstellungen		5.421.900,02		4.776
			5.441.631,02	4.794
D. Verbindlichkeiten	(11)			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		62.833.901,34		63.059
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		2.947.182,92		3.735
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	(12)	1.494.745,50		7.330
4. Sonstige Verbindlichkeiten		218.091,93		160
			67.493.921,69	74.284
E. Rechnungsabgrenzungsposten			1.830.000,00	2.024
			97.698.243,18	**104.139**

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

	Anhang		2014	2013
		EUR	EUR	Tsd. EUR
1. Umsatzerlöse	(13)		51.485.556,58	58.032
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen			267.232,65	87
3. Andere aktivierte Eigenleistungen			1.469.615,32	1.363
4. Sonstige betriebliche Erträge	(14)		630.147,21	1.317
5. Erträge aus der Auflösung empfangener Ertragszuschüsse			104.958,00	111
			53.957.509,76	60.910
6. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		–14.596.657,03		–20.515
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		–5.919.353,72		–7.340
7. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter		–12.515.180,80		–11.908
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		–3.264.325,98		–3.230
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		–8.869.935,12		–7.919
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(15)	–6.757.707,72		–7.061
			–51.923.160,37	–57.973
Betriebsergebnis			**2.034.349,39**	**2.937**
10. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		2.011,50		5
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	(16)	155.998,79		157
12. Abschreibungen auf Finanzanlagen		–2.690,44		0
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	(17)	–2.077.905,89		–2.258
Finanzergebnis			**–1.922.586,04**	**–2.096**
14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			111.763,35	841
15. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(18)		–2.632,00	0
16. Sonstige Steuern			398.944,58	923
			508.075,93	1.764
17. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführter Gewinn	(19)		–508.075,93	–1.764
18. Jahresüberschuss			**0,00**	**0**

Anhang

I. Allgemeines

(1) Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss wurde auf Grundlage der handelsrechtlichen Ansatz-, Bewertungs- und Gliederungsvorschriften in der Fassung des Handelsgesetzbuchs vom 22. Dezember 2014 erstellt.

(2) Gliederung

Zur Aufstellung eines klaren und übersichtlichen Jahresabschlusses und eines verbesserten Einblicks in die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wurden einzelne Posten in Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung ergänzt:

- Bilanz:
  - Aktiva Posten B.I.4 Unentgeltlich ausgegebene Schadstoffemissionsrechte
  - Aktiva Posten B.I.5. Entgeltlich erworbene Schadstoffemissionsrechte
  - Passiva Posten B.1. Empfangene Ertragszuschüsse
  - Passiva Posten B.2. Sonderposten für unentgeltlich ausgegebene Schadstoffemissionsrechte
- Gewinn- und Verlustrechnung:
  - Der Posten 5. Erträge aus der Auflösung empfangener Ertragszuschüsse wurde aus dem Posten 4. Sonstige betriebliche Erträge ausgegliedert.
  - Posten 17. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführter Gewinn

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt. Aufwandspositionen sind mit einem Minuszeichen versehen.

Zur Verbesserung der Klarheit der Darstellung in der Bilanz und in der Gewinn- und Verlustrechnung sind Davon-Vermerke im Anhang ausgewiesen.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die immateriellen Vermögensgegenstände und die Sachanlagen sind zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet; die aktivierten Eigenleistungen enthalten neben den Einzelkosten angemessene Gemeinkosten. Investitionszuschüsse werden zum Zeitpunkt der Fertigstellung der begünstigten Vermögensgegenstände aktivisch von den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abgesetzt. Zuschüsse für Anlagen im Bau werden aktivisch an den Anschaffungs-/Herstellungskosten gekürzt. Die planmäßigen Abschreibungen werden nach der betrieblichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände entsprechend den handels- und steuerrechtlichen Vorschriften linear vorgenommen.

Die ab 2003 empfangenen Ertragszuschüsse werden direkt aktivisch von den Anschaffungs-/Herstellungskosten abgesetzt. Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten von unter 150 EUR werden im Jahr des Zugangs in voller Höhe als Aufwand erfasst. Gemäß § 9 Abs. 1 des Gesetzes über den Handel mit Berechtigungen zur Emission von Treibhausgasen (Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz – TEHG) werden Anlagenbetreibern unentgeltlich CO_2-Emissionszertifikate zugeteilt. Diese werden mit dem Erinnerungswert von einem Euro bewertet.

Die entgeltlich erworbenen Emissionszertifikate werden mit den Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet (strenges Niederstwertprinzip). Die Zertifikate wurden am 31.12.2014 mit dem niedrigeren, beizulegenden Wert bilanziert, welcher sich aus dem Marktpreis zum Bilanzstichtag ergibt.

Für die Verpflichtung zur Abgabe von CO_2-Emissionszertifikaten wird eine Rückstellung gebildet, die grundsätzlich anhand der Buchwerte der vorhandenen (entgeltlichen) Zertifikate am Bilanzstichtag bewertet wird. Sind die verursachten Emissionen nicht vollständig durch vorhandene CO_2-Emissionszertifikate abgedeckt, wird insoweit der Marktwert der noch benötigten CO_2-Emissionszertifikate für eine Rückstellung herangezogen. Die Rückgabeverpflichtung für das Jahr 2014 wird aus den unentgeltlich zugeteilten sowie den entgeltlich erworbenen CO_2-Emissionszertifikaten erfüllt, daher entfällt eine Rückstellungsbildung.

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind zu fortgeschriebenen, durchschnittlichen Anschaffungskosten angesetzt. Es wurde eine Pauschalwertberichtigung von 2,5 % zur Abdeckung der Lagerrisiken vorgenommen.

Die unfertigen Leistungen werden wie aktivierte Eigenleistungen bewertet. Von dem Wahlrecht gemäß § 268 Abs. 5 HGB, die erhaltenen Anzahlungen auf unfertige Leistungen offen von der Position Vorräte abzusetzen, wurde Gebrauch gemacht.

Alle übrigen Vermögensgegenstände sind grundsätzlich mit den Nennbeträgen erfasst.

Bei den Rückstellungen sind alle erkennbaren Risiken berücksichtigt. Der Ansatz der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erfolgt auf Basis der nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechneten Barwerte, denen ein Rechnungszinsfuß von 4,53 %, sowie erwartete Gehalts- und Rentensteigerungen von 3,00 % p.a. beziehungsweise 2,00 % p.a. zugrunde liegt.

Die Werte wurden unter Anwendung der Richttafeln 2005 G

von Prof. Dr. Heubeck ermittelt. Die Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen wurde mit dem handelsrechtlich möglichen Wertansatz (IDW RS HFA 3 - Bilanzierung von Verpflichtungen aus Altersteilzeitregelungen nach IAS und nach handelsrechtlichen Vorschriften) bewertet. Es wurde ein Rechnungszinsfuß von 4,53 % sowie ein Gehaltstrend von 3,00 % zugrunde gelegt. Die sonstigen Rückstellungen werden in Höhe des Erfüllungsbetrags angesetzt. Bei der Bewertung des Erfüllungsbetrags wurde eine Kostensteigerung nicht berücksichtigt, da die Rückstellungen keine inflationsabhängigen Berechnungsgrundlagen enthalten. Die sonstigen Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr werden mit Zinssätzen abgezinst, die von der Deutschen Bundesbank bekannt gegeben worden sind (§ 253 Abs. 2 HGB). Für die Abzinsung der Rückstellungen betragen die Zinssätze je nach Restlaufzeit der Rückstellung zwischen 2,80 % und 4,53 %. Bei den sonstigen Rückstellungen sind alle erkennbaren Risiken berücksichtigt. Die Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag passiviert.

(3) Konzernabschluss

Einen Konzernabschluss stellt die Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH (KVV), Kassel, auf. Dieser Abschluss wird im Bundesanzeiger elektronisch veröffentlicht.

III. Angaben zur Bilanz

(4) Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens einschließlich der Abschreibungen des Geschäftsjahres wird in der Anlage 1 gezeigt. Im Geschäftsjahr wurden von den Zugängen Investitionszuschüsse in Höhe von 449 Tsd. EUR aktivisch abgesetzt.

(5) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Der Werthaltigkeit der Forderungen wurde im Rahmen einer Einzelwertberichtigung und einer Pauschalwertberichtigung Rechnung getragen. Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr bestanden in Höhe von 0 Tsd. EUR (Vorjahr 3 Tsd. EUR). Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten hauptsächlich Erstattungsansprüche aus Energiesteuern in Höhe von 916 Tsd. EUR (Vorjahr 1.415 Tsd. EUR). Sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von 13 Tsd. EUR haben eine Restlaufzeit von größer einem Jahr.

(6) Mitzugehörigkeit der Forderungen zu anderen Bilanzpositionen

Die Mitzugehörigkeit der Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen und Beteiligungsunternehmen zu anderen Posten stellt sich wie folgt dar:

	Verbundene Unternehmen **in Tsd. EUR**
Forderungen aus	
Lieferungen und Leistungen	2.748
Unternehmensverträgen	–508
Gesamt	**2.240**

Die Forderung gegenüber verbundenen Unternehmen besteht gegenüber der Städtische Werke AG (STW), Städtische Werke Netz + Service GmbH (NSG), Müllheizkraftwerk Kassel GmbH (MHKW) sowie der KVV Verkehrsgesellschaft Nordhessen GmbH (KVN). Forderungen gegenüber der Gesellschafterin STW sind mit 804 Tsd. EUR (Vorjahr 2.951 Tsd. EUR) enthalten.

(7) Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten beinhaltet u. a. eine Ausgleichszahlung für künftige Personalverpflichtungen in Höhe von 573 Tsd. EUR (im Vorjahr 634 Tsd. EUR).

(8) Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital setzt sich wie folgt zusammen:

Gesellschafter	**EUR**	**%**
Städtische Werke AG	16.037.200	94,9
Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH	861.800	5,1
Gesamt	**16.899.000**	**100,0**

(9) Empfangene Ertragszuschüsse

Die bis 2002 empfangenen Ertragszuschüsse stellen Baukostenzuschüsse von Kunden dar, die jährlich zu 5 % erfolgswirksam aufgelöst werden.

(10) Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten hauptsächlich unterlassene Aufwendungen für Instandhaltung (1.952 Tsd. EUR), ausstehende Rechnungen (1.052 Tsd. EUR), ungewisse Verbindlichkeiten (591 Tsd. EUR) sowie Verpflichtungen für Personal (1.638 Tsd. EUR).

Bei den Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen in Höhe von 1.682 Tsd. EUR handelt es sich um Rückstellungen, die nach § 249 (1) S.3 HGB a. F. gebildet wurden und gemäß Art. 67 EGHGB beibehalten werden.

(11) Verbindlichkeiten

Für die Verbindlichkeiten bestehen folgende Restlaufzeiten:

	Gesamt **Tsd. EUR**	bis 1 Jahr **Tsd. EUR**	1–5 Jahre **Tsd. EUR**	über 5 Jahre **Tsd. EUR**
gegenüber Kreditinstituten	62.834	8.221	33.168	21.445
(Vorjahr)	*(63.059)*	*(9.765)*	*(15.800)*	*(27.494)*
aus Lieferungen und Leistungen	2.947	2.947	--	--
(Vorjahr)	*(3.735)*	*(3.735)*	*(--)*	*(--)*
gegenüber verbundenen Unternehmen	1.495	1.495	--	--
(Vorjahr)	*(7.330)*	*(7.330)*	*(--)*	*(--)*
sonstige Verbindlichkeiten	218	218	--	--
(Vorjahr)	*(159)*	*(159)*	*(--)*	*(--)*
Gesamt	**67.494**	**12.881**	**33.168**	**21.445**
(Vorjahr)	*(74.283)*	*(20.989)*	*(25.800)*	*(27.494)*

(12) Mitzugehörigkeit der Verbindlichkeiten zu anderen Bilanzpositionen

Die Mitzugehörigkeit der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen zu anderen Posten stellt sich wie folgt dar:

	Verbundene Unternehmen **in Tsd. EUR**
Verbindlichkeiten aus	
Lieferungen und Leistungen	474
dem Finanzierungsverkehr	1.021
Gesamt	**1.495**

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen handelt es sich um den Saldo aus gegenseitigem Lieferungs- und Leistungsaustausch der Kasseler Verkehrs-Gesellschaft AG (KVG), der KVV Bau- und Verkehrs-Consulting GmbH (KVC) sowie der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH (KVV) einschließlich Kassenkredite. Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin KVV sind mit 1.474 Tsd. EUR (Vorjahr 7.220 Tsd. EUR) enthalten.

(–) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen beschränken sich auf das Bestellobligo in Höhe von 5.664 Tsd. EUR (Vorjahr 4.720 Tsd. EUR).

IV. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

(13) Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse gliedern sich wie folgt auf:

Produkt	2014 **in Tsd. EUR**	Vorjahr **in Tsd. EUR**
Fernwärme	35.059	40.748
Strom	8.170	9.212
Sonstiges	8.257	8.072
Umsatzerlöse	**51.486**	**58.032**

Unter Sonstiges werden in der Hauptsache die Dienstleistungen im Konzern ausgewiesen.

(14) Sonstige betriebliche Erträge
Unter den sonstigen betrieblichen Erträgen sind u. a. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen mit insgesamt 169 Tsd. EUR (Vorjahr 133 Tsd. EUR) sowie Sachschadenerstattungen in Höhe von 37 Tsd. EUR (Vorjahr 642 Tsd. EUR) ausgewiesen.

(15) Sonstige betriebliche Aufwendungen
In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind weiterberechnete Kosten aus Leistungen der Konzerngesellschaften von 4.083 Tsd. EUR (Vorjahr 3.941 Tsd. EUR) enthalten.

(16) Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
In den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen sind Erträge aus verbundenen Unternehmen in Höhe von 155 Tsd. EUR (Vorjahr 155 Tsd. EUR) enthalten.

(17) Zinsen und ähnliche Aufwendungen
In den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen sind Aufwendungen aus verbundenen Unternehmen in Höhe von 247 Tsd. EUR (Vorjahr 579 Tsd. EUR) enthalten.
Auf Zinseffekte aus der Abzinsung von Rückstellungen entfallen 4 Tsd. EUR.

(18) Steuern vom Einkommen und Ertrag
Die auf die Städtische Werke Energie + Wärme GmbH entfallenden Ertragsteuern werden per Konzernumlage von der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH als Organträger verrechnet.

(19) Aufwendungen für Gewinnabführung
Die Aufwendungen für Gewinnabführung betreffen das an die STW aufgrund eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags abgeführte Ergebnis des Geschäftsjahres.

V. Sonstige Angaben

Allgemein
Im Durchschnitt des Berichtsjahres betrug der Personalstand ohne Auszubildende 229 Mitarbeiter (Vorjahr 230 Mitarbeiter). Die Unterscheidung Lohn- und Gehaltsempfänger ist entfallen. Die Zusammensetzung der Organe ist als Anlage 2 aufgeführt.
Der Aufsichtsrat des Mehrheitsgesellschafters STW stellt in Personalunion den Aufsichtsrat der Gesellschaft, der Bezüge ausschließlich von der STW erhält. Die Geschäftsführer erhalten Bezüge von der Konzerngesellschaft STW bzw. der KVV sowie der EWG. Unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB unterbleibt die Angabe der Geschäftsführerbezüge.

Derivate Finanzinstrumente
Bei den derivaten Finanzinstrumenten der Gesellschaft handelt es sich um Zins- sowie Rohstoffderivate. Sie stellen sich wie folgt dar:

Zinsderivate	Nominalwert **Tsd. EUR**	Marktwert zum 31.12.2014 **Tsd. EUR**
SWAP	9.965	–614
CAP	3.375	0

Die SWAPs stehen im Rahmen der Zinssicherung in einem direkten Zusammenhang zu bestehenden Darlehensverbindlichkeiten. Die Berechnung des Marktwertes basiert auf einer Zeitwertermittlung des Optionspartners zum Bilanzstichtag.

Zusatzversorgung
Die folgenden Angaben dienen dazu, Art und Umfang der aus der Zusatzversorgung resultierenden mittelbaren Verpflichtung der Gesellschaft zu erläutern.
Den Arbeitnehmern/-innen des Unternehmens steht ein tarifvertraglich oder einzelarbeitsvertraglich begründeter Anspruch auf Verschaffung einer zusätzlichen Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe des Tarifvertrags über die Versorgung der Arbeitnehmer kommunaler Verwaltungen und Betriebe (VersTV-G) in seiner jeweils gültigen Fassung zu.
Das Unternehmen erfüllt diesen Anspruch durch den Erwerb der Mitgliedschaft bei der regional zuständigen kommunalen Zusatzversorgungskasse und Anmeldung des/der Arbeitsnehmers/-in zur Pflichtversicherung.
Der/die Arbeitnehmer/-in hat nach Eintritt des Versicherungsfalls als Bezugsberechtigte/r einen Anspruch auf die satzungsgemäßen tariflichen Versorgungsleistungen gegen die Zusatzversorgungskasse.
Das Unternehmen ist Mitglied der Zusatzversorgungskasse der Gemeinden und Gemeindeverbände des Regierungsbezirks Kassel in Kassel.
Der Umlagesatz der Zusatzversorgungskasse beträgt seit dem 01.01.2007 6,5 v. H. der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte (i. d. R. der steuerpflichtige Arbeitslohn) sowie 4,6 v. H. dieser Entgelte als Beitragssatz.
Die Summe der umlage- und beitragspflichtigen Gehälter des Unternehmens beläuft sich, vorbehaltlich der noch ausstehenden Umlageabrechnung, auf voraussichtlich 11,4 Mio. EUR.
Es sind 31 Bezieher von Versorgungs- und Versicherungsrenten zum 31.12.2014 vorhanden.

Geschäfte größeren Umfangs
Gemäß § 6b Absatz 2 EnWG sind Geschäfte größeren Umfangs mit verbundenen sowie assoziierten Unternehmen oder mit Unternehmen derselben Aktionäre darzustellen.
Die EWG hat im Geschäftsjahr 2014 wesentliche Geschäfte aufgrund folgender Verträge mit Unternehmen im Sinne dieser Vorschrift durchgeführt:

- Vertrag über die Verrechnung von Leistungen mit der KVV (Dezember 2010)
- Strom- und Erdgaslieferungsverträge mit der STW (Januar 2015)
- Fernwärmelieferungsvertrag mit der STW (Januar 2011)

Prüferhonorar
Die Darstellung des Honorars der Abschlussprüfer erfolgt im Konzernanhang der KVV.

Kassel, 31. März 2015

Städtische Werke
Energie + Wärme GmbH

Die Geschäftsführung

Andreas Helbig Dr. Gudrun Stieglitz

Anlage 1 zum Anhang: Entwicklung des Anlagevermögens 2014

	Anschaffungs- bzw. Herstellkosten					kumulierte Abschreibungen	Buchwerte		
	Stand 01.01.2014	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Stand 31.12.2014	31.12.2014	Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2013	Abschreibungen des Geschäftsjahres
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände									
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.036.683,50	72.744,50	0,00	0,00	**1.109.428,00**	882.899,00	**226.529,00**	341.109,00	**187.324,50**
2. Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	**0,00**	0,00	**0,00**	0,00	**0,00**
Immaterielle gesamt	1.036.683,50	72.744,50	0,00	0,00	**1.109.428,00**	882.899,00	**226.529,00**	341.109,00	**187.324,50**
II. Sachanlagen									
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremdem Grund	12.421.273,54	755.778,43	182.472,53	405.545,36	**13.400.124,80**	3.568.108,97	**9.832.015,83**	9.175.989,68	**420.582,88**
2. Technische Anlagen und Maschinen									
a) Erzeugung	73.666.342,35	3.976.976,94	0,00	1.558.527,96	**79.201.847,25**	57.805.168,25	**21.396.679,00**	19.679.181,00	**3.808.608,22**
b) Fortleitung	127.584.203,69	1.881.392,76	0,00	–1.555.313,87	**127.910.282,58**	77.765.293,58	**50.144.989,00**	53.899.775,00	**4.089.743,72**
c) Messung	906.547,21	0,00	199.251,04	0,00	**707.296,17**	674.692,17	**32.604,00**	79.501,00	**44.460,02**
d) Sonstiges	285.268,99	83.878,03	0,00	0,00	**369.147,02**	147.508,02	**221.639,00**	163.892,00	**26.131,03**
Technische Anlagen und Maschinen gesamt	202.442.362,24	5.942.247,73	199.251,04	3.214,09	**208.188.573,02**	136.392.662,02	**71.795.911,00**	73.822.349,00	**7.968.942,99**
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.471.234,87	228.613,68	7.207,63	–52.709,69	**3.639.931,23**	2.311.729,23	**1.328.202,00**	1.443.835,00	**293.084,75**
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	3.944.698,07	1.410.908,31	247.089,91	–356.049,76	**4.752.466,71**	0,00	**4.752.466,71**	3.944.698,07	**0,00**
Sachanlagen gesamt	222.279.568,72	8.337.548,15	636.021,11	0,00	**229.981.095,76**	142.272.500,22	**87.708.595,54**	88.386.871,75	**8.682.610,62**
III. Finanzanlagen									
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	**0,00**	0,00	**0,00**	0,00	**0,00**
2. Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	**0,00**	0,00	**0,00**	0,00	**0,00**
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00	**0,00**	0,00	**0,00**	0,00	**0,00**
4. Sonstige Ausleihungen	57.300,25	12.000,00	7.457,82	0,00	**61.842,43**	10.181,33	**51.661,10**	48.392,56	**2.690,44**
Finanzanlagen gesamt	57.300,25	12.000,00	7.457,82	0,00	**61.842,43**	10.181,33	**51.661,10**	48.392,56	**2.690,44**
Anlagevermögen gesamt	**223.373.552,47**	**8.422.292,65**	**643.478,93**	**0,00**	**231.152.366,19**	**143.165.580,55**	**87.986.785,64**	**88.776.373,31**	**8.872.625,56**

Anlage 2 zum Anhang: Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat

Oberbürgermeister
Bertram Hilgen, Kassel
(Vorsitzender)

Betriebsratsvorsitzender
Klaus Horn, Söhrewald
(stellvertretender Vorsitzender)

stellvertretender Betriebsratsvorsitzender
Lothar Alexi, Staufenberg

Stadtkämmerer
Diplom-Volkswirt
Dr. Jürgen Barthel, Kassel

Mitglied des Vorstands Thüga AG
Dr. Matthias Cord, München (seit 10.02.2015)

Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirk Nordhessen
Axel Gerland, Breuna

Mitglied des Vorstands Thüga AG
Dr. Gerhard Holtmeier, München

Sekretärin
Ute Jungton, Kassel

Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirk Osthessen
Berthold Leinweber, Eichenzell

Betriebswirt
Georg Lewandowski, Kassel

Elektro-Installateurmeister
Volker Reitze, Kassel

Lehrerin
Helga Weber, Kassel

Vorstandsvorsitzender Thüga AG
Ewald Woste, München (bis 31.10.2014)

Geschäftsführung

Diplom-Kaufmann
Andreas Helbig, Kassel

Diplom-Ingenieur
Karl-Heinz Schreyer, Niestetal (bis 31.12.2014)

Dr. Gudrun Stieglitz, Vöhl (seit 01.01.2015)

Wiedergabe des Bestätigungsvermerks des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Städtische Werke Energie + Wärme GmbH, Kassel, für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen im Gesellschaftsvertrag liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.
Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.
Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Kassel, den 29. April 2015

sb+p Strecker . Berger + Partner
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Heiner Eggert
Wirtschaftsprüfer

Andreas Fehr
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats / Feststellung des Jahresabschlusses

Der Aufsichtsrat ist von der Geschäftsleitung während des Geschäftsjahres 2014 über die Geschäftsentwicklung und über Besonderheiten durch schriftliche und mündliche Berichte umfassend unterrichtet worden. In den vier Aufsichtsratssitzungen am 13.03., 11.06., 10.09. und 13.11.2014 wurden wesentliche Fragen der Unternehmenspolitik und Investitionsentscheidungen ausführlich beraten. Der Aufsichtsrat konnte seine gesetzlich vorgeschriebene Kontrollfunktion gegenüber der Geschäftsführung wahrnehmen und die ihm im Rahmen der satzungsmäßigen Zuständigkeit obliegenden Entscheidungen treffen.
Der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014 wurden von der gemäß Gesellschafterbeschluss vom 12.08.2014 zu Abschlussprüfern bestellten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Strecker, Berger + Partner, Kassel, geprüft und der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt. Dem Aufsichtsrat lagen der Prüfungsbericht, der Jahresabschluss, der Lagebericht sowie der ergänzende Bericht der Geschäftsführung vor. Der Aufsichtsrat billigt den Jahresabschluss in der von der Geschäftsführung vorgelegten Form. Der Jahresabschluss ist damit festgestellt.
Der Geschäftsführung, dem Betriebsrat und allen Mitarbeitern spricht der Aufsichtsrat seinen Dank aus.

Kassel, 12. Juni 2015

Städtische Werke
Energie + Wärme GmbH

Der Aufsichtsrat

Oberbürgermeister
Bertram Hilgen
Vorsitzender

mhkw

Strom und Fernwärme aus Abfall

Das Müllheizkraftwerk Kassel verbrennt die Abfälle der Stadt Kassel und der Landkreise Schwalm-Eder und Marburg-Biedenkopf.
Das Kraftwerk setzt dabei auf umweltfreundliche Kraft-Wärme-Kopplung und erzeugt Strom und Fernwärme in einem Prozess.
Die Rauchgasreinigung ist auf dem Stand der neusten Technik:
Sie unterbietet die zulässigen Grenzwerte spürbar.

Umgesetzte Abfallmenge	Thermische Behandlung	aussortiertes Altholz
t	t	t
203.905	187.283	4.700

Jahresabschluss 2014

158 Lagebericht

162 Bilanz

163 Gewinn- und Verlustrechnung

164 Anhang

168 Anlage 1 zum Anhang: Entwicklung des Anlagevermögens 2014

170 Anlage 2 zum Anhang: Organe der Gesellschaft

171 Bestätigungsvermerk

172 Bericht des Aufsichtsrats

Lagebericht

Die Müllheizkraftwerk Kassel GmbH (MHKW) erreichte im Geschäftsjahr 2014 erneut ihre wirtschaftlichen Ziele. Dabei war die Müllverbrennungsanlage im Berichtszeitraum vollständig ausgelastet.

1. Grundlagen des Unternehmens

1.1 Geschäftsmodell

Gegenstand der MHKW ist es, das Müllheizkraftwerk Kassel einschließlich Nebenanlagen zu betreiben und Erneuerungs- sowie Optimierungsmaßnahmen durchzuführen. Die Abfallentsorgung erfolgt auf Basis der bestehenden Verträge mit der Stadt Kassel sowie den Landkreisen Schwalm-Eder und Marburg-Biedenkopf. Gesellschafter der MHKW sind zu 97,5 % die Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH (KVV) und zu 2,5 % die Stadt Kassel.

1.2 Steuerungssystem und Leistungsindikatoren

Die Basis für die Unternehmenssteuerung der MHKW stellt die Steuerungsgröße „Jahresergebnis vor Steuern“ dar. Mittels eines zuverlässigen und konsistenten Steuerungssystems, welches sich aus strategischer Planung, Mittelfristplanung, regelmäßigen Jahreshochrechnungen und dem permanenten Controlling der Zielerreichung zusammensetzt, werden frühzeitig Hinweise auf die künftige Geschäftsentwicklung ermittelt und analysiert. Aus den vielfältigen Änderungen im Entsorgungs- und Energiesektor erhöhen sich die Anforderungen an die Controllingsysteme. Die bereits in den vergangenen Jahren eingeleiteten Anpassungen innerhalb der Controllingsysteme werden kontinuierlich verfeinert und aufeinander abgestimmt.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Seit Mitte des Jahres 2012 wird der Markt durch das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) beeinflusst, welches zum 01.06.2012 in Kraft trat. Dabei ist die MHKW im Wesentlichen durch die geänderte Abfallhierarchie und die Verpflichtung der öffentlich-rechtlichen Entsorger zur Getrenntsammlung von Bioabfällen betroffen. Durch weitreichende Vorschriften im Bereich des Recyclings und der Getrenntsammlungsverpflichtungen wird sich die Marktsituation mittelfristig weiterhin verschärfen. Negative Auswirkungen, welche durch die Gesetzgebung befürchtet wurden, traten nicht ein. Die Getrenntsammlung von Bioabfällen im Schwalm-Eder-Kreis wurde noch nicht eingeführt, somit standen diese Mengen dem MHKW weiter zur Verfügung.

2.2 Unternehmensentwicklung

Während des Berichtszeitraums konnte aufgrund der guten konjunkturellen Entwicklung die Anlage komplett ausgelastet werden. Der milde Winter zu Beginn des Jahres führte dazu, dass insbesondere aus dem Bereich Bau und Produktion eine positive Mengenentwicklung zu verzeichnen war. Die geplante Anliefermenge zum Jahresende konnte aufgrund der positiven Auslastung übertroffen werden.
Die vorhandenen Kapazitäten der Müllverbrennungsanlagen konnten im gesamten Bundesgebiet entgegen der allgemeinen Darstellung von Überkapazitäten voll ausgenutzt werden. Das MHKW arbeitete an der Optimierung seiner Vertriebsstrategie. Im Mittelpunkt stand dabei eine serviceorientierte Bedienung der öffentlich-rechtlichen Entsorger. Neben der Akquise neuer Kunden setzt die MHKW verstärkt auf die Verwertung von Spezialabfällen, die von Drittkunden bezogen werden. Eine weitere wichtige Rolle zur Auslastung nimmt vermehrt der Import von Abfallmengen aus dem Ausland ein. Die Entsorgung von Abfällen aus dem Ausland gewinnt durch Preissteigerungen im Abfallmarkt zunehmend an Attraktivität. Vor diesem Hintergrund nahm die MHKW Geschäftsbeziehungen zu ausländischen Entsorgern wieder auf und konnte entsprechende Mengen zur weiteren Auslastung akquirieren.
Darüber hinaus nahm die MHKW eine neue Umschlageinrichtung in Betrieb.
Diese dient dazu, Bioabfälle der Stadt Kassel in größere Transporteinheiten zu verladen. Die MHKW konnte das neue Geschäftsfeld erfolgreich vermarkten.

2.3 Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2014 setzte die MHKW eine Abfallmenge von 203.905 Mg (Vorjahr 192.658 Mg) um. Davon entfielen 99.108 Mg (Vorjahr 95.737 Mg) auf Lieferungen der Stadtreiniger Kassel (SRK) und 104.796 Mg (Vorjahr 96.921 Mg) auf die Landkreise Marburg-Biedenkopf und Schwalm-Eder sowie gewerbliche Kunden.
Insgesamt wurden 187.283 Mg (Vorjahr 181.633 Mg) thermisch behandelt. Damit wurde die verbrannte Abfallmenge erneut gesteigert und lag deutlich über der geplanten Verbrennungsmenge der Anlage. Ursächlich dafür war eine Verbesserung der Anlagenverfügbarkeit.
Neben der Sortierung und thermischen Behandlung von Abfällen wurden ca. 6.200 Mg in ballierter Form eingelagert. Hierdurch konnte der Volllastbetrieb auch in den Wintermonaten, in denen üblicherweise geringere Mengen anfallen, gewährleistet werden.
Die übrigen Abfallmengen, die über die thermischen Kapazitäten hinaus verfügbar waren, wurden im Auftrag der MHKW in anderen Anlagen thermisch behandelt. Dieses Verfahren wird genutzt, um bei unterjährig schwankenden Mengen eine Vollauslastung der Anlage zu erreichen.
Daneben wurde Holz in der Vorbehandlungsanlage sortiert und aufbereitet. Insgesamt konnten ca. 4.700 Mg (Vorjahr 3.200 Mg) Altholz als Brennstoff für Biomasseanlagen zur Verfügung gestellt werden. Der Anstieg der Sortierquote begründet sich durch die gute Verfügbarkeit am Kraftwerksstandort Mittelfeld, sodass dort durchgehend Altholz abgenommen werden konnte.
In umweltverträglicher Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) hat die Anlage Strom und Fernwärme erzeugt. Der erzeugte Strom wird an die Städtische Werke Aktiengesellschaft (STW), die Fernwärme an die Städtische Werke Energie + Wärme GmbH (EWG) verkauft.
Die MHKW erwirtschaftete im Berichtsjahr Umsatzerlöse für Entsorgung, Fernwärme, Strom und sonstige Produkte in Höhe von 34,3 Mio. EUR (Vorjahr 33,1 Mio. EUR).
Die Erlöse laut Entsorgungsvertrag in Höhe von 6,0 Mio. EUR (Vorjahr 4,9 Mio. EUR) und die Erlöse mit Dritten mit 12,1 Mio. EUR (Vorjahr 11,7 Mio. EUR) lagen jeweils über Vorjahresniveau. Hingegen lagen sowohl die Erlöse aus Stromlieferungen an die STW als auch die Erlöse aus Fernwärmelieferungen an die EWG leicht unter dem Vorjahresniveau.
Der Betrieb der Anlage wurde mit Personal der EWG durchgeführt. Die Entgelte wurden auf der Basis bestehender Verträge berechnet.

Die Materialaufwendungen stiegen gegenüber dem Vorjahr auf 10,3 Mio. EUR (Vorjahr 8,6 Mio. EUR). Die Aufwendungen für bezogene Leistungen beinhalteten vor allem Fremdleistungen für Instandhaltungen und überschritten mit 6,1 Mio. EUR den Vorjahreswert von 4,8 Mio. EUR.
Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrugen im Geschäftsjahr 2014 8,6 Mio. EUR (Vorjahr 9,0 Mio. EUR).
Die Abschreibungen lagen mit 8,6 Mio. EUR knapp unter Vorjahresniveau (Vorjahr 8,7 Mio. EUR).
Der Zinsaufwand unterschritt mit 2,4 Mio. EUR knapp den Vorjahreswert (Vorjahr 2,5 Mio. EUR). Die MHKW erwirtschaftete ein Finanzergebnis in Höhe des Vorjahresniveaus von -2,3 Mio. EUR.

2.4 Vermögens- und Finanzlage
Die Bilanzsumme der MHKW sank im Vergleich zum Vorjahr auf 69,9 Mio. EUR (Vorjahr 76,3 Mio. EUR).
Das Vermögen bestand dabei überwiegend aus Anlagevermögen in Höhe von 63,9 Mio. EUR und lag unter dem Vorjahreswert von 71,7 Mio. EUR. Das Umlaufvermögen stieg dagegen von 4,6 Mio. EUR auf 6,0 Mio. EUR.
Der Anteil des Anlagevermögens in Höhe von 91,4 % (Vorjahr 93,9 %) am Gesamtvermögen spiegelt eine sehr hohe Anlagenintensität wider.
Im Geschäftsjahr investierte die MHKW insgesamt 1,0 Mio. EUR in Sachanlagen (Vorjahr 1,4 Mio. EUR). Investitionsschwerpunkte stellten kleinere Maßnahmen in Verbindung mit der bereits in Betrieb genommenen Dampfturbine M8, die Erneuerung des Netztrafos sowie die Erweiterungen der Sprühwasserlöschanlagen in den Müllbunkern dar.
Mit einem Eigenkapital von unverändert 20,5 Mio. EUR betrug die Eigenkapitalquote 29,3 % (Vorjahr 26,8 %).
Die Rückstellungen lagen bei 1,6 Mio. EUR (Vorjahr 1,2 Mio. EUR). Die Verbindlichkeiten sind aufgrund höherer konzerninterner Kassenkredite bei rückläufigen Bankverbindlichkeiten von 28,3 Mio. EUR auf 30,0 Mio. EUR angestiegen. Gleichzeitig gingen die Rechnungsabgrenzungsposten für Forfaitierungsdarlehen von 26,4 Mio. EUR auf 17,9 Mio. EUR zurück.
Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit betrug im Berichtsjahr im Wesentlichen aufgrund der nicht zahlungswirksamen Abschreibungen (8,6 Mio. EUR) sowie der Zunahme der Verbindlichkeiten (4,2 Mio. EUR) 11,9 Mio. EUR (Vorjahr -4,5 Mio. EUR). Im gleichen Zeitraum lag der Cashflow aus Investitionstätigkeit auf einem Wert von -1,0 Mio. EUR (Vorjahr -1,4 Mio. EUR).
Die Kapitalflussrechnung wies zudem für das Geschäftsjahr 2014 bedingt durch planmäßige Tilgungsleistungen sowie Auszahlungen aufgrund von Forfaitierungen einen negativen Cashflow aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von -10,9 Mio. EUR (Vorjahr 5,8 Mio. EUR) aus.
Dies führte zum Ende der Berichtsperiode zu einem Finanzmittelbestand von 0,0 Mio. EUR (Vorjahr 0,0 Mio. EUR).

2.5 Gesamtaussage zur Lage des Unternehmens
Die MHKW erzielte ein Jahresergebnis vor Gewinnabführung auf Vorjahresniveau von 4,7 Mio. EUR, bei Gesamterlösen von 34,8 Mio. EUR (Vorjahr 33,5 Mio. EUR) und Aufwendungen von 30,1 Mio. EUR (Vorjahr 28,8 Mio. EUR).
Das Jahresergebnis wurde vollständig an die KVV abgeführt.
Das Jahresergebnis vor Steuern betrug wie im Vorjahr 4,7 Mio. EUR und lag damit knapp über dem Planergebnis.

3. Nachtragsbericht
Nach Ende des Geschäftsjahres gab es keine besonderen Vorgänge.

4. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

4.1 Prognosebericht
Die langfristigen Kooperationen mit kommunalen Kunden gewährleisten einen Großteil der zukünftigen Auslastung der Müllverbrennungsanlage. Die Erzeugung von Strom und Fernwärme, die durch den Betrieb der neuen Dampfturbine weiter optimiert wurde, sind ebenfalls wichtige Erfolgsfaktoren für eine positive wirtschaftliche Entwicklung der MHKW.
Die Entwicklung des Abfallmarktes fordert, dass die MHKW ihren Kunden, wie in der Vergangenheit, marktgerechte Komplettlösungen anbietet. Die MHKW arbeitet partiell mit Wettbewerbern zusammen, um ihre Marktpräsenz zu stärken. Der Bereich der Entsorgung von Auslandsabfällen befindet sich wieder im Aufwind und soll nach Möglichkeit ausgebaut werden. Die wirtschaftlichen und technischen Strukturen der MHKW bilden nach wie vor eine vielversprechende Grundlage, um auch künftigen Herausforderungen erfolgreich begegnen zu können. Daher wird derzeit für das Jahr 2015 von einem Ergebnis leicht über dem Niveau des Berichtsjahres und der Vorjahre ausgegangen. Abfallentsorgung, Energieerzeugung und Rohstoffgewinnung stellen Geschäftsfelder dar, auf denen die MHKW auch weiterhin erfolgreich agieren kann.

4.2 Chancen- und Risikobericht
Wirtschaftliche Risiken entstehen für die Betreiber von Müllverbrennungsanlagen vor allem aus einem Mangel an verfügbaren Abfällen und dem damit verbundenen Preisverfall. Die Entsorgungsverträge der MHKW mit kommunalen Kunden haben eine Laufzeit bis 2019 bzw. 2020 und gewährleisten damit eine gewisse Planungssicherheit.
Chancen ergeben sich für die MHKW aus der serviceorientierten Ausrichtung der Vertriebsstrategie. Hierbei können die Verwertung von Abfällen aus dem Ausland sowie die Verwertung von Spezialabfällen zukünftig zur Auslastung beitragen. Liquiditäts- und Zinsrisiken werden durch langfristige Finanzierungen der MHKW über den Verkauf von einredefreien Forderungen abgesichert.
Der langfristige Entsorgungsvertrag mit der Stadt Kassel bietet die Grundlage, auf der weitere Finanzierungen aufgesetzt werden können. Aufgrund der ausgewogenen Kundenstruktur mussten nur sehr geringe Abschreibungen auf Kundenforderungen vorgenommen werden. Die Bonität der öffentlich-rechtlichen Kunden relativiert somit auch das Risiko des Forderungsausfalls.
Die kurzfristige Finanzierung des laufenden Liquiditätsbedarfs erfolgt im Rahmen des Cash-Managements im KVV-Konzern. Über einen Kassenkreditvertrag mit der KVV wird der laufende Liquiditätsausgleich durchgeführt, sodass die Liquiditätsrisiken für den kurzfristigen Bedarf begrenzt sind. Parallel erfolgt eine unterjährige Überwachung der Erlös- und Kostensituation sowie der erbrachten bzw. bezogenen Leistungsmengen. Auf Basis einer Profit-Centerrechnung werden zudem gezielt Planungsabweichungen ermittelt und analysiert sowie Optimierungsbedarf dargestellt. Monats- und Quartalsberichte, in denen die Geschäftsentwicklung aufgezeigt und analysiert wird, bieten die notwendigen Informationen über die Unternehmensentwicklung, um geeignete Steuerungsmaßnahmen kurzfristig umsetzen zu können. Daneben werden mit dem Einsatz von Risikomanagementsystemen relevante Risiken frühzeitig erkannt und bewertet, um anschließend geeignete Maßnahmen zur Vermeidung, Reduzierung und Kontrolle der Risiken einzuleiten.

Kassel, 31. März 2015

Müllheizkraftwerk Kassel GmbH

Die Geschäftsführung

Karl-Heinz Schreyer

Bilanz zum 31.12.2014

Aktiva	Anhang	EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 Tsd. EUR
A. Anlagevermögen	(4)			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			41.069,00	37
II. Sachanlagen			63.847.515,44	71.680
			63.888.584,44	71.717
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		3.756.280,01		3.178
			3.756.280,01	3.178
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(5)			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		1.556.613,46		1.254
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	(6) (7)	561.401,36		89
3. Sonstige Vermögensgegenstände		152.044,06		103
			2.270.058,88	1.446
III. Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks			969,90	0
D. Rechnungsabgrenzungsposten			3.855,00	6
			69.919.748,23	**76.347**

Passiva	Anhang	EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 Tsd. EUR
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	(8)		20.452.000,00	20.452
B. Rückstellungen	(9)			
1. Steuerrückstellungen		4.200,00		4
2. Sonstige Rückstellungen		1.552.442,61		1.236
			1.556.642,61	1.240
C. Verbindlichkeiten	(10)			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		12.006.150,00		14.407
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		495.043,30		1.121
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	(11)	17.402.228,57		11.384
4. Sonstige Verbindlichkeiten	(12)	127.399,29		1.339
			30.030.821,16	28.251
D. Rechnungsabgrenzungsposten	(13)		17.880.284,46	26.404
			69.919.748,23	**76.347**

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

	Anhang	EUR	2014 EUR	2013 Tsd. EUR
1. Umsatzerlöse	(14)		34.313.342,22	33.082
2. Andere aktivierte Eigenleistungen			3.663,28	1
3. Sonstige betriebliche Erträge			380.752,00	244
			34.697.757,50	33.327
4. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		–4.258.692,74		–3.845
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		–6.087.383,19		–4.800
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		–8.639.543,60		–8.697
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		–8.642.398,61		–8.953
			–27.628.018,14	–26.295
Betriebsergebnis			**7.069.739,36**	**7.032**
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	(15)	64.391,94		161
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	(16)	–2.411.944,26		–2.465
Finanzergebnis			**–2.347.552,32**	**–2.304**
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			4.722.187,04	4.728
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(17)		–60.088,00	0
11. Sonstige Steuern			–11.921,30	–22
			4.650.177,74	4.706
12. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführter Gewinn	(18)		–4.650.177,74	–4.706
13. Jahresüberschuss			**0,00**	**0**

Anhang

I. Geschäft und Rahmenbedingungen

(1) Allgemeine Angaben
Der Jahresabschluss wurde auf Grundlage der handelsrechtlichen Ansatz-, Bewertungs- und Gliederungsvorschriften in der Fassung des Handelsgesetzbuches vom 22. Dezember 2014 erstellt.

(2) Gliederung
Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt und deren Gliederung um den Posten „12. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführter Gewinn“ ergänzt. Aufwandspositionen sind mit einem Minuszeichen versehen.
Zur Verbesserung der Klarheit der Darstellung in der Bilanz und in der Gewinn- und Verlustrechnung sind Davon-Vermerke im Anhang ausgewiesen.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die immateriellen Vermögensgegenstände und die Sachanlagen sind zu Anschaffungs- bzw. Herstellkosten bewertet. Die planmäßigen Abschreibungen werden nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände linear vorgenommen.
Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten von unter 150 EUR werden im Jahr des Zugangs in voller Höhe als Aufwand erfasst.
Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind zu fortgeschriebenen, durchschnittlichen Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Es wurde eine Pauschalwertberichtigung von 2,5 % zur Abdeckung der Lagerrisiken vorgenommen.
Alle übrigen Vermögensgegenstände sind grundsätzlich mit den Nennbeträgen erfasst.
Bei Forderungen werden erkennbare Risiken durch Wertberichtigungen berücksichtigt.
Bei den Rückstellungen sind alle erkennbaren Risiken berücksichtigt.
Die sonstigen Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Zukünftige Preis- und Kostensteigerungen werden berücksichtigt, sofern ausreichende objektive Hinweise für deren Eintritt vorliegen.
Die Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag passiviert.

(3) Konzernabschluss
Einen Konzernabschluss, in dem die Müllheizkraftwerk Kassel GmbH einbezogen wird, stellt die Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH (KVV), Kassel, auf. Dieser Abschluss wird im Bundesanzeiger elektronisch veröffentlicht.

III. Angaben zur Bilanz

(4) Anlagevermögen
Die Entwicklung des Anlagevermögens einschließlich der Abschreibungen des Geschäftsjahres wird in der Anlage 1 gezeigt.

(5) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände
Die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind innerhalb eines Jahres fällig.

(6) Forderungen gegen verbundene Unternehmen
Bei den Forderungen gegen verbundene Unternehmen handelt es sich im Wesentlichen um den Saldo aus dem gegenseitigen Lieferungs- und Leistungsaustausch mit der Städtische Werke AG (STW) in Höhe von 482 Tsd. EUR (Vorjahr 89 Tsd. EUR).

(7) Mitzugehörigkeit der Forderungen zu anderen Bilanzpositionen
Die Mitzugehörigkeit der Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen und Beteiligungsunternehmen zu anderen Posten stellt sich wie folgt dar:

Verbindlichkeiten aus	Verbundene Unternehmen **in Tsd. EUR**
Lieferungen und Leistungen	561

(8) Gezeichnetes Kapital
Das gezeichnete Kapital setzt sich wie folgt zusammen:

Gesellschafter	**EUR**	**%**
Stadt Kassel	511.300	2,5
Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH	19.940.700	97,5
	20.452.000	**100**

(9) Rückstellungen
In den sonstigen Rückstellungen sind hauptsächlich ausstehende Rechnungen in Höhe von 524 Tsd. EUR (im Vorjahr 353 Tsd. EUR) sowie unterlassene Aufwendungen für Instandhaltung in Höhe von 971 Tsd. EUR (im Vorjahr 819 Tsd. EUR) enthalten.
Bei den Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen in Höhe von 664 Tsd. EUR handelt es sich um Rückstellungen, die nach § 249 (1) S.3 HGB a. F. gebildet wurden und gemäß Art. 67 EGHGB beibehalten werden. Im Berichtsjahr wurden hiervon Rückstellungen in Höhe von 80 Tsd. EUR verbraucht.

(10) Verbindlichkeiten
Für die Verbindlichkeiten bestehen folgende Restlaufzeiten:

	Gesamt	bis 1 Jahr	1-5 Jahre	über 5 Jahre
	Tsd. EUR	**Tsd. EUR**	**Tsd. EUR**	**Tsd. EUR**
gegenüber Kreditinstituten	12.006	2.406	9.600	--
(Vorjahr)	*(14.407)*	*(2.407)*	*(9.600)*	*(2.400)*
aus Lieferungen und Leistungen	495	495	--	--
(Vorjahr)	*(1.121)*	*(1.121)*	*(--)*	*(--)*
gegenüber verbundenen Unternehmen	17.402	17.402	--	--
(Vorjahr)	*(11.384)*	*(11.384)*	*(--)*	*(--)*
sonstige Verbindlichkeiten	127	127	--	--
(Vorjahr)	*(1.339)*	*(1.339)*	*(--)*	*(--)*
Gesamt	**30.030**	**20.430**	**9.600**	--
(Vorjahr)	*(28.251)*	*(16.251)*	*(9.600)*	*(2.400)*

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen handelt es sich um den Saldo aus gegenseitigem Lieferungs- und Leistungsaustausch u. a. mit der Städtische Werke Energie + Wärme GmbH (EWG) und der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH (KVV).

(11) Mitzugehörigkeit der Verbindlichkeiten zu anderen Bilanzpositionen
Die Mitzugehörigkeit der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Beteiligungsunternehmen zu anderen Posten stellt sich wie folgt dar:

Verbindlichkeiten aus	Verbundene Unternehmen **in Tsd. EUR**
Lieferungen und Leistungen	1.773
dem Finanzierungsverkehr	10.979
Unternehmensverträgen	4.650
Gesamt	17.402

Gegenüber der Gesellschafterin, der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH bestehen Verbindlichkeiten in Höhe von 16.383 TEUR (Vorjahr 10.906 Tsd. EUR).

(12) Sonstige Verbindlichkeiten
In den sonstigen Verbindlichkeiten sind Verbindlichkeiten aus dem Leistungsentgelt für Einstandsverpflichtungen in Höhe von 39 Tsd. EUR (Vorjahr 102 Tsd. EUR) enthalten.

(13) Rechnungsabgrenzungsposten
Der passive Rechnungsabgrenzungsposten beinhaltet den Barwert der forfaitierten und abgezinsten Forderungen an „Die Stadtreiniger" aus dem Entsorgungsvertrag vom 12.09.1995.

(–) Sonstige finanzielle Verpflichtungen
Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen beschränken sich auf das Bestellobligo in Höhe von 2.502 Tsd. EUR (Vorjahr 2.058 Tsd. EUR).

IV. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

(14) Umsatzerlöse
Die Umsatzerlöse gliedern sich wie folgt auf:

Produkt	2014 **Tsd. EUR**	Vorjahr **Tsd. EUR**
Entsorgung	28.629	27.221
Strom	4.035	4.119
Fernwärme	1.519	1.604
Sonstige	130	138
Umsatzerlöse	**34.313**	**33.082**

(15) Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
In den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen sind Erträge aus verbundenen Unternehmen in Höhe von 64 Tsd. EUR (Vorjahr 161 Tsd. EUR) enthalten.

(16) Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Bei den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen sind Aufwendungen aus verbundenen Unternehmen in Höhe von 244 Tsd. EUR (Vorjahr 332 Tsd. EUR) enthalten.

(17) Steuern von Einkommen und vom Ertrag
Die auf die Müllheizkraftwerk Kassel GmbH entfallenden Ertragsteuern werden per Konzernumlage von der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH als Organträger verrechnet.

(18) Aufwendungen für Gewinnabführung
Der aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinn betrifft die Verpflichtung gegenüber der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH aus dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag.

V. Sonstige Angaben

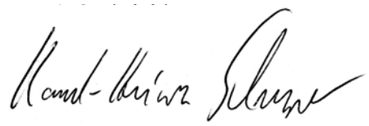
Allgemein
Die Zusammensetzung der Organe ist als Anlage 2 aufgeführt. Im Berichtsjahr wandte die Gesellschaft für Bezüge des Aufsichtsrats 8 Tsd. EUR auf. Der Geschäftsführer erhielt im Geschäftsjahr keine Bezüge.

Geschäfte größeren Umfangs
Gemäß § 6b Absatz 2 EnWG sind Geschäfte größeren Umfangs mit verbundenen sowie assoziierten Unternehmen oder mit Unternehmen derselben Aktionäre darzustellen. Die MHKW hat im Geschäftsjahr 2014 wesentliche Geschäfte aufgrund folgender Verträge mit Unternehmen im Sinne dieser Vorschrift durchgeführt:
- Vertrag über die Verrechnung von Leistungen mit der KVV und Schwestergesellschaften (Dezember 2010)
- Stromlieferungsvertrag mit der STW (Januar 2015)

Prüferhonorar
Die Darstellung des Honorars der Abschlussprüfer erfolgt im Konzernanhang der KVV.

Kassel, 31. März 2015

Müllheizkraftwerk Kassel GmbH



Karl-Heinz Schreyer

Anlage 1 zum Anhang: Entwicklung des Anlagevermögens 2014

	Anschaffungs- bzw. Herstellkosten					kumulierte Abschreibungen	Buchwerte		
	Stand 01.01.2014 **EUR**	Zugänge **EUR**	Abgänge **EUR**	Umbuchungen **EUR**	Stand 31.12.2014 **EUR**	**31.12.2014 EUR**	Stand 31.12.2014 **Tsd. EUR**	Stand 31.12.2013 **Tsd. EUR**	Abschreibungen des Geschäftsjahres **EUR**
I. Immaterielle Vermögensgegenstände									
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	365.267,43	9.500,00	0,00	13.200,00	**387.967,43**	346.898,43	**41.069,00**	36.974,00	**18.605,00**
2. Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	**0,00**	0,00	**0,00**	0,00	**0,00**
Immaterielle gesamt	365.267,43	9.500,00	0,00	13.200,00	**387.967,43**	346.898,43	**41.069,00**	36.974,00	**18.605,00**
II. Sachanlagen									
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremdem Grund	64.625.684,67	432.725,28	0,00	40.384,04	**65.098.793,99**	35.683.521,08	**29.415.272,91**	30.480.840,91	**1.538.677,32**
2. Technische Anlagen und Maschinen									
a) Erzeugung	24.783.142,92	178.456,57	0,00	0,00	**24.961.599,49**	14.171.545,49	**10.790.054,00**	11.626.093,00	**1.014.495,57**
b) Fortleitung	18.934.542,04	2.074,75	0,00	0,00	**18.936.616,79**	15.896.875,79	**3.039.741,00**	3.871.350,00	**833.683,75**
c) Messung	8.643,60	0,00	0,00	0,00	**8.643,60**	7.411,60	**1.232,00**	1.372,00	**140,00**
d) Sonstiges	90.572.262,09	217.014,31	4.785,69	279.047,73	**91.063.538,44**	71.348.697,44	**19.714.841,00**	24.260.603,00	**5.041.824,04**
Technische Anlagen und Maschinen gesamt	134.298.590,65	397.545,63	4.785,69	279.047,73	**134.970.398,32**	101.424.530,32	**33.545.868,00**	39.759.418,00	**6.890.143,36**
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.004.728,54	75.755,92	5.288,08	0,00	**5.075.196,38**	4.255.325,38	**819.871,00**	936.233,00	**192.117,92**
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	503.127,53	42.421,93	146.414,16	–332.631,77	**66.503,53**	0,00	**66.503,53**	503.127,53	**0,00**
Sachanlagen gesamt	**204.432.131,39**	**948.448,76**	**156.487,93**	**–13.200,00**	**205.210.892,22**	**141.363.376,78**	**63.847.515,44**	71.679.619,44	**8.620.938,60**
III. Finanzanlagen									
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	**0,00**	0,00	**0,00**	0,00	**0,00**
2. Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	**0,00**	0,00	**0,00**	0,00	**0,00**
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00	**0,00**	0,00	**0,00**	0,00	**0,00**
4. Sonstige Ausleihungen	0,00	0,00	0,00	0,00	**0,00**	0,00	**0,00**	0,00	**0,00**
Finanzanlagen gesamt	0,00	0,00	0,00	0,00	**0,00**	0,00	**0,00**	0,00	**0,00**
Anlagevermögen gesamt	**204.797.398,82**	**957.948,76**	**156.487,93**	**0,00**	**205.598.859,65**	**141.710.275,21**	**63.888.584,44**	71.716.593,44	**8.639.543,60**

Anlage 2 zum Anhang: Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat

Bürgermeister
Jürgen Kaiser, Kassel
(Vorsitzender)

Betriebsratsvorsitzender Städtische Werke AG
Klaus Horn, Söhrewald
(stellvertretender Vorsitzender)

Stadtkämmerer
Diplom-Volkswirt
Dr. Jürgen Barthel, Kassel

Ausbildungsleiterin
Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH
Anja Drotleff, Wabern

Rechtsanwalt
Dr. Mark Eppe, Kassel

Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirk Nordhessen
Axel Gerland, Breuna

Betriebsleiter Die Stadtreiniger Kassel
Diplom-Ingenieur
Gerhard Halm, Kassel

Geschäftsführer-Vorsitzender
Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH
Diplom-Kaufmann
Andreas Helbig, Kassel

Schlosser
Peter Holland, Niestetal

Fernmeldemonteur
Klaus-Peter Keller, Vellmar

Diplom-Ingenieurin
Eva Koch, Kassel

Geschäftsführer i. R.
Heinz Schmidt, Kassel

Diplom-Ingenieurin
Sabine Wollny, Kassel

Diplom-Handelslehrer
Heribert Völler, Kassel

Geschäftsführer Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH
Diplom-Ingenieur
Norbert Witte, Kassel

Geschäftsführung

Diplom-Ingenieur
Karl-Heinz Schreyer, Niestetal

Wiedergabe des Bestätigungsvermerks des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Müllheizkraftwerk Kassel GmbH, Kassel, für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft.
Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen im Gesellschaftsvertrag liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.
Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.
Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Kassel, den 29. April 2015

sb+p Strecker . Berger + Partner
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Heiner Eggert
Wirtschaftsprüfer

Andreas Fehr
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat wurde von der Geschäftsführung während des Geschäftsjahres 2014 über die Geschäftsentwicklung und Besonderheiten durch schriftliche und mündliche Berichte umfassend unterrichtet.
In den zwei Aufsichtsratssitzungen am 12.06. und 19.11.2014 wurden wesentliche Fragen der Unternehmenspolitik und Investitionsentscheidungen ausführlich beraten.
Der Aufsichtsrat konnte seine gesetzlich vorgeschriebene Kontrollfunktion gegenüber der Geschäftsführung wahrnehmen und die ihm im Rahmen der satzungsmäßigen Zuständigkeit obliegenden Entscheidungen treffen.
Der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014 wurden von der gemäß Gesellschafterbeschluss vom 12.08./27.08.2014 zu Abschlussprüfern bestellten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Strecker, Berger + Partner, Kassel, geprüft, die dazu den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt haben.
Dem Aufsichtsrat lagen der Prüfungsbericht, der Jahresabschluss, der Lagebericht sowie die ergänzenden Berichte der Geschäftsführung vor. Der Aufsichtsrat billigt den Jahresabschluss in der von der Geschäftsführung vorgelegten Form. Er empfiehlt der Gesellschafterversammlung, den Jahresabschluss in der vorliegenden Form festzustellen.
Der Geschäftsführung und allen Mitarbeitern spricht der Aufsichtsrat seinen Dank aus.

Kassel, 18. Juni 2015

Müllheizkraftwerk Kassel GmbH

Der Aufsichtsrat

Jürgen Kaiser
Vorsitzender

Netcom KASSEL

Jahresabschluss 2014
Netcom Kassel Gesellschaft für Telekommunikation mbH

Kommunikation für Kassel und Nordhessen

Die Netcom Kassel ist der Telekommunikationsdienstleister für öffentliche Einrichtungen, Gewerbetreibende und private Haushalte. Dazu nutzt sie fremde Netze und betreibt eigene, die sie konsequent in Breitbandtechnik ausbaut. In der Stadt Kassel wird mittelfristig ein Glasfasernetz aufgebaut, um den Kunden leistungsfähiges Highspeed-Internet zu bieten.

Mitarbeiter	Umsatzerlöse	Leitungsnetz
	Mio €	km
25	9,8	480

Jahresabschluss 2014

174 Lagebericht

178 Bilanz

180 Gewinn- und Verlustrechnung

181 Anhang

186 Anlage 1 zum Anhang: Entwicklung des Anlagevermögens 2014

188 Anlage 2 zum Anhang: Organe der Gesellschaft

189 Bestätigungsvermerk

190 Bericht des Aufsichtsrats

Lagebericht

1. Grundlagen des Unternehmens

1.1 Geschäftsmodell und -struktur
Die Netcom Kassel Gesellschaft für Telekommunikation mbH (Netcom) ist seit dem 01.04.2013 zu 100 % ein Tochterunternehmen der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH (KVV). Die Netcom erbringt mittels eigener und fremder Netze Dienstleistungen in der Telekommunikation für öffentliche Einrichtungen, Gewerbetreibende sowie private Haushalte. Ihr Ziel ist es, mit preiswerten und hochentwickelten Telekommunikationsdienstleistungen den Wirtschaftsstandort Kassel und die Region um Kassel zu stärken. Das Geschäftsmodell beinhaltet sowohl die Erbringung von Telekommunikationsdienstleistungen an Endkunden als auch die Erstellung und der Betrieb von Netzen. Zusammen mit der EAM Beteiligungen GmbH hat die Netcom im Berichtsjahr die OR Network GmbH (OR Network) erworben und hält 50 % der Anteile. Die OR Network, ein Carrier mit 30 Mitarbeitern und Sitz in Reiskirchen-Winnerod, bietet alternative Breitbandversorgungen in Regionen an, die keine oder eine schlechte Versorgung mit Breitbanddiensten besitzen. Derzeit umfasst das Versorgungsgebiet der OR Network mehr als 400 Orte, die sich überwiegend in Mittelhessen befinden.

1.2 Steuerungssystem und Leistungsindikatoren
Die Basis für die Unternehmenssteuerung der Netcom stellt die Steuerungsgröße „Jahresergebnis vor Steuern" dar. Mittels eines zuverlässigen und konsistenten Steuerungssystems, welches sich aus strategischer Planung, Mittelfristplanung, regelmäßigen Jahreshochrechnungen und dem permanenten Controlling der Zielerreichung zusammensetzt, werden frühzeitig Hinweise auf die künftige Geschäftsentwicklung ermittelt und analysiert. Aus den vielfältigen Änderungen im Bereich der Telekommunikation erhöhen sich die Anforderungen an die Controllingsysteme. Die eingesetzten Controllingsysteme werden daher kontinuierlich verfeinert und aufeinander abgestimmt.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen
Der Druck durch die Sättigung des Marktes für Telekommunikationsleistungen war im abgelaufenen Wirtschaftsjahr spürbar und wird sich auch in den kommenden Jahren weiter fortsetzen. Trotzdem ist die Nachfrage nach Dienstleistungen in der Telekommunikation in bestimmten Versorgungsgebieten und Bereichen weiterhin gegeben. Der zunehmende Wettbewerb erfordert die Suche nach Wachstumstreibern, um sich spürbar von anderen Wettbewerbern zu unterscheiden. In der Telekommunikationsbranche wurden zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur vorgenommen. Ziel ist dabei, eine effiziente Nutzung der Netze zu gewährleisten. Zudem schritt die Fortsetzung der Konsolidierung im Markt weiter voran. Wettbewerber legen immer mehr den Fokus auf innovative Preisstrategien und ein umfangreiches Serviceangebot, um am Markt bestehen zu können.

2.2 Unternehmensentwicklung
Die Netcom erwirtschaftet einen großen Teil ihres Umsatzes derzeit noch durch die Bereitstellung mehrerer Vorprodukte für Kunden der Vodafone GmbH (Vodafone). Mit dem vollzogenen Rückkauf der Geschäftsanteile der Vodafone durch die KVV startete die Netcom erfolgreich die Vermarktung eigener Sprach- und Internetprodukte für das Privatkundensegment im Berichtsjahr. Die Netcom bietet Produkte für Privat- und Geschäftskunden an. Privatkunden können einen günstigen Einsteigertarif (NetcomSpeed) und einen attraktiven Kompletttarif (NetComplete) auswählen. Der Einsteigertarif besteht aus einer Flatrate für die Nutzung des Internets ohne Volumenbegrenzung sowie der Zurverfügungstellung eines Sprachanschlusses. Zielsegment sind hier Kunden, die aufgrund der hohen Gebühren für die mobile Internetnutzung eine Alternative benötigen. Der Kompletttarif beinhaltet neben der Flatrate für den Internetanschluss ohne Volumenbegrenzung, eine Sprachflatrate ins deutsche Festnetz sowie 50 Minuten in sämtliche Mobilfunknetze. Mit diesem Tarif sollen Familien adressiert werden, für die neben der Festnetznutzung auch die Möglichkeit Gespräche in Mobilfunknetze zu führen, wichtig ist. Zur Komplettierung der Produktpalette bietet die Netcom nun auch den Geschäftskunden attraktive Lösungen an. Die Gewerbetreibenden haben die Möglichkeit zwischen Anlagenanschlüssen, Primärmultiplex-Anschlüssen und speziellen Internetangeboten zu wählen.
Die notwendigen Kapazitäten an Lichtwellenleiterfasern sind im Bereich von Kassel hauptsächlich bei der Städtische Werke Netz + Service GmbH (NSG) angemietet. Für alle Bereiche der neuen Vermarktungspotenziale wurden eigene Netze erstellt. Im Bereich der Stadt Kassel wurde das von der Tele Columbus AG erworbene Netz für die Integration in das Backbone-Netz (Transportnetz) vorbereitet. Eine Vermarktung soll ab dem Kalenderjahr 2015 erfolgen. Die Netcom kann inzwischen auf ein Netz von 480 km Länge zurückgreifen.

Im Rumpfgeschäftsjahr 2014 hat die Netcom ihren Marktanteil im Raum Kassel und Umgebung nahezu stabilisieren können. Im Kerngeschäft, den Komplett-Anschlüssen der Vodafone GmbH, gingen die Anschlusszahlen von 48.371 auf 46.260 Anschlüsse zurück. Sinkende Vodafone-Kundenzahlen sind durch die eingestellte Vermarktung der Vodafone-Produkte zum 01.04.2013 begründet.
Am 19.12.2014 wurde zwischen der Netcom und der Gemeinde Calden ein Subventionsvertrag zum Ausbau und Unterhaltung eines Breitbandnetzes im Kernort Calden unterschrieben. Der Vertrag regelt die Bedingungen des Gewinns der Ausschreibung zur Finanzierung einer Deckungslücke mit der Gemeinde Calden.

2.3 Ertragslage
Die Darstellung der Ertragslage der Netcom ist geprägt durch den Einfluss des Rumpfgeschäftsjahres 2014, welches aus neun Monaten (01.04.2014 bis 31.12.2014) bestand und damit nicht unmittelbar mit dem Geschäftsjahr 2013/2014 (zwölf Monate) vergleichbar ist.
Die Gesamterträge der Netcom betrug im Berichtsjahr 10.323,7 Tsd. EUR. Der Vorjahreswert lag bei 13.908,1 Tsd. EUR. Im selben Zeitraum lagen die Gesamtaufwendungen bei 10.353,3 Tsd. EUR (Vorjahr 13.718,8 Tsd. EUR). Sie setzten sich aus mengenabhängigen bezogenen Leistungen von der Deutschen Telekom AG (DTAG), welche in Zusammenhang mit der Höhe der Umsatzerlöse stehen, aus Personalaufwand, Abschreibungen, Zinsen, Steuern und sonstigen betrieblichen Aufwendungen zusammen.
Bedingt durch den Aufbau eines eigenen Geschäftsmodells waren durchschnittlich 26,4 Mitarbeiter im abgelaufenen Wirtschaftsjahr bei der Netcom beschäftigt, wodurch sich der Mitarbeiterstamm um rd. vier Mitarbeiter erhöht hat. Der Personalaufwand betrug 1.604,8 Tsd. EUR (Vorjahr 1.919,8 Tsd. EUR) Die Abschreibungen für den Berichtszeitraum lagen bei 915,6 Tsd. EUR (Vorjahr 1.233,4 Tsd. EUR). Das Finanzergebnis betrug 130,0 Tsd. EUR (Vorjahr -15,4 Tsd. EUR).

2.4 Vermögens- und Finanzlage
Zum Abschlussstichtag 31.12.2014 wies die Netcom eine Bilanzsumme in Höhe von 11.132,9 Tsd. EUR aus. Zum Stichtag des vorangegangenen Geschäftsjahresabschlusses am 31.03.2014 betrug die Bilanzsumme 9.875,0 Tsd. EUR. Geprägt ist die Aktivseite der Bilanz im Wesentlichen durch das Anlagevermögen in Höhe von 7.828,0 Tsd. EUR (Vorjahr 7.160,3 Tsd. EUR). Die Erhöhung des Anlagever-

mögens resultierte aus den Investitionen des vergangenen Jahres und dem Anteilskauf an der OR Network.
Die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sanken auf 2.314,8 Tsd. EUR (Vorjahr 2.542,4 Tsd. EUR). Der Kassenbestand sowie die Guthaben bei Kreditinstituten stieg dagegen auf 964,1 Tsd. EUR (Vorjahr 110,2 Tsd. EUR) an.
Auf der Passivseite der Bilanz verringerte sich der Wert des Eigenkapitals unter Berücksichtigung des im Rumpfgeschäftsjahr 2014 entstandenen Jahresfehlbetrags in Höhe von 29,6 Tsd. EUR von 8.587,9 Tsd. EUR auf 8.558,3 Tsd. EUR. Die Rückstellungen reduzierten sich gegenüber dem 31.03.2014 von 421,6 Tsd. EUR auf 291,6 Tsd. EUR. Dagegen stiegen die Verbindlichkeiten auf 2.283,0 Tsd. EUR (Vorjahr 865,5 Tsd. EUR). Die Eigenkapitalquote betrug zum 31.12.2014 76,9 % (Vorjahr 87,0 %).
Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit der Netcom betrug im Berichtsjahr 2.437,2 Tsd. EUR (Vorjahr 155,7 Tsd. EUR). Der positive Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit bei dem negativen Jahresergebnis resultiert im Wesentlichen aus den nicht zahlungswirksamen Abschreibungen sowie der Inanspruchnahme von kurzfristigen Kassenkrediten von der Gesellschafterin. Dies führte zum Ende der Berichtsperiode zu einem Finanzmittelfonds von 964,1 Tsd. EUR (Vorjahr 110,2 Tsd. EUR).

2.5 Gesamtaussage zur Lage des Unternehmens
Der Jahresfehlbetrag nach Steuern des Rumpfgeschäftsjahres 2014 betrug 29,6 Tsd. EUR. Das Ergebnis lag damit um 219,0 Tsd. EUR unter dem Ergebnis des Geschäftsjahres 2013/14 und um rd. 118 Tsd. EUR über dem Planergebnis von -148 Tsd. EUR. Das Überschreiten des Planergebnisses basierte insbesondere auf der gesamtwirtschaftlichen Reduzierung des Kostenansatzes insbesondere durch den Abschluss eines neuen Netzmietvertrags mit der NSG.

3. Nachtragsbericht
Am 26.02.2015 erhielt die Netcom den Zuschlag für den Breitbandausbau in den Landkreisen Hersfeld-Rotenburg, Werra-Meißner, Waldeck-Frankenberg, Schwalm-Eder und Kassel. Darüber hinaus sind nach Ende des Geschäftsjahres keine besonderen Vorgänge angefallen.

4. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

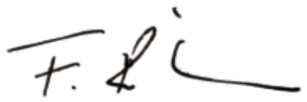
4.1 Prognosebericht
In der aktuellen Planung der Netcom ist der Breitbandausbau noch nicht enthalten, da der Zuschlag erst Anfang 2015 erfolgte. Hierin ist für das Jahr 2015 ein Ergebnis von -216 Tsd. EUR geplant, welches sich bis 2019 durch konstantes Wachstum bis zum Jahr 2019 auf 3.376 Tsd. EUR verbessert. Durch den gestiegenen Wettbewerb ist die Suche nach Wachstumstreibern und der Unterscheidung von anderen Wettbewerbern spürbar intensiviert worden. Daher sind zukünftig zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur sowie die Fortsetzung der Konsolidierung im Markt weiter notwendig. Die Netcom in Kassel wird diesen Kurs weiter verfolgen und sowohl Investitionen in die Infrastruktur vornehmen als auch Beteiligungen an Telekommunikationsunternehmen erwerben, um so die Wettbewerbsposition des Unternehmens weiter zu festigen.
Aufgrund der gewonnenen Ausschreibung zum Breitbandausbau Nordhessen wird der Umsatz gegenüber der bisherigen Planung erheblich gesteigert. Da in der Anfangsphase ein erheblicher Aufwand für Investitionen und Vertriebsprovisionen anfällt, wird in den ersten Jahren ein negatives Jahresergebnis erwartet. Danach wird mit einem erheblich höheren Jahresergebnis als in der aktuellen Planung gerechnet.
Im Zuge der Beteiligung der Städtische Werke AG an der EAM Energie GmbH wurde der EAM eine Call-Option auf 50 % der Anteile an der Netcom eingeräumt. Zurzeit laufen diesbezügliche Verhandlungen über einen Anteilsverkauf zwischen der EAM und der KVV.

4.2 Chancen- und Risikobericht
Für die Netcom besteht durch die regionale Verankerung ein enormes Kundenpotenzial im eigenen Netzgebiet. Die gewonnene Ausschreibung zum Breitbandausbau in Nordhessen vergrößert das Kundengewinnungspotenzial erheblich. Auch wenn in einem pessimistischen Szenario weniger Kunden als im aktuellen Business Case gewonnen werden, ist davon auszugehen, dass die neu geschaffene Infrastruktur, aufgrund des weiterhin stark steigenden Datenvolumens genutzt werden wird und die Netcom zumindest an den Durchleitungsentgelten mehr als auskömmliche Erlöse erwirtschaften wird.
Durch den sukzessiven Umbau des Teilnetzes der Tele Columbus AG eröffnet sich der Netcom die Chance, mittelfristig die Stadt Kassel in FTTB (fibre to the building) zu erschließen und damit die Vorleistungskosten der DTAG zu minimieren. Chancen sind auch durch den Erwerb der OR Network entstanden. Aktuell erreicht die OR Network ca. 115.000 Haushalte in ihrem Versorgungsgebiet. Hier besteht eine gute Möglichkeit, den derzeitigen Marktanteil mit dem Angebot attraktiver Produkte im Versorgungsgebiet mittelfristig signifikant zu steigern. Zusammen mit der EAM arbeitet die Netcom an einem Maßnahmenkatalog, der zum einen die Teilnehmerentwicklung der OR Network durch die Wiederaufnahme der vertrieblichen Aktivitäten, als auch die Synergiesuche, sowohl im Einkaufs- als auch im Aufwandsbereich mit den Mutterhäusern EAM und Netcom, zum Ziel hat. Das härter werdende Wettbewerbsumfeld erfordert auch im neuen Geschäftsjahr hohe Aufmerksamkeit und konsequentes Handeln. Um weiterhin auf mögliche Risiken im Rahmen der Geschäftsentwicklung angemessen reagieren zu können, betreibt die Netcom ein aktives Risikomanagement. Der Regelkreis, bestehend aus integrierten Planungs-, Informations-, und Kontrollsystemen, bildet den Schwerpunkt des funktionsübergreifenden Risikomanagements.
Bei der Netcom findet eine unterjährige Überwachung der Erlös- und Kostensituation im Rahmen eines monatlichen Berichtswesens und Quartalsberichten statt. Darüber können auf Basis einer Profit-Centerrechnung Planabweichungen unmittelbar analysiert werden. Diese Controlling- und Risikomanagementsysteme ermöglichen frühzeitige Analysen des Geschäftsverlaufs. Die sich durch Einbindung der Netcom in den KVV-Konzern ergebenden Synergiepotenziale werden konsequent genutzt.
Die Finanzierung der Netcom ist durch den KVV-Konzern gesichert, da im Rahmen des Cash-Managements im Konzern entsprechende Kassenkredite eingeräumt werden können. Die Investitionen sind langfristig finanziert. Das Liquiditätsrisiko ist daher begrenzt. Die Netcom minimiert Forderungsausfallrisiken, indem Transaktionen nur mit Handelspartnern und Banken mit hoher Bonität durchgeführt werden. Zusätzlich wird bei Bedarf die Hinterlegung von Sicherheiten vertraglich vereinbart.

Kassel, 31. März 2015

Netcom Kassel
Gesellschaft für Telekommunikation mbH

Die Geschäftsführung



Frank Richter

Bilanz zum 31.12.2014

Aktiva	Anhang	EUR	01.04.2014-31.12.14 EUR	01.04.2013-31.03.14 Tsd. EUR
A. Anlagevermögen	(4)			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			845.634,00	951
II. Sachanlagen			6.219.837,00	6.210
III. Finanzanlagen	(5)		762.547,01	0
			7.828.018,01	7.161
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
Handelswaren		9.600,28		6
			9.600,28	6
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		1.413.380,65		2.051
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	(6)	32.138,55		31
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		181.416,04		0
4. Sonstige Vermögensgegenstände		687.827,51		460
			2.314.762,75	2.542
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks			964.147,66	110
C. Rechnungsabgrenzungsposten			16.350,50	56
			11.132.879,20	**9.875**

Passiva	Anhang	EUR	01.04.2014-31.12.14 EUR	01.04.2013-31.03.14 Tsd. EUR
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	(7)		26.000,00	26
II. Kapitalrücklage			5.790.335,05	5.790
III. Gewinnrücklagen			0,00	0
IV. Gewinnvortrag			2.771.528,93	2.582
V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag			–29.603,00	189
			8.558.260,98	8.588
B. Rückstellungen				
1. Steuerrückstellungen		3.944,62		4
2. Sonstige Rückstellungen	(8)	287.624,22		418
			291.568,84	422
C. Verbindlichkeiten	(9)			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		368.348,26		199
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	(10)	1.855.105,78		513
3. Sonstige Verbindlichkeiten		59.595,34		153
			2.283.049,38	865
			11.132.879,20	**9.875**

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 2014

	Anhang		01.04.2014-31.12.14 EUR	01.04.2014-31.12.14 Tsd. EUR
1. Umsatzerlöse	(11)		9.788.717,11	13.364
2. Andere aktivierte Eigenleistungen			31.269,88	0
3. Sonstige betriebliche Erträge	(12)		358.705,19	388
			10.178.692,18	13.752
4. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		–251.079,87		–466
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		–6.542.443,85		–7.751
5. Personalaufwand	(13)			
a) Löhne und Gehälter		–1.325.245,01		–1.599
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		–279.577,28		–321
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		–915.625,32		–1.233
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		–1.002.225,26		–2.318
			–10.316.196,59	–13.688
Betriebsergebnis			**–137.504,41**	**64**
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	(14)	144.985,33		7
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	(15)	–14.951,71		–22
Finanzergebnis			**130.033,62**	**–15**
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			**–7.470,79**	48
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(16)		–13.397,01	149
12. Sonstige Steuern			–8.735,20	–8
			–29.603,00	189
13. Jahresüberschuss	(17)		**–29.603,00**	**189**

Anhang

I. Allgemeines

(1) Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss der Netcom Kassel Gesellschaft für Telekommunikation mbH (NCK), Kassel, bezieht sich auf das Geschäftsjahr vom 01. April 2014 bis zum 31. Dezember 2014 und wurde auf Grundlage der handelsrechtlichen Ansatz-, Bewertungs- und Gliederungsvorschriften in der Fassung des Handelsgesetzbuchs vom 22. Dezember 2014 erstellt. Die Vorjahreszahlen beziehen sich auf den Jahresabschluss des letzten Geschäftsjahres zum 31.03.2014. Die Gesellschaft hat für den Zeitraum 01. April bis 31. Dezember 2014 ein Rumpfgeschäftsjahr eingelegt. Die Zahlen des Berichtsjahres sind daher nur eingeschränkt mit denen des Vorjahres vergleichbar.
Die Gesellschaft ist eine mittelgroße Kapitalgesellschaft nach den in § 267 Abs. 2 HGB bezeichnenden Größenmerkmalen.

(2) Gliederung

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt. Aufwandspositionen sind mit einem Minuszeichen versehen.
Zur Verbesserung der Klarheit der Darstellung in der Bilanz und in der Gewinn- und Verlustrechnung sind Davon-Vermerke im Anhang ausgewiesen.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die immateriellen Vermögensgegenstände und die Sachanlagen sind zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet. Die planmäßigen Abschreibungen werden nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände linear vorgenommen.
Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten von unter 150 EUR werden im Jahr des Zugangs in voller Höhe als Aufwand erfasst. Geringwertige Vermögensgegenstände von 150 EUR bis 1.000 EUR werden aus Vereinfachungsgründen in einem Sammelposten erfasst und im Jahr der Anschaffung und in den vier darauffolgenden Jahren mit je einem Fünftel der Anschaffungskosten abgeschrieben.
Die Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bilanziert. Eine Abschreibung auf den niedrigeren beizulegenden Wert erfolgt bei voraussichtlich dauernder Wertminderung.
Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind zu fortgeschriebenen, durchschnittlichen Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.
Alle übrigen Vermögensgegenstände sind grundsätzlich mit den Nennbeträgen erfasst.
Bei Forderungen werden erkennbare Risiken durch Wertberichtigungen berücksichtigt. Die Pauschalwertberichtigung auf Forderungen wurde mit 1 % auf die nicht einzelwertberichtigten Nettoforderungen in Ansatz gebracht.
Die sonstigen Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Zukünftige Preis- und Kostensteigerungen werden berücksichtigt, sofern ausreichende objektive Hinweise für deren Eintritt vorliegen. Die sonstigen Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr werden mit Zinssätzen abgezinst, die von der Deutschen Bundesbank bekannt gegeben worden sind (§ 253 Abs. 2 HGB). Für die Abzinsung der Rückstellungen betragen die Zinssätze zwischen 2,80 % p.a. und 4,53 % p.a. Bei der passivierten Rückstellung für Kosten der Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen wurde wegen Unwesentlichkeit für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von einer Berücksichtigung künftiger Preissteigerungen und einer Abzinsung der Verpflichtung abgesehen.
Die Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag passiviert.

(3) Konzernabschluss

Einen Konzernabschluss, in dem die Netcom Kassel Gesellschaft für Telekommunikation (NCK), Kassel, einbezogen wird, stellt die Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH (KVV), Kassel, auf. Dieser Abschluss wird im Bundesanzeiger elektronisch veröffentlicht.

III. Angaben zur Bilanz

(4) Anlagevermögen
Die Entwicklung des Anlagevermögens einschließlich der Abschreibungen des Geschäftsjahres wird in der Anlage 1 gezeigt.

(5) Finanzanlagen
In der Position sind noch nicht endgültige abgerechnete Planungsleistungen enthalten.

Beteiligungen (direkt)	Eigenkapital	letztes Jahresergebnis	Anteil
	in Tsd. EUR	**in Tsd. EUR**	%
OR Network GmbH (OR), Reiskirchen (2014)	25,0*	--	50,0

**Stammkapital/-einlage der Gesellschaft; Abschluss zum 31.12.2014 liegt noch nicht vor.*

(6) Mitzugehörigkeit der Forderungen zu anderen Bilanzposten
Die Mitzugehörigkeit der Forderungen gegen verbundene Unternehmen und Beteiligungsunternehmen zu anderen Posten stellt sich wie folgt dar:

Forderungen aus	Verbundene Unternehmen	Beteiligungsunternehmen
	in Tsd. EUR	**in Tsd. EUR**
Lieferungen und Leistungen	32	181
Gesamt	32	181

Bei den Forderungen gegen verbundenen Unternehmen handelt es sich um den Saldo aus gegenseitigem Lieferungs- und Leistungsaustausch mit der Städtische Werke Netz + Service GmbH. Bei den Forderungen gegen Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, handelt es sich um Forderungen gegenüber der OR Network GmbH.

(7) Gezeichnetes Kapital
Das gezeichnete Kapital setzt sich wie folgt zusammen:

Gesellschafter	**EUR**	**%**
Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH	26.000	100,0

(8) Rückstellungen
In den sonstigen Rückstellungen sind Rückstellungen für ausstehende Rechnungen 53 Tsd. EUR (Vorjahr 182 Tsd. EUR) sowie für Personal 213 Tsd. EUR (Vorjahr 216 Tsd. EUR) enthalten.

(9) Verbindlichkeiten
Für die Verbindlichkeiten bestehen folgende Restlaufzeiten:

	Gesamt	bis 1 Jahr	1–5 Jahre	über 5 Jahre
	Tsd. EUR	**Tsd. EUR**	**Tsd. EUR**	**Tsd. EUR**
aus Lieferungen und Leistungen	368	368	--	--
(Vorjahr)	*(199)*	*(199)*	*(--)*	*(--)*
gegenüber verbundenen Unternehmen	1.855	1.855	--	--
(Vorjahr)	*(513)*	*(513)*	*(--)*	*(--)*
sonstige Verbindlichkeiten	60	60	--	--
(Vorjahr)	*(153)*	*(153)*	*(--)*	*(--)*
Gesamt	**2.283**	**2.283**	--	--
(Vorjahr)	*(865)*	*(865)*	*(--)*	*(--)*

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind enthalten:

	2014	Vorjahr
	in Tsd. EUR	**in Tsd. EUR**
aus Steuern	60	130

(10) Mitzugehörigkeit der Verbindlichkeiten zu anderen Bilanzposten
Die Mitzugehörigkeit der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Beteiligungsunternehmen zu anderen Posten stellt sich wie folgt dar:

Verbindlichkeiten aus	Verbundene Unternehmen
	in Tsd. EUR
Lieferungen und Leistungen	87
dem Finanzierungsverkehr	1.768
Gesamt	1.855

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen handelt es sich um den Saldo aus gegenseitigem Lieferungs- und Leistungsaustausch mit der Städtische Werke Aktiengesellschaft und der KVV sowie Kassenkrediten gegenüber der KVV. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sind in Höhe von 1.798 Tsd. EUR gleichzeitig Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter.

(–) Sonstige finanzielle Verpflichtungen
Es besteht ein Bestellobligo in Höhe von 657 Tsd. EUR (Vorjahr 818 Tsd. EUR). Weiterhin bestehen Mietverträge mit der KVV und deren Tochterunternehmen:

Geschäftsjahr	**in Tsd. EUR**
2015	1.431
2016	1.431
2017	1.431
2018 und später	4.293
Gesamt	8.586

IV. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

(11) Umsatzerlöse
Die Umsatzerlöse gliedern sich wie folgt auf:

	01.04.2014–31.12.2014 **in Tsd. EUR**	01.04.2013–31.03.2014 **in Tsd. EUR**
Umsatz -Sprache-	7.932	10.909
Umsatz -Daten-	1.390	1.789
Umsatz -Sonstige-	467	666
Gesamt	9.789	13.364

(12) Sonstige betriebliche Erträge
Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten periodenfremde Erträge aus der Herabsetzung von Wertberichtigungen in Höhe von 27 Tsd. EUR sowie aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 6 Tsd. EUR.

(13) Personalaufwand
Im Personalaufwand sind Aufwendungen für die Altersversorgung in Höhe von 44 Tsd. EUR (Vorjahr 52 Tsd. EUR) enthalten.

(14) Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
In den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen sind Erträge aus verbundenen Unternehmen in Höhe von 1 Tsd. EUR (Vorjahr 3 Tsd. EUR) enthalten.

(15) Zinsen und ähnliche Aufwendungen
In den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen sind Aufwendungen aus verbundenen Unternehmen in Höhe von 14 Tsd. EUR (Vorjahr 2 Tsd. EUR) enthalten.

(16) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von 13 Tsd. EUR betreffen das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

(17) Jahresergebnis
Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 29.603,00 EUR soll auf Vorschlag der Geschäftsführung auf neue Rechnung vorgetragen werden.

V. Sonstige Angaben

Allgemein
Im Durchschnitt des Berichtsjahres betrug der Personalstand ohne Auszubildende 25 Mitarbeiter (Vorjahr 21 Mitarbeiter). Die Unterscheidung Lohn- und Gehaltsempfänger ist entfallen.

Prüferhonorar
Die Darstellung des Honorars der Abschlussprüfer erfolgt im Konzernanhang der KVV.

Kassel, 31. März 2015

Netcom Kassel
Gesellschaft für Telekommunikation mbH

Die Geschäftsführung

Frank Richter

Anlage 1 zum Anhang: Entwicklung des Anlagevermögens 2014

		Anschaffungs- bzw. Herstellkosten					kumulierte	Buchwerte		
		Stand 01.04.2014	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Stand 31.12.2014	Abschreibungen **31.12.2014**	Stand 31.12.2014	Stand 31.03.2013	Abschreibungen des Geschäftsjahres
		EUR	**EUR**	**EUR**	**EUR**	**EUR**	**EUR**	**EUR**	**EUR**	**EUR**
I.	**Immaterielle Vermögensgegenstände**									
	1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	4.155.665,93	105.140,04	0,00	684,98	**4.261.490,95**	3.415.856,95	**845.634,00**	950.868,00	**211.059,02**
	2. Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	**0,00**	0,00	**0,00**	0,00	**0,00**
	Immaterielle gesamt	4.155.665,93	105.140,04	0,00	684,98	**4.261.490,95**	3.415.856,95	**845.634,00**	950.868,00	**211.059,02**
II.	**Sachanlagen**									
	1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremdem Grund	247.180,33	91.886,67	0,00	0,00	**339.067,00**	94.144,00	**244.923,00**	172.600,00	**19.563,67**
	2. Technische Anlagen und Maschinen									
	a) Erzeugung	0,00	0,00	0,00	0,00	**0,00**	0,00	**0,00**	0,00	**0,00**
	b) Fortleitung	16.851.053,60	329.740,22	0,00	229.044,39	**17.409.838,21**	12.249.427,21	**5.160.411,00**	5.157.914,00	**556.287,61**
	c) Messung	0,00	0,00	0,00	0,00	**0,00**	0,00	**0,00**	0,00	**0,00**
	d) Bäder	0,00	0,00	0,00	0,00	**0,00**	0,00	**0,00**	0,00	**0,00**
	e) Sonstiges	0,00	0,00	0,00	0,00	**0,00**	0,00	**0,00**	0,00	**0,00**
	Technische Anlagen und Maschinen gesamt	16.851.053,60	329.740,22	0,00	229.044,39	**17.409.838,21**	12.249.427,21	**5.160.411,00**	5.157.914,00	**556.287,61**
	3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.205.498,80	190.094,21	0,00	93.637,81	**1.489.230,82**	787.605,82	**701.625,00**	546.608,00	**128.715,02**
	4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	332.282,18	103.963,00	0,00	–323.367,18	**112.878,00**	0,00	**112.878,00**	332.282,18	**0,00**
	Sachanlagen gesamt	**18.636.014,91**	**715.684,10**	**0,00**	**–684,98**	19.351.014,03	**13.131.177,03**	**6.219.837,00**	6.209.404,18	**704.566,30**
III.	**Finanzanlagen**									
	1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	**0,00**	0,00	**0,00**	0,00	**0,00**
	2. Beteiligungen	0,00	762.547,01	0,00	0,00	**762.547,01**	0,00	**762.547,01**	0,00	**0,00**
	3. Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00	**0,00**	0,00	**0,00**	0,00	**0,00**
	4. Sonstige Ausleihungen	0,00	0,00	0,00	0,00	**0,00**	0,00	**0,00**	0,00	**0,00**
	Finanzanlagen gesamt	0,00	762.547,01	0,00	0,00	**762.547,01**	0,00	**762.547,01**	0,00	**0,00**
	Anlagevermögen gesamt	**22.791.680,84**	**1.583.371,15**	**0,00**	**0,00**	**24.375.051,99**	**16.547.033,98**	**7.828.018,01**	7.160.272,18	**915.625,32**

Anlage 2 zum Anhang: Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat

Hauptabteilungsleiter Enterprise Sales Vodafone GmbH
Alexander Saul, Düsseldorf (bis 15.06.2014)
(Vorsitzender)

Oberbürgermeister der Stadt Kassel
Bertram Hilgen, Kassel (ab 16.06.2014)
(Vorsitzender)

Geschäftsführer (Vorsitzender)
Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH
Andreas Helbig, Kassel (ab 24.07.2014)
(stellvertretender Vorsitzender)

Betriebsratsvorsitzender der Städtische Werke Aktiengesellschaft
Klaus Horn, Söhrewald

Hauptabteilungsleiter Legal & Regulatory Vodafone GmbH
Dr. Thomas Wandres, Kronberg (bis 15.06.2014)

Finance Wholsale & Strategy Vodafone GmbH
Thomas Lührs, Frankfurt am Main (bis 15.06.2014)

Geschäftsführer Seniorenwohnanlagen SWA Kassel GmbH
Wolfgang Schwarz, Grebenstein (bis 15.06.2014)

Stadtkämmerer der Stadt Kassel
Dr. Jürgen Barthel, Kassel (ab 16.06.2014)

Geschäftsführer ekom21-KGRZ Hessen
Ulrich Künkel (ab 16.06.2014)

Entwicklungsingenieur/Stadtverordneter der Stadt Kassel
Dr. Rabani Alekuzei, Kassel (ab 16.06.2014)

Dipl.-Ing./Stadtverordnete der Stadt Kassel
Eva Koch, Kassel (ab 16.06.2014)

Betriebswirt/Stadtverordneter der Stadt Kassel
Georg Lewandowski, Kassel (ab 16.06.2014)

Geschäftsführer Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH
Norbert Witte, Kassel (ab 07.04.2014)

Vorstandsmitglied Städtische Werke Aktiengesellschaft
Stefan Welsch, Vellmar (ab. 07.04.2014)

Rechtsanwalt
Dr. Mark Eppe, Soest (ab 07.04.2014)

Leitung Technik Dienste der Netcom Kassel Gesellschaft für Telekommunikation mbH
Peter de Schrijver, Grebenstein (ab 07.04.2014)

Geschäftsführung

Geschäftsführer
Frank Richter, Grebenstein

Wiedergabe des Bestätigungsvermerks des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Netcom Kassel Gesellschaft für Telekommunikation mbH, Kassel, für das Geschäftsjahr vom 01. April 2014 bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen im Gesellschaftsvertrag liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.
Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.
Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.
Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Kassel, den 29. April 2015

sb+p Strecker . Berger + Partner
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Heiner Eggert
Wirtschaftsprüfer

Andreas Fehr
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat ist von der Geschäftsleitung während des Rumpfgeschäftsjahres vom 01.04. bis 31.12.2014 über die Geschäftsentwicklung und über Besonderheiten durch schriftliche und mündliche Berichte umfassend unterrichtet worden. In den zwei Aufsichtsratssitzungen am 24.07. und 10.12.2014 wurden wesentliche Fragen der Unternehmenspolitik und Investitionsentscheidungen ausführlich beraten.
Der Aufsichtsrat konnte seine gesetzlich vorgeschriebene Kontrollfunktion gegenüber der Geschäftsführung wahrnehmen und die ihm im Rahmen der satzungsmäßigen Zuständigkeit obliegenden Entscheidungen treffen.
Der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Rumpfgeschäftsjahr vom 01.04. bis 31.12.2014 wurden von der gemäß Gesellschafterbeschluss vom 10.12.2014 zu Abschlussprüfern bestellten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Strecker, Berger + Partner, Kassel, geprüft und der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt. Dem Aufsichtsrat lagen der Prüfungsbericht, der Jahresabschluss, der Lagebericht sowie der ergänzende Bericht der Geschäftsführung vor. Der Aufsichtsrat billigt den Jahresabschluss in der von der Geschäftsführung vorgelegten Form.
Der Jahresabschluss ist damit festgestellt.
Der Geschäftsführung, dem Betriebsrat und allen Mitarbeitern spricht der Aufsichtsrat seinen Dank aus.

Kassel, 17. Juni 2015

Netcom Kassel
Gesellschaft für Telekommunikation mbH

Der Aufsichtsrat

Oberbürgermeister
Bertram Hilgen
Vorsitzender

Wir befördern Millionen

Stadt und Region, Straßenbahn- und Eisenbahnnetz: Die KVG bedeutet Vielfalt. Rund 43,8 Millionen Menschen fuhren im Jahr 2014 mit den Bussen und Bahnen auf ihren Linien im Stadtgebiet Kassel sowie auf den Trassen nach Vellmar und Baunatal. Weitere etwa 2,1 Millionen zählte ihr Beteiligungsunternehmen RBK auf der Tramstrecke im Lossetal.

Fahrgäste	Investitionen	Umsatzerlöse
Mio.		Mio. €
43,8	242	98,7

Jahresabschluss 2014

192 Lagebericht

202 Bilanz

204 Gewinn- und Verlustrechnung

205 Anhang

212 Anlage 1 zum Anhang: Entwicklung des Anlagevermögens 2014

214 Anlage 2 zum Anhang: Organe der Gesellschaft

215 Bestätigungsvermerk

216 Bericht des Aufsichtsrats

Lagebericht

Die Kasseler Verkehrs-Gesellschaft AG (KVG) übertraf im Jahr 2014 das mit der Stadt Kassel vereinbarte Ergebnis. Die Tätigkeiten im Rahmen des Projekts „mobil4kassel – KVG 2020“, insbesondere die Modernisierung der Trams sowie die Vorbereitung einer Netz- und einer Tarifstrukturreform, standen neben der Betriebsaufnahme der RegioTram-Leistungen durch die RegioTram Gesellschaft mbH (RTG) im Vordergrund.

1. Grundlagen des Unternehmens

1.1 Geschäftsmodell

Die KVG ist verantwortlich für den Betrieb von Tram- und Buslinien sowie den Bau und die Unterhaltung von Infrastruktureinrichtungen für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in Kassel und der Region. Weiterhin zählen die Durchführung von Verkehrsmanagementleistungen zur Erhaltung und Weiterentwicklung des ÖPNV zum Gegenstand des Unternehmens.

Gesellschafter der KVG sind mit einem Anteil von 93,5 % die Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH (KVV) sowie die Stadt Kassel mit 6,5 %. Die KVG ist mit jeweils 50,0 % an der Regionalbahn Kassel GmbH (RBK) und der RTG beteiligt.

1.2. Organisatorische und rechtliche Struktur

Am 09.11.2009 beschloss die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel die Betrauung der KVG mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen zur Durchführung des auf Genehmigung nach dem Personenbeförderungsgesetz (PBefG) beruhenden ÖPNV in Kassel. Auf Grundlage dieser Betrauung konnte die KVG die Übergangsfristen der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und Rats nutzen. Durch diese Verordnung sind sowohl Ausschreibungen als auch Direktvergaben möglich. Zusätzlich sieht die Verordnung Übergangsfristen vor, in denen Vergaben nach alter Rechtslage, dem sogenannten „Altmark-Trans-Urteil“ des Europäischen Gerichtshofes (EUGH), aufrechterhalten werden können. Die Direktvergabe der Straßenbahnverkehrsleistung an die KVV Verkehrsgesellschaft Nordhessen GmbH (KVN) und Busverkehrsleistungen an die NB Nordhessenbus GmbH (NB) oder alternativ an die KVG blieben somit nach alter Rechtslage möglich. Grundlage sind die Regelungen in § 4 Abs. 8-12 des derzeit gültigen Konsolidierungsvertrags zwischen der Stadt Kassel und der KVV vom 21.07.2008. Daneben war es auch möglich, die Vergabe nach der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 durchzuführen.

Auf Basis des bestehenden Beschlusses aus dem Jahr 2009 wurde eine neue Liniengenehmigung für die Tramlinien im Stadtverkehr Kassel, Baunatal und Vellmar durch die KVG beantragt und am 03.12.2012 durch das Regierungspräsidium (RP) Kassel genehmigt. Die Neukonzession läuft bis zum 14.12.2024.

Für den Tramverkehr im Lossetal existiert eine Bestandsbetrauung der RBK auf Basis der Finanzierungsverträge mit den betroffenen Gemeinden und Landkreisen. Diese fällt ebenfalls unter die Übergangsregelungen der EU-Verordnung, sodass auch hier lediglich eine neue PBefG-Liniengenehmigung beantragt werden musste. Die Genehmigung wurde der RBK am 07.02.2013 mit einer Laufzeit bis 01.10.2028 erteilt. Mit Bescheid vom 26.02.2013 wurde der RBK zudem die Genehmigung gemäß § 6 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) bis zum 29.02.2028 durch das RP Kassel erteilt.

Auf der gleichen Rechtsgrundlage wie die Tramkonzession für Kassel, Baunatal und Vellmar wurde am 08.04.2014 die Konzession für die Busverkehre des Linienbündels 11 durch die KVG beantragt. Diese hatte ursprünglich eine Laufzeit bis zum 13.12.2014. Das RP Kassel erteilte der KVG mit Genehmigungsurkunde vom 04.07.2014 die Genehmigung für die maximal mögliche Laufzeit bis zum 09.11.2019. Das Linienbündel 11 beinhaltet die Kasseler Stadtbuslinien und einzelne Linien, die über das Stadtgebiet Kassel hinausführen, die aber ihren wesentlichen Verkehrsanteil im Kasseler Stadtgebiet leisten und somit als lokale Linien definiert sind. Hierzu gehören die Linie 17 nach Fuldabrück, die Linie 22 nach Habichtswald und die Linie 41 nach Vellmar, welche aufgrund der Tramverlängerung nach Vellmar deutlich eingekürzt wurde.

Damit konnten inzwischen alle für die KVG und RBK relevanten Konzessionen für den Tram- und Busverkehr gesichert und deutlich verlängert werden.

Für die Linie 17 wurde am 29.11.2013 eine Finanzierungsvereinbarung zwischen KVG, Verkehrsverbund und Fördergesellschaft Nordhessen mbH (NVV) und der Gemeinde Fuldabrück abgeschlossen. Die Finanzierungsvereinbarung zur Linie 22 zwischen KVG, Landkreis Kassel und der Gemeinde Habichtswald wurde zu veränderten Konditionen mit dem Vertrag vom 02.12.2014 verlängert.

Die bis zum 14.12.2014 geltende Finanzierungsvereinbarung Tram Baunatal zwischen der KVG, dem NVV und der Stadt Baunatal wurde bis zum 11.12.2016 zu unveränderten Konditionen verlängert.

Die Verkehrslandschaft im Konzern besteht aus den Unternehmen KVG, KVN sowie der Beteiligung der KVG an der RBK und der RTG. Der NVV als regionale Aufgabenträgergesellschaft ist Besteller des regionalen Bus- und Schienenverkehrs. Die KVG ist die lokale Aufgabenträgergesellschaft in Kassel und nimmt dort die Bestellerfunktion wahr.

Daneben stellt die KVG als Inhaberin der Liniengenehmigungen den „Ersteller-Unternehmen“ NB und KVN die bei ihr angestellten Fahrer, Fahrzeuge, Trassen sowie diverse Dienstleistungen zu marktfähigen Preisen zur Verfügung. Die KVG beauftragt die KVN mit der Erbringung des Tramverkehrs und die NB mit der Erbringung des Busverkehrs. Durch dieses Modell wird sichergestellt, dass einerseits die KVG umfassend für die Verkehrserstellung zuständig ist, die Verkehrsleistungen aber gleichzeitig zu marktfähigen Preisen erstellt werden. Die Einhaltung des sogenannten „K4-Kriteriums“ aus dem Altmark-Trans-Urteil des EUGH (Einhaltung der Kosten eines durchschnittlichen, gut geführten Unternehmens) wird alle drei Jahre testiert.

1.3. Ziele und Strategien

Mit umfassenden internen Optimierungs- und Modernisierungsmaßnahmen wird das Ziel verfolgt, die KVG als wirtschaftlich erfolgreiches und führendes regionales Verkehrsunternehmen zu erhalten und weiter zu entwickeln. Seit Mitte 2012 ist „mobil4kassel – KVG 2020“ das zentrale, alle KVG-Bereiche umfassende Projekt, in dem die Maßnahmen zur Rückführung des KVG-Defizits in den Ergebniszielkorridor von 15 Mio. EUR entwickelt und umgesetzt werden. Inhaltlich ist das Projekt in vier Teilprojekte (TP) gegliedert, in welchen die folgenden Maßnahmen entwickelt wurden: Kern des „TP 1 – Bedarfsorientiertes Verkehrsprogramm KS“ ist eine kombinierte Netzoptimierung, die unter Beibehaltung einer ausreichenden Verkehrsbedienung auf eine

transparentere Netzstruktur, eine höhere Ausschöpfung der Fahrgastpotenziale sowie eine Effizienzsteigerung durch Anpassungen an die Nachfrage abzielt. Bereits realisiert sind der Einsatz von Doppeltraktionen seit Dezember 2013 und die Beschaffung von Beiwagen auf der Betriebsseite.
Die Umsetzung einer kompletten Netzreform für das ÖPNV-Angebot in Kassel wird einen ausgeprägten zeitlichen Vorlauf benötigen. Neben der Kommunikation der Vorzugsvariante in der Öffentlichkeit sowie politischen Diskussion und Beschlussfassung in den zuständigen kommunalpolitischen Gremien müssen vor der operativen Umsetzung begleitende Infrastrukturmaßnahmen realisiert werden. Das neue Netz soll auf die am 09.12.2013 beschlossenen Ziele des Verkehrsentwicklungsplanes Stadt Kassel 2030 und der am 16.06.2014 beschlossenen Fortschreibung des Nahverkehrsplanes (NVP) Stadt Kassel aufbauen.
Im „TP 2 – Ertragschancen nutzen“ konnte die angestrebte Neuorganisation des Vertriebskanals „Privater Vorverkauf“ mit einer Reduktion von über 100 auf rund 60 Vorverkaufsstellen im Tarifgebiet KasselPlus und einer Neuregelung des Provisionsmodells erfolgreich abgeschlossen werden. Weiterführende Maßnahmen haben die Schaffung einer einheitlichen Qualität der Angebots- und Tarifkenntnis sowie des Außenauftritts in den Vorverkaufsstellen zum Ziel. Der angestrebte Verkauf von 1.500 Schülerfreizeittickets wurde dank umfassender Marketing- und Vertriebsaktivitäten insbesondere im Vorfeld der Sommerferien wie geplant erreicht. Die Umbenennung des Produkts in „JugendFreizeitTicket“ vereinfacht den Zugang zu weiteren Zielgruppen, die zuvor aufgrund der schülerlastigen Ansprache noch nicht erreicht werden konnten.
Die Untersuchung von möglichem Zusatznutzen für die Jahreskarten, mit denen eine bessere Ausschöpfung vorhandener Zahlungsbereitschaften erreicht werden soll, steht kurz vor dem Abschluss. Ergebnisse fließen in die Produktplanung ein und sollen in den kommenden Jahren ergebniswirksam werden. Jährlich wird etwa ein Drittel des gesamten Abonnentenbestandes durch Fluktuation und Neuakquise ausgetauscht. Mit einer gezielt darauf ausgerichteten Dialogmarketing-Kampagne sollen die durchschnittliche Verweildauer im Abonnement verlängert und damit der Ertrag pro Abonnement gesteigert werden.

In „TP 3 – Organisation entwickeln – Ressourcen nutzen“ werden die noch im „mobil4kassel – KVG 2020“-Vorgängerprojekt „KVG-Wettbewerb im Nahverkehr (WiN)“ mit einer Unternehmensberatung in den Fahrzeugwerkstätten entwickelten Personalmaßnahmen umgesetzt.
Das frei werdende Personal wird für die Modernisierung der 6ENGTW-Fahrzeuge sowie der neuen 4NBWE-Beiwagen bzw. für die bisherige Instandhaltung der DB (Deutschen Bahn) Regio AG bei der RT eingesetzt. Somit werden ergebniswirksam aktivierte Eigenleistungen oder Dienstleistungen für Dritte in erheblichem Umfang erbracht.
Weitere Maßnahmen dieses TP sind das Insourcing von Auftragsschweißen sowie die Neuorganisation und Optimierung der Ausbildung Straßenbahn.
Das „TP 4 – KVG-Steuerungsmodell“ beschäftigt sich mit der wirtschaftlichen Überwachung sämtlicher Verträge mit Dritten sowie der Überprüfung von Preisen und Unternehmensstrukturen. Weiterhin erfolgt in diesem TP das Projektcontrolling, d. h. das komplette Maßnahmenbündel „mobil4kassel – KVG 2020“ mit seiner Vielzahl von Einzelmaßnahmen. Dabei werden die geplanten Maßnahmen aus den anderen drei Teilprojekten mit der KVG-Unternehmensplanung und -steuerung in Einklang gebracht.
Als Schwerpunkt im Jahr 2014 wurden die Leistungsbeziehungen im RT-Sektor auf die neuen Vertragsbeziehungen angepasst.
In einem seitens der KVV-Geschäftsführung einberufenen Projekt wurden die Perspektiven der KVV Bau- und Verkehrs-Consulting Kassel GmbH (KVC) betrachtet.
Das ursprüngliche Ziel der rechtlichen Eigenständigkeit der KVC war neben der Sicherstellung einer effizienten Leistungserbringung für die konzerninternen Gesellschaften die Erschließung von Marktpotenzialen auf dem Drittmarkt. Dieses Ziel wurde u. a. durch rückläufige Bauvolumina, sinkende Fördermittel sowie erhebliche Wettbewerbsbarrieren auf dem Drittmarkt nicht erreicht.
Vor diesem Hintergrund wurden im Projekt „P166 – Zukunft KVC“ Restrukturierungsmöglichkeiten untersucht.
Dabei sollten die Ingenieur- und Planungsleistungen vornehmlich für den Eigenbedarf des KVV-Konzerns durch eine Reintegration der KVC in den Konzern sichergestellt werden.
Als Ergebnis des Projekts wird der bisherige Bereich KVC1 („Verkehrsplanung“) ab dem 01.01.2015 als eigenständiger, technischer Bereich „Planung Infrastruktur“ innerhalb der KVG und der bisherige Bereich KVC2 („Hochbau“) als Zentralbereich „Gebäudebewirtschaftung und Hochbauplanung“ bei der KVV angesiedelt.
Laufende Projekte der KVC über das Geschäftsjahr 2014 hinaus werden im Jahr 2015 durch die KVG und KVV fortgeführt. Dazu haben die externen Auftraggeber der KVC1 in sogenannten Übernahmeverträgen zugesichert, die mit der KVC begonnenen Projekte auch künftig mit der KVG weiter bearbeiten zu wollen. So sind im Geschäftsjahr 2015 im KVG-Bereich „Planung Infrastruktur“ vor allem die Projekte Haltestellenverlängerungen für den Trambetrieb mit Anhängern, barrierefreier Umbau von Tramhaltestellen, die Planungen des barrierefreien Umbaus von Bushaltestellen in Kassel und Vellmar sowie die Ausführungsplanung für den Umbau der Haltestelle Kirche Kirchditmold wichtige Planungsaufgaben.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen
Die Stadt Kassel entwickelt sich erfreulich dynamisch. Aufgrund dieser Entwicklung sind die Anforderungen an den Verkehr ständigen Veränderungen unterworfen und erfordern die kontinuierliche Weiterentwicklung der Planungsinstrumente. Hierzu leistet die Fortschreibung des NVP – ein strategisch-planerisches Konzept zur weiteren Entwicklung des ÖPNV – einen wichtigen Beitrag.
Die KVG als das von der Stadt Kassel mit der Wahrnehmung der hoheitlichen Aufgabe der Nahverkehrsorganisation betraute Unternehmen (Aufgabenträgerorganisation) hat die Fortschreibung des NVP gemäß § 8 Abs. 3 PBefG in Verbindung mit § 14 des Hessischen ÖPNV-Gesetzes übernommen.
In diesem Rahmen hat die Stadtverordnetenversammlung 2014 den NVP verabschiedet, welcher die strategischen Ziele des ÖPNV bis zum Jahr 2019 definiert. Er ist sowohl Grundlage der Linienkonzessionierung als auch Voraussetzung für die Gewährung von Zuschüssen des Landes Hessen für Infrastrukturmaßnahmen. Wesentliche Akzente der Fortschreibung des NVP sind eine klarere Strukturierung des Netzes, die Etablierung einheitlicher Wegeketten, kürzere Fahrzeiten und sicherere Anschlüsse. Einerseits sollen an Orten hoher Nachfragepotenziale neue Angebote entstehen, andererseits soll der Aufwand dort reduziert werden, wo geringe Nachfragepotenziale den aktuellen Ressourceneinsatz nicht rechtfertigen.

2.2. Unternehmensentwicklung
Verkehrsangebot
Die im Rahmen des NVP erarbeiteten Vorgaben sind unter anderem Grundlage für die strategische Netzentwicklung im Projekt „mobil4kassel – KVG 2020“ (Vergleich Abschnitt 1.3.). Im Zuge dieses Projekts wurden die Planungen zur Verlängerung der Haltestellen der Linie 5 zwischen Baunatal und der Frankfurter Straße in Richtung Ihringshäuser Straße für Straßenbahnen mit Beiwagen mit den Ämtern der Stadt Kassel abgestimmt. Die entsprechenden Planunterlagen für die nächsten Schritte wurden fortgeschrieben und ein Antrag zur Förderung durch das Land Hessen vorbereitet.

Seit dem Fahrplanwechsel 2013/2014 wird die gestiegene Nachfrage auf der Tramlinie 1 aufgrund der Streckenverlängerung nach Vellmar, des weiteren Ausbaus des Universitätsstandortes sowie der wachsenden Besucherzahlen des Weltkulturerbes im Bergpark Wilhelmshöhe mit zwei gekoppelten Bahnen (Doppeltraktion) bedient. Fast alle Bahnsteige der Linie 1 wurden auf ca. 60 m Länge ausgebaut, lediglich die Haltestelle „Murhardstraße“ wurde provisorisch verlängert. Die Planungen zur Haltestellenverlängerung „Murhardstraße“ wurden im Jahr 2014 nochmals unter dem Gesichtspunkt der Weltkulturerbeverträglichkeit diskutiert. Dabei wurde vereinbart, die Planung zu überarbeiten und die Bahnsteige in der heutigen Lage zu belassen. Durch eine Kanalsanierung im selben Abschnitt verschiebt sich der Bau voraussichtlich auf das Jahr 2016.
Ein Angebot für eine Machbarkeitsstudie zur Tramanbindung der Gemeinde Ihringshausen liegt der Gemeinde Fuldatal vor. Hier wurden im zurückliegenden Jahr Skizzen zur technischen Machbarkeit erarbeitet.
Weiterhin soll die zentrale Haltestelle „Kirche Kirchditmold“ barrierefrei ausgebaut werden. Aufgrund der sensiblen städtebaulichen Situation ist hier eine intensive Abstimmung mit den städtischen Ämtern, Versorgungsträgern und der Stadtteilvertretung (Ortsbeirat) bereits im Vorfeld erfolgt und für die Ausführung notwendig. Die Versorgungsträger führen ab Frühjahr 2015 die erforderlichen Arbeiten aus.
Die KVG plant ab Juni 2015 die vier Monate dauernden Bauarbeiten zu beginnen, unter der Voraussetzung, dass ein Bewilligungsbescheid vorliegt.
Eine Gemeinschaftsmaßnahme mit der Stadt Kassel, KASSELWASSER und der Städtische Werke Netz + Service GmbH (NSG) ist der Umbau der Friedrich-Ebert-Straße. Im Jahr 2014 wurden hauptsächlich Arbeiten von KASSELWASSER und NSG durchgeführt. In geringem Umfang fanden auch schon Arbeiten der KVG statt, z. B. das Aufstellen von Fahrleitungsmasten. In den Sommerferien 2015 werden durch die KVG die Neubauten für die Gleisanlagen zwischen Haltestelle „Annastraße“ und „Ständeplatz“ sowie für die Haltestellen „Annastraße“ und „Karthäuser Straße“ umgesetzt. Weiterhin sind für das Jahr 2015 der

Aufbau der Fahrleitungsanlage und Signalanlagen geplant. Seit Jahren steigen die Anforderungen an die Fahrstromversorgung aufgrund des Betriebs der neuen Straßenbahnfahrzeuge mit höherem Gewicht und mehr Komfort, der Doppeltraktionen und des zukünftigen Betriebs von Beiwagen kontinuierlich an. Mit dem Bau eines neuen Unterwerkes wird das westliche Tramnetz an die Anforderungen hinsichtlich Leistung und Verfügbarkeit an den Stand des übrigen Netzes angepasst. Als langfristiges Ziel wird bei jeder Ersatzinvestition die Erhöhung der Fahrleitungsnennspannung von 600 V auf 750 V verfolgt. Das bedeutet, dass insbesondere die Gleichrichter- Unterwerke für die erhöhte Spannung ausgelegt werden.
Mit Inbetriebnahme der letzten gelieferten Fahrzeuge der 22 neuen Niederflurstraßenbahnen im Jahr 2013 können alle Fahrgäste auf technologisch hohem Niveau mit einem Niederflur-Anteil von 100 % im regulären Linienbetrieb befördert werden. Die neuen Trams ersetzen 22 ältere Hochflurbahnen (Baujahr 1981 und 1986) und decken den zusätzlichen Bedarf für die Linienerweiterung nach Vellmar ab. Das zusätzliche Angebot wird mit einem geringeren Trambestand realisiert und steigert gleichzeitig die Effektivität des Fahrzeugparks.
Die neuen Trams sind ein gutes Beispiel dafür, wie positiv die Kooperation zwischen einem umweltbewussten Energieversorger und einem ÖPNV-Anbieter in einem Konzern verlaufen kann. Alle Straßenbahnen und die RT im Stadtgebiet Kassel fahren mit Strom der Städtische Werke AG (STW), der zu 100 % aus erneuerbaren Quellen stammt. Nicht nur die Straßenbahnen fahren umweltfreundlich, seit 2010 ist der komplette ÖPNV in Kassel CO_2-neutral unterwegs.
Die Umweltfreundlichkeit der KVG wurde für das Berichtsjahr zusätzlich durch das Zertifikat „Klimaneutrales Unternehmen" bestätigt. Bei der Klimaneutralstellung der Unternehmen KVG, STW, NSG und KVV wurde der berechnete CO_2-Fußabdruck („CarbonFootprint") der Konzernunternehmen verifiziert. Die Kompensation der entstandenen Treibhausgasemission (THG) wird durch den Erwerb und die Stilllegung geeigneter THG-Zertifikate vorgenommen.
Die Erbringung der RT-Verkehrsleistungen erfolgt seit dem Fahrplanwechsel 2013/2014 durch die am 18.03.2013 von KVG und Hessische Landesbahn GmbH gegründete RTG mit Geschäftssitz in Kassel. Der Auftrag zur Leistungserbringung begann am 15.12.2013 und endet am 10.12.2023, mit einer Verlängerungsoption um sieben Monate.
Der NVV hat für das Fahrplanjahr 2014/2015 das RT-Zielkonzept analog des Fahrplanjahres 2013/2014 für die Linien RT 3–5 bestellt. Hierbei fahren die RT-Linien von Kassel nach Wolfhagen, Hofgeismar/Hümme und Melsungen im 30-Minuten-Takt im Tagesverkehr.
Das Konzept für die Linie RT 9 nach Treysa wurde vom NVV bis zum Fahrplanwechsel 2015/2016 festgelegt. Dabei hat der NVV ab Fahrplanwechsel 2014/2015 rd. 350 Tsd. km direkt bei der DB RegioNetz Kurhessenbahn bestellt. In gleicher Höhe wurden auch weiterhin Leistungen bei der RTG bestellt, indem wochentags einer von drei Umläufen mit RT-Fahrzeugen bedient wird sowie am Wochenende die Leistungen komplett durch die RTG übernommen werden. Dies führt gegenüber dem bisherigen Einsatz im Jahr 2014 von fünf RT-Fahrzeugen auf dieser Strecke zu einer sinnvollen Entlastung des Fahrzeugspitzen-Einsatzes, womit insgesamt eine Reduzierung der fahrzeugbedingten Zugausfälle erwartet wird.
Daneben wurde dem neuen, dreiseitigen „Fahrzeugbereitstellungsvertrag und Vertrag über die Wartung und Instandhaltung der Fahrzeuge" zwischen der RTG, RBK und KVG seitens des NVV am 11.12.2013 zugestimmt. Die KVG ist daher jetzt nicht mehr Unterauftragnehmer der RBK, sondern direkter Vertragspartner der RTG.
Der Vertrag endet ebenfalls am 10.12.2023 und stiftet eine hohe Planungssicherheit bei allen Gesellschaften.

Markt und Umfeld

Die enge Verflechtung der Verkehre im Stadtgebiet Kassel und im KasselPlus-Tarifgebiet erfordert ein gemeinsames Auftreten aller Aufgabenträger, um einen dauerhaften Erfolg zu erzielen. Aus diesem Grund kooperieren KVG und NVV bei der Marktbearbeitung im KasselPlus-Gebiet.
Schwerpunkte bei der Vermarktung von Tarifangeboten waren – neben den ganzjährig stattfindenden „KVG vor Ort"- Aktivitäten, die sich im Wesentlichen auf die Vermittlung von Abonnements richten – verkaufsfördernde Maßnahmen zum JugendFreizeitTicket und zur NordhessenKarte 60+. Die für die Vermarktung des JugendFreizeit-Tickets angestrebten 1.500 neuen Abonnenten wurden zum Jahresende leicht überschritten. Für die Altersgruppe der über 60-jährigen ist weiterhin eine stabile Zuwachsrate zu verzeichnen. Mit der Verleihung des Weltkulturerbestatus strömen vermehrt Touristen nach Kassel. Auch für diese – vor allem für Freizeitverkehrsangebote interessante – Zielgruppe wurden verkaufsfördernde Maßnahmen in Zusammenarbeit mit den Hotels in Kassel ergriffen, um Verkauf und Nutzung des HotelTickets weiter anzukurbeln.
Die Wiedereröffnung des Kundenzentrums der KVG in der Kurfürsten Galerie fand am 01.11.2014 nach einer dreimonatigen Bauzeit statt. Als „Visitenkarte" des Unternehmens und in erheblich verbesserter Beratungsatmosphäre ist es die zentrale Anlaufstelle für Fahrgäste in Fragen rund um das Abonnement für Verbindungsauskünfte und Carsharing. Einen neuen Ansatz verfolgte das in der zweiten Jahreshälfte aufgenommene Dialogmarketing.
Die Stadtteile Kirchditmold und Rothenditmold fungierten als Testmärkte, in denen das Konzept der angekündigten Hausbesuche mit ÖPNV-Beratung ausprobiert wurde und anschließend im Hinblick auf verändertes Nutzungsverhalten und Einnahmewirkung evaluiert wird.
Im Rahmen des vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) geförderten Projekts FREE (Freizeit- und Eventverkehre mit intermodal buchbaren Elektrofahrzeugen) soll u. a. eine umfassende Palette umweltfreundlicher Verkehrsdienstleistungen in der Stadt Kassel etabliert werden. Neben einem attraktiven Bus- und Tram-Angebot für einen Großteil der Wege bietet die KVG Privatkunden, Hotelgästen und Firmen ihren E-Mobil-Pool zur Nutzung an, um in Stadt und Region noch flexibler unterwegs zu sein. Die Ausweitung der so genannten multimodalen Verkehrsdienstleistungen leistet einen wichtigen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit und Stärkung des Kerngeschäfts der KVG, da mittelfristig Nutzungskonflikte in städtischen Räumen und der Ausbau von Umweltzonen dazu führen werden, dass die Menschen immer öfter auf die Kombination Bus, Bahn und Carsharing zurückgreifen. Sollten sich zukünftig die Rahmenbedingungen für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren durch Umweltzonen oder steigende Ölpreise verändern, ist die KVG durch ihren erworbenen Erfahrungsvorsprung gut gerüstet. Dazu trägt maßgeblich auch der zweijährige Testeinsatz eines Elektrobusses auf diversen Linien der KVG bei, der voraussichtlich im April 2015 abgeschlossen sein wird.

2.3. Ertragslage

Die KVG erzielte im Geschäftsjahr 2014 Umsatzerlöse in Höhe von 98,7 Mio. EUR (Vorjahr 95,1 Mio. EUR).
In ihrer Funktion als Besteller von Verkehrsleistungen und Betriebsführer nach § 3 Abs. 2 PBefG erhält die KVG die gesamten Verkehrseinnahmen und Zuschüsse für den lokalen Verkehr. Im Rahmen der Ausschreibungen im KasselPlus-Gebiet ist ein Teil der Umsatzerlöse aus dem Linienverkehr abzuführen oder an regionale Bündel beziehungsweise an andere Verkehrsunternehmen weiterzuleiten. Dies erfolgt in Form von Kassenausgleichszahlungen an Verkehrsunternehmen im Rahmen der Abrechnung der Einnahmeaufteilung. Die Umsatzerlöse aus dem Linienverkehr (netto) lagen im Jahr 2014 mit 31,5 Mio. EUR (inkl. Rückstellung für drohende Änderung des KasselPlus-Schlüssels) über dem Vorjahreswert von 30,1 Mio. EUR.
Im Vorjahr waren in dieser Position durch die drohende Änderung des KasselPlus-Schlüssels Rückstellungen enthalten, welche nicht nur für die Einnahmenaufteilung 2013 gebildet wurden, sondern auch für die Jahre 2010–2012.
Für den gesamten Zeitraum ab 2010 ist noch keine endgültige Einnahmenaufteilung durch den NVV erfolgt.
Die Umsatzerlöse umfassten zudem die Bereitstellung von Personal und Fahrzeugen an die KVN und die NB sowie Erlöse aus der Trassennutzung in Höhe von 35,3 Mio. EUR (Vorjahr 35,1 Mio. EUR). Die Erlöse aus der Trassennutzung bewegten sich mit 12,3 Mio. EUR um 0,6 Mio. EUR über dem Vorjahresniveau, da die RT-Fahrzeuge im Rahmen des RT-Zielkonzepts vom NVV ab dem Fahrplanwechsel 2013/2014 deutlich mehr in der Kasseler Innenstadt fahren. Dagegen sanken die Erlöse aus der Personalgestellung im Bereich Bus und Tram gegenüber dem Vorjahr um 0,5 Mio. EUR auf 6,4 Mio. EUR (Vorjahr 6,9 Mio. EUR). Dieser Rückgang war darin begründet, dass Neueinstellungen bei der KVN vorgenommen und somit weniger Fahrer von der KVG gestellt wurden. Die Erlöse aus der Fahrzeuggestellung im Bereich Bus und Tram bewegten sich mit 16,6 Mio. EUR auf dem Niveau des Vorjahres.
Die sonstigen Umsatzerlöse stiegen im Vergleich zum Vorjahr von 25,3 Mio. EUR auf 27,1 Mio. EUR.
Diese Erhöhung war im Wesentlichen auf die veränderte Abrechnung im Rahmen der Bereitstellung der RT-Fahrzeuge zurückzuführen. Die Erlöse für die Wartung und Instandhaltung der RT-Fahrzeuge werden gemäß des neuen Fahrzeugbereitstellungsvertrags nicht mehr von der RBK, sondern direkt von der KVG vereinnahmt, sodass die Nebengeschäfte mit der RTG auf 7,9 Mio. EUR steigen.
Die Nebengeschäfte mit der RBK sinken jedoch nur um 4,5 Mio. EUR auf 4,9 Mio. EUR. Diese unterschiedliche Entwicklung resultiert aus der Weitergabe von Erlösen von der RBK an die KVG, welche durch die RBK als Fahrzeugmiete seitens der RTG vereinnahmt werden, denen aber Aufwendungen bei der KVG gegenüberstehen (z. B. Fahrzeugabstellung). Zudem sind die Nebengeschäfte mit der KVN um 0,8 Mio. EUR auf 2,2 Mio. EUR gesunken. Hintergrund ist die Umstellung der Rückerstattung der Erneuerbare-Energien (EEG)-Umlage bei der KVG, die bislang als separater Erlös mit

der STW erzielt wurde und seit 2014 direkt kostenmindernd beim Fahrstromaufwand abgesetzt wird. Somit wurde der KVN der geminderte Fahrstromaufwand weiterberechnet.
Der Bestand an unfertigen Leistungen verringerte sich um -0,4 Mio. EUR (Vorjahr 4,3 Mio. EUR), da die im Vorjahr enthaltenen Großbaumaßnahmen mit Dritten, so z. B. die RT-Baumaßnahmen für die DB, weitestgehend abgeschlossen sind. Dagegen stiegen die aktivierten Eigenleistungen bedingt durch die Modernisierung der Trams von 2,3 Mio. EUR auf 2,9 Mio. EUR. Weiterhin lagen die sonstigen betrieblichen Erträge mit 13,0 Mio. EUR über dem Vorjahresniveau von 11,2 Mio. EUR. Dieser Anstieg resultierte im Wesentlichen aus gestiegenen Sachschädenerstattungen und der Erhöhung der Infrastrukturkostenhilfe der Stadt Kassel im Vergleich zum Vorjahr. Aus den vorgenannten Gründen stieg die Betriebsleistung im Geschäftsjahr 2014 auf 114,2 Mio. EUR (Vorjahr 112,8 Mio. EUR).
Im Berichtsjahr lagen die Materialaufwendungen mit 68,2 Mio. EUR leicht unter dem Vorjahresniveau von 68,6 Mio. EUR. Entsprechend der Funktion der KVG als lokaler Aufgabenträger war der größte Aufwandsposten durch die Verkehrsverträge mit der KVN und der NB geprägt, der u. a. bedingt durch die Umstellung der Fahrstromabrechnung im Tramverkehr und den Wegfall des Linienbündels 109 im Busverkehr um 1,4 Mio. EUR auf 42,9 Mio. EUR sank. Daneben war die Verringerung der Materialaufwendungen durch den Rückgang der in diesen Verträgen geregelten bezogenen Leistungen begründet, welche mit 10,3 Mio. EUR unter dem Vorjahresniveau in Höhe von 11,8 Mio. EUR lagen. Ebenfalls rückläufig im Vergleich zum Vorjahr war der Fahrstromaufwand in Höhe von 1,4 Mio. EUR (Vorjahr 3,1 Mio. EUR), da die EEG-Umlage seit 2014 direkt kostenmindernd beim Fahrstromaufwand abgesetzt wird. Diese Umstellung ist für die KVG aufgrund entfallender Rückerstattungen seitens der STW bei den sonstigen Umsatzerlösen ergebnisneutral.
Bei der KVG waren im Geschäftsjahr 2014 durchschnittlich 606 (Vorjahr 626) Mitarbeiter mit Auszubildenden beschäftigt. Die Personalkosten stiegen leicht auf 29,8 Mio. EUR (Vorjahr 29,5 Mio. EUR).
Die Abschreibungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Mio. EUR auf 13,5 Mio. EUR. Die Höhe der Abschreibungen wird im Wesentlichen von dem bereits vorhandenen Anlagevermögen, der Fahrzeugneubeschaffung und dem Infrastrukturausbau beeinflusst. Das Finanzergebnis betrug -1,9 Mio. EUR (Vorjahr -1,4 Mio. EUR). Hierin enthalten ist auch erhöhter Aufwand aus der Aufzinsung von Rückstellungen. Die Zinsaufwendungen zur Finanzierung von Investitionen (insbesondere im Zuge der Straßenbahnneubeschaffung) prägen wesentlich das Zinsergebnis.

2.4. Vermögens- und Finanzlage
Die Bilanzsumme der KVG zum 31.12.2014 betrug 262,6 Mio. EUR und lag damit leicht über dem Vorjahresniveau von 260,2 Mio. EUR.
Die Aktivseite der Bilanz bestand zu einem Großteil aus dem Anlagevermögen, welches mit 168,6 Mio. EUR auf dem Vorjahresniveau lag.
Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen in Höhe von 64,2 % spiegelt eine hohe Anlagenintensität wider. Die Zunahme des Umlaufvermögens auf 93,5 Mio. EUR (Vorjahr 91,8 Mio. EUR) resultierte im Wesentlichen aus gestiegenen Vorräten in Höhe von 56,8 Mio. EUR (Vorjahr 55,8 Mio. EUR) sowie gestiegenen Forderungen in Höhe von 36,5 Mio. EUR (Vorjahr 35,6 Mio. EUR).
Auf der Passivseite der Bilanz wurde für das Eigenkapital analog des Vorjahres ein Betrag von 122,7 Mio. EUR ausgewiesen. Dabei beträgt das Stammkapital der Gesellschaft 22,2 Mio. EUR. Die Eigenkapitalquote sank gegenüber dem Vorjahr leicht auf 46,7 % (Vorjahr 47,2 %). Hauptgrund für die Entwicklung der Eigenkapitalquote war bei einer konstanten Eigenkapitalsumme die Zunahme der Rückstellungen.
Die Rückstellungen erhöhten sich auf 22,3 Mio. EUR (Vorjahr 16,0 Mio. EUR), was insbesondere durch die Bildung der Rückstellungen für den Kassenausgleich 2014 und für zukünftige Instandhaltungsverpflichtungen der KVG gemäß des RT-Fahrzeugbereitstellungsvertrags begründet war. Diese zehnjährige Verpflichtung für die Wartung und Instandhaltung der RT-Fahrzeuge inkl. der damit verbundenen Hauptuntersuchungen wird durch die RTG über einen Zehnjahresdurchschnittspreis beglichen. Somit erhielt die KVG im Jahr 2014 Erlöse für Aufwendungen, die erst im Rahmen der Hauptuntersuchungen entstehen werden.
Die Verbindlichkeiten sanken zum Geschäftsjahresende auf 115,1 Mio. EUR (Vorjahr 119,4 Mio. EUR).
Hauptgrund waren niedrigere Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 60,8 Mio. EUR (Vorjahr 63,7 Mio. EUR).
Im Geschäftsjahr 2014 tätigte die KVG Bruttoinvestitionen in Höhe von 16,0 Mio. EUR (Vorjahr 19,7 Mio. EUR). Die Finanzierung der Gesamtinvestitionen erfolgte hauptsächlich durch die Veränderung im Fremdkapital, vereinnahmte Zuschüsse in Höhe von 1,7 Mio. EUR (Vorjahr 3,5 Mio. EUR), Abschreibungen des Geschäftsjahres in Höhe von 13,5 Mio. EUR (Vorjahr 13,1 Mio. EUR) sowie mit weiteren Mitteln der Eigenfinanzierung.
Für die Modernisierung der Trams entstanden der KVG im Jahr 2014 Ausgaben in Höhe von 2,6 Mio. EUR.
Weitere 1,5 Mio. EUR investierte sie in die Gleichrichterunterwerke im Kirchweg und in der Westerburgstraße.
Daneben bildeten der Weiterbau des Fahrgastinformationssystems mit einem Volumen von 1,3 Mio. EUR und die Erneuerung der Radreifendrehmaschine im Betriebshof Wilhelmshöhe mit 0,9 Mio. EUR weitere Investitionsschwerpunkte.
Die KVG erwirtschaftete im Berichtsjahr einen Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von -0,9 Mio. EUR (Vorjahr -2,3 Mio. EUR). Der Cashflow aus Investitionstätigkeit betrug -13,9 Mio. EUR (Vorjahr -16,3 Mio. EUR).
Die Kapitalflussrechnung wies zudem für das Geschäftsjahr 2014 einen positiven Cashflow aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von 14,6 Mio. EUR (Vorjahr 18,7 Mio. EUR) aus. Dies führte zum Ende der Berichtsperiode zu einem Finanzmittelfonds von 0,2 Mio. EUR (Vorjahr 0,4 Mio. EUR).

2.5 Gesamtaussage zur Lage des Unternehmens
Das im Berichtsjahr erwirtschaftete Ergebnis lag mit -16,8 Mio. EUR auf Vorjahresniveau und besserals Plan (-17,0 Mio. EUR). Auf Basis des bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags zwischen der KVV und der KVG erfolgte eine vollständige Verlustübernahme durch die KVV.
In der zweiten Jahreshälfte 2014 haben sich die Stadt Kassel und die KVV über die Verlängerung des bestehenden Konsolidierungsvertrags geeinigt. Zielsetzung des Vertrags ist die Stärkung der wirtschaftlichen Verantwortung der Unternehmen, die Sicherung der Arbeitsplätze, die Verbesserung der Kreditwürdigkeit und die langfristige Schaffung von kalkulierbaren Handlungsbedingungen für beide Seiten. Der Ende 2014 auslaufende Vertrag wird nach Zustimmung der Gremien um zunächst zwei Jahre, also bis vorläufig 31.12.2016, in seiner grundlegenden Systematik fortgeschrieben. Dann wird überprüft, ob sich aus der Umsetzung der Energiewende in Deutschland und den Herausforderungen im Verkehrsbereich generelle Anpassungsnotwendigkeiten ergeben.
Dem aus dem Wachstum der Konzerngesellschaften resultierenden gestiegenen Kapitalbedarf wird aber bereits mit der neuen Vereinbarung Rechnung getragen. Der verhandelte Nachtrag bietet dabei beiden Seiten Vorteile. Während die vereinbarten Eigenkapitalverzinsungen unverändert bleiben, profitiert die Stadt Kassel von einer vorübergehenden Begrenzung der Zahlung an die KVV auf dem Niveau von 2013, während die KVV im Gegenzug wieder effektive Möglichkeiten zur Eigenkapitalstärkung erhält.

3. Nachtragsbericht
Am 11.03.2015 wurde Herr Dr. Michael Maxelon organschaftlich zum Vorsitzenden des Vorstands der KVG ab 01.01.2016 bestellt.

4. Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

4.1. Prognosebericht
Die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen aus dem Konsolidierungsvertrag und weitere Maßnahmen zur Ergebnisverbesserung werden weiterhin im Mittelpunkt der Tätigkeiten stehen.
Der Kauf der 22 neuen Niederflurstraßenbahnen erhöht die Kapitalkosten, da für die neuen Fahrzeuge keine Förderung mehr durch das Land Hessen bereitgestellt wurde. Nach der Verschlechterung des KVG-Ergebnisses in den letzten drei Jahren wird im nächsten Jahr von einer Verbesserung der Ergebnissituation auf -15,9 Mio. EUR ausgegangen. Im Mittelfristzeitraum soll der Zielergebniskorridor von ca. -15,0 Mio. EUR wieder erreicht werden.
Die dafür notwendigen Maßnahmen werden im Rahmen des oben genannten Projekts „mobil4kassel – KVG 2020“ entwickelt.
Die im Bericht genannten Herausforderungen bilden auch im Jahr 2015 den Ausgangspunkt für die Fortsetzung des Wachstumskurses der KVG.

4.2. Chancen- und Risikobericht
Mit dem Zuschlag bei der Ausschreibung des RT-Verkehrsvertrags für die Bietergemeinschaft aus KVG und Hessische Landesbahn GmbH wurde diese Verkehrsleistung bis Ende 2023 sichergestellt. Zur Durchführung der RT-Verkehre wurde die RTG gegründet. Die Leitstellentätigkeit, die Personaldisposition und -betreuung sowie die Wartung und Instandhaltung der Fahrzeuge führt die KVG als Dienstleistung für die RTG durch. Dem stehen entsprechende Dienstleistungsentgelte für die KVG gegenüber.
Das RT-Geschäft bietet demnach durch das bereitzustellende Leistungsvolumen insbesondere innerhalb der Fahrzeuginstandhaltung für die KVG gute Ertrags- und Entwicklungschancen. Innerhalb des RT-Betriebes laufen derzeit Verhandlungen mit dem NVV für Pönalezahlungen

der RTG an den NVV bezüglich der überdurchschnittlichen Zugausfälle im Jahr 2014. Da diese Zugausfälle zu wesentlichen Anteilen nicht in der Einflusssphäre der RTG lagen, besteht erheblicher Klärungsbedarf hinsichtlich vertraglich gerechtfertigter Pönalen.
Die RTG hat zudem eine Vielzahl von Maßnahmen eingeleitet um die betriebliche Stabilität sicherzustellen.
Die laufenden Verhandlungen werden voraussichtlich im Laufe des Jahres 2015 abgeschlossen. Gegebenenfalls ist seitens der Gesellschafter die derzeitige Darlehensbereitstellung zur Liquiditätsabdeckung im Jahr 2015 zu erhöhen.
Die abgeschlossene Finanzierungsvereinbarung mit der Gemeinde Fuldabrück und dem NVV sowie die Zusatzvereinbarungen zur Verlängerung der Finanzierungsvereinbarungen mit der Stadt Baunatal sowie Vellmar, dem NVV, der Gemeinde Habichtswald und dem Landkreis Kassel dienen dazu, sowohl das dort erbrachte Angebot als auch den benötigten Zuschussbedarf abzusichern.
Im Jahr 2014 wurden mit dem Zuwendungsgeber die Maßnahme „RegioTram Innenstadt“ und die Restmaßnahmen im Lossetal zum kaufmännischen Abschluss gebracht.
Das Risiko von Prozesskosten für weitere bereits eingereichte, aber noch nicht geprüfte Verwendungsnachweise (VN) besteht weiterhin.
Bei Hessen Mobil wurde zwischenzeitlich ein Finanzierungsantrag für den niederflurgerechten Umbau weiterer Bushaltestellen gestellt. Vorausgesetzt, die Bewilligung erfolgt bis Sommer 2015, sollen 2015/2016 zunächst acht Bushaltestellen umgebaut werden. Die Kosten liegen bei ca. 1,0 Mio. EUR, die entsprechenden Zuschüsse bei ca. 0,8 Mio. EUR. Ein weiterer Finanzierungsantrag für Bushaltestellen am Hauptbahnhof Nord (Erschließung Fraunhofer Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik) wurde beim Zuwendungsgeber eingereicht.
Am 05.07.2012 verhängte das Bundeskartellamt Bußgelder in Höhe von insgesamt 124,5 Mio. EUR gegen vier Hersteller und Lieferanten von Schienen aufgrund wettbewerbswidriger Absprachen zu Lasten der DB AG.
Daneben führte das Bundeskartellamt ebenfalls Ermittlungen gegen das Kartell der „Schienenfreunde“ wegen der Schädigung regionaler und lokaler Unternehmen durch. Weil bereits im Frühjahr 2013 von Seiten Hessen Mobil mögliche Erstattungsansprüche für zu viel gezahlte Zuwendungen angekündigt wurden, suchte die KVG in enger Abstimmung mit dem Verband Deutscher Verkehrsunternehmen die Unterstützung einer auf Kartellrecht spezialisierten Kanzlei, die das Verfahren seitdem für die KVG und die RBK begleitet.
Am 23.07.2013 ergingen Bußgeldbescheide in Höhe von insgesamt 97,6 Mio. EUR wegen Kartellabsprachen zu Lasten von Nahverkehrsunternehmen, Privat-, Regional- und Industriebahnen sowie Bauunternehmen, da Ausschreibungen bzw. Projekte unter den Kartellbeteiligten aufgeteilt worden waren. Das Kartell umfasste die Produktbereiche Schienen, Weichen und Schwellen im Zeitraum 2001–2011. Gemeinsam mit über vierzig weiteren Verkehrs- und Schieneninfrastruktur-Unternehmen beauftragte die KVG ein ökonometrisches Gutachten, mit dessen Hilfe eine substantiierte Schätzung des kartellbedingten Überhöhungsschadens ermöglicht werden konnte.
Bei der Durchsetzung ihrer Schadensersatzansprüche kooperiert die KVG eng mit Hessen Mobil. Die KVG bleibt bei ihrer Zielsetzung, nur für solche Beschaffungsvorgänge dem Zuwendungsanteil entsprechende Rückzahlungen an Hessen Mobil zu leisten, bei denen auch tatsächlich Schadensersatzzahlungen von den Kartellanten erzielt werden. Gegen einen ersten Kartellanten hat die KVG ihre Schadensersatzansprüche im Dezember 2014 bei Gericht anhängig gemacht.
Im Jahr 2014 bestand das Risiko des zukünftigen Entfallens der gewährten Teilbefreiung von der EEG-Umlage für stromintensive Unternehmen, da am 18.12.2013 die Europäische Kommission in einer Pressemitteilung die Einleitung eines Prüfverfahrens bekanntgab, in dem die Vereinbarkeit u. a. des Härtefallausgleichs gem. § 41 ff. EEG mit EU-Beihilfevorschriften überprüft wurde. Dieses Risiko entfällt mit der Entscheidung der Europäischen Kommission vom 28.11.2014, dass die Beihilfen zur Förderung erneuerbarer Energien im Rahmen des EEG 2012 mit den EU-Beihilfevorschriften im Einklang stehen.
Die Anforderungen resultierend aus den Verträgen der US-Lease-Geschäfte werden laufend überwacht. Das weitere Vorgehen bezüglich der im Jahr 2012 eingetretenen Rating-Herabstufung von Vertragspartnern befindet sich noch in Abstimmung. Ein im Jahr 2014 beschädigtes Fahrzeug wurde vertragskonform gegen ein Ersatzfahrzeug innerhalb des US-Lease-Geschäftes ausgetauscht. Risiken, die über die bestehende Rückstellung hinausgehen, sind derzeit nicht erkennbar.
Die KVG überwacht unterjährig die Erlös- und Kostensituation im Rahmen eines monatlichen Berichtswesens. Auf Basis einer Profit-Centerrechnung wird zudem gezielt Optimierungsbedarf ermittelt. Die Controlling- und Risikomanagementsysteme ermöglichen frühzeitige Analysen des Geschäftsverlaufs.
Neben den bestehenden Bankkrediten wird die Finanzierung der KVG durch den KVV-Konzern gesichert.
Die KVV betreut das Cash-Management der KVG und räumt der KVG im Bedarfsfall entsprechende Kassenkredite ein.
Da die Investitionen langfristig finanziert sind, ist das Liquiditätsrisiko begrenzt.

Kassel, 31. März 2015

Kasseler Verkehrs-Gesellschaft
Aktiengesellschaft

Der Vorstand

Andreas Helbig Dr. Thorsten Ebert Norbert Witte

Bilanz zum 31.12.2014

Aktiva	Anhang	EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 Tsd. EUR
A. Anlagevermögen	(4)			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			283.096,51	336
II. Sachanlagen			167.680.592,56	167.347
III. Finanzanlagen	(5)		677.923,61	311
			168.641.612,68	167.994
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		8.651.704,51		7.215
2. Unfertige Leistungen		48.171.567,36		48.542
3. Waren		4.959,30		4
			56.828.231,17	55.761
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		6.092.473,34		4.240
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	(6)	15.941.780,13		16.820
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		7.013.044,24		6.840
4. Sonstige Vermögensgegenstände	(7)	7.496.571,55		7.735
			36.543.869,26	35.635
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks			168.480,57	374
C. Rechnungsabgrenzungsposten			381.526,99	389
			262.563.720,67	**260.153**

Passiva	Anhang	EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 Tsd. EUR
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	(8)		22.244.000,00	22.244
II. Kapitalrücklage			99.953.446,35	99.954
III. Gewinnrücklagen				
1. Gesetzliche Rücklage		274.455,35		274
2. Andere Gewinnrücklagen		194.077,05		194
			468.532,40	468
			122.665.978,75	122.666
B. Rückstellungen				
Sonstige Rückstellungen	(9)	22.293.167,74		15.980
			22.293.167,74	15.980
C. Verbindlichkeiten	(11)			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		60.777.380,97		63.664
2. Erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen		47.403.204,14		47.487
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		2.642.790,51		4.008
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	(12)	523.476,82		396
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		0,00		1
6. Sonstige Verbindlichkeiten		3.703.945,79		3.830
			115.050.798,23	119.386
D. Rechnungsabgrenzungsposten			2.553.775,95	2.121
			262.563.720,67	**260.153**

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

	Anhang	EUR	2014 EUR	2013 Tsd. EUR
1. Umsatzerlöse	(14)		98.679.183,02	95.069
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen			–370.806,11	4.315
3. Andere aktivierte Eigenleistungen			2.935.014,91	2.298
4. Sonstige betriebliche Erträge	(15)		12.977.722,66	11.153
			114.221.114,48	112.835
5. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		–11.794.437,45		–12.060
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		–56.379.622,99		–56.559
6. Personalaufwand	(16)			
a) Löhne und Gehälter		–23.341.350,11		–23.005
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		–6.421.501,72		–6.516
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		–13.511.725,41		–13.109
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		–17.683.657,74		–16.887
			–129.132.295,42	–128.136
Betriebsergebnis			**–14.911.180,94**	**–15.301**
9. Erträge aus Beteiligungen		192,00		0
10. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		5.349,51		7
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	(17)	1.130.117,67		1.004
12. Abschreibungen auf Finanzanlagen		–3.923,57		–1
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	(18)	–2.998.151,30		–2.418
Finanzergebnis			**–1.866.415,69**	**–1.408**
14. Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			**–16.777.596,63**	–16.709
15. Sonstige Steuern			–39.130,53	–73
			–16.816.727,16	–16.782
16. Erträge aus Verlustübernahme	(19)		**16.816.727,16**	16.782
17. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag			**0,00**	**0**

Anhang

I. Allgemeines

(1) Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss wurde auf Grundlage der handelsrechtlichen Ansatz-, Bewertungs- und Gliederungsvorschriften in der Fassung des Handelsgesetzbuches vom 22. Dezember 2014 erstellt.

(2) Gliederung

Zur Aufstellung eines klaren und übersichtlichen Jahresabschlusses wurden einzelne Posten in Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung in ihrer Bezeichnung geändert. Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde um den Posten 16, Erträge aus Verlustübernahme, ergänzt. Zur Verbesserung der Klarheit der Darstellung in der Bilanz und in der Gewinn- und Verlustrechnung sind Davon-Vermerke im Anhang ausgewiesen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt. Aufwandspositionen sind mit einem Minuszeichen versehen.

Die Darstellung der Sachanlagen wurde im Anlagenspiegel im Posten „Technische Anlagen und Maschinen“ nach den Kriterien der Verkehrswirtschaft gemäß § 265 (4) HGB erweitert.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die immateriellen Vermögensgegenstände und die Sachanlagen sind zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet; die aktivierten Eigenleistungen enthalten neben den Einzelkosten angemessene Gemeinkosten; Investitionszuschüsse werden zum Zeitpunkt der Fertigstellung der begünstigten Vermögensgegenstände aktivisch von den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abgesetzt. Zuschüsse für Anlagen im Bau werden aktivisch an den Anschaffungs-/Herstellungskosten gekürzt. In die Bewertung der Anschaffungskosten der im Jahr 2010 und 2012 bestellten Fahrzeuge für Personenverkehr werden in angemessenem Umfang Fremdkapitalzinsen mit einbezogen.

Die planmäßigen Abschreibungen werden nach der betrieblichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände entsprechend den handels- und steuerrechtlichen Vorschriften linear vorgenommen. Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten von unter 150 EUR werden im Jahr des Zugangs in voller Höhe als Aufwand erfasst.

Von den Finanzanlagen werden Beteiligungen mit den Anschaffungskosten, verzinsliche Ausleihungen mit dem Nennwert, unverzinsliche und niedrig verzinsliche Ausleihungen mit dem Barwert ausgewiesen.

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind zu fortgeschriebenen, durchschnittlichen Anschaffungskosten angesetzt.

Die unfertigen Leistungen werden wie aktivierte Eigenleistungen bewertet. Die erhaltenen Anzahlungen werden auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen.

Alle übrigen Vermögensgegenstände sind grundsätzlich mit den Nennbeträgen erfasst.

Bei Forderungen werden erkennbare Risiken durch Wertberichtigungen berücksichtigt.

Die Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen wurde mit dem handelsrechtlich möglichen Wertansatz (IDW RS HFA 3 - Bilanzierung von Verpflichtungen aus Altersteilzeitregelungen nach IAS und nach handelsrechtlichen Vorschriften) bewertet, wobei ein Gehaltstrend von 3,00 % berücksichtigt wurde. Bei den sonstigen Rückstellungen sind alle erkennbaren Risiken berücksichtigt.

Die sonstigen Rückstellungen werden in Höhe ihres Erfüllungsbetrages angesetzt. Bei der Bewertung des Erfüllungsbetrages wurde eine Kostensteigerung nicht berücksichtigt, da die Rückstellungen keine inflationsabhängigen Berechnungsgrundlagen enthalten.

Die Rückstellung für Jubiläumsverpflichtungen wurde auf Grundlage eines versicherungsmathematischen Gutachtens unter Zugrundelegung der Richttafeln 2005 G von Prof. Klaus Heubeck ermittelt. Bei der Berechnung wurde ein Abzinsungszinssatz von 4,53 % sowie ein Gehaltstrend von 3,00 % unterstellt.

Die sonstigen Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr werden mit Zinssätzen abgezinst, die von der Deutschen Bundesbank bekannt gegeben worden sind (§ 253 Abs. 2 HGB). Für die Abzinsung der Rückstellungen betragen die Zinssätze zwischen 2,80 % und 4,53 %.

Die Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag passiviert.

(3) Konzernabschluss

Einen Konzernabschluss stellt die Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH (KVV), Kassel, auf. Dieser Abschluss wird im Bundesanzeiger elektronisch veröffentlicht.

III. Angaben zur Bilanz

(4) Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens einschließlich der Abschreibungen des Geschäftsjahres wird in der Anlage 1 gezeigt. Von den Zugängen im Geschäftsjahr wurden Investitionszuschüsse in Höhe von 1.737 Tsd. EUR aktivisch abgesetzt.

(5) Beteiligungen gem. § 285 Nr. 11 HGB

Name und Sitz der Gesellschaft	Eigenkapital **in Tsd. EUR**	letztes Jahresergebnis **in Tsd. EUR**	Anteil **%**
Regionalbahn Kassel GmbH (RBK), Kassel (2013)	2.191	84	50,0
RegioTram Gesellschaft mbH (RTG), Kassel (2013)	–475	–525	50,0

(6) Mitzugehörigkeit der Forderungen zu anderen Bilanzpositionen

Die Mitzugehörigkeit der Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen und Beteiligungsunternehmen zu anderen Posten stellt sich wie folgt dar:

Forderungen aus	Verbundene Unternehmen **in Tsd. EUR**	Beteiligungsunternehmen **in Tsd. EUR**
Lieferungen und Leistungen	345	3.113
dem Finanzierungsverkehr	–1.220	3.900
Unternehmensverträgen	16.817	0
Gesamt	**15.942**	**7.013**

Gegenüber der Gesellschafterin Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH bestehen Forderungen in Höhe von 15.354 Tsd. EUR. In den Forderungen aus dem Finanzierungsverkehr gegenüber Beteiligungsunternehmen sind Forderungen in Höhe von 3.250 Tsd. EUR mit einer Restlaufzeit > 1 Jahr enthalten.

(7) Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten Forderungen aus Investitionszuschüssen gegenüber Bund und Land in Höhe von 3.775 Tsd. EUR. Auf Steuern entfällt ein Betrag von 135 Tsd. EUR (Vorjahr 136 Tsd. EUR).

(8) Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital setzt sich wie folgt zusammen:

Aktionär	Namensaktien zu 100 EUR **Stück**	Nominalbetrag **Tsd. EUR**	 **%**
Stadt Kassel	14.453	1.445,3	6,5
Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH	207.987	20.798,7	93,5
Gesamt	**222.440**	**22.244,0**	**100,0**

(9) Sonstige Rückstellungen

In den sonstigen Rückstellungen sind im Wesentlichen Rückstellungen für Kassenausgleiche gegenüber Verkehrsunternehmen (9.873 Tsd. EUR), für die Fahrzeugbereitstellung (2.506 Tsd. EUR) und Personalrückstellungen (3.635 Tsd. EUR) enthalten. Die in den Personalrückstellungen enthaltene Rückstellung für Altersteilzeit (1.139 Tsd. EUR) wurde mit dem Deckungsvermögen (823 Tsd. EUR) aus der zur Absicherung geschlossenen Versicherung saldiert.

(10) Überdeckung von Rückstellungen

Das Wahlrecht nach Artikel 67 Abs. 1 Satz 2 und 3 EGHGB wird für Rückstellungen und Sonderposten angewandt. Der ursprüngliche Bewertungsansatz wird beibehalten, da zukünftig eine Zuführung erforderlich ist. Die Rückstellungen sind mit einem Betrag von 57 Tsd. EUR überdotiert.

(11) Verbindlichkeiten
Für die Verbindlichkeiten bestehen folgende Restlaufzeiten:

	Gesamt **Tsd. EUR**	bis 1 Jahr **Tsd. EUR**	1–5 Jahre **Tsd. EUR**	über 5 Jahre **Tsd. EUR**
gegenüber Kreditinstituten	60.777	3.025	11.957	45.795
(Vorjahr)	*(63.664)*	*(2.890)*	*(12.085)*	*(48.689)*
erhaltene Anzahlungen	47.403	47.403	--	--
(Vorjahr)	*(47.487)*	*(47.487)*	*(--)*	*(--)*
aus Lieferungen und Leistungen	2.643	2.643	--	--
(Vorjahr)	*(4.008)*	*(4.008)*	*(--)*	*(--)*
gegenüber verbundenen Unternehmen	524	524	--	--
(Vorjahr)	*(396)*	*(396)*	*(--)*	*(--)*
gegenüber Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	--	--	--	--
(Vorjahr)	*(1)*	*(1)*	*(--)*	*(--)*
sonstige Verbindlichkeiten	3.704	3.704	--	--
(Vorjahr)	*(3.830)*	*(3.830)*	*(--)*	*(--)*
Gesamt	**115.051**	**57.299**	**11.957**	**45.795**
(Vorjahr)	*(119.386)*	*(58.612)*	*(12.085)*	*(48.689)*

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aus Darlehen sind in Höhe von 3.474 Tsd. EUR mit Bürgschaften der Stadt Kassel sowie in Höhe von 57.300 Tsd. EUR durch die Abtretung von Gewährleistungsavalen sowie die Sicherungsübereignung von 22 Straßenbahnfahrzeugen besichert.

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind enthalten:

	2014 **Tsd. EUR**	Vorjahr **Tsd. EUR**
aus Steuern	257	271

(12) Mitzugehörigkeit der Verbindlichkeiten zu anderen Bilanzpositionen
Die Mitzugehörigkeit der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Beteiligungsunternehmen zu anderen Posten stellt sich wie folgt dar:

Verbindlichkeiten aus	Verbundene Unternehmen **in Tsd. EUR**	Beteiligungsunternehmen **in Tsd. EUR**
Lieferungen und Leistungen	523	0

(13) Bewertungseinheiten
Die Zahlungsverpflichtung aus geschlossenen Altersteilzeitverträgen wird über eine versicherungsgestützte Ansparung kompensiert. Es erfolgt eine Verrechnung der versicherungstechnischen Deckungssumme mit der zu bildenden Rückstellung für Altersteilzeit. Der Zinsertrag aus der angesparten Deckungssumme von 38 Tsd. EUR wurde mit dem zu bildenden Zinsanteil der Rückstellung von 74 Tsd. EUR gegenübergestellt, sodass sich ein Zinsaufwand von 36 Tsd. EUR ergibt.

(–) Haftungsverhältnisse
Aufgrund der Freistellungsvereinbarung vom 23.12.2002 erfolgte eine Freistellung von der wirtschaftlichen Last aus den bestehenden Pensionsverpflichtungen (am 31.12.2014 63.582 Tsd. EUR) durch die Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH. Die Gesellschaft bleibt ungeachtet dieser Freistellung Verpflichtete im Hinblick auf die Pensionszahlungen.

(–) Sonstige Geschäfte
In den Jahren 1998 und 2002 wurden Cross-Border-Leasingverträge geschlossen und deren Barwertvorteil vereinnahmt. Zur Abdeckung allgemeiner Vertragsrisiken wurden ausreichend Rückstellungen gebildet.

(–) Sonstige finanzielle Verpflichtungen
Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen betreffen das Bestellobligo in Höhe von 8.627 Tsd. EUR (Vorjahr 11.395 Tsd. EUR).

IV. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

(14) Umsatzerlöse
Die Umsatzerlöse gliedern sich wie folgt auf:

Leistungen	2014 **Tsd. EUR**	Vorjahr **Tsd. EUR**
Bereitstellungen	35.292	35.095
Erlöse aus Linienverkehr	45.976	45.502
Erstattungen	4.753	4.578
Sonstige	27.134	25.305
	113.155	110.480
Kassenausgleich	–14.476	–15.411
Umsatzerlöse	**98.679**	**95.069**

(15) Sonstige betriebliche Erträge
Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen Erträge aus Gemeindebeteiligungen einschließlich Zahlungen der Stadt Kassel und des NVV für den ÖPNV (8.961 Tsd. EUR), Auflösung von nicht mehr benötigten Rückstellungen (192 Tsd. EUR), Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens (706 Tsd. EUR) sowie der Erstattung von Sachschäden (2.158 Tsd. EUR).

(16) Personalaufwand
Im Personalaufwand sind Aufwendungen für die Altersversorgung in Höhe von 1.358 Tsd. EUR (Vorjahr 1.326 Tsd. EUR) enthalten.

(17) Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
In den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen sind Erträge aus verbundenen Unternehmen in Höhe von 155 Tsd. EUR (Vorjahr 191 Tsd. EUR) enthalten sowie aus der Abzinsung von Rückstellungen in Höhe von 732 Tsd. EUR (Vorjahr 534 Tsd. EUR).

(18) Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Bei den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen sind Aufwendungen aus verbundenen Unternehmen in Höhe von 67 Tsd. EUR (Vorjahr 58 Tsd. EUR) enthalten sowie aus der Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von 489 Tsd. EUR (Vorjahr 129 Tsd. EUR).

(19) Erträge aus Verlustübernahme
Die Erträge aus Verlustübernahme betreffen den von der KVV aufgrund eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages übernommenen Verlust des Geschäftsjahres.

V. Sonstige Angaben

Allgemein
Im Durchschnitt des Berichtsjahres betrug der Personalstand ohne Auszubildende 577 Mitarbeiter (Vorjahr 597 Mitarbeiter). Die Unterscheidung in Lohn- und Gehaltsempfänger ist entfallen.
Die Zusammensetzung der Organe ist als Anlage 2 aufgeführt.
Für zwei Mitglieder des Aufsichtsrates bestanden am Stichtag Darlehensforderungen in Höhe von 4 Tsd. EUR (Tilgung 5 %, Zinsen 1 %). Die Tilgung im Geschäftsjahr lag unter 1 Tsd. EUR.
Im Berichtsjahr wandte die Gesellschaft für Bezüge des

Aufsichtsrates 7 Tsd. EUR auf. Die Aufwendungen für frühere Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebenen sowie die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstandes und deren Hinterbliebenen sind über die Freistellungsvereinbarung mit der KVV abgedeckt.
Die Angabe der Vorstandsbezüge erfolgt im Konzernanhang, da zwei Vorstände Bezüge von der Konzernmutter erhalten (§ 286 Abs. 4 HGB).

Zusatzversorgung
Die folgenden Angaben dienen dazu, Art und Umfang der aus der Zusatzversorgung resultierenden mittelbaren Verpflichtung der Gesellschaft zu erläutern.
Den Arbeitnehmern/-innen des Unternehmens steht ein tarifvertraglich oder einzelarbeitsvertraglich begründeter Anspruch auf Verschaffung einer zusätzlichen Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe des Tarifvertrages über die Versorgung der Arbeitnehmer kommunaler Verwaltungen und Betriebe (VersTV-G) in seiner jeweils gültigen Fassung zu. Das Unternehmen erfüllt diesen Anspruch durch den Erwerb der Mitgliedschaft bei der regional zuständigen kommunalen Zusatzversorgungskasse und Anmeldung des/der Arbeitnehmers/-in zur Pflichtversicherung. Der/die Arbeitnehmer/-in hat nach Eintritt des Versicherungsfalles als Bezugsberechtigte/r einen Anspruch auf die satzungsgemäßen tariflichen Versorgungsleistungen gegen die Zusatzversorgungskasse.
Das Unternehmen ist Mitglied der Zusatzversorgungskasse der Gemeinden und Gemeindeverbände des Regierungsbezirks Kassel in Kassel.
Der Umlagesatz der Zusatzversorgungskasse beträgt seit dem 01.01.2007 6,5 v. H. der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte (i. d. R. der steuerpflichtige Arbeitslohn).

Die Summe der umlagepflichtigen Gehälter des Unternehmens beläuft sich, vorbehaltlich der noch ausstehenden Umlageabrechnung, auf voraussichtlich 19,1 Mio. EUR.
Die Zahl der Bezieher von Versorgungs- und Versicherungsrenten belief sich zum 31.12.2014 auf 101. Eine Aufteilung der zukünftigen Versorgungsverpflichtungen der Zusatzversorgungskasse, die sich aus den Anwartschaften der angemeldeten Pflichtversicherten und der Rentenberechtigten des Unternehmens ergeben, ist nicht mit vertretbarem Zeitaufwand ermittelbar.

Prüferhonorar
Die Darstellung des Honorars der Abschlussprüfer erfolgt im Konzernanhang der KVV.

Kassel, 31. März 2015

Kasseler Verkehrs-Gesellschaft
Aktiengesellschaft

Der Vorstand

Andreas Helbig Dr. Thorsten Ebert Norbert Witte

Anlage 1 zum Anhang: Entwicklung des Anlagevermögens 2014

	Anschaffungs- bzw. Herstellkosten					kumulierte	Buchwerte		
	Stand 01.01.2014	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Stand 31.12.2014	Abschreibungen 31.12.2014	Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2013	Abschreibungen des Geschäftsjahres
	EUR	**EUR**	**EUR**	**EUR**	**EUR**	**EUR**	**EUR**	**EUR**	**EUR**
I. Immaterielle Vermögensgegenstände									
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	2.367.568,98	28.283,20	74.260,03	0,00	**2.321.592,15**	2.038.495,64	**283.096,51**	335.922,51	**81.109,20**
2. geleistete Anzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	**0,00**	0,00	**0,00**	0,00	**0,00**
Immaterielle gesamt	2.367.568,98	28.283,20	74.260,03	0,00	**2.321.592,15**	2.038.495,64	**283.096,51**	335.922,51	**81.109,20**
II. Sachanlagen									
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremdem Grund *)	75.792.230,03	1.047.572,97	19.904,24	70.505,71	**76.890.404,47**	48.466.373,38	**28.424.031,09**	28.721.545,69	**1.400.775,88**
2. Technische Anlagen und Maschinen									
a) Gleisanlagen, Streckenausrüstungen und Sicherungsanlagen	102.438.045,10	5.796.763,71	723.799,47	801.677,52	**108.312.686,86**	56.220.905,86	**52.091.781,00**	49.899.404,00	**4.353.342,64**
b) Fahrzeuge für Personenverkehr	138.407.644,39	474.290,09	12.316.110,94	1.237.815,17	**127.803.638,71**	56.907.494,71	**70.896.144,00**	74.751.436,00	**5.562.744,26**
c) Sonstige Technische Anlagen	7.354.545,94	896.997,71	47.146,59	175.598,90	**8.379.995,96**	4.713.033,96	**3.666.962,00**	2.956.212,00	**361.846,61**
Technische Anlagen u. Maschinen gesamt	248.200.235,43	7.168.051,51	13.087.057,00	2.215.091,59	**244.496.321,53**	117.841.434,53	**126.654.887,00**	127.607.052,00	**10.277.933,51**
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	26.256.521,65	1.786.487,82	540.399,19	81.106,00	**27.583.716,28**	19.463.399,28	**8.120.317,00**	8.023.191,00	**1.751.906,82**
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	2.995.180,82	3.855.109,60	2.229,65	–2.366.703,30	**4.481.357,47**	0,00	**4.481.357,47**	2.995.180,82	**0,00**
Sachanlagen gesamt	353.244.167,93	13.857.221,90	13.649.590,08	0,00	**353.451.799,75**	185.771.207,19	**167.680.592,56**	167.346.969,51	**13.430.616,21**
III. Finanzanlagen									
1. Beteiligungen	174.018,14	0,00	0,00	0,00	**174.018,14**	0,00	**174.018,14**	174.018,14	**0,00**
2. Ausleihungen an beteiligte Unternehmen	0,00	375.000,00	0,00	0,00	**375.000,00**	0,00	**375.000,00**	0,00	**0,00**
3. Sonstige Ausleihungen	170.884,74	17.500,00	24.899,98	0,00	**163.484,76**	34.579,29	**128.905,47**	136.437,97	**3.923,57**
Finanzanlagen gesamt	344.902,88	392.500,00	24.899,98	0,00	**712.502,90**	34.579,29	**677.923,61**	310.456,11	**3.923,57**
Anlagevermögen gesamt	**355.956.639,79**	**14.278.005,10**	**13.748.750,09**	**0,00**	**356.485.894,80**	**187.844.282,12**	**168.641.612,68**	**167.993.348,13**	**13.515.648,98**
*) davon Grundstücke mit									
a) Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	58.514.170,33	56.584,59	5.853,78	70.505,71	**58.635.406,85**	43.218.862,20	**15.416.544,65**	16.200.037,59	**909.816,30**
b) Bahnkörper und Bauten des Schienenweges	17.278.059,70	990.988,38	14.050,46	0,00	**18.254.997,62**	5.247.511,18	**13.007.486,44**	12.521.508,10	**490.959,58**

Anlage 2 zum Anhang: Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat

Oberbürgermeister
Bertram Hilgen, Kassel
(Vorsitzender)

Betriebsratsvorsitzender
Ralf Salzmann, Baunatal
(stellvertretender Vorsitzender)

Stadtkämmerer
Diplom-Volkswirt
Dr. Jürgen Barthel, Kassel

Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirksverwaltung Nordhessen
Harald Fennel, Borken

Gewerkschaftssekretär ver.di Landesbezirk Hessen
Axel Gerland, Breuna

Straßenbahnfahrer
Dieter Güth, Kassel

Diplom-Ingenieur
Dominique Kalb, Kassel

Industriemechaniker
Tumucin Kara, Vellmar

Eventmanager
Christian Knauf, Kassel

Stadtbaurat
Christof Nolda, Kassel

Industriemechaniker
Gernot Rönz, Kassel

Einzelhandelskauffrau
Cornelia Seßelmann, Kassel

Vorstand

Diplom-Kaufmann
Andreas Helbig, Kassel
(Vorsitzender)

Diplom-Ökonom
Dr. Thorsten Ebert, Kassel

Diplom-Ingenieur
Norbert Witte, Kassel

Wiedergabe des Bestätigungsvermerks des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Kasseler Verkehrs-Gesellschaft AG, Kassel, für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.
Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen.
Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.
Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.
Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.
Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft.
Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Kassel, den 30. April 2015

Prof. Dr. Ludewig u. Partner GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Prof. Dr. Uwe Lauerwald
Wirtschaftsprüfer

Dipl. Oec. Jörn Linke
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrates / Feststellung des Jahresabschlusses

Der Aufsichtsrat ist vom Vorstand während des Geschäftsjahres 2014 über die Geschäftsentwicklung und über Besonderheiten durch schriftliche und mündliche Berichte umfassend unterrichtet worden. In den vier Aufsichtsratssitzungen am 13.03., 11.06., 10.09. und 13.11.2014 wurden wesentliche Fragen der Unternehmenspolitik und Investitionsentscheidungen ausführlich beraten. Der Aufsichtsrat konnte seine gesetzlich vorgeschriebene Kontrollfunktion gegenüber der Geschäftsführung wahrnehmen und die ihm im Rahmen der satzungsmäßigen Zuständigkeit obliegenden Entscheidungen treffen.
Der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014 wurden von der in der Hauptversammlung am 11.06.2014 zum Abschlussprüfer bestellten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Prof. Dr. Ludewig u. Partner GmbH, Kassel, geprüft, die dazu den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt hat.
Dem Aufsichtsrat lagen der Prüfungsbericht, der Jahresabschluss, der Lagebericht sowie der ergänzende Bericht des Vorstandes vor. Der Aufsichtsrat billigt den Jahresabschluss in der vom Vorstand vorgelegten Form. Der Jahresabschluss ist damit festgestellt.
Dem Vorstand, dem Betriebsrat und allen Mitarbeitern spricht der Aufsichtsrat seinen Dank aus.

Kassel, 17. Juni 2015

Kasseler Verkehrs-Gesellschaft
Aktiengesellschaft

Der Aufsichtsrat

Oberbürgermeister
Bertram Hilgen
Vorsitzender

KVN

Jahresabschluss 2014
KVV Verkehrsgesellschaft
Nordhessen GmbH

Energie und Mobilität für Nordhessen

Bereits seit Jahren verzeichnet die KVN steigende Beschäftigtenzahlen. Ende 2014 waren hier 249 Mitarbeiter angestellt, die meisten davon im Fahrdienst Bus, Straßenbahn sowie als Duofahrer, die für beide Betriebszweige qualifiziert sind. Weitere Mitarbeiter erbringen in der Wagenreinigung und als Produktspezialisten Dienstleistungen für die KVG. Neueinstellungen im Bus- und Straßenbahnfahrdienst werden auch künftig vor allem bei der KVN vorgenommen, weshalb die Beschäftigtenzahlen des Unternehmens weiter steigen werden.

Umsatzerlöse	Mitarbeiter	Mitarbeiter im Fahrdienst
Mio. €		
34,7	242	167

Jahresabschluss 2014

218 Lagebericht

222 Bilanz

223 Gewinn- und Verlustrechnung

224 Anhang

227 Bestätigungsvermerk

Lagebericht

Die KVV Verkehrsgesellschaft Nordhessen GmbH (KVN) erbringt im Auftrag der Kasseler Verkehrs-Gesellschaft AG (KVG) die Straßenbahnverkehrsleistungen in Kassel, Baunatal und Vellmar. Im Geschäftsjahr 2014 erfüllte die KVN ihre Dienstleistungsverträge vollständig und erzielte erneut ein positives Ergebnis.

1. Grundlagen des Unternehmens

Die KVN ist als 100-prozentige Tochter der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH (KVV) für den Betrieb des öffentlichen Straßenbahnverkehrs in Kassel und der Region sowie für die Erbringung von Dienstleistungen für Verkehrsunternehmen verantwortlich.
Zur Erfüllung der Verkehrsleistungen bedient sich die KVN neben eigenem Fahrpersonal an den Fahrbediensteten der KVG und der HLB Basis AG (HLB). Die Straßenbahnen werden bei der KVG angemietet. Darüber hinaus nutzt die KVN die Trassen der KVG in Kassel und Vellmar sowie der Regionalbahn Kassel GmbH (RBK) in Baunatal. Im Rahmen weiterer Dienstleistungsverträge stellt die KVN der NB Nordhessenbus GmbH (NB) Fahrpersonal und der KVG Servicekräfte, Wagenreiniger und Rangierer zur Verfügung.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Unternehmensentwicklung

Die KVN hielt bis zum 15.12.2012 die Konzessionen für die Straßenbahnlinien, mit denen die Verkehrsleistungen innerhalb der Städte Kassel, Baunatal und Vellmar erbracht wurden. Die Betriebsführung für die Straßenbahnverkehre wurde gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 3 des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) an die KVG übertragen. Die KVG hatte ihrerseits die KVN mit der Erbringung der Verkehrsleistung beauftragt.

Die jeweiligen Konzessionen lagen bis Ende 2012 vor.
Mit Inkrafttreten der neuen Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates am 03.12.2009 wurde eine neue Grundlage zur Vergabe von öffentlichen Personenbeförderungsleistungen geschaffen. Durch diese sind sowohl Ausschreibungen als auch Direktvergaben möglich. Zusätzlich sieht die Verordnung Übergangsfristen vor, in denen Vergaben nach alter Rechtslage, dem sogenannten „Altmark-Trans-Urteil" des Europäischen Gerichtshofes, aufrechterhalten werden können. Am 09.11.2009 hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel die Betrauung der KVG mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen zur Durchführung des auf Genehmigung nach dem PBefG beruhenden Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Kassel beschlossen. Hiermit können die Übergangsfristen der genannten EU-Verordnung genutzt werden. Die Direktvergabe der Straßenbahnverkehrsleistung an die KVN oder alternativ an die KVG blieb somit nach alter Rechtslage möglich.
Grundlage sind die Regelungen in § 4 Abs. 8-12 des gültigen Konsolidierungsvertrages zwischen der Stadt Kassel und der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH (KVV) vom 21.07.2008.
Aufgrund der insbesondere vergaberechtlich strengeren Vorgaben bei einem öffentlichen Dienstleistungsauftrag (ÖDA) beantragte die KVG auf Basis des bestehenden Beschlusses aus 2009 (s. o.) am 10.09.2012 eine neue Liniengenehmigung. Diese wurde am 03.12.2012 durch das Regierungspräsidium (RP) Kassel mit einer Laufzeit bis zum 14.12.2024 erteilt. Die KVG beauftragt die KVN weiterhin mit der Erbringung der Verkehrsleistung. Die bestehenden vertraglichen Regelungen wurden dahingehend angepasst.

2.2. Ertragslage

Für die Erbringung der Straßenbahnverkehrsleistung in Kassel und der Region erzielte die KVN im Jahr 2014 mit einer erbrachten Gesamtfahrleistung von 3.890 Tsd. Wagen-km (Vorjahr 3.789 Tsd. Wagen-km) Umsatzerlöse in Höhe von 31,6 Mio. EUR (Vorjahr 32,1 Mio. EUR). Hintergrund der Erhöhung der Gesamtfahrleistung im Vergleich zum Vorjahr war die Einführung des Doppeltraktionsbetriebs (zwei aneinander gekoppelte Trams) auf einem Großteil der Umläufe der Straßenbahnlinie 1 zum 15.12.2013. Die Senkung der Umsatzerlöse resultierte im Wesentlichen aus geringerem Fahrstromaufwand, welcher in gleicher Höhe an die Auftraggeberin KVG weiterberechnet wurde. Die sonstigen Umsatzerlöse lagen mit 3,1 Mio. EUR über dem Vorjahresniveau von 2,4 Mio. EUR. Die Steigerung im Vergleich zum Vorjahr resultiert hauptsächlich aus einer Gestellung von mehr Personalen an die NB sowie KVG und korrespondiert mit höheren Personalkosten.

Der Materialaufwand ging im Geschäftsjahr auf 20,5 Mio. EUR (Vorjahr 21,2 Mio. EUR) zurück, da der Fahrstromaufwand im Vergleich zum Vorjahr sank. Hintergrund ist die Umstellung der Rückerstattung der Erneuerbare-Energien (EEG)-Umlage bei der KVG, die seit 2014 direkt kostenmindernd beim Fahrstromaufwand abgesetzt wird.
Somit wurde im Jahr 2014 der KVN der geminderte Fahrstromaufwand weiterberechnet. Diese Umstellung ist für die KVN aufgrund der Weiterberechnung der Kosten zur Verkehrserbringung an die KVG ergebnisneutral. Im Materialaufwand sind ebenfalls Kosten für den Fahrzeugservice, kilometerabhängige Kosten der Fahrzeuggestellung, Aufwendungen für den Bezug von Personalen und Aufwand für die Trassennutzung enthalten. Der Bereitstellungspreis pro Spitzenfahrzeug von der KVG wird unverändert einschließlich einer Pauschale für Vandalismus- und Eigenschäden erhoben, wodurch alle anfallenden Kosten für Schäden seitens der KVN abgegolten sind.
Die KVN beschäftigte im Berichtsjahr durchschnittlich 242 Mitarbeiter (Vorjahr 225 Mitarbeiter). Die Steigerung des Personalaufwandes auf 6,6 Mio. EUR (Vorjahr 5,8 Mio. EUR) war in der Neueinstellung von Personalen begründet. Der Anstieg konnte durch eine geringere Inanspruchnahme von KVG-Fahrpersonalen und die Weiterberechnung der Personale an die NB und KVG ausgeglichen werden.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen umfassen seit 2013 neben den Entgelten für Verwaltungsdienstleistungen und weiteren in Anspruch genommenen Konzernleistungen den fixen Anteil der Fahrzeugmiete. Sie lagen mit einer Höhe von 7,5 Mio. EUR auf dem Vorjahresniveau.
Das Finanzergebnis 2014 schloss mit 4,2 Tsd. EUR (Vorjahr 4,4 Tsd. EUR) ab.

2.3. Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme der KVN lag zum 31.12.2014 bei 1.130,0 Tsd. EUR (Vorjahr 708,6 Tsd. EUR).
Die Aktivseite der Bilanz bestand ausschließlich aus dem Umlaufvermögen, welches somit die Werte der Bilanzsumme auswies. Die Zunahme des Umlaufvermögens im Vergleich zum Vorjahr resultierte im Wesentlichen aus gestiegenen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

in Höhe von 367,5 Tsd. EUR (Vorjahr 260,9 Tsd. EUR) und Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 749,7 Tsd. EUR (Vorjahr 432,2 Tsd. EUR) im Rahmen des Besteller-Ersteller-Prinzips.
Auf der Passivseite der Bilanz wurde für das Eigenkapital analog des Vorjahres ein Betrag von 25 Tsd. EUR ausgewiesen, welcher ausschließlich das Stammkapital der Gesellschaft enthält. Die Eigenkapitalquote betrug 2,2 % (Vorjahr 3,5 %). Hauptgrund für die Entwicklung der Eigenkapitalquote war bei einer konstanten Eigenkapitalsumme die Steigerung der Verbindlichkeiten, die insbesondere aus höheren Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen resultierte.
Die Rückstellungen erhöhten sich auf 471,4 Tsd. EUR (Vorjahr 352,4 Tsd. EUR), was insbesondere durch einen Anstieg bei den Urlaubsansprüchen begründet war.
Die Verbindlichkeiten stiegen zum Geschäftsjahresende auf 633,6 Tsd. EUR (Vorjahr 331,2 Tsd. EUR). Hauptgrund waren höhere Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 566,2 Tsd. EUR (Vorjahr 241,7 Tsd. EUR).
Die KVN erwirtschaftete im Berichtsjahr einen Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von 379,9 Tsd. EUR (Vorjahr -58,6 Tsd. EUR). Die Kapitalflussrechnung wies zudem für das Geschäftsjahr 2014 einen negativen Cashflow aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von -379,9 Tsd. EUR (Vorjahr 58,0 Tsd. EUR) aus. Dies führte zum Ende der Berichtsperiode zu einem Finanzmittelfonds von 0,2 Tsd. EUR (Vorjahr 0,2 Tsd. EUR). Die Liquidität der KVN war im Laufe des Geschäftsjahres jederzeit gesichert.

2.4. Gesamtaussage zur Lage des Unternehmens
Der Geschäftsverlauf war im Jahr 2014 ausgeglichen.
Die KVN schloss das Berichtsjahr mit einem Gewinn von 24,3 Tsd. EUR ab. Der Gewinn wurde auf Basis eines Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrags an die KVV abgeführt.
Das Jahresergebnis unterliegt durch die Weiterverrechnung aller anfallenden Aufwandspositionen an die KVG und NB auf Basis der bestehenden vertraglichen Vereinbarungen geringen Einflüssen, die sich im Wesentlichen aus der Bildung von Pflichtrückstellungen ergeben. Damit lag das Ergebnis im Berichtsjahr aufgrund geringerer Pflichtrückstellungen über dem Vorjahresergebnis von 17,4 Tsd. EUR und dem Planergebnis von 0,0 Tsd. EUR.

3. Nachtragsbericht
Nach Ende des Geschäftsjahres sind keine besonderen Vorgänge angefallen.

4. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

4.1. Prognosebericht
Die laufzeitkonforme Koppelung der vertraglichen Vereinbarungen für Personal und Fahrzeuge einerseits und des Verkehrsvertrags andererseits stellt sicher, dass ausreichend Personal bzw. Betriebsmittel zu festgelegten Konditionen zur Verfügung stehen und eigenes Personal ausgelastet werden kann. Im Zuge von Neueinstellungen wird die Zahl von KVN-Fahrpersonalen auch künftig ansteigen. Auf Basis der vertraglich vereinbarten Weiterberechnung aller anfallenden Aufwandspositionen an die KVG und NB wird für das Geschäftsjahr 2015 ein Ergebnis in Höhe von 0,0 Tsd. EUR erwartet.
Mit Beschluss des Zielkonzepts des Verkehrsentwicklungsplans Stadt Kassel 2030 (VEP) am 09.12.2013 und des lokalen Nahverkehrsplans (NVP) am 16.06.2014 wurde der weitere Entwicklungsrahmen des ÖPNV in der Stadt Kassel festgelegt. Die im VEP und NVP erarbeiteten Vorgaben bilden unter anderem die Grundlage für die strategische Liniennetzentwicklung und stellen auch mittelfristig die Basis für einen positiven Geschäftsverlauf der KVN dar.

4.2. Chancen- und Risikobericht
Das Grundgeschäft des Straßenbahnbetriebs der KVN in Kassel, Baunatal und Vellmar ist aufgrund der Konzessionserteilung an die KVG und der bestehenden Verkehrsverträge zwischen KVG und KVN bis Ende 2024 gesichert. Preis- und Mengenrisiken sind durch die Verträge mit den genannten Unternehmen nahezu ausgeschlossen.
Über vertraglich fixierte Preisanpassungsklauseln sind Risiken, insbesondere beim Energiebezug abgesichert, da diese an die KVG weitergegeben werden können. Die Auslastung der Fahr- und Servicepersonale ist durch die bestehenden Bereitstellungsverträge mit NB und KVG ebenfalls gesichert.
Die NB war bis zum 13.12.2014 Inhaberin der Genehmigungen für die Busverkehre in Kassel. Auf der gleichen Rechtsgrundlage wie die Tramkonzession für Kassel, Baunatal und Vellmar wurde am 08.04.2014 auch die Konzession für die Busverkehre in Kassel durch die KVG beantragt. Mit Genehmigungsurkunde vom 04.07.2014 wurde der KVG durch das RP Kassel die Genehmigung für die maximal mögliche Laufzeit bis zum 09.11.2019 erteilt.
Somit ist die Geschäftsgrundlage für die Dienstleistungserbringung im Omnibusfahrdienst auch mittelfristig gesichert.

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen. Die Unternehmensleitung verfolgt eine konservative Risikopolitik, in deren Rahmen das Ziel des Finanz- und Risikomanagements die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeglicher Art darstellt. Hier sind die Liquiditätsrisiken der KVN durch die Absicherung innerhalb des KVV-Konzerns begrenzt. Im Rahmen des Cash-Managements im Konzern können der KVN entsprechende Kassenkredite eingeräumt werden. Daneben findet eine unterjährige Überwachung der Erlös- und Kostensituation sowieder erbrachten bzw. bezogenen Leistungsmengen der KVN statt. Dadurch sind frühzeitige Analysen des Geschäftsverlaufes durch die vorhandenen Controlling- und Risikomanagementsysteme möglich.

Kassel, 06. März 2015

KVV Verkehrsgesellschaft Nordhessen GmbH

Die Geschäftsführung

Sven Möller

Bilanz zum 31.12.2014

Aktiva	Anhang	EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 Tsd. EUR
A. Umlaufvermögen				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(4)			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		367.500,17		261
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	(5)	749.711,23		432
3. Sonstige Vermögensgegenstände		12.579,31		15
			1.129.790,71	708
II. Guthaben bei Kreditinstituten			203,90	1
			1.129.994,61	**709**

Passiva	Anhang	EUR	31.12.2014 EUR	31.12.2013 Tsd. EUR
A. Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	(6)		25.000,00	25
B. Rückstellungen				
Sonstige Rückstellungen	(7)		471.441,50	353
C. Verbindlichkeiten	(8)			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		26.888,10		53
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		566.248,45		242
3. Sonstige Verbindlichkeiten		40.416,56		36
			633.553,11	331
			1.129.994,61	**709**

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

	Anhang	EUR	2014 EUR	2013 Tsd. EUR
1. Umsatzerlöse	(9)		34.658.256,56	34.505
2. Sonstige betriebliche Erträge			6.848,80	1
			34.665.105,36	34.506
3. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Betriebsstoffe und für bezogene Waren		–1.346.111,19		–2.154
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		–19.162.999,78		–19.044
4. Personalaufwand				
a) Gehälter		–5.515.259,10		–4.819
b) Soziale Abgaben		–1.133.489,52		–996
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(10)	–7.486.821,05		–7.480
			–34.644.680,64	–34.493
Betriebsergebnis			**20.424,72**	**13**
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	(11)	4.602,62		5
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-362,67		0
Finanzergebnis			**4.239,95**	**5**
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			24.664,67	17
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			–326,00	0
10. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführter Gewinn	(12)		–24.338,67	–17
11. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag			**0,00**	**0**

Anhang

I. Allgemeines

(1) Allgemeine Angaben
Der Jahresabschluss wurde auf Grundlage der handelsrechtlichen Ansatz-, Bewertungs- und Gliederungsvorschriften in der Fassung des Handelsgesetzbuches vom 22. Dezember 2014 erstellt.

(2) Gliederung
Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt. Aufwandspositionen sind mit einem Minuszeichen versehen. Zur Verbesserung der Klarheit der Darstellung in der Bilanz und in der Gewinn- und Verlustrechnung sind Davon-Vermerke im Anhang ausgewiesen.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit deren Nennwerten angesetzt, erkennbare Risiken sind berücksichtigt.
Das Guthaben beim Kreditinstitut ist mit dem Nennbetrag erfasst.
Rückstellungen berücksichtigen erkennbare Risiken sowie ungewisse Verbindlichkeiten angemessen und ausreichend. Die sonstigen Rückstellungen werden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt. Bei der Bewertung des Erfüllungsbetrages wurde eine Kostensteigerung nicht berücksichtigt, da die Rückstellungen keine inflationsabhängigen Berechnungsgrundlagen enthalten.
Die Rückstellung für Jubiläumsverpflichtungen wurde auf Grundlage eines versicherungsmathematischen Gutachtens unter Zugrundelegung der Richttafeln 2005 G von Prof. Klaus Heubeck ermittelt. Bei der Berechnung wurde ein Abzinsungszinssatz von 4,53 % sowie ein Gehaltstrend von 3,00 % unterstellt.
Die Verbindlichkeiten sind zu ihrem Erfüllungsbetrag passiviert.

(3) Konzernabschluss
Einen Konzernabschluss stellt die Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH (KVV), Kassel, auf. Dieser Abschluss wird im Bundesanzeiger elektronisch veröffentlicht.

III. Angaben zur Bilanz

(4) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände
In den Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen sind Forderungen an die Gesellschafterin Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH von 750 Tsd. EUR (Vorjahr 432 Tsd. EUR) enthalten.

(5) Mitzugehörigkeit der Forderungen zu anderen Bilanzpositionen
Die Mitzugehörigkeit der Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen zu anderen Posten stellt sich wie folgt dar:

	Verbundene Unternehmen
Forderungen aus	**in Tsd. EUR**
Lieferungen und Leistungen	–70
dem Finanzierungsverkehr	844
Unternehmensverträgen	–24
Gesamt	750

(6) Gezeichnetes Kapital
Das gezeichnete Kapital ist im Alleinbesitz der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH.

(7) Sonstige Rückstellungen
In den sonstigen Rückstellungen sind im Wesentlichen Personalrückstellungen 376 Tsd. EUR (Vorjahr 262 Tsd. EUR) enthalten.

(8) Verbindlichkeiten
Für die Verbindlichkeiten bestehen folgende Restlaufzeiten:

	Gesamt	bis 1 Jahr	1–5 Jahre	über 5 Jahre
	Tsd. EUR	**Tsd. EUR**	**Tsd. EUR**	**Tsd. EUR**
aus Lieferungen und Leistungen	27	27	--	--
(Vorjahr)	*(53)*	*(53)*	*(--)*	*(--)*
gegenüber verbundenen Unternehmen	566	566	--	--
(Vorjahr)	*(242)*	*(242)*	*(--)*	*(--)*
sonstige Verbindlichkeiten	41	41	--	--
(Vorjahr)	*(36)*	*(36)*	*(--)*	*(--)*
Gesamt	**634**	**634**	--	--
(Vorjahr)	*(331)*	*(331)*	*(--)*	*(--)*

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen resultieren u. a. aus Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber der Kasseler Verkehrs-Gesellschaft AG in Höhe von 566 Tsd. EUR (Saldierung aus Verbindlichkeiten in Höhe von 2.754 Tsd. EUR und Forderungen in Höhe von 2.188 Tsd. EUR).
In den sonstigen Verbindlichkeiten sind Verbindlichkeiten aus Steuern in Höhe von 38 Tsd. EUR (Vorjahr 33 Tsd. EUR) enthalten.

(–) Sonstige finanzielle Verpflichtungen
Zum Bilanzstichtag besteht ein Bestellobligo in Höhe von 0 Tsd. EUR (Vorjahr 8 Tsd. EUR).

IV. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

(9) Umsatzerlöse
Die Umsatzerlöse betreffen die Erbringung von Fahrleistungen.

(10) Sonstige betriebliche Aufwendungen
In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind weiterberechnete Kosten aus Leistungen und Fahrzeugmieten der Konzerngesellschaften als Hauptposition enthalten.

(11) Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Bei den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen sind Erträge aus verbundenen Unternehmen in Höhe von 5 Tsd. EUR (Vorjahr 5 Tsd. EUR) enthalten.

(12) Aufwendungen für Gewinnabführung
Der aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinn betrifft die Verpflichtung gegenüber der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH aus dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag.

V. Sonstige Angaben

Geschäftsführung
Im Geschäftsjahr 2014 war Herr Diplom-Wirtschaftsingenieur Sven Möller, stellv. Leiter Bereich Betrieb und Verkehr der Kasseler Verkehrs-Gesellschaft AG, alleiniger Geschäftsführer.
Unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB unterbleibt die Angabe der Geschäftsführerbezüge.

Zahl der Beschäftigten
Im Geschäftsjahr 2014 waren durchschnittlich 242 Mitarbeiter (Vorjahr 225 Mitarbeiter) beschäftigt

Prüferhonorar
Die Darstellung des Honorars der Abschlussprüfer erfolgt im Konzernanhang der KVV.

Kassel, 06. März 2015

KVV Verkehrsgesellschaft Nordhessen GmbH

Die Geschäftsführung

Sven Möller

Wiedergabe des Bestätigungsvermerks des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der KVV Verkehrsgesellschaft Nordhessen GmbH, Kassel, für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.
Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.
Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.
Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft.
Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Kassel, den 30. April 2015

Prof. Dr. Ludewig u. Partner GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Prof. Dr. Uwe Lauerwald
Wirtschaftsprüfer

Dipl. Oec. Jörn Linke
Wirtschaftsprüfer

Impressum

Herausgeber

Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH

Unternehmenskommunikation
Michael Oelemann
Königstor 3–13
34117 Kassel

Gesellschaften

Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH	Königstor 3–13 34117 Kassel Telefon 0561 782-0 www.kvvks.de
Städtische Werke Aktiengesellschaft	Königstor 3–13 34117 Kassel Telefon 0561 782-0 www.staedtische-werke.de
Städtische Werke Netz + Service GmbH	Königstor 3–13 34117 Kassel Telefon 0561 5745-0 www.netzplusservice.de
Städtische Werke Energie + Wärme GmbH	Königstor 3–13 34117 Kassel Telefon 0561 782-0 www.ew-kassel.de
Müllheizkraftwerk Kassel GmbH	Königstor 3–13 34117 Kassel Telefon 0561 782-26 12 www.mhkw-kassel.de
Kasseler Verkehrs-Gesellschaft Aktiengesellschaft	Königstor 3–13 34117 Kassel Telefon 0561 3089-0 www.kvg.de
KVV Verkehrsgesellschaft Nordhessen GmbH (KVN)	Königstor 3–13 34117 Kassel Telefon 0561 782-51 69 www.kvvks.de
Netcom Kassel Gesellschaft für Telekommunikation mbH	Königstor 3–13 34117 Kassel Telefon 0561 92020-20 www.netcom-kassel.de

Gestaltung

Machbar GmbH, Kassel

Fotografie

Michael Wiedemann
Andreas Fischer